

# FORUM

## Wissenschaft



## **Nach der Krise. Vor der Krise?** Die Coronapandemie und ihre Folgen

- ◆ **Klassismus und Wissenschaft**
- ◆ **Mitbestimmung in der Schule?**

in Zusammenarbeit mit

Seit nunmehr einem Jahr bestimmt Sars-Cov-2, das neuartige Coronavirus mit der von ihm ausgelösten Covid-19-Pandemie die öffentlichen Debatten weltweit. Mehr noch – die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beeinflussen den Lebensalltag jede\*r Einzelnen. Wirtschaftliche, kulturelle, soziale und wissenschaftliche Aktivitäten wurden stark eingeschränkt. Die gesellschaftlichen Folgen werden noch über Jahre hinaus spürbar sein.

Wissenschaft und Hochschulen bleiben von den aktuellen und künftigen Entwicklungen nicht unberührt. Kaum ein Bereich ist so kontinuierlich von Eindämmungsmaßnahmen betroffen wie die Hochschullehre. Es stellen sich Fragen einer stärkeren Digitalisierung ebenso wie die nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaftler\*innen oder den sozialen Folgen eines monatelangen Ausnahmezustandes für prekär Beschäftigte und sozial benachteiligte Studierende.

Der gesellschaftliche Umgang mit der Pandemie vertieft bestehende Spaltungen. Kontroverse Interpretationen werden mit wachsender Aggressivität ausgetragen. Massive Konflikte führen zu intensiven Debatten auch innerhalb politischer Zusammenhänge: Halten die Einen die verhängten Lockdown-Maßnahmen für folgenschwerer als die gesundheitlichen Schäden durch die Pandemie und fordern deshalb ihre sofortige Aufhebung, plädieren andere unter dem Label #ZeroCovid für einen »solidarischen europäischen Shutdown«, um die Verbreitung des Virus international einzudämmen.

Die tiefen Erschütterungen dieser »Naturkatastrophe in Zeitlupe« bewogen BdWi und fzs, die Coronathematik in der gemeinsamen Herbstakademie im November 2020 in den Blickpunkt zu nehmen. Die bei der als Videokonferenz durchgeführten Tagung eingebrachten Inputs sowie die kontrovers geführten Debatten bilden auch den Kern des Themenschwerpunkts in diesem Heft: Fragen von Demokratie und Rechtsstaat, der Struktur des Gesundheitswesens und Problemen im Hochschulalltag, aber auch internationale Perspektiven und die Coronapolitik der extremen Rechten stehen dabei im Fokus.

Wir hoffen, damit zur Analyse der aktuellen Entwicklungen beizutragen und gemeinsam Strategien zur Verteidigung und Weiterentwicklung einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft in und nach der Coronakrise entwickeln zu helfen.

Diese Ausgabe wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unterstützt. Dafür danken wir

Die nächste Ausgabe von *Forum Wissenschaft* erscheint im Juni 2021. Unser Themenschwerpunkt behandelt dann Fragen von Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftlicher Verantwortung. Dafür nehmen wir gern Artikelvorschläge und -angebote entgegen. Redaktionsschluss ist der 1. Mai.

Eine anregende Lektüre und beste Gesundheit wünschen im Namen der Redaktion  
Steffen Käthner (BdWi) und Jonathan Dreusch (fzs)



Bei der Herbstakademie im November 2020 analysierte Thomas Sablowski, dass der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch auf das seit langem bestehende Nord-Süd-Gefälle in der EU trifft, das auch aus den spezifischen ökonomisch-politischen Widersprüchen der Integration im europäischen Binnenmarkt resultiert. Die noch immer fortwirkenden Spuren der Eurokrise werden nun überlagert durch eine Krise infolge der Pandemie, die insbesondere diejenigen EU-Staaten besonders hart trifft, die bereits durch die Eurokrise schwer belastet wurden. . . . . S. 8



Die Corona-Pandemie schärft den Blick auf Missstände und Versäumnisse, die bereits vorher in unserer Gesellschaft existierten, aber immer wieder mehr oder weniger erfolgreich verdrängt worden sind. Kristin Eichhorn richtet in ihrem Text den Blick auf die Hochschulen – insbesondere für die dortigen Arbeitsbedingungen, deren Unhaltbarkeit sich in der aktuellen Krise deutlich zeigt –, um daran Forderungen für eine gute Arbeit in der Wissenschaft anzuschließen: Corona muss zu einem Umdenken der vorherrschenden Konkurrenzlogik führen. . . . . S. 30



Für Menschen mit Behinderung wird in der Corona-Pandemie nicht nur ihr Lebensrecht angesichts aktueller Triage-Kriterien in Frage gestellt, auch der plötzliche Wegfall bestehender Assistenz- und Unterstützungssysteme stellt ihre gesellschaftliche Teilhabe und damit ihre soziale Existenz grundsätzlich in Frage. Florian Grams schildert die gefährlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Menschen mit Behinderungen und verweist zugleich auf die lange Tradition und Aktualität behindertenfeindlicher und eugenischer Diskurse. . . . . S. 49



Auch wenn das Thema selbst nicht neu ist, hat die öffentliche Debatte über »Klassismus« seit einigen Monaten an Breite und Dynamik gewonnen. Das liegt nicht zuletzt an verschiedenen Buchpublikationen, die zu diesem Themenfeld im Herbst 2020 erschienen sind. Auch der BdWi-Verlag trug mit dem Sammelband »Klassismus und Wissenschaft« (dessen zweite Auflage gerade im Erscheinen ist) dazu bei. Die Herausgeber dieses Bandes Riccardo Altieri und Bernd Hüttner resümieren die Hintergründe der Debatte um diese Form der Diskriminierung. . . . . S. 71

## Die Coronapandemie und ihre Folgen

<b>Corona und der Rechtsstaat</b> . . . . .	4
<i>Andreas Fisahn prüft die Einschränkung von Grundrechten</i>	
<b>Kein Ausweg aus der Krise</b> . . . . .	8
<i>Die europäischen Perspektiven erörtert Thomas Sablowski</i>	
<b>Antifeminismus und Pandemie-Leugnung</b> . . . . .	13
<i>Rebekka Blum und Len Schmidt beobachten antifeministische Mobilmachungen</i>	
<b>Geländegewinne in der Krise?</b> . . . . .	17
<i>Gudrun Hentges und Gerd Wiegel über die Corona-Politik der extremen Rechten</i>	
<b>»Verschwörungstheorien«</b> . . . . .	21
<i>Das Spannungsfeld zwischen Herrschaft und Kritik beleuchtet Gerhard Hanloser</i>	
<b>Vom »Sorgenkind« zum »Musterschüler«?</b> . . . . .	26
<i>Mirko Broll skizziert die Lage in Griechenland</i>	
<b>Fehlende Krisenfestigkeit</b> . . . . .	30
<i>Kristin Eichhorn richtet den Blick auf die Hochschulen</i>	
<b>Gebt mir meine Bibliothek zurück!</b> . . . . .	34
<i>Studentische Corona-Perspektiven schildert Jonathan Dreusch</i>	
<b>Öffnung der Hochschulen auf neuem Niveau</b> . . . . .	37
<i>Hamburger Kolleg*innen fordern einen solidarischen Präsenzbetrieb</i>	
<b>Pandemie und Politik</b> . . . . .	41
<i>Gundula Ludwig und Philipp Schulz stellen eine studentische Ausstellung vor</i>	
<b>Alles anders, alles gleich</b> . . . . .	45
<i>Die Lage im Gesundheitswesen erläutert Stefan Schoppengerd</i>	
<b>Corona wirkt wie ein Brennglas</b> . . . . .	49
<i>Florian Grams schildert die Folgen der Pandemie für Menschen mit Behinderungen</i>	
<b>Vergessene Dimensionen</b> . . . . .	53
<i>Armin Bernhard hinterfragt die Bildungspolitik in der Coronakrise</i>	
<b>»Gesetze« des Profits brechen.</b> . . . . .	58
<i>Das Verhältnis Gesellschaft-Natur wirft Fragen auf, findet Christian Zeller</i>	

## Bildung und Wissenschaft

<b>Mehr Kollegialität und Kooperation in der Schule</b> . . . . .	68
<i>Jos Schnurer plädiert für einen Paradigmenwechsel</i>	

## Gesellschaft

<b>Klassismus und Wissenschaft</b> . . . . .	71
<i>Riccardo Altieri und Bernd Hüttner resümieren Hintergründe der Klassismusdebatte</i>	
<b>Aufstand in Sobibor</b> . . . . .	75
<i>Karlheinz Lipp über Widerstand im Vernichtungslager</i>	

## Nachruf

<b>»Unterwegs zu Gegenhegemonie«</b> . . . . .	79
<i>Ein Nachruf auf Wolfgang Jantzen von Willehad Lanwer</i>	

## Vermischtes

<b>BdWi-Inlay I-IV</b> . . . . .	62
<b>Nachrichten aus Wissenschafts- und Hochschulpolitik</b> . . . . .	66
<b>Rezensionen</b> . . . . .	82
<b>Annotationen</b> . . . . .	83
<b>Impressum, Bildnachweis</b> . . . . .	83

# Corona und der Rechtsstaat

*In welchem Ausmaß und auf welcher juristischen Grundlage werden Grundrechte im Zuge der Pandemie-Bekämpfung eingeschränkt? Droht damit ein Abrutschen in ein autoritäres Regime? Andreas Fisahn moniert die mangelnde Einbindung der Parlamente beim Beschluss von Corona-Maßnahmen und plädiert für (mühsame) Einzelfallbewertung.*



Die Pandemie wirft grundsätzliche Fragen nach der Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen auf, die hier diskutiert und mit Beispielen erläutert werden. Grundrechtseingriffe sind nur zulässig, wenn es keine Alternative gibt, was dazu veranlasst, einige der Alternativvorschläge zu diskutieren.

## Ubiquität der Grundrechtseingriffe

»Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik«, konnte man lesen, »hat der Staat so intensiv in die Grundrechte eingegriffen, wie gegenwärtig in Zeiten der Pandemie.« Über diesen Satz lässt sich streiten. Man könnte z.B. der Auffassung sein, dass eine strafgerichtliche Verurteilung wegen einer rechtswidrigen homosexuellen Beziehung in den 1950ern einen intensiveren Grundrechtseingriff darstellte, als beispielsweise die Maskenpflicht heute. Was wohl stimmt: nie waren die Grundrechtseingriffe so flächendeckend, betrafen so viele Menschen.

Mit dem Lockdown wurde beinahe in alle Grundrechte eingegriffen, die unsere Verfassung garantiert. Maskenpflicht, Quarantäneanordnung, Feier- oder Reiseverbote beeinträchtigen die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 I GG). Eingeschränkt wurde die informationelle Selbstbestimmung oder das Datenschutzrecht (Art. 1 I und 2 I). Mit der Einschränkung von Gottesdiensten ist die Religionsfreiheit betroffen (Art. 4). Betroffen waren die Freiheit der Hochschullehre, weil die Unis schlicht geschlossen blieben und die Kunstfreiheit,

weil Großveranstaltungen verboten waren oder sind (Art. 5). Eingeschränkt wurde durch Demonstrationsverbote und Auflagen die Versammlungsfreiheit (Art. 8). Beschränkt wird die Berufsfreiheit nicht nur für Gastronominnen und Händler<sup>1</sup> (Art. 12) und auch die Eigentumsfreiheit, etwa wo Mieten gestundet wurden. Das Betreten von Betriebsgelände oder Wohnungen ist mit einer Beschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung verbunden (Art. 13). Diskutiert wurde schließlich die Einschränkung der Freiheit von Arbeitszwang (Art. 12a), aber entsprechende Rechtsvorschriften wurden dann doch nicht erlassen.

Die Einschränkung von Grundrechten ist dann zulässig, wenn bei einer Abwägung mit dem Ziel der Einschränkung das Ziel oder entgegenstehende Rechtsgut höher zu gewichten ist. Das Ziel ist die Eindämmung des Corona-Virus und der Schutz von Leben und Gesundheit anderer Menschen. Man ahnt, dass dies ein hohes Rechtsgut ist, das auf der Waagschale der Justitia in Abwägung mit anderen Rechten stark ins Gewicht fällt. Die Abwägung nimmt bei den Gerichten die Form einer Verhältnismäßigkeitsprüfung an.

Dabei fragen Gerichte zunächst, ob die Maßnahme überhaupt geeignet ist, das Ziel zu erreichen, dann ob keine Mittel zur Verfügung stehen, die weniger tief in das Grundrecht eingreifen. Erst am Schluss wird geprüft, ob Grundrechtseingriff und angestrebtes Ziel in einem angemessenen Verhältnis stehen, werden die Rechtsgüter also im engeren Sinne gegeneinander abgewogen. Die Rechtswissenschaft versucht mit diesem Prüfungsschema, etwas Rationalität in



den Vorgang der Abwägung zu bekommen. Aber diese Rationalität ist begrenzt und muss erst recht begrenzt sein, wenn man unter der Prämisse von Ungewissheit und Unwissenheit entscheidet.

## Was tun bei Ungewissheit

Die Entscheidung unter Ungewissheit stellt bei Corona offensichtlich ein zentrales Problem dar. Man kann es ja fast schon nicht mehr hören, die Spekulationen, wie und wo sich das Virus verbreitet, wie viel gefährlicher die Mutation ist, ob eine Genesung mit Immunität verbunden ist, wogegen die Impfung schützt und wen nicht. Wie bei anderen Krisen auch ist dabei ein ganz neuer Wortschatz entstanden: Dosen werden nicht geöffnet, sondern verimpft; jeder weiß plötzlich, was ein Inzidenzwert ist; eine mögliche Triage schockiert und die Übersterblichkeit betrifft keineswegs das Jenseits. Aber die Unsicherheit und Ungewissheit bleibt oder wächst möglicherweise bei jedem neu gelernten Krisenwort und scheinbarer Erkenntnis.

Wie ist mit Ungewissheiten umzugehen? Für den Fall, dass Kausalitäten,

Eintrittswahrscheinlichkeit, Wirkung oder Dimension einer Gefahr noch nicht exakt erforscht sind, hat sich der Grundsatz entwickelt, dass solche Ungewissheiten zu Vorsorgemaßnahmen berechtigen. Bekannt ist das aus dem Umweltschutz: Wenn unklar ist, welche Folgen genetische Veränderungen hervorrufen, müssen eben entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden.

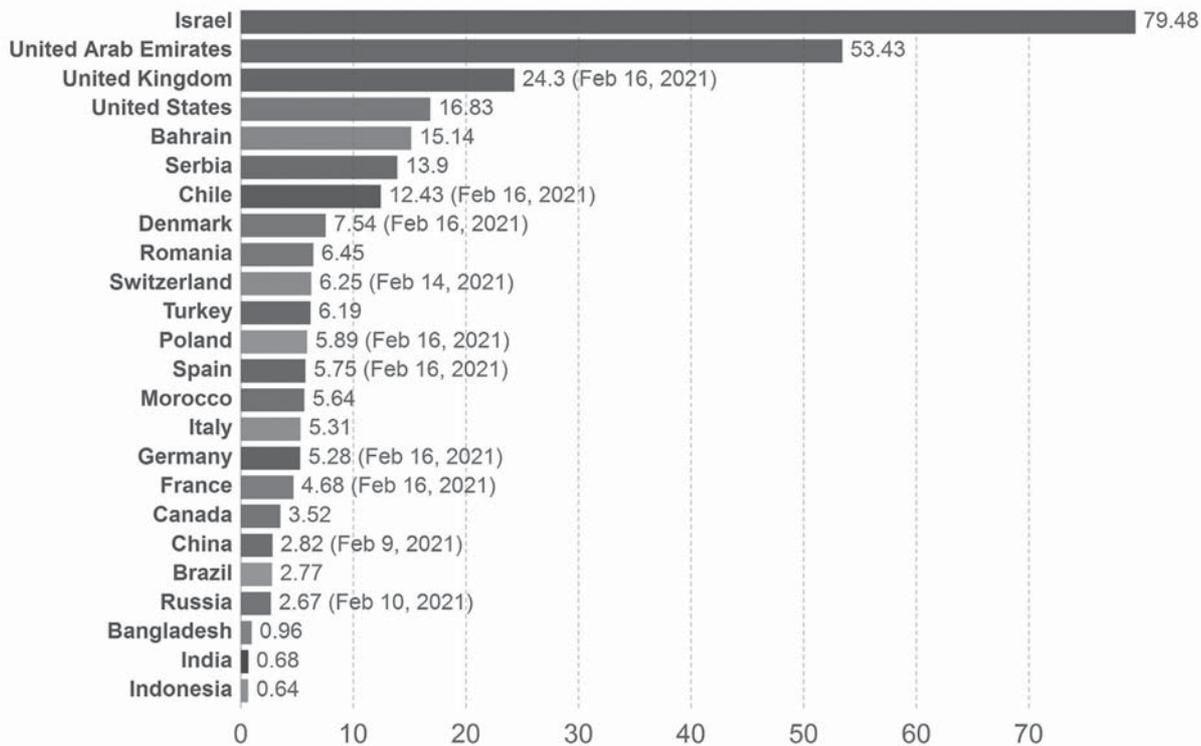
Dann muss diskutiert werden, wer bei Entscheidungen unter Ungewissheit das erste Zugriffsrecht auf die Einschätzung der Gefahren und der Wirksamkeit der Maßnahmen hat. Dabei spricht alles für den Gesetzgeber, also die demokratisch legitimierte Parlamente, aber diese haben ihr Recht mehr oder weniger an die Exekutive abgetreten. Grundlage sind die Vorschriften im Infektionsschutzgesetz, die den Regierungen erlauben, Rechtsverordnungen zu erlassen. Verfassungsrechtlich ist das höchst problematisch. Andererseits wäre die sichtbar schwindende Akzeptanz im Sinne einer uneingeschränkten Folgebereitschaft der Corona-Maßnahmen sicher auch nicht höher, wenn diese von Landtagen oder Bundestag beschlossen worden wären – für viele Menschen sind das unterschiedslos »Die da oben«. Eine besse-

re Kommunikation ist genauso wenig das Mittel der Wahl, aber sicher würde eine höhere Konsistenz der Maßnahmen helfen, die Akzeptanz zu erhöhen. Berechtigt wird inzwischen bemerkt, dass vieles, was so angeordnet wird, nicht zusammen passt. Frisöre dürfen wieder öffnen, Tattoo- und Nagelstudios aber nicht. Das erklärt sich nicht mit der Infektionsgefahr, sondern allein mit der Mode, die aber keineswegs schützenswert ist. Und lange Haare verletzen, anders als Söder meint, nicht die Würde, auch nicht, wenn man spitzfindig wie Stefan Huster zwischen »traditioneller Würde« und Menschenwürde unterscheidet. Und was ist eigentlich aus der groß angekündigten Corona-App geworden? Offenbar ein Flopp, über den der Mantel des Schweigens ausgebreitet wird.

Trotz dieser Ungereimtheiten finden – nach ZDF-Politbarometer – 57 % der Befragten die Corona-Maßnahmen in Ordnung, nur 14 % halten sie für übertrieben, wobei sich grundsätzliche Zustimmung und Folgebereitschaft eben oft unterscheiden. Aber die Pandemie, d. h. der Ausnahmezustand bleibt die Zeit der Exekutive, die entsprechend hohe Zustimmungswerte einfährt.

## COVID-19 vaccine doses administered per 100 people, Feb 17, 2021

Total number of vaccination doses administered per 100 people in the total population. This is counted as a single dose, and may not equal the total number of people vaccinated, depending on the specific dose regime (e.g. people receive multiple doses).



Source: Official data collated by Our World in Data – Last updated 18 February, 09:30 (London time)

OurWorldInData.org/coronavirus • CC BY

### Grundsätzliche Alternativen

Das macht die Opposition im Wahljahr nervös und so werden Alternativvorschläge diskutiert. Die Strategie der Durchseuchung und Herdenimmunität kommt ohne Grundrechtseingriffe aus, ist allerdings nach den Erfahrungen in England und Schweden außer bei verbotenen »Querdenkern« obsolet. Stattdessen werden z. T. härtere Maßnahmen gefordert. Der Aufruf »Zero Covid« plädiert für einen harten Shutdown, bei dem auch die Produktion eingestellt wird. In der Tat ist es nicht wirklich einleuchtend, dass jeder Freizeitspaß verboten ist, der Mensch aber brav zur Arbeit gehen soll. Aber führt das sicher zum Erfolg und was sind die Folgekosten auch im globalen Süden? Und aus der Perspektive der Grundrechte wäre das Mittel nicht weniger intensiv, insbesondere die Berufsfreiheit wäre deutlich stärker betroffen als bisher.

Feministinnen kritisieren, dass der Zero-Covid-Vorschlag einem überholten Bild der Industriearbeit nachhänge. In

Wahrheit mache feminine Arbeit, Pflegearbeit, aber auch die Lebensmittelproduktion und Verteilung, einen großen Teil der Arbeitsverhältnisse aus, die man nicht einfach einstellen könne. Dennoch könnte die Einstellung der Auto-, Flugzeug- und Jeansproduktion ja wirken, (wenn auch nicht als Allheilmittel) und zur Vernichtung des Virus führen. Und was folgt aus der »feministischen Sicht«, die sich als grundsätzliche Alternative geriert? Dann gibt es die Behauptung, es habe sowieso niemals eine Normalität gegeben, deshalb sei die Pandemie der Anlass, die Produktions- und Lebensweise grundsätzlich umzustellen. Schön und gut, aber: Menschen, die gern in Kneipen gehen, werden ihre Vorliebe in der alten Nicht-Normalität dennoch vermissen – und können sich dabei auch noch auf Grundrechte berufen. Und welche Lebensweise braucht es, damit sich Viren nicht verbreiten? Wie sieht die neue Zivilisation aus und was nützt die Weisheit in der aktuellen Lage?

Kritisiert wird berechtigterweise, dass der Gesundheitssektor kaputt gespart

wurde und die Beschäftigten dort viel zu schlecht bezahlt werden. Die Orientierung des Gesundheitswesens an Kostendämpfung oder noch schlimmer Profitmaximierung war offenbar ein Irrweg. Das muss man den Verantwortlichen und denjenigen, die nichts dazu gelernt haben und an dieser Politik festhalten, um die Ohren hauen, löst aber das aktuelle Problem nicht. Eine Politik der Menschenrechte kann und muss hier eine langfristige Strategie der Umorientierung einfordern, um Patientinnen wie medizinisches Personal zu schützen.

Eine ganz andere Dimension bekommt die Kritik allerdings, wenn man die Folgen der Corona-Beschränkungen auf den globalen Süden mitbetrachtet. Das Recht auf Menschenwürde und auf Leben räumt das Grundgesetz nicht nur Deutschen ein, sondern allen Menschen. Die Diskussion um das Lieferkettengesetz hat endlich ins Bewusstsein gebracht, dass der Schutz der Menschenrechte nicht an den nationalen Grenzen haltmachen kann. In eine Abwägung einbezogen werden müssten

also die wirtschaftlichen Folgen im globalen Süden, die auch lebensbedrohliche Ausmaße annehmen können. Die Waagschale der Justitia würde bei einer solchen globalen Betrachtung eine ganz neue Gewichtsverteilung bekommen. Aber selten wird dieser Blickwinkel eingenommen.

## Mühen der Ebene – Einzelfallbewertung

Bleiben wir in der EU: Kritisiert wird berechtigterweise das Versagen der EU-Administration ebenso wie dasjenige der deutschen Verwaltung bei der Impfstrategie. Wer halbwegs in dieser Welt lebt, bittet über 80jährige nicht, sich übers Internet zur Impfung anzumelden. Oder empfiehlt, um den 50 km weit entfernten Ort des Impfens aufzusuchen, die Nutzung von Bus und Bahn mit mehrmaligem Umsteigen – das muss als Garantie erscheinen, dass das Impfen zum Superspreader-Ereignis wird.

Im Vergleich zu den meisten »reichen« Ländern, die nicht in der EU sind, ist die Impfquote hier traurig niedrig. (siehe Abb.)

Mit Blick auf die Maßnahmen hierzulande bleibt, Kritik an einzelnen Maßnahmen und Grundrechtsbeschränkungen zu formulieren. Und da gibt es jenseits der verschwörungstheoretischen Ignoranz genug zu kritisieren. Man muss sich den Mühen der Ebene unterziehen und die Geeignetheit oder Verhältnismäßigkeit einzelner Maßnahmen kritisieren. Was nützte beispielsweise eine Ausgangsbeschränkung an Silvester ab 1 Uhr morgens? Nimmt das Virus bis 1 Uhr Rücksicht auf den Jahreswechsel und springt nicht über? Die Regel erinnert doch eher an die strenge Mutter, die ihre Tochter um eins zu Hause sehen will. Erklärungsbedürftig war auch die Schließung der Grenzen während der ersten Welle. Wieso sollten die Kontakte eines Baden-Württembergers zu einer Französin gefährlicher gewesen sein, als zu einem Bayern? Warum sind 60jährige, die gemütlich im home-office sitzen, eher impfberechtigt als Lehrerinnen, die sich in kalten Klassenräumen rumtreiben müssen? Fragen über Fragen.

Und tatsächlich haben die Gerichte im letzten Jahr an vielen Stellen Bedenken angemeldet und Anordnungen wieder aufgehoben. Das BVerfG hat grundsätz-



liche Demonstrationsverbote wegen Corona für verfassungswidrig erklärt, den Behörden aber ein Ermessen eingeräumt, Versammlungen nur unter bestimmten Auflagen (z. B. Maske und Abstand) zuzulassen. Dann gibt es einen bunten Reigen von Urteilen, in denen Verwaltungsgerichte die Maßnahmen der Exekutive aufhoben oder eben auch bestätigten. Bekannt ist, dass das OVG Berlin die Demonstration der »Querdenker«, also der Corona-Skeptikerinnen gegen das Verbot des Senats zuließ – was man ahnte, scheint sich zu bestätigen: die Demo wurde zum Superspreader-Ereignis. In Regensburg erklärte das VG die Schließung einer Konservenfabrik für unzulässig. Das OVG Münster hob den generellen Lockdown nach dem Infektionsgeschehen in der Fleischfabrik Tönnies schließlich auf. Nach dem Corona-Ausbruch im Schlachtbetrieb seien besondere Maßnahmen des Infektionsschutzes notwendig und gerechtfertigt gewesen. Später hätte aber eine differenziertere Regelung ergehen müssen, da die verschiedenen Städte und Gemeinden im Kreis unterschiedlich hohe Infektionszahlen aufwiesen. Ein genereller Lockdown sei nicht mehr verhältnismäßig. In die Rubrik »Das Leben ist bunt« passt die Entscheidung des OVG Münster vom September 2020, die das grundsätzliche Verbot der Prostitution in NRW für rechtswidrig erklärte.

Die Urteile lassen sich weder in dem Sinne zusammenfassen, dass die Gerichte behördliche Anordnungen grundsätzlich aufheben, noch dass diese grundsätzlich bestätigt werden. Es kommt auf

den Einzelfall an, auf die Entwicklung des Infektionsgeschehens und den Fortschritt der medizinischen Erkenntnisse. All dies fließt in die Überlegungen der Gerichte ebenso ein, wie ihre Selbstbeschränkung, die angesichts von Ungewissheit und der Einschätzungsprerogative von Gesetzgeber und Regierung geboten ist. Die Corona-Maßnahmen werden mal aufgehoben, mal bestätigt. Das heißt aber im Ergebnis: Der Rechtsstaat funktioniert an dieser Stelle gar nicht schlecht – Irrtümer und Fehlentscheidungen eingeschlossen. Ein Abgesang auf den Rechtsstaat oder die düstere Vorahnung, dass durch Corona ein autoritärer Staat im Entstehen sei, weil Grundrechte beliebig eingeschränkt werden, passt nicht zu den tatsächlichen Ereignissen. Die Gefahr droht aus anderer Richtung!

### Anmerkung

1) Gleich welchen Geschlechts.

---

*Andreas Fisahn, Prof. für Öffentliches Recht und Rechtslehre, Uni Bielefeld, Jg. 1960, wichtige Veröffentlichungen: Die Saat des Kadmos – Staat, Demokratie und Kapitalismus, Münster 2016; Herrschaft im Wandel – Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, Köln 2008; Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung, Tübingen 2002; Natur – Mensch – Recht, Elemente einer Theorie der Rechtsbefolgung, Berlin 1999.*

# Kein Ausweg aus der Krise

## Die Europäische Union in der Pandemie

*Bei der Herbstakademie im November 2020 erörterte Thomas Sablowski in seinem Vortrag, dass der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch in Europa auf das bereits seit langem bestehende Nord-Süd-Gefälle in der EU trifft, das nicht zuletzt auch aus den spezifischen ökonomisch-politischen Widersprüchen der Integration im europäischen Binnenmarkt resultiert. Die noch immer fortwirkenden Spuren der Eurokrise werden nun überlagert durch eine Krise infolge der Pandemie, die insbesondere diejenigen EU-Staaten überdurchschnittlich hart trifft, welche bereits durch die Eurokrise schwer belastet wurden. Diese Befunde sind auch in diesem Jahr unverändert aktuell.*



Länder wie Griechenland oder Spanien leiden immer noch an den Folgen der globalen Finanzkrise ab 2007 – da trifft schon wieder die nächste Krise die Europäische Union mit voller Härte. Ein Konjunkturabschwung hatte sich bereits seit 2018 abgezeichnet. So war die Pkw-Produktion in der EU nach Angaben des Verbandes der europäischen Automobilhersteller ACEA im Jahr 2018 bereits um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken, 2019 sank sie nochmals um 5,3 Prozent. Die Zahl der weltweiten Neuzulassungen von Pkw sank 2018 um 0,8 Prozent und 2019 um 4,9 Prozent. In dieser Schlüsselbranche mögen neben dem konjunkturell bedingten Nachfragerückgang auch eine generelle Marktsättigung und veränderte Bedürfnisse eine Rolle spielen. Aber auch das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) insgesamt war in den damals 28 EU-Staaten bereits von 2,6 Prozent im Jahr 2017 auf 2 Prozent im Jahr 2018 und 1,5 Prozent im Jahr 2019 zurückgegangen.<sup>1</sup> Die zyklische Krise wäre vielleicht relativ milde ausgefallen, wenn nicht die COVID-19-Pandemie hinzugekommen wäre. Jetzt haben wir es jedoch mit einer Krise zu tun, die die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre ab 2007 bei weitem in den Schatten stellt. Nach den letzten Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist das BIP in der Eurozone im Jahr 2020 um 7,2 Prozent zurückgegangen. Dabei verteilt sich der Einbruch sehr ungleich auf die einzelnen Mitgliedstaaten. In Deutschland fiel der Rückgang des BIP mit -5,4 Prozent im Vergleich mit anderen Staaten noch relativ milde aus. In Frankreich ging das BIP

um 9 Prozent zurück, in Italien um 9,2 Prozent, in Spanien gar um 11,1 Prozent.<sup>2</sup> Insgesamt handelt es sich um die mit Abstand schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.

### Halbherziger »Lockdown«: Todesfälle und wirtschaftliche Schäden

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass der Einbruch des BIP in der EU tiefer ist als in den meisten anderen Staaten, obwohl es sich bei der COVID-19-Pandemie um ein globales Phänomen handelt. Aber nicht alle Länder sind von der Pandemie im gleichen Ausmaß betroffen, die bestätigten Infektionen mit COVID-19 und die Todesfälle unterscheiden sich von Land zu Land erheblich. Bekanntlich haben die Staaten weltweit auch sehr unterschiedliche Politiken im Umgang mit der Pandemie verfolgt. Während die Pandemie in einigen Staaten, vor allem im ostasiatisch-pazifischen Raum, erfolgreich eingedämmt wurde, wurde dies in anderen Staaten nicht einmal ernsthaft versucht. Von Regierungschefs wie Trump in den USA oder Bolsonaro in Brasilien wurde die Pandemie heruntergespielt oder es wurde eine Strategie der »Herdenimmunität« verfolgt, die de facto viele Alte und Kranke im Interesse einer ununterbrochenen Kapitalverwertung dem Tod preisgab. Im Ergebnis ist der Einbruch des BIP sowohl in etlichen Staaten, die die Pandemie erfolgreich eingedämmt haben (wie etwa China, Südkorea, Australien), als auch in Staaten, die kaum interveniert haben, geringer als in den



großen EU-Staaten, die tatsächlich eine besonders ungünstige Politik verfolgt haben: Einerseits wurde hier versucht, die Pandemie durch einen Lockdown einzudämmen, aber andererseits waren die Maßnahmen so halbherzig, dass die Eindämmung der Pandemie letztlich nicht ausreichend gelang und der Lockdown dadurch viel länger andauert als in den Ländern, die schnell effektive Maßnahmen ergriffen haben. Im Ergebnis dieser halbherzigen Politik ist in den großen EU-Staaten der Einbruch des BIP tiefer und gleichzeitig ist die Zahl der Toten sehr hoch (vgl. Tabelle 1). Sicherlich ist dies auch dadurch bedingt, dass die EU-Staaten ökonomisch eng miteinander verflochten sind, es aber nicht gelungen ist, die Politik zur Eindämmung der Pandemie auf europäischer Ebene zu koordinieren. Daher verhalten sich die Infektionszahlen in den EU-Staaten wie kommunizierende Röhren: Vorübergehende Erfolge bei der Eindämmung in einem Land werden wieder zunichte gemacht und es kommt zu Jo-Jo-Effekten. Die Pandemie verweist einmal mehr auf die Unzulänglichkeit der europäischen Inte-

gration, die eben weitgehend eine »negative Integration« ist, also vor allem darauf abzielt, Hindernisse für den Waren- und Kapitalverkehr abzubauen, ohne eine umfassende europäische Regulation des Kapitalismus und gemeinsame Standards auch für die Reproduktion der Arbeitskraft zu schaffen<sup>3</sup> (siehe Tabelle 1).

### EU verliert an Gewicht und wird ungleicher

Die Corona-Krise verschärft offenbar nochmals zwei zentrale Entwicklungen, die sich bereits seit der globalen Finanzkrise ab 2007 abzeichneten: Erstens verliert die EU als Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft vor allem relativ zum ostasiatisch-pazifischen Raum, in geringem Maße auch relativ zu Nordamerika an Gewicht. Zweitens verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der EU weiter. Das Übergewicht Deutschlands innerhalb der EU nimmt zu (vgl. Tabelle 2). Die deutsch-französische Achse, die für den bisherigen Integrationsprozess zen-

tral war, gerät immer mehr in Schieflage. Südeuropa wird weiter abgewertet; die Krise spitzt sich gerade in Spanien und Italien zu, zwei großen Mitgliedstaaten, die für die EU wesentlich mehr Gewicht haben als die kleinen Länder Griechenland, Portugal, Zypern und Irland, die in der ersten Phase der »Eurokrise« im Zentrum des Sturms und unter der autoritätspolitischen Knute der »Troika« von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank standen<sup>4</sup> (siehe Tabelle 2).

### Am härtesten getroffen: Arbeiter, prekär Beschäftigte, Frauen, Jugendliche

Nicht nur die einzelnen Staaten sind von der Corona-Krise unterschiedlich betroffen, sie trifft auch die verschiedenen sozialen Klassen unterschiedlich, wobei die Verteilung der Krisenlasten auch von den Klassenkämpfen sowie der Stellung der Länder in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung und den dadurch

**Tabelle 1: Entwicklung des realen BIP in der Corona-Krise (2020) und infolge der globalen Finanzkrise (2009) (in Prozent im Vergleich zum Vorjahr) und Zahl der Sterbefälle im Zusammenhang mit COVID-19, nach Ländern**

	2009	2020	Zahl der bestätigten Sterbefälle im Zusammenhang mit COVID-19 pro 100.000 Einwohner bis zum 31.1.2021
USA	-2,5	-3,4	130,9
Japan	-5,4	-5,1	4,5
Deutschland	-5,7	-5,4	68,0
Großbritannien	-4,2	-10,0	155,5
Frankreich	-2,9	-9,0	115,6
Italien	-5,3	-9,2	146,0
Spanien	-3,8	-11,1	123,6
China	9,4	2,3	0,3
Südkorea	0,8	-1,1	2,8
Australien	1,9	-2,9	3,6
Indien	8,5	-8,0	11,2
Mexiko	-5,3	-8,5	121,4
Brasilien	-0,1	-4,5	104,8

Quelle: IWF: World Economic Outlook Database, Oktober 2019 (für 2009); IWF: World Economic Outlook Update, Januar 2021 (für 2020). WHO: COVID-19 Weekly Epidemiological Update, 2. Februar 2021.

**Tabelle 2: Anteile der Mitgliedstaaten am BIP der EU**

	2007	2019	2020 (1.-3. Quartal)
BRD	23,3	24,7	25,2
Frankreich	18,1	17,4	17,1
Italien	15,0	12,8	12,3
Spanien	10,0	8,9	8,4
Niederlande, Belgien, Luxemburg	9,3	9,7	10,0
Dänemark, Schweden, Finnland	7,2	7,3	7,6
Österreich	2,6	2,8	2,8
Irland	1,8	2,5	2,8
Portugal	1,6	1,5	1,5
Griechenland	2,2	1,3	1,3
Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei	5,7	7,1	7,2
Rest	3,2	4,0	3,8

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Eigene Berechnungen.

bedingten staatlichen Verteilungsspielräumen abhängt. Im Unterschied zu anderen ökonomischen Krisen wird die derzeitige maßgeblich durch die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bestimmt. Ihre von Land zu

Land verschiedene Ausgestaltung trifft jeweils unterschiedliche Sektoren der Volkswirtschaften in unterschiedlichem Maß. Insgesamt fällt jedoch auf, dass sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vor allem auf den Bereich

der »Freizeit« beziehen und insofern vor allem die Sektoren treffen, deren Reproduktionsprozess unmittelbar an den Kontakt zu den Individuen als Konsumenten gebunden ist: das Bildungswesen, der stationäre Einzelhandel, die Hotels und Gaststätten, die Transportunternehmen, die sozialen Dienstleistungen, der gesamte Kulturbereich. Demgegenüber wird alles getan, um die industrielle Produktion aufrechtzuerhalten. Von dem »Lockdown« werden also vor allem die Sektoren ausgenommen, die in hohem Maße der Weltmarktkonkurrenz unterliegen. Dabei wird in Kauf genommen, dass das Infektionsgeschehen an den Arbeitsplätzen weitgehend eine »Black Box« bleibt – mit den entsprechenden Konsequenzen, nämlich der mangelnden Wirksamkeit dieser Art von selektivem »Lockdown« in Bezug auf die Eindämmung der Pandemie. Während der ersten Welle der Pandemie wurde zwar auch die industrielle Produktion teilweise stillgelegt, aber dies geschah in den meisten Ländern mehr oder weniger unfreiwillig bzw. unabhängig von staatlichen Maßnahmen. Zum einen blieben Zulieferungen aus China aus und zum anderen streikten Arbeiter\*innen in Italien, die sich nicht mehr dem Infektionsrisiko am Arbeitsplatz aussetzen wollten. Sie zwangen die Regierung in Italien, Teile der industriellen Produktion temporär stillzulegen, wodurch auch die Produktion in anderen EU-Staaten beeinträchtigt wurde.

Die individuelle Reproduktion und die betroffenen Wirtschaftssektoren werden durch die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erheblich beeinträchtigt, und je länger der halbherzige »Lockdown« dauert, desto mehr nehmen die ökonomischen und psychosozialen »Kollateralschäden« zu. Beschäftigungsverluste kommen in unterschiedlicher Weise zur Geltung: Dort, wo Kurzarbeiterregelungen existieren, steigt die Kurzarbeit; die Erwerbslosigkeit steigt; viele geben die Arbeitssuche auf, so dass die »stille Reserve« zunimmt, während die offizielle Zahl der Erwerbspersonen (die Summe aus Erwerbstätigen und offiziell Erwerbslosen) abnimmt. Im dritten Quartal 2020 waren in den 27 EU-Ländern laut Eurostat 176,5 Millionen Menschen lohnabhängig beschäftigt und damit 3,8 Millionen weniger als im dritten Quartal 2019. Die Zahl der Selbständigen sank im gleichen

Zeitraum um 650.500 auf 29,8 Millionen. Es liegt nahe, dass die Beschäftigungsverluste unter den Lohnabhängigen die Arbeiterklasse stärker als die lohnabhängige Mittelklasse betreffen.<sup>5</sup> Zwar basieren die offiziellen Statistiken der EU nicht auf klassentheoretischen Kategorien, aber die Verteilung der Beschäftigungsrückgänge nach den verschiedenen Bildungsniveaus der Lohnabhängigen gibt einen Hinweis darauf. So sank die Zahl der Beschäftigten mit niedrigen Bildungsabschlüssen (bis zur unteren Sekundarstufe) in der EU in diesem Zeitraum um 8,4 Prozent und mit mittleren Bildungsabschlüssen um 2,9 Prozent, während die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten mit Hochschulabschlüssen um 3 Prozent stieg. Frauen sind von dem Beschäftigungsrückgang etwas stärker betroffen als Männer und junge Lohnabhängige sind deutlich stärker betroffen als ältere. Es ist nicht überraschend, dass Lohnabhängige mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeiter\*innen und informell Beschäftigte von dem Beschäftigungsabbau überproportional betroffen sind.<sup>6</sup>

Da die Erwerbstätigkeit zurückgeht, werden auch weniger Einkommen produziert. Die Summe des nominalen Arbeitnehmerentgelts, d. h. der Bruttolöhne und -gehälter inklusive Sozialabga-

**Tabelle 3: Staatliche Haushaltsdefizite und Staatsverschuldung (in Prozent des BIP)**

	Saldo des Staatshaushalts		Staatsverschuldung	
	2019	2020	2019	2020
Deutschland	1,5	-5,1	59,6	70,0
Frankreich	-3,0	-10,6	98,1	115,3
Italien	-1,6	-10,9	134,6	157,5
Spanien	-2,9	-11,7	95,5	118,2
Eurozone	-0,6	-8,4	84,0	98,1
Großbritannien	-2,3	-14,5	85,2	103,3
USA	-6,4	-17,5	108,2	128,7
Japan	-3,4	-13,8	234,6	258,7

Quelle: IWF, *Fiscal Monitor Update*, Januar 2021, S. 2. Schätzungen.

ben, sank in den 27 EU-Staaten im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um 7 Prozent, im dritten Quartal 2020 um 1,3 Prozent. Auch hier sind die Lohnrückgänge ebenso wie die Beschäftigungsverluste in den Mitgliedstaaten allerdings sehr unterschiedlich. In Spanien betrug der entsprechende Rückgang des nominalen Arbeitnehmerentgelts beispielsweise im zweiten Quartal 13,9 Prozent und im dritten Quartal 5,2 Prozent. In Deutschland lag er bei »nur« 3,3 Prozent im zweiten Quartal und bei 0,9 Prozent im dritten Quartal.

## Deutschland könnte mehr tun

Teilweise werden die Einkommensverluste durch die Sozialversicherungen und zusätzliche kompensatorische Maßnahmen des Staates ausgeglichen, aber nicht vollständig. Dabei sind die fiskalischen Kapazitäten und damit die Möglichkeiten der einzelnen Staaten, kompensatorisch tätig zu werden, sehr unterschiedlich. Sie hängen davon ab, inwieweit die Staaten in den Augen der Finanzinvestoren kreditwürdig sind, inwieweit und zu welchen Zinssätzen die



Staaten sich an den Finanzmärkten verschulden können. Dies hängt vor allem von ihrer Wirtschaftskraft, ihrer Stellung in der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung und ihren Besteuerungsmöglichkeiten ab. Dementsprechend fielen auch die fiskalpolitischen Maßnahmen der EU-Staaten zur Dämpfung der Krise sehr unterschiedlich aus. Die Konsumausgaben des Staates stiegen beispielsweise nach den vorläufigen Angaben von Eurostat in Deutschland 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 554 Euro pro Kopf der Bevölkerung, im wesentlich härter von der Pandemie betroffenen Spanien dagegen nur um 301 Euro. Die Staatsverschuldung ist überall mehr oder minder stark angestiegen, aber von einem jeweils sehr unterschiedlichen Ausgangsniveau aus (vgl. Tabelle 3). Vergleicht man die Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung Deutschlands und der anderen kapitalistischen Länder, so wird deutlich, dass Deutschland seine Verschuldungsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft hat. Insofern fallen die Maßnahmen zur Einkommenssicherung in Deutschland zwar großzügiger aus als in anderen EU-Staaten, aber bei weitem nicht so umfangreich, wie sie eigentlich hätten sein können und müssen, um die Schäden durch die Krise zu minimieren (siehe Tabelle 3).

### Richtungswechsel in der EU-Politik?

Angesichts der enormen Dimensionen der neuerlichen Krise haben die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Politiken auch in Bezug auf die EU partiell verändert. Während der ersten Eurokrise im vergangenen Jahrzehnt wurde zwar über Eurobonds als mögliche gemeinschaftliche Form der Krisenbewältigung diskutiert, aber ihre Einführung scheiterte am Veto der reichen Mitgliedstaaten, der Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen, die nicht die Haftung für die Defizite der ärmeren Mitgliedstaaten übernehmen wollten. Inzwischen hat vor allem die deutsche Regierung ihre Position geändert und dies hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es nun erstmals Gemeinschaftsanleihen in großem Umfang gibt. Damit soll das Wiederaufbauprogramm »Next Generation EU« in Höhe von 750 Mrd. Euro über vier Jahre finanziert werden. Davon sollen 360 Mrd.

Euro in Form von Krediten und 390 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen an die Mitgliedstaaten vergeben werden, und zwar überproportional an die am stärksten von der Krise betroffenen Staaten. Es gibt allerdings einige Haken an diesem Programm. Vor allem wird die Vergabe der Mittel an das »Europäische Semester« gekoppelt, d. h. der Europäischen Kommission wird damit ein Instrument in die Hand gegeben, um Auflagen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten durchzusetzen. Nach allen bisherigen Erfahrungen bedeutet dies, dass neoliberale Politik fortgesetzt wird, obwohl die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinsichtlich der Haushaltsdefizite und der Schuldenquoten gegenwärtig ausgesetzt sind. Die Vorgaben der Europäischen Kommission für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten zielten in der Vergangenheit zumeist darauf, deren »Wettbewerbsfähigkeit« zu erhöhen, sprich Löhne und Sozialleistungen zu senken, Staatsausgaben zu kürzen etc. Bisher ist offen, wie die Gemeinschaftsanleihen zurückgezahlt werden sollen. Im Unterschied zu nationalen Staatsanleihen, die letztlich, wenn die Rückzahlung fällig wird, immer wieder durch neue Staatsanleihen ersetzt werden, ist die Ausgabe der Gemeinschaftsanleihen für das Wiederaufbauprogramm als einmaliger Akt geplant. Die Eigenmittelobergrenzen der EU werden nur temporär erhöht. Die Tilgung der Gemeinschaftsanleihen müsste also durch Ausgabenkürzungen in den zukünftigen EU-Haushalten erfolgen. Im Übrigen wirkt der Betrag von 750 Mrd. Euro für das Wiederaufbauprogramm zwar zunächst groß, doch wenn man bedenkt, dass sich dieses Geld auf 27 Mitgliedstaaten und die Jahre 2021–2024 verteilt, und wenn man dies in Relation zu den enormen Schäden setzt, die die Corona-Krise anrichtet, dann wird deutlich, dass auch dieses Programm nichts daran ändert, dass die beherrschten Klassen, die subalternen sozialen Gruppen, unter den Folgen der Krise noch lange zu leiden haben werden. Das Desaster könnte sich noch verschärfen, falls es zu einer Neuauflage der Austeritätspolitik in der EU kommt, um die gewachsene Verschuldung wieder abzubauen und die Konkurrenzfähigkeit der geschwächten EU-Staaten im Weltmarktzusammenhang zu steigern. Die gesellschaftliche und politische Polarisierung,

die sich nach der globalen Finanzkrise der Jahre ab 2007 entwickelt hat, wird sich dann weiter verschärfen, und die Erosion der EU könnte sich fortsetzen.

### Anmerkungen

- 1) Die Zahlenangaben in diesem Text stammen, soweit nichts anderes erwähnt wird, vom Statistischen Amt der Europäischen Union, Eurostat (<https://ec.europa.eu/eurostat/de/>), bzw. beruhen auf eigenen Berechnungen auf der Basis von Eurostat-Daten.
- 2) Vgl. IWF 2021: *World Economic Outlook Update*, Januar 2021, online: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2021/01/26/2021-world-economic-outlook-update>.
- 3) Vgl. zur Analyse der Widersprüche der europäischen Integration und der vorangegangenen Krise der EU: BdWi / fzs / GEW / ÖH / RLS / StuRa Uni Heidelberg (Hg.) 2017: *Krise der EU. Kontroversen – Perspektiven – linke Alternativen*. BdWi-Studienheft 11. Redaktion: Torsten Bultmann, Thomas Sablowski, Marburg; Mario Candeias / Alex Demirovic (Hg.) 2017: *Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*, Münster.
- 4) vgl. dazu auch Etienne Schneider / Felix Syrovatka 2020: »Corona und die nächste Eurokrise«, in: *Prokla*, Heft 199, 50. Jg., Nr. 2: 335–344, online: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i199.1873>.
- 5) Unter der Arbeiterklasse verstehe ich hier jene Lohnabhängigen, die innerhalb eines Kapitalverhältnisses ausgebeutet werden und die selbst keine Herrschaftspositionen im Arbeitsprozess einnehmen. Die lohnabhängige Mittelklasse umfasst dagegen die Lohnabhängigen, die außerhalb von Kapitalverhältnissen vor allem in den Staatsapparaten beschäftigt werden, sowie die Lohnabhängigen, die im Arbeitsprozess Herrschaftspositionen einnehmen, von den Meistern bis zum mittleren Management (vgl. Thomas Sablowski 2020: »Klassenkämpfe in der Corona-Krise. Die Auseinandersetzung um die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung«, in: *Prokla*, Heft 200, 50. Jg., Nr. 3: 519–542; hier: 520ff, <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1904>).
- 6) vgl. ILO 2020: *The impact of the COVID-19 pandemic on jobs and incomes in G20 economies*, Genf, online: [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-dgreports/-cabinet/documents/publication/wcms\\_756331.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-dgreports/-cabinet/documents/publication/wcms_756331.pdf); ILO 2021: *ILO Monitor: COVID-19 and the world of work. Seventh edition*, Genf, 25.1.2021, online: [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms\\_767028.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-dgreports/@dcomm/documents/briefingnote/wcms_767028.pdf).

---

*Thomas Sablowski ist Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied des Beirats des BdWi.*

# Antifeminismus und Pandemie-Leugnung

## Neue Bündnisse in Zeiten der Corona-Pandemie

Seit Beginn der Pandemie ist der gesamte Pflege- und Sorgearbeitssektor, in dem noch immer überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, enorm gefordert. Mitarbeitende in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen sind riesigen Belastungen ausgesetzt – oft wird der Arbeitsschutz verringert und Schichtzeiten werden extrem ausgedehnt – und haben ein deutlich höheres Risiko, an Covid-19 zu erkranken.

### Geschlechterverhältnisse und LGBTIAQ\*-Lebenssituationen

Betroffen von diesen erschwerten Arbeitsbedingungen sind auch Pflegekräfte aus Südosteuropa und dem globalen Süden, die oftmals in irregulären Arbeitsverhältnissen ohne Arbeitsschutz im Pflege- und Reinigungssektor arbeiten und schon seit Jahren die entstandene Care-Lücke in Deutschland auffangen. Die Care-Lücke ist ein Resultat daraus, dass seit Jahren die Betreuung und Pflege von alten Menschen, Menschen mit Behinderung und Kindern nicht als gesellschaftliche, sondern private Aufgabe gesehen wird und großteils privatisiert ist. Gleichzeitig setzte sich in den letzten Jahrzehnten ein adult-worker-model durch, was bedeutet, dass alle Erwachsenen arbeiten (müssen). Dies ist jedoch weniger ein Zeichen für mehr Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern für viele Erwachsene schlicht eine Notwendigkeit, um die Miete und das tägliche Leben finanzieren zu können. Das Zurückgeworfensein auf den privaten Raum im Lockdown hat für vie-

le Menschen sehr unterschiedliche Auswirkungen. So wirkt sich bei diesen Maßnahmen der finanzielle Hintergrund voll aus, wenn arme Menschen und Familien den Lockdown in sehr beengten Wohnverhältnissen erleben. Auch für Personen, die mit (meist männlichen) Gewalttätern zusammenleben, darunter viele Kinder, steigt in der Pandemie die Gefahr, häusliche Gewalt zu erleben. Für queere Jugendliche ist das Zurückgeworfensein auf die Herkunftsfamilie außerdem oft eine besondere Herausforderung, wenn die Herkunftsfamilie nichts über das queere Begehren weiß oder ihr Begehren und ihre geschlechtliche Identität auf wenig Verständnis stoßen. Dies macht deutlich, dass Schutzräume für Frauen und/oder queere Personen deutlich ausgebaut und ausreichend finanziert werden müssen, damit auch in Zeiten von gesellschaftlichen Krisen ausreichend außerhäusliche Angebote zur Verfügung stehen.

### Mutterschaft, Familie und Antifeminismus

Viele der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie zielen ganz im neoliberalen Sinne auf den privaten Raum und individualisierte Lösungen. So werden Arbeitgeber\*innen lediglich dazu aufgefordert, ihren Mitarbeitenden in der Pandemie Home Office zu ermöglichen, einen Anspruch darauf gibt es nicht und ein Großteil der Industrie arbeitet mit minimalen Einschränkungen und wenig Arbeitsschutz weiter. Im privaten Raum darf man hingegen nur eine weitere Person eines privaten Haushalts treffen

*Die anhaltende globale Corona-Pandemie macht gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse deutlich sichtbar, verstärkt diese und verschärft oft ohnehin schon prekäre Lebensverhältnisse. Dies zeigt sich bspw. an einer enormen Zunahme von (anti-asiatischem) Rassismus, an der Situation von Geflüchteten, sowie an der enormen Zunahme von Antisemitismus und Verschwörungserzählungen im Laufe der Pandemie. Die Verschärfung bestehender Ungleichheitsverhältnisse gilt auch für den Bereich der Geschlechterverhältnisse und LGBTIAQ\*-1-Lebensweisen. Rebekka Blum und Len Schmid zeigen antifeministische Entwicklungen und Mobilmachungen, die im Zuge der Corona-Pandemie zu beobachten sind, auf.*



[Stand Januar 2021]. Wohnformen mit Kindern sind durch Maßnahmen wie Schul- und Kitaschließungen noch weiter belastet. Kinder sollen zu Hause betreut und beim Home Schooling angeleitet werden, während nebenher dieselben Anforderungen an die Arbeitsleistung gestellt werden. Studien zeigen, dass vor allem Frauen zusätzlich zu der ohnehin schon mehr geleisteten Sorge- und Pflegearbeit wie selbstverständlich einen Großteil der anfallenden Mehrarbeit übernahmen.<sup>2</sup> Mindestens kurzfristig führte dies zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse (im Privaten).

Diese Retraditionalisierung wird von antifeministischen Milieus freudig begrüßt. Dies verwundert nicht, denn AntifeministInnen<sup>3</sup> verfolgen das Ziel Geschlechterverhältnisse einer idealisierten Vergangenheit (wieder)herzustellen. Ihr Weltbild basiert auf der Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit, setzt Heterosexualität als Norm und strebt ein konservatives bis reaktionäres Familienbild an. Ganz in diesem Sinne jubiliert die prominente Antifeministin Birgit Kelle, mit Kontakten von CDU bis christlicher und sogenannter neuer Rechter<sup>4</sup>, auf dem Blog *demofueralle*<sup>5</sup>: »Die ersetzbare Mutter – ein Mythos hat Pause.« Dass sie lediglich Frauen für die Sorgearbeit zuständig sieht, wird deutlich, wenn sie fortfährt: »Millionen von Familien stellen gerade fest, dass dann, wenn der Staat als Nanny ausfällt, die Familie und ja, die Mutter, wieder in den Mittelpunkt des Haushaltes rückt.« Darüber hinaus leitet sie mehr als zynisch aus den ausschließlich binär organisierten Sterbestatistiken ab, dass nicht-binäre Geschlechtsidentitäten keine tiefgreifenden Phänomene seien: »Die Frage, ob man mich auf der Intensivstation als selbsternannte ›genderqueere Person‹ auch mit dem richtigen Personalpronomen anspricht, verliert an Relevanz, wenn ich mit dem Leben ringe.«<sup>6</sup> Nicht nur hinsichtlich des Familienbilds ist Antifeminismus als antimoderne Ideologie zu verstehen: Mit dem Begriff Antifeminismus lassen sich generell politische Bewegungen und Forderungen beschreiben, die das Ziel haben, emanzipatorische Bewegungen, Errungenschaften und Forderungen im Bereich der Geschlechterverhältnisse und LGBTIAQ\*-Lebensweisen abzuwehren. Verschiedene politische Bewegungen wie Maskuli-

nisten, Konservative, religiöse und (extreme) Rechte verbinden sich im gemeinsamen Feindbild Feminismus und dem Ideal der heterosexuellen Kleinfamilie mit traditioneller Aufgabenverteilung.<sup>7</sup>

Zentral im Antifeminismus ist auch die Fokussierung und Aufwertung von Weiblich- und Mütterlichkeit, wobei hierunter ein eng gefasstes Ideal zu verstehen ist, dass gleichgeschlechtliche Eltern, Alleinerziehende und Menschen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit ausschließt. Auf diese Aufwertung von Weiblich- und Mütterlichkeit zielte die »Frauenbustour« ab, die angelehnt an die Bustour von Bodo Schiffmann im Dezember durch Deutschland tourte und Coronaverharmlosende Inhalte verbreitete. Die Frauenbustour bediente geschlechterdualistische Diskurse und stellt insbesondere Mütter als die Sorgeverantwortlichen dar. So war auf der Website der Frauenbustour kurzzeitig angekündigt, mit weiblicher Power einen Koffer voll Lösungen für die schwere Zeit der Pandemie mitzubringen. Der Bus wurde auch innerhalb der Pandemie-LeugnerInnen-Szene eher belächelt, was auf den Sexismus innerhalb der Pandemie-LeugnerInnen-Szene schließen lässt. Konsequenterweise stießen im Verlauf der Bustour kontinuierlich cis-Männer zum Organisationskreis hinzu und der Bus nannte sich schließlich Friedensbus.

### Kindeswohlgefährdung als anschlussfähiges antifeministisches Narrativ

Seitdem Bundesjustizministerin Christine Lambrecht im November 2019 einen Gesetzesentwurf einbrachte mit dem Ziel, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, setzen sich vor allem konservative Vereine und rechte Gruppierungen dafür ein, diesen Vorstoß zu verhindern. Während der Corona-Pandemie ergeben sich hier Bündnismöglichkeiten zwischen klassisch antifeministischen AkteurInnen und coronaleugnenden Organisationen. Bereits im Dezember 2019 wurde Lambrechts Vorstoß auf dem Blog des Aktionsbündnisses »Ehe und Familie vor/ Demo für alle«<sup>8</sup> in die Richtung interpretiert, dass das »Elternrecht zum Abschluss freigegeben« werde und startete eine Petition auf *citizengo*, um die Verankerung von Kinderrechten



im Grundgesetz zu stoppen. Die Initiative »Demo für alle« verfolgt das Ziel, sexuelle Bildung der Vielfalt an Schulen einzuschränken. Zu entscheiden, wann und wie ein Kind aufgeklärt wird, falle unter das natürliche Erziehungsrecht der Eltern. Dieses könnte laut »Demo für alle«-OrganisatorInnen durch die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ausgehebelt werden, was in ihren Augen zur Folge hätte, dass staatliche Behörden in das Familienleben eingreifen könnten. Das Bundesverfassungsgericht stellte hingegen bereits im Jahr 1977 fest, dass Schulen unabhängig von den Eltern eigene Erziehungsziele verfolgen dürfen.<sup>9</sup> Damit hatte seither auch die sexuelle Bildung an Schulen einen festgeschriebenen Platz in den Lehrplänen, befindet sich aber seit jeher in einem Spannungsfeld zwischen Erziehungsrecht der Eltern und dem schulischen Bildungsauftrag. Dieser richtet sich auch nach Lehrplänen und Richtlinien, die inzwischen auch vielfältige geschlechtliche Identitäten und sexuelle Begehrensstrukturen als Unterrichtsthema beinhalten.

Nachdem im Dezember 2020 erneut über die Einführung der Kinderrechte im Grundgesetz diskutiert wurde, welche



letztendlich im Januar 2021 vom Bundeskabinett beschlossen wurden, starteten die OrganisatorInnen der »Demo für alle« erneut die Petition »Hände weg vom Grundgesetz – Kinderrechte sind gefährlich«, die sie auf *citizengo* veröffentlichten. Auf ihrem Blog gaben sie bekannt, diese nun an einen »erweiterten Adressatenkreis« zu richten.<sup>10</sup> Um welchen AdressatInnenkreis es sich bei der Erweiterung handelt, wird deutlich, wenn die beiden Petitionen miteinander verglichen werden. So wurde die neue Petition vom Dezember 2020 dahingehend erweitert, dass laut »Demo für alle« durch die Verankerung der Kinderrechte nun auch »problemlos Maskenpflicht, Impfpflicht, Zwangsisolation oder Kindesentzug« durchgeführt werden könnte. Mit dieser Ergänzung wird der Appell bewusst an ein Milieu gerichtet, das den Pandemie-Maßnahmen skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Diese Erweiterung des AdressatInnenkreises war erfolgreich: Die im Juli 2020 gegründete Bürgerinitiative »Eltern stehen auf«, die sich primär gegen Corona-Maßnahmen einsetzt und mit dem Kindeswohl argumentiert, um ihre Ziele durchzusetzen, teilte die Petition und Sharepics der »Demo für alle«.<sup>11</sup>

### Antifeministische Bündnisse beim Thema Impfen

Auch beim Thema Impfen ergeben sich Bündnismöglichkeiten zwischen klassischen AntifeministInnen und Pandemie-LeugnerInnen. Dies zeigt sich anhand eines am 5.09.2020 abgehaltenen »Werkstattgesprächs« der »Demo für alle« unter dem Motto »Eltern wacht auf – Schützt eure Kinder«.<sup>12</sup> Die gut vernetzte Antifeministin Hedwig von Beverfoerde moderierte dieses Gespräch, auf dem auch auf die Situation von Familien in der Pandemie eingegangen und das Thema Impfung aufgegriffen wurde. Strategisch wurde mit dem Angstscenario gearbeitet, dass mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz auch eine Impfpflicht für Kinder durchgesetzt werden könne.

Insgesamt gibt es viele ImpfgegnerInnen, die Verschwörungserzählungen rund um die Corona-Impfungen verbreiten. Eine dieser Erzählungen behauptet, die Impfung gegen Covid-19 würde Frauen unfruchtbar machen und lässt Raum für die Spekulation, eine Impfung würde bevölkerungspolitische Motivationen verfolgen. Diese Erzählung, für die es keinerlei medizinische Grundlage

gibt, ermutigte ein Mitglied des maskulistischen Online-Forums *wgvdl* (»wie viel Gleichberechtigung verträgt das Land?«) zu rassistischen, verschwörungsideologischen Aussagen. So fordert er, dass geflüchtete Frauen zuerst geimpft werden. So könne laut ihm die »Umvolkung« gestoppt werden.<sup>13</sup> Die Befürchtung, die Impfung würde Frauen unfruchtbar machen, macht darüber hinaus deutlich, welche Rolle Frauen in verschwörungsideologischen und antifeministischen Strukturen zugeschrieben wird: nämlich die der sich reproduzierenden Familienmutter.

### Umkämpftes Feld: antifeministische Debatte um Schwangerschaftsabbrüche

Auch die klassisch antifeministisch geprägte Debatte um Schwangerschaftsabbrüche steht in Pandemie-Zeiten nicht still: Verschiedene christlich-fundamentalistische Organisationen und Vereine äußerten sich im Kontext von Schwangerschaftsabbrüchen und Covid-19. Beispielsweise warf der Anti-Choice-Verein »Alfa (Aktion Lebensrecht für alle)« auf seinem Blog Pro-

Choice-Aktivist\*innen vor, die Pandemie für »ihre Zwecke [zu] nutzen« und befürchtet eine »Aufweichung der Beratungspflicht«. <sup>14</sup> Dieser Blogpost spielt zum einen auf die Tatsache an, dass manche staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen pandemiebedingt Video- oder Telefonberatungen anbieten, um einen sicheren und zeitnahen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch zu ermöglichen. Zum anderen spricht der christlich-fundamentalistische Verein in einem weiteren Blogpost von einer »Abtreibung im Homeoffice« <sup>15</sup> und dessen vermeintliche Gefahren. Dabei ist klarzustellen, dass durch telemedizinische Beratung und Betreuung weder die Beratungspflicht ausgehebelt wird, noch ein erhöhtes gesundheitliches Risiko für die Person besteht, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lässt. Auch in Pandemie-Zeiten greift hier der stark umstrittene § 218 StGB.

Der christlich-fundamentalistische Verein »Kooperative Arbeit Leben ehrfürchtig bewahren (Kaleb)«, der regelmäßig für den »Marsch für das Leben« aufruft, geht in dieser Debatte noch einen Schritt weiter und stellt in einem Blogpost die Todeszahlen der an Covid-19 Verstorbenen den Zahlen von anderen Todesursachen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs oder Vergiftungen und letztendlich den Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen gegenüber. <sup>16</sup> In dieser Gegenüberstellung werden die Todeszahlen von Covid-19 Erkrankten relativiert und sich einer im christlichen Fundamentalismus häufig angewandten »Abtreibung ist Mord«-Rhetorik bedient. Im gleichen Blogpost wird die Frage aufgeworfen, wie lange das Gesundheitssystem »noch für diese lebensfeindliche Praxis missbraucht« werde. Obwohl es sich in dem im März veröffentlichten Blogpost um ein Dokument mit dem Fokus auf die Pandemie handelt, zählt der Verein zu dieser »lebensfeindlichen Praxis«, wie aus dem Zusammenhang gerissen, auch die »Missachtung der Ehe als Schutzraum für Ehe und Kindeswohl«. Diese Positionierung und Hetze gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist ein klassisches antifeministisches Narrativ, das sich insbesondere gegen LGBTIAQ\* und alternative Familienmodelle richtet. Hier wird davon ausgegangen, dass sich die Ehe nur auf (cis-)

Mann und (cis-)Frau beschränkt und es kann geschlussfolgert werden, dass laut Kaleb gleichgeschlechtliche Ehen, insbesondere mit Kindern, die Ehe und sogar das Kindeswohl bedrohen würden.

## Ausblick

Unsere Analyse zeigt, dass AntifeministInnen und viele AkteurInnen im Spektrum der Pandemie-LeugnerInnen ein antimodernes Weltbild teilen, das auf binärem Denken aufbaut und Komplexitätsreduktion zum Ziel hat. Auf Verunsicherung, sei es die Erweiterung von Liebes- und Lebensentwürfen oder die Pandemie, wird mit einer Sündenbock-Rhetorik, Aggression und Menschenfeindlichkeit reagiert. Hier entstehen breite Bündnismöglichkeiten, die auf einem geteilten konservativen bis reaktionären Frauen- und Familienbild aufbauen und die Idealisierung und das Festhalten an Vergangenen beinhalten. Die Gefahr für die Zukunft sehen wir darin, dass ähnlich wie bei den »Demo-für-alle«-Protesten, die ihren Ursprung wie die Querdenken-Demonstrationen im Südwesten Deutschlands haben, Bündnisse entstanden sind, die bei zukünftigen Anlässen reaktiviert werden können.

## Anmerkungen

- 1) LGBTIAQ\* steht für lesbian, gay, bisexual, trans\*, inter\*, asexual, queer.
- 2) Bettina Kohlrausch / Aline Zucco 2020: »Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit«, in: *policy brief WSI* Nr.40, 05/2020. Online abrufbar unter: [file:///tmp/mozilla\\_rebbe0/p\\_wsi\\_pb\\_40\\_2020.pdf](file:///tmp/mozilla_rebbe0/p_wsi_pb_40_2020.pdf).
- 3) Wir nutzen im Artikel verschiedene geschlechtergerechte Sprachvarianten. Grundsätzlich nutzen wir den Gender-\*, um Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit mit zu repräsentieren. Da Antifeminismus auf der Vorstellung der Zweigeschlechtlichkeit aufbaut, nutzen wir für AkteurInnen aus diesem Spektrum die zweigeschlechtliche Genderung mit Binnen-I. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch Personen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit AntifeministInnen sein können.
- 4) Klaus Jetz: »Demo für alle« – Rechtskonservative Kampfbegriffe und Akteur\*innen. Beatrix von Storch, Birgit Kelle und Hedwig von Beverfoerde, abrufbar unter: <https://www.lsvd.de/de/ct/652-Demo-fuer-Alle-Rechtskonservative-Kampfbegriffe-und-Akteur-innen> (Stand 21.01.2021).

- 5) Der Blog ist ein zentraler Ort der (antifeministischen) Vernetzung u. a. bzgl. der Proteste gegen Bildungspläne, in denen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Leitbild verankert werden sollte, wie bspw. in Baden-Württemberg 2014–2015.
- 6) <https://demofueralle.blog/2020/04/29/die-ersetz-bare-mutter-ein-mythos-hat-pause/>.
- 7) Rebekka Blum 2019: *Angst um Die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus*, Hamburg: 114–115.
- 8) <https://demofueralle.de/2019/11/26/elterrecht-zum-abschuss-freigegeben-justizministerin-lambrecht-praesentiert-gesetzentwurf-fuer-kinderrechte-im-grundgesetz/>.
- 9) Andrea Hilgers 2004: *Richtlinien und Lehrpläne zur Sexualerziehung. Eine Analyse der Inhalte, Normen, Werte und Methoden zur Sexualaufklärung in den sechzehn Ländern der Bundesrepublik Deutschland*, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Abteilung Sexualaufklärung, Verhütung und Familienplanung: 11.
- 10) <https://demofueralle.de/2020/09/23/jetzt-neuen-proteststurm-gegen-kinderrechte-im-grundgesetz-entfachen/>.
- 11) <https://elternstehenauf.de/kinderrechte-in-unser-grundgesetz/>.
- 12) <https://www.youtube.com/watch?v=dxuqJoLGazQ&t=9s>.
- 13) <https://wgvd1.com/forum3/index.php?id=111712>.
- 14) <https://www.alfa-ev.de/beratungsscheinper-telefon-eine-schnapsidee-aus-dem-familienministerium/>.
- 15) <https://www.alfa-ev.de/do-it-yourself-abtreibungen-hochgefaehrlich-politisch-gefordert/>.
- 16) <https://kaleb.de/wp-content/uploads/2020/03/400-tote-zu-viel.pdf>.

*Rebekka Blum arbeitet als Forscherin, Publizistin und politische Bildnerin zu den Themen (extreme) Rechte und (Geschichte des) Antifeminismus. 2019 ist ihr Buch »Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus« erschienen.*

*Len Schmid ist Sozialwissenschaftler\*in, Sexualwissenschaftler\*in (i.A.), Autor\*in und (Mit-)Herausgeber\*in des Buches »Lookismus – Normierte Körper – Diskriminierende Mechanismen – (Self-)Empowerment«. Len beschäftigt sich außerdem schwerpunktmäßig mit dem Thema Antifeminismus und mit den Verknüpfungen von antifeministischen und (extrem) rechten Spektren. Beide sind Gründungsmitglieder des femPI-Netzwerks (feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte).*

# Geländegewinne in der Krise?

## Corona-Politik der extremen Rechten<sup>1</sup>

Die Corona-Politik der extremen Rechten weist trotz einzelner Unterschiede große Ähnlichkeiten auf. Nach einer zunächst massiven Kritik an fehlenden bzw. spärlichen Reaktionen der Regierenden auf die drohende Gefahr einer Pandemie, schwenkte die extreme Rechte nach den durchgreifenden und in einem ersten Lockdown gipfelnden Maßnahmen auf eine fundamentale Kritik ein. Was man kurz zuvor noch selbst forderte, wurde jetzt als unnötig, schädlich, panisch oder gar verschwörerisch gegen die Freiheit des »Volkes« gerichtete Drangsalierung bezeichnet.

Diese deutliche Positionsverschiebung in der ersten Welle der Pandemie zeigt, dass es der Rechten vor allem um eine Positionierung in größtmöglicher Opposition zu den Regierenden und weniger um eine angemessene Reaktion auf die Bedrohung durch eine weltweite Pandemie ging. Wir zeichnen im Folgenden die Positionierungen ausgewählter Akteure der extremen Rechten in der ersten Welle der Pandemie bis ca. September 2020 nach und geben einen kurzen Ausblick auf die weitere Entwicklung.

### Funktion und Ziele der AfD-Corona-Politik

Seit Frühjahr 2020 versucht die AfD, sich als parlamentarischer Arm einer Corona-Protest-Bewegung zu positionieren. Diese Protestbewegung, die keineswegs genuin der extremen Rechten entstammt,<sup>2</sup> aber im Lauf der Zeit eine deutliche Annäherung an deren Positio-

nen vollzogen hat, stellt für die AfD einen möglichen außerparlamentarischen Bezugspunkt dar, der, ähnlich wie Pegida, als Referenzpunkt einer vermeintlich rechtsoppositionellen Straßenbewegung für die eigene Politik nutzbar gemacht werden soll.

Die AfD ist dabei zum aktiven Teil einer Radikalisierungsspirale geworden, mit der über die Kritik an den konkreten Corona-Maßnahmen eine Delegitimierung des politischen Systems generell betrieben wird. Dabei zeigen sich auch innerhalb der AfD Widersprüche, so dass sie bis heute mit keiner einheitlichen Position zu grundlegenden Fragen der Corona-Politik auftritt. Während vom marktradikalen Teil der Partei um den Ko-Vorsitzenden Jörg Meuthen die gesundheitlichen Gefahren zwar eingeräumt, vor allem aber die ökonomischen Folgen der Einschränkungen in den Mittelpunkt gestellt und der Gesundheitsschutz in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger gelegt werden soll, vertritt die systemoppositionelle extreme Rechte in der Partei eine deutlich radikalere Position. Hier werden die gesundheitlichen Gefahren systematisch verharmlost und teils geleugnet. Ziel dieser Position ist erstens eine Delegitimierung des politischen Systems der Bundesrepublik. Dem dient die Rede vom »Ermächtigungsgesetz« (bezogen auf das Infektionsschutzgesetz) oder die Behauptung, die Regierung Merkel habe den Weg in die Diktatur eingeschlagen. Zweitens geht es diesem Teil der AfD um die Etablierung einer Widerstandserzählung gegen die herrschenden Eliten, der man sich gemeinsam mit der Protestbewegung rund um »Quer-

*Bei den Aktivitäten der sog. Querdenken-Bewegung treten extreme Rechte massiv in Erscheinung, im parlamentarischen Raum inszeniert sich die AfD als entschiedene Kritikerin der vorherrschenden Corona-Politik. Profitiert die extreme Rechte also von einer klaren Positionierung an der Seite der Unzufriedenen? So eindeutig lässt sich das nicht sagen, stellen Gudrun Hentges und Gerd Wiegel fest. Vielmehr sei die Politik der AfD seit Beginn der Pandemie sehr wechselhaft und von Strömungskämpfen und Positionsänderungen geprägt.*



denken« in den Weg stelle. Die vorgebrachten Vergleiche mit dem NS-Regime und mit der untergegangenen DDR dienen der Legitimierung dieser Widerstandserzählung, beinhalten aber auch eine Reihe antisemitischer und verschwörungstheoretischer Elemente.

## Widersprüche und Positionswechsel in der ersten Welle

Im März 2020, ganz zu Beginn der Pandemie, vertrat die AfD die Forderung nach einschneidenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, verbunden mit der Kritik an der Bundesregierung, zu spät und zu zögerlich reagiert zu haben. »Ökonomische Interessen dürfen nie zu Lasten der Volksgesundheit gehen«, so heißt es in einer Pressemitteilung der Partei vom 11. März 2020. Einen Tag später ließ sich die Ko-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel, in einer weiteren Pressemitteilung mit der Aufforderung zitieren: »Ich fordere die Bundes- und Landesregierungen auf, dem Beispiel vieler europäischer Länder zu folgen und endlich die entsprechenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung einzuleiten. Das Handeln der Politik ist fahrlässig und gefährdet Leib und Leben der Menschen in unserem Land«.

In dieser frühen Phase der Pandemie sah sich die AfD selbst als Teil einer Allparteienkoalition zur Abwehr der Krise. Der zweite stellvertretende Sprecher der AfD, Stephan Brandner, behauptete am 17. März 2020 in einer Pressemitteilung: »Zum Wohl des Landes stellen wir von der AfD in dieser bislang einzigartigen Krise politischen Streit zurück [...]. Zusagen müssen eingehalten, die AfD an allen wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene [...] beteiligt werden. Und das geschieht auch richtigerweise so.«

## Positionswechsel im April 2020

Während sich die AfD zunächst also als Teil einer quasi überparteilichen Notstandscoalition sah, änderte sich diese Position in dem Moment, als vernehmbarere Kritik an den Maßnahmen der Regierung sichtbar wurde. Mit Beginn der ersten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen wechselte die AfD ihren

Standpunkt zu den Corona-Maßnahmen vollständig. Grund dafür war vor allem die Suche nach Alleinstellungsmerkmalen und die größtmögliche Distanz zu den anderen Parteien. Wie alle anderen Oppositionsparteien litt die AfD in dieser »Stunde der Exekutive« unter fehlender öffentlicher Aufmerksamkeit und ging dieses Problem durch eine umfassende Wende in der eigenen Politik an. Die Begründungen für diese Wende differierten jedoch.

Thematisch lassen sich zwei Stränge der Kritik an den Maßnahmen ausmachen:

a) Eine wirtschaftsliberal grundierte Position, die ein sofortiges Ende des Lockdowns forderte, alle weiteren staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft ablehnte, die Vorsorge gegen mögliche Ansteckungen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger stellen wollte, den Schutz der Grundrechte hervorhob und Corona als normales Lebensrisiko ausgab.

b) Eine vor allem von der völkischen Rechten der Partei vertretene Position, die die Corona-Maßnahmen und Pandemie überhaupt als Ausdruck einer Verschwörung der Eliten ansah, die darauf abziele, Nationen und Völker im Namen der Globalisierung zu eliminieren. Hier fand sich das Gerede von der »Umvolkung«, der Verantwortung der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, von George Soros und auch Bezüge auf die QAnon-Verschwörungserzählung.

Zwei Beispiele illustrieren diesen Strang der AfD-Position recht anschaulich. So unterstellt Stephan Brandner in einer Pressemitteilung vom 24. August 2020: »Die Regierung nutzt die Angst der Menschen dazu, die sie zuvor unter Zuhilfenahme vor allem des zwangsfinanzierten Rundfunks in Panik versetzt haben, einen gesellschaftlichen Umbau nach ihrem eigenen Gusto zu veranlassen [...].« Der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse stellt Corona in einer Rede im Bundestag als Erfindung der Eliten dar: »Um die Zerstörung dieser unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft zu beschleunigen, wurde ein Katalysator gefunden: Ein Virus und die von ihm ausgelöste Krankheit [...] wird zur Panikverbreitung benutzt, um in ihrem Schatten all die Dinge umzusetzen, die Sie sich schon lange auf die Fahne geschrieben haben, unter anderem das Auslösen der Nationalstaaten in Europa.«<sup>3</sup>

## Zwischenfazit

Nach wie vor und bis heute werden beide Linien der Kritik an den Corona-Maßnahmen in der AfD vertreten. Die Verschwörungsmythen sorgen jedoch für weitaus mehr Aufmerksamkeit und machen die AfD anschlussfähig an ein Spektrum, das sich unter dem Label »Querdenken« sammelt. Die spektakulären Aktionen an der Reichstagstreppe (29. August 2020) und im Bundestag (18. November 2020) wurden jeweils von AfD-Politiker\*innen unterstützt und via Social Media verbreitet.

Von Teilen der AfD wird eine systematische Kriminalisierung des politischen Gegners betrieben, die Maßnahmen werden als verbrecherisch und als Weg in die Diktatur dargestellt. An dieser Positionierung wurde vom Ko-Vorsitzenden der Partei, Jörg Meuthen, auf dem Parteitag in Kalkar (Dezember 2020) scharfe Kritik geübt. Anlässlich der massiven zweiten Corona-Welle seit November 2020 scheint sich die Partei mehrheitlich auf eine Sprachregelung geeinigt zu haben, in der Virus und Pandemie nicht länger grundsätzlich gelehnet, in der jedoch alle einschränkenden Maßnahmen durch den Staat abgelehnt werden. Offen bleibt, ob die AfD mit dieser Ausrichtung tatsächlich an Einfluss gewinnt. Zumindest die Umfragen zeigen das bisher nicht an. Sie sind aber auch nur eine Momentaufnahme, die sich rasch ändern kann.

## Corona-Politik der Partei Der Dritte Weg

Nicht nur die AfD, auch Akteure der traditionellen neonazistischen Rechten nutz(t)en die Pandemie-Krise, um sich öffentlich zu inszenieren. Reichsbürger, NPD und die weniger bekannte Partei Der Dritte Weg riefen zu den Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf. Die neonazistische Kleinpartei Der Dritte Weg, die hier exemplarisch in den Blick genommen wird, wurde 2013 von ehemaligen NPD-Funktionären und Aktivisten der 2014 verbotenen Organisation »Freies Netz Süd« (FNS) gegründet. Die Neonazi-Partei vertritt völkische und geschichtsrevisionistische Forderungen und erhebt Ansprüche auf Territorien in Osteuropa.

Anknüpfend an nationalrevolutionäre Ideologien tritt der Der Dritte Weg für einen »Deutschen Sozialismus« ein und will Schlüsselindustrien und Banken verstaatlichen.

### »Kümmere(r)partei«

Mit Beginn der Corona-Pandemie entdeckte Der Dritte Weg das Thema für sich und versuchte, es propagandistisch zu nutzen. Bereits im Februar 2020 wandte sich die Partei mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit. Unter der Überschrift »Coronavirus-Pandemie – bald in Deutschland? JETZT!« rief Der Dritte Weg zu einer »aktive[n] Krisenvorsorge« und rief dazu auf, Lebensmittelvorräte, eine ausreichende Wasserversorgung und eine medizinische Grundversorgung anzulegen. Man solle sich darauf einstellen, dass »im Fall einer Pandemie [...] ganze Gebiete abgeriegelt werden und keine Verkehrsmittel mehr benutzt werden dürfen.«<sup>4</sup>

»[A]ngesichts des derzeit grassierenden Corona-Virus«, so die *Weggefährtin*, Netz-Kolumne der Frauenorganisation der Partei Der Dritte Weg, solle man auf Händewaschen und Desinfizieren achten. Aufgrund des Mangels an Desinfektionsmitteln in Geschäften stellte der Frauenblog Rezepte zur äußerlichen Desinfektion ins Netz.

Mit Pressemitteilungen wie »Lehren aus der Corona-Krise. Die Globalisierung als Irrweg«<sup>5</sup> macht die Partei die Globalisierung für die Pandemie verantwortlich. Im Sinne der nationalrevolutionären Ausrichtung wendet sich Der Dritte Weg gegen den Kapitalismus, der in den Pamphleten auch als Turbokapitalismus oder als Liberalkapitalismus firmiert.

### Antisemitische Verschwörungsmythen

In den Artikeln, Pressemitteilungen und Interviews finden sich antisemitische Ideologien und Verschwörungsmythen. Immer wieder ist hier die Rede von dem »Jude[n] Bill Ackman«, der mit »Riesengewinnen Schlagzeilen« mache. Neben Bill Ackman nimmt die neonazistische Propaganda auch weitere Personen ins Fadenkreuz, die als Juden markiert und als Profiteure der Corona-Pandemie denunziert werden (»Boaz Weinstein, Jude

und Gründer von Saba Capital Management«; die »Juden Cliff Asness und David Kabiller«).

### Rassistische Hetze gegen Geflüchtete

Die Corona-Pandemie wird von Beginn an immer wieder mit Geflüchteten in Zusammenhang gebracht, die in der rassistischen Sprache stets als »Asylanten« firmieren. Ein beliebtes Thema sind Coronaausbrüche in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Sammelunterkünften von Geflüchteten und Berichte über Quarantäne und Unruhen.



Die Agitatoren fordern: »Kriminelle Ausländer raus, Asylflut stoppen!« Bezugnehmend auf die Pandemie als Ausnahme-situation fordern sie: »Finanzierung des Asyl-Irrsinns muss ein Ende haben, da der Wahnsinn in Krisenzeiten erst recht unverantwortlich ist.« Mit der Aussage »Für Asylanten galten die Einreiseverbote an Deutschlands Grenzen ohnehin nicht« wird den Leser\*innen nahegelegt, dass Geflüchtete schuld seien an der Verbreitung des Virus.

### »Apokalypse Now« und der Tag X

Sich als nationalrevolutionäre Partei verstehend, deutet die Partei Der Dritte Weg die Corona-Pandemie als Chance für einen Umsturz. Das »kapitalistische System«, so schreiben die Nationalrevolutionäre, stehe »nicht nur wirtschaftlich

kurz vor dem Bankrott«, es sei auch »moralisch am Ende«. Dieser Aufruf zum Umsturz kulminiert in der Aussage: »Zeit also für die nationale Revolution – Zeit für den Deutschen Sozialismus!«, diese Aussage kann zugleich als Feststellung und Aufruf gelesen werden.

### Fazit

In welcher Weise nutz(t)en unterschiedliche Akteure der extremen Rechten die Corona-Pandemie für die eigenen politischen Zwecke? Ungeachtet der vorhandenen Unterschiede im Einzelnen kristallisierten sich die folgenden Gemein-

samkeiten zwischen den politischen Akteuren in Bezug auf Corona-Pandemie und Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen heraus.

1. Lässt man die Verlautbarungen der Akteure Revue passieren, so wird deutlich, dass sich deren Positionen im Laufe der Monate geändert haben. Zu Beginn diente die Corona-Pandemie noch dazu, vor den Exzessen der Globalisierung zu warnen. Während Der Dritte Weg und die NPD für einen völkischen Antikapitalismus stehen und auf Konzepte nationalstaatlicher Autarkie setzen, tritt die AfD für eine nationalistische Handelspolitik im Sinne eines »Deutschland zuerst« ein, die mittels Protektionismus die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands im nationalistischen Sinne nutzen will.

2. Jenseits dieser großen ideologischen Fragen präsentieren sich die Parteien der Alten und Neuen Rechten als

»Kümmerer«. In ihrer Selbstinszenierung waren AfD und Der Dritte Weg darum bemüht, auf einer praktischen Ebene Informationen anzubieten, um abhängig Beschäftigte und Selbständige in Bezug auf Quarantäne, Krankheit, Kurzarbeit und Fernbleiben von der Arbeit wegen Kinderbetreuung zu beraten. Solche Serviceangebote haben den Charakter einer Beratung, die zur Verfügung gestellt wird – jenseits der ideologischen Positionierungen.

3. Die Verbreitung von Verschwörungsmithen spielte ab einem relativ frühen Zeitpunkt der Pandemie eine wesentliche Rolle. Wortspiele wie »P(l)andemie« insinuierten, dass sich hinter der Pandemie ein Plan verberge, der von langer Hand erdacht worden sei. Wenige Wochen zuvor hatten dieselben Akteure noch den Vorwurf erhoben, die Regierung handle zu spät und nicht konsequent genug und lasse die Bevölkerung ohne Schutz. In diesen Verschwörungsideologien finden sich immer wieder – implizit oder explizit – antisemitische Anspielungen.

4. Zentrale Themen der extremen Rechten wurden von allen untersuchten Akteuren mit der Pandemie-Krise verbunden. Das zielt zunächst und vor allem auf Migrant\*innen und Geflüchtete, die wahlweise als potenzielle Überträger des Virus ausgegeben oder als Regelbrecher denunziert wurden. In der langjährigen Geschichte des (Post-)Kolonialismus und Rassismus werden die »Anderen« immer wieder mit Seuchen, Epidemien und Pandemien in Verbindung gebracht. Rassistische Ressentiments, die in der Bevölkerung ohnehin weit verbreitet sind, werden mit allen Mitteln geschürt, indem ein Bedrohungsszenario aufgebaut wird.

5. Ausgerechnet jene Parteien und Bewegungen präsentieren sich in Zeiten der Corona-Pandemie als Verteidiger der Grund- und Bürgerrechte und als vermeintliche Retter der Demokratie, die selbst zur Gänze oder in Teilen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Sie prangern die Maskenpflicht ebenso an wie einen totalen Überwachungsstaat und warnen vor einer Ausschaltung der Legislative. Während die Querdenken-Demonstrant\*innen das Grundgesetz vor sich hertragen, negieren die Parteien der extremen Rechten zentrale Grundrechte, wie die Menschenwürde, das Demokratiegebot und

die Rechtsstaatlichkeit. Dennoch gelingt es diesen Parteien und Bewegungen, Teil der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung zu sein, ohne dass sich die Mehrheit dieser Bewegung daran stört.

6. In der Propaganda der untersuchten Parteien und Bewegungen dient die Pandemie als Beleg oder zumindest Katalysator für eine finale Krise des politischen Systems. Stichworte wie »Tag X« oder Aussagen wie »Endlich. Das Ende der westlichen Welt« sind Ausdruck der Erwartung, die alte »globale Weltordnung« mit ihren »liberal-demokratischen Pseudo-Werten« sei am Ende. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Mobilisierung der extremen Rechten zum »Sturm auf Berlin«. An der Aktion auf der Treppe des Reichstages nahmen nicht nur Reichsbürger\*innen und Neonazi-Kader der NPD und der Partei Der Dritte Weg teil, sondern auch Mandatsträger\*innen der AfD.<sup>6</sup>

7. Bedeutsam sind Debatten um Strategie und Taktik im Umgang mit der Querdenken-Bewegung und deren Umfeld. Diese werden vor allem in den sog. Theorieorganen *Sezession* und *Compact* geführt. In Bezug auf »Querdenken« sind die Positionen hier unterschiedlich. Während Martin Sellner, Sprecher der Identitären Bewegung in Österreich, einerseits konstatiert, dass es durchaus ideologische Differenzen gebe, betont er auf der anderen Seite, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik und Österreichs Demonstrationen möglich seien, an denen politische Akteure der extremen Rechten selbstverständlich als Teil der Bewegung akzeptiert werden, ohne dass sie seitens der Veranstalter oder Demonstranten ausgeschlossen oder abgedrängt werden. In Bezug auf die Corona-Protestbewegung in Österreich spricht er gar von einer »Sternstunde« und bringt seine »Hoffnung« zum Ausdruck. Zwar gelte »nach wie vor, daß das diffuse Meinungsmilieu der Coronademos ebenso wie ihre Zielsetzungen nicht als »rechts« im klassischen Sinne zu begreifen« seien. Dennoch wachse auch in Österreich das »Potential für eine organisierte, basisdemokratische und im besten Sinne des Wortes »populistische« Protestbewegung.«<sup>7</sup> In eine ähnliche Richtung argumentiert Jürgen Elsässer, der in den Querdenker-Sympathisant\*innen und -Demonstrant\*innen Menschen sieht, die im weitesten Sinne

der Öko-Bewegung zuzurechnen und mehr oder weniger politisch naiv seien, da sie noch nicht von der linken oder grün-alternativen Bewegung beeinflusst worden seien. Demnach sei es aus Perspektive des völkisch-nationalistischen Lagers möglich und geboten, den eigenen ideologischen Einfluss geltend zu machen, um im Bündnis mit dem Potenzial, das sich unter dem Dach von Querdenken versammelt hat, gemeinsam Strategien zu entwickeln.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. auch: Gudrun Hentges/Gerd Wiegel 2021 (i. E.): »Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch die extreme Rechte«, in: Georg Gläser/Gudrun Hentges/Julia Lingenfelder (Hg.): *Demokratie im Zeichen von Corona*, Berlin.
- 2) Oliver Nachtwey/Robert Schäfer/Nadine Frei 2020: *Politische Soziologie der Corona-Proteste*, Universität Basel 2020 (Abrufbar auf den Seiten der Uni Basel). Die Befragung beruht auf Fragebögen, die über Telegramm-Gruppen der Corona-Kritiker\_innen verteilt wurden. Die Autor\_innen weisen mehrfach darauf hin, dass sie keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben können.
- 3) Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 188. Sitzung: 23701 f.
- 4) Dieses wie auch die folgenden Zitate der Partei Der Dritte Weg finden sich auf der Seite <https://der-dritte-weg.info>.
- 5) Ostmark. Bundeskanzler Sebastian Kurz erwartet unglaubliche wirtschaftliche Auswirkungen durch Corona-Pandemie, 18.3.2020; Im Gespräch mit einem Virologen, 18.3.2020; Corona-Krise: System ist am Ende, 3.4.2020; Lehren aus der Corona-Krise. Die Globalisierung als Irrweg, 9.6.2020.
- 6) Facebook-Account von Aufstehen gegen Rassismus Offenburg (2.9.2020); <https://www.facebook.com/AgROffenburg/posts/-afd-scheitert-beim-sturm-auf-berlin-einstadtrat-aus-offenburg-und-weitere-afd-702060763725899/>.
- 7) Martin Sellner, »Alle auf den Ring«. Die Sternstunde der Demo in Wien«, in: *Sezession* v. 2.2.2021; <https://sezession.de/63947/alle-auf-den-ring-die-sternstunde-der-demo-in-wien>.

---

*Prof. Dr. Gudrun Hentges ist Professorin an der Universität zu Köln und leitet dort den Lehr- und Forschungsbereich »Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung«. Demnächst erscheint ihr Band »Demokratie im Zeichen von Corona« (hrsg. gemeinsam mit Georg Gläser und Julia Lingenfelder) im Berliner Metropol-Verlag. Gerd Wiegel ist Referent für die Themen Rechtsextremismus/Antifaschismus der Bundestagsfraktion DIE LINKE.*

# »Verschwörungstheorien«

Notizen eines aktivistischen Sozialwissenschaftlers

Hinter dem Glauben an Verschwörung stecken zuweilen Angst, aber auch Skeptizismus und eine dunkle Variante aufklärerischen Denkens.<sup>1</sup> Skeptizismus und Aufklärung erscheinen als untypische Stichworte, wenn es um Verschwörungstheorien geht. Dennoch folgt eine zentrale Frage, die vielen Verschwörungstheorien zu Grunde liegt, einer aufklärerischen Geste, nämlich der Frage: Cui bono? Verschwörungstheoriebewegte stellen die Fragen: Wer hat ein Interesse daran, dass dies geschehen ist und dies geglaubt wird?

Ein Beispiel für diese Art Verschwörungstheorienedenken wäre die Annahme, dass die Nazis selbst den Reichstagsbrand gelegt hätten, um Ermächtigungsgesetz und Verfolgung der Opposition durchzusetzen. Ein weiteres Beispiel ist die Skepsis an der offiziellen Darstellung des 9/11. Hier gibt es sicherlich überdrehte antiamerikanische und auch antisemitische Verschwörungstheorien, allerdings auch Verschwörungshypothesen, die auf die Widersprüche der offiziellen Darstellung hinweisen und diesen nachgehen. Die darin zur Schau gestellte Detailversessenheit ist zuweilen ein Erbe der Aufklärung mit ihrer »instrumentellen Vernunft« (Max Horkheimer). Allerdings unterschlagen diese aufklärerisch gemeinten Verschwörungstheorien historisch Evidentes: Die Passivität der deutschen Arbeiterbewegung angesichts des Durchmarschs der Nationalsozialisten, die im deutlichen Kontrast zum möglicherweise einsamen und verfehlten Spontaneismus des holländischen Rätekommunisten Marinus van der Lubbe steht. Oder die Existenz eines aggressiven

terroristischen Islamismus wie Al Quaida, der genau jenen »Krieg gegen den Terror« provozieren wollte, um ihn als »Kreuzzug des Westens gegen Muslime« propagandistisch ausschlichten zu können.

Dass es bewiesene Verschwörungen der Herrschenden gibt und noch offene Geheimnisse bestehen, die auf Vertuschung, Absprachen, Geheimdienstwerken hinweisen, ist ja bekannt. Ein paar Stichworte: Das »Celler Loch«, der NSU-Komplex, die CIA-Behauptung, Saddam Hussein verfüge über Giftgas.<sup>2</sup>

## Herrschaft und Verschwörung

Im Kern geht ein Denken, das Theorien über Verschwörungen aufstellt, davon aus, dass von einer verschworenen, meist mächtigen Gruppe interessegeleitet eine Wahrheit mit aller Macht verschleiert werde, um etwas anderes zu bewirken und im Modus der Täuschung der Allgemeinheit gewünschte Effekte zu erzielen. Wird dieser Zugang zur Wirklichkeit per se skandalisiert, als unstatthaft ausgewiesen (»antisemitisch«), stellt dies ein Kritikverbot dar.<sup>3</sup> Skepsis gegenüber offiziellen Erklärungen und die Vorstellung von machtvollen Gruppierungen mit Sonderinteressen werden als »falsches«, sogar moralisch verwerfliches Denken markiert. »Verschwörungstheorien« zu entsagen, heißt dann zu Pandemiezeiten, den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung zu glauben und von bestimmten divergierenden Stimmen (»Wodarg«) Abstand zu nehmen. Die offiziell-

*In Zeiten der Krise suchen viele Menschen Antworten in Verschwörungstheorien. Auch in den Coronademonstrationen lässt sich ein Sammelsurium an Verschwörungsmymen finden. Zugleich begegnet KritikerInnen des staatlichen Handelns gegenwärtig schnell der Vorwurf der Verschwörungstheorie. Dieses Spannungsfeld zwischen Herrschaft und Kritik beleuchtet Gerhard Hanloser.*



len Medien bedienen diese Haltung. So erstellte *Die Zeit* ein Dossier zu Verschwörungstheorien, in dem dissidente, sich irrende Arztstimmen (»Bhakdi«) mit fanatisch rechtsradikalen Verschwörungsmythologen wie Attila Hildmann zusammengemüht wurden.<sup>4</sup> Die Markierung von »Verschwörungstheorien« erscheint hier als Aufruf zu Akzeptanz staatlichen Handelns und als Kritikverbot. Das ist im liberalen Diskurs nichts Neues: Für den liberalen Denker des Positivismus, Karl Popper, war der Marxismus mit seiner Kritik des Ausbeutungsinteresses einer Klasse eine »Verschwörungstheorie«. In seinem Buch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* von 1945 setzt er nicht nur Kommunismus und Faschismus gleich. Die marxistische Analyse, dass der Staat jeweils ein Instrument der herrschenden Klasse sei, bezeichnet er als »Verschwörungstheorie der Gesellschaft« und warnte davor hinter Kriegen etwas anderes als unerwünschte Nebenfolgen von Handlungen zu sehen, die auf ganz andere Ziele gerichtet seien. Wer von »Herrschenden« mit klaren Zielen spreche, folge einer »vulgärmarxistische[n] Verschwörungstheorie«.<sup>5</sup>

Dem offensichtlich folgend war in der oben bereits zitierten Ausgabe der liberalen Wochenzeitung *Die Zeit* auch Kapitalismuskritik neben antisemitischen Verschwörungstheorien als unstatthaft markiert worden. Dabei wird sich auf den Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes bezogen, der vor einer »Phalanx aus Verschwörungsideologen, Rechtsextremisten, Kapitalismuskritikern, Antisemiten, Reichsbürgern und Impfgegnern« warnt.<sup>6</sup>

Eines ist klar: Kritisches Denken unterscheidet sich natürlich von Verschwörungstheorie, ist offensichtlich jedoch davon bedroht von herrschender Seite zur Verschwörungstheorie erklärt zu werden.

»Verschwörung« als Anklage ist ein Begriff, der im Arsenal der herrschenden Ideologie keine Konjunktur mehr hat. McCarthy erhob zur Hochphase des US-Antikommunismus noch die Anklage, linke und liberale Stimmen beteiligten sich an einer »Verschwörung gegen Amerika«. Hinter der Markierung und Skandalisierung von »Verschwörung« konnten historisch Interessen wie Gegen-Aufklärung, konterrevolutionäre Bestrebungen und die Verschleierung ei-

gener Macht- und Herrschaftsaspirationen stecken. Mit einer behaupteten Verschwörung kann eine reale Verschwörung kaschiert werden. So war die durch die Nationalsozialisten den Juden unterstellte Kriegslüsterheit eher ihre eigene.

Allerdings gab es auch tatsächliche Verschwörungen gegen die Obrigkeit. Jahrhunderte waren geprägt von der Furcht der Oberen, der Begüterten und bevorrechtigten Herrschaft vor einer Verschwörung der Unteren. Die Angst vor Verschwörungen prägte das 19. Jahrhundert – und diese Angst war in den oberen Herrschaftseliten präsent.<sup>7</sup> Diese Angst der Herrschenden trug zuweilen paranoide Züge, dennoch reflektierte sie auf vorherrschende Tendenzen: Liberalisierung, kämpferische Demokratiebewegungen, aber auch der revolutionäre Geist der »Verschwörer für die Gleichheit«.

## Funktion des Antisemitismus

Der Anarchist wurde immer als Verschwörer gezeichnet und war eine präzise, für die Herren der vorherrschenden Ordnung, angstvoll besetzte Sozialfigur.<sup>8</sup> Mit dem Revolutionär-Werden des Marxismus durch den Bolschewismus war der russische rote Verschwörer die neue Angstfigur der Herrschenden am Kipppunkt vom 19. ins 20. Jahrhundert. Aus all diesen Bestandteilen setzten sich die prominentesten und gefährlichsten Verschwörungsstrategien des 19. und 20. Jahrhunderts zusammen: Die gefälschten *Protokolle der Weisen von Zion* aus der zaristischen Giftküche sollten Revolution und Liberalismus abwehren, indem beides einer verschworenen Gruppe von hinterlistigen Juden zugeschrieben wurde. Die »Verschwörung eines internationalen Finanzjudentums« in der NS-Weltanschauung konnte eine ideologische Antwort auf die Krise von 1929 geben und gleichzeitig »den Juden« zum einen in Form des Finanzkapitalisten oder Plutokraten, zum anderen als Revolutionär und Bolschewik als undeutsch und fremd darstellen.

Der moderne Antisemitismus hat in den meisten seiner konkreten Ausprägungen eine starke verschwörungsmythologische Fixierung (»Der Jude ist an allem schuld«). Sowohl der Pogrom-An-

tisemitismus des Zarismus, als auch der rassistische Antisemitismus der Nazis wie die Verschwörungstheorien des Stalinismus – worin die Ärzteschwörung ja nur eine Verschwörungsideologie darstellte – sind Staatsaktionen. Sie wurden von den Herrschenden, von Staatsseite ventiliert, um ihre Herrschaft zu zementieren.<sup>9</sup>

Antisemitismus und Verschwörungsdenken überschneiden sich, weil beide stark personalisierend sind und komplexe gesellschaftliche Verhältnisse, Dynamiken und Machtkonstellationen in das Bild eines getäuschten Volkes auf der einen und einer kleinen verschworenen Elite mit bösen Absichten auf der anderen Seite packen. Der Antisemitismus hat einen konkreten Inhalt, der Feind ist »der Jude«. Es ist völlig klar, dass Krisenzeiten Verschwörungsdenken evozieren. Der bisherige Gang der Dinge ist nicht mehr aufrecht zu halten – wie aktuell dank der Seuche. Es entsteht Angst, die sich auf die allgemeine Angst im Kapitalismus vor Überflüssigkeit und im Konkurrenzgeschehen draufsattelt.<sup>10</sup> Menschen wollen sich einen Reim auf die neuen Verhältnisse machen. Besonders Menschen, die das Bisherige nicht in Frage gestellt haben, fangen nun an, auf die sie drangsaliierende Irritation Antworten zu geben, um Sicherheit zu gewinnen und das Ich in der Welt zu stabilisieren. Aktuell wollen einige, die VerschwörungsmythologInnen, der hegemonialen wissenschaftlichen und der staatsoffiziellen Erzählung nicht glauben. Sie wollen ihr Leben nicht ändern und keine Einschränkung in Kauf nehmen. Sie kramen nach alternativen Erzählungen; das könnte man als eine pervertierte Form aufklärerischen Denkens bezeichnen. Ihren eigenen Kopf benutzen sie ja nicht, sondern sie befinden sich dank der Filterblasenbildung in den sozialen Netzwerken in hermetisch abgedichteten Wahrheitskammern. Es wird gepostet und gerepostet. Die Digitalisierung, aber auch eine Hermetik der »Lückenpresse« (Albrecht Müller) hat die habermasianische Vorstellung einer bürgerlichen Öffentlichkeit mit gleichberechtigten Kommunikationschancen und -möglichkeiten und der Wahrheitsfindung durch die Kraft des besseren Arguments untergraben – und von einer »proletarischen Öffentlichkeit« (Kluge/Negt) kann keine Rede sein. Es gibt sie nicht.

## Coronademonstrationen: Ein Sammelsurium an Verschwörungsdenken

Beim Betrachten des Demonstrationsgeschehens der CoronaquerdenkerInnen ist auffallend, wie divers das dort anwesende Verschwörungsdenken sich gestaltet<sup>11</sup>: Nicht nur Bill Gates und Drosten und Merkel gelten als verschworene Impf- und Lockdownclique, sondern es herrscht auch Angst vor der

men, werden auf ein feindliches Anderes projiziert als klassische Form eines psychischen Abwehrvorgangs.

In dieser projektiv-wahnhaften Vorstellung darf dann auch der Hinweis auf die jüdische Familie Rothschild nie fehlen, die angeblich Anführer eines satanistischen Kults sei und mit vielen Hollywoodstars unter einer Decke stecken würde. Die Nicht-Juden würden durch Rothschild ihres Eigentums beraubt. Hier sind wir im Kern antisemitisch-

hundert in Form des rassistisch unterfütterten antisemitischen Verschwörungsdenkens vorlag, wonach machtvolle »jüdische Bankiers«, eine »jüdische Presse« und die jüdischen osteuropäischen Armen und russischen »Bolschewiki« gleichermaßen Teil einer Gesamtverschwörung gegen eine wünschenswerte heile deutsche Volksgemeinschaft darstellten.<sup>12</sup>

Dabei soll nicht bestritten werden, dass solche aggressiven und barbarische



Macht des Vatikan vor, der Morgenthau-Plan wird als nach wie vor wirksamer Plan zur Zerstörung Deutschlands attackiert, Angst vor machtvollen Eliteringen wie in der QAnon-Verschwörungsidee, wonach einflussreiche, weltweit agierende, satanistische Eliten Kinder entführen, sie foltern und ermorden würden, um aus ihrem Blut eine Verjüngungsdroge zu gewinnen. Diese »Theorien« sind nicht nur beleglos, sondern auch vollständig wahnhaft und sie schöpfen mit dem Bild der blutsaugenden Elite tief aus dem Arsenal vampiristisch-antisemitischer und auch sexualneurotischer Lustangstphantasien. Unter Umständen folgen sie der Logik der Projektion: Eigene Absichten und Wünsche, die mit den eigenen oder gesellschaftlichen Normen nicht übereinstimmen,

wahnhafter Verschwörungsideen, allerdings werden und wurden auf den deutschen Coronademonstrationen etliche Anklagen erhoben, auch verschwörungstheoretisch unterfütterte, darunter wiederum welche, die keinen antisemitischen Gehalt aufweisen. Auch die Zeitung der Corona- und HygienedemonstrantInnen *Demokratischer Widerstand* präsentiert eine Vielzahl widersinniger, irriger und falscher Wirklichkeitswahrnehmungen, aber lässt einen dezidierten Antisemitismus bislang vermessen, auch wenn seit jüngstem Rechte eingeladen sind, dort zu schreiben. Und auch die Mehrzahl der CoronademonstrantInnen wird von allem Möglichen angetrieben, aber nicht von einer einheitlichen antisemitischen Verschwörungsideologie, wie sie im 20. Jahr-

Taten zeitigende Weltverschwörungsideen nicht existieren würden. Weitreichendere Verschwörungsideologien, die besonders in den USA zirkulieren, gehen davon aus, dass es eine neue grüne Elite von Globalisten gäbe, rund um den Kopf des Davoser World Economic Forum (WEF), Klaus Schwab, der »the great reset« ansteuern würde, um nun im Verbund mit Bill Gates und anderen machtvollen Akteuren eine »brave new world« des administrativen Ökoneustarts umzusetzen.<sup>13</sup> Im deutschen Milieu rund um den *Demokratischen Widerstand* wird Schwab derart kritisiert: »Schwab befürwortet [...] eine Abkehr vom Neoliberalismus, hin zu einer Art kommunistischem Super-nanny-Staat, im grünen Mäntelchen als Köder für Gutbürger.«<sup>14</sup> Umfassende Digitali-

sierung und Automatisierung sei der Fluchtpunkt seiner technokratischen Phantasie. »Zu den Partnern dieses Projektes gehören Großbanken, Big Pharma, die Impfallianz GAVI, Versicherungen, Öl-Konzerne, Beratungsunternehmen wie McKinsey, Digitalkonzerne wie Microsoft, Facebook und Netflix – und last but not least, der chinesische Technologiegigant Huawei. Klaus Schwab, Jahrgang 1938, träumt von einem ›Neuen Normal‹ nach chinesischem Vorbild –

»This messaging is gaining traction not because people are suckers but because they are mad — and they have every right to be. Lockdown policies have demanded months of individual sacrifice for the collective good without providing the most basic collective protections to keep families from slipping into starvation and homelessness, or to keep small businesses afloat. Meanwhile, trillions have been spent to backstop markets and bail out

kratie« (Angela Merkel) gelitten hat, ist dann auch eher Thema kritischer Theorien und Gegenöffentlichkeit. So verweist auch Wilhelm Heitmeyer auf den »autoritären Kapitalismus« und die »Demokratieentleerung«, die erst dem autoritären »Nationalradikalismus« zum Aufschwung verholfen haben.<sup>18</sup> Gegen die, solch autoritären Bewegungen und Haltungen eingeschriebenen Verschwörungsmuthe fehlen offensichtlich nicht nur eine glaubhafte bürgerliche Öffent-



ein totalitäres ›Systemmanagement menschlicher Existenz‹.<sup>15</sup> Besonders im Lager der US-amerikanischen Klimawandelleugner, die eine erhebliche Schnittmenge mit Rechten und CoronaleugnerInnen aufweisen, ranken sich um Schwabs technokratische Phantasien einige Verschwörungsmuthe, wonach er im Verbund mit allerhand Bündnispartnern eine schöne neue grüne Elitewelt anstrebe.

### Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit

Naomi Klein hat zu der Attraktion solcher Verschwörungsmuthe für vom Lockdown und der neoliberalen Politik Betroffene Folgendes geschrieben:

multinationals, and pandemic profiteering is rampant. Is it any wonder that so many find it entirely plausible that the same elites who expect them to swallow all the coronavirus-related sacrifices while they party in the Hamptons and on private islands would also be willing to exaggerate the risks of the disease to get them to the accept more bitter ›green‹ medicine, for the common good?<sup>16</sup>

Dass »Antipluralismus und Verschwörungsmuthe die demokratische politische Kultur« unterhöhlen, ist ein Allgemeinplatz, der von der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 bestätigt wurde.<sup>17</sup> Dass die politische Kultur selbst bereits erheblich früher durch den Umbau der BRD zu einer »marktkonformen Demo-

lichkeit, sondern auch eine moderne Entsprechung dessen, was Oskar Negt und Alexander Kluge »proletarische Öffentlichkeit« nannten.<sup>19</sup> Dort müsste dann auch die reale Tragweite und die ideologischen Offensiven eines Klaus Schwab dementsprechend gewürdigt werden. Georg Auernheimer hat nachgezeichnet, dass in den Entwürfen der WEF-Initiatoren wie Schwab und Malleret tatsächlich antidemokratische und technokratische Weltlenkungsphantasien aufscheinen:

»Nachverfolgung und Ortung von Infektionen sind für Schwab/Malleret wesentliche Komponenten der gesundheitspolitischen Antwort auf Covid-19. Dabei könne man sich nicht mit freiwilliger Beteiligung zufriede-

dengeben. [...] Ein neues Herrschaftssystem zeichnet sich da ab, das sich noch nicht recht einordnen lässt. Wohin würde das führen, wenn Schwab von Gates, Fink, Bezos und Co. die Macht gegeben würde, die er offenbar gerne hätte? ›Wohlfahrtsstaat‹ und Umweltpolitik werden kombiniert mit einer Eliten- oder Oligarchenherrschaft, die Zwang nicht scheuen dürfe. Schwab und Malleret wollen mit Rücksicht auf die Systemstabilität soziale Sicherheit bieten, stellen aber zugleich den Schutz des menschlichen Lebens als absolute Norm in Frage. Sie schrecken vor dem Tabubruch nicht zurück. Beim Kampf gegen das Virus halten sie manchmal ein ›grausames utilitaristisches Kalkül‹ für unvermeidlich, wenn ein ›delikater Kompromiss‹ zu schließen ist zwischen der Rettung möglichst vieler Leben und dem Funktionieren der Wirtschaft.«<sup>20</sup>

## Aufklärerische Praxis

Diesen in der Tat »megalomanen Fieberträumen« (Aya Velázquez) muss mit einer partizipatorischen, lokalen und kapitalismuskritischen linken Theorie begegnet werden. Inferiore Angstträume von einer unerreichbaren Weltherrschaft, die wiederum als »Verschwörungstheorien« abgehandelt werden können, helfen kaum weiter. Denn sie können kaum zur aufklärerischen Praxis werden und scheitern als Erzählungen, die materialistisch Interessen benennen und diese Kritik am Vorherrschenden mit einer erreichbaren Utopie einer besseren, sozialeren, gesünderen, ökologischeren Gesellschaft verbinden. Die aktuellen, den Lockdown kritisch begleitenden Internetfilme von Sarah Wagenknecht (fast 300.000 Betrachter\*innen)<sup>21</sup>, aber auch von der Initiative »wer hat, der gibt« (ca. 1.300 Betrachter\*innen)<sup>22</sup> weisen in eine aufklärerische Richtung: In einem Film über Bernard Grosse Broermann, Eigentümer der Asklepios Kliniken und auf Platz 66 der reichsten Deutschen im Jahre 2020 wird dieser als Profiteur einer markt- und profitausgerichteten Gesundheitsversorgung ausgemacht. In dem dreiminütigen Agitationsfilm wird auf die hohe Infektionsrate der Klinikangestellten hingewiesen wie auch auf das Sparen an den Personalkosten (inklusive

Umgehen des Mindestlohns). An diesem Beispiel wird deutlich: Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in den Händen gewinnorientierter Eigentümer, die auch einen Namen und ein Gesicht tragen, gehen planvoll ihrem Profit- und Ausbeutungsinteresse nach und sind Hindernisse auf dem Weg zu einer gerechten und glücklichen Gesellschaft. Ob solche YouTube-Interventionen auch kritische Geister unter den CoronakerdenkerInnen erreichen, mag dahingestellt sein.

## Anmerkungen

- 1) Ich folge darin Karl Hepfer 2015: *Verschörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft*, Bielefeld.
- 2) Einiges davon wurde ausführlich diskutiert bei Hepfer, ebenda.
- 3) So wurde auf der Pressekonferenz am 24.11.2020 in Berlin durch Felix Klein, Antisemitismus-Beauftragter der Bundesregierung, Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung und SPD-Vize Kevin Kühnert über die wachsende Radikalisierung und die Gefahr durch Antisemitismus und die Corona-Leugner-Szene zuweilen suggeriert, jede Verschwörungstheorie sei antisemitisch, vgl. online: <https://www.youtube.com/watch?v=fCUVSvKvDI0>.
- 4) Sebastian Kempkens 2020: »Das große Komplott, Dossier: Verschwörungstheorien«, in: *Die Zeit* (Nr. 21), 14. Mai 2020: 11–13, online: [https://www.zeit.de/2020/21/verschwoerungstheorien-corona-angst-kontollverlust-misstrauen?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/2020/21/verschwoerungstheorien-corona-angst-kontollverlust-misstrauen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F).
- 5) Karl R. Popper 1992: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band II: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen*, Tübingen: 119.
- 6) Mariam Lau u. a. 2020: »Anti-Corona-Proteste: Zurück auf der Straße«, in: *Die Zeit* (Nr. 21), 14. Mai 2020: 22, online: <https://www.zeit.de/2020/21/anti-corona-proteste-bundesregierung-jens-spahn-angela-merkel>.
- 7) Vgl.: Adam Zamojski 2016: *Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789–1848*, München.
- 8) Hartmut Rübner 2015: »Kampf gegen die Attentäter und Verschwörer. Anarchismus in den ›Terrorist Studies‹ – ein Forschungsüberblick«, in: *Sozial.Geschichte Online* 16: 9–51, online: [https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico\\_derivate\\_00039734/03\\_Ruebner\\_Anarchismus.pdf](https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00039734/03_Ruebner_Anarchismus.pdf).
- 9) Vgl.: Wolfgang Benz 2007: *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*, München.
- 10) Zum Begriff »Angst im Kapitalismus« vgl.: Dieter Duhm 1972: *Angst im Kapitalismus. Zweiter Versuch der gesellschaftlichen Begründung zwischenmenschlicher Angst in der kapitalistischen Warengesellschaft*, Lampertheim.
- 11) Demonstrationsberichte sind hier nachzulesen: Gerhard Hanloser: Budjonnys unhygienische Reiterarmee. Beobachtungen während der letzten »Hygiene-Demos« vor der Volksbühne in Berlin, 2.5.2020, auf: <https://wolfwetz.de/index.php/2020/05/02/budjonnys-unhygienische-reiterarmee-beobachtungen-waehrend-der-letzten-hygiene-demos-vor-der-volksbuehne/> und Gerhard Hanloser: »Resentiment und Souveränismus«, in: *Telepolis*, 1.9.2020, online: <https://www.heise.de/tp/features/Resentiment-und-Souveraenismus-4882805.html>.
- 12) Zum Abdanken solch einheitlicher Ideologien in Zeiten der Postmoderne, vgl.: Zygmunt Baumann 1995: »Große Gärten, kleine Gärten. Allosemismus: Vormoderne, Moderne, Postmoderne«, in: Michael Werz (Hg.): *Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt*, Frankfurt am Main: 44–61.
- 13) Dabei beziehen sie sich auf diese Schrift: Klaus Schwab, Thierry Malleret 2020: *Covid-19. The Great Reset*, hg. v. Forum Publishing, Genf.
- 14) So in einem Artikel der liberalen Journalistin Aya Velázquez 2020: »China und der Great Reset«, in: *Demokratischer Widerstand*, Nr. 18, 28.11.2020: 13.
- 15) Ebd.: 14.
- 16) Naomi Klein 2020: *The Great Reset Conspiracy Smoothie*, 8.12.2020, in: *The Intercept*, online: <https://theintercept.com/2020/12/08/great-reset-conspiracy/>.
- 17) Gerd Pickel, Susanne Pickel und Alexander Yendell 2020: »Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?«, in: Oliver Decker, Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, Gießen: 89–118; hier: 115.
- 18) Wilhelm Heitmeyer 2018: *Autoritäre Versuche*, Berlin: 30–77.
- 19) Alexander Kluge, Oskar Negt 1990: *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt am Main.
- 20) Georg Auernheimer 2020: »Neues Herrschaftssystem. Eine Frage der Hegemoniefähigkeit: Klaus Schwab und Thierry Malleret über Covid-19 und den ›großen Reset‹«, in: *Junge Welt*, 7. Dezember 2020: 15.
- 21) »Wagenknechts Bessere Zeiten«, Neuer Lockdown? Blinder Aktionismus hilft nicht, online: <https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2989.n%C3%A4chster-lockdown-blinder-aktionismus-hilft-nicht.html>.
- 22) »Wer hat, der gibt«, Asklepios. Klinik macht krank, online: <https://www.youtube.com/watch?v=rFc1m3J5ICA>.

---

*Gerhard Hanloser ist Sozialwissenschaftler, Pädagoge und Publizist; letzte Veröffentlichung als Herausgeber beim Wiener Mandelbaum Verlag: »Linker Antisemitismus?«*

# Vom »Sorgenkind« zum »Musterschüler«?

## Griechenland in der Pandemie

*Griechenland galt als Extremfall der Auswirkungen der Eurokrise, umso überraschender wirkten Schlagzeilen im Sommer 2020, nach denen Griechenland ein vorbildliches Corona-Management zugeschrieben wurde. Doch Mirko Broll argumentiert, dass man zu diesem Urteil nur kommen kann, wenn man sich ausschließlich auf die Infektionszahlen und Todesfälle beschränkt. Er stellt die Pandemieentwicklung und die Pandemiepolitik in Griechenland vor und analysiert die Strategie der Regierung Mitsotakis, ergänzt mit einem Blick auf die Gesundheitsbewegung, die seit Jahren für eine gute und öffentliche Gesundheitsversorgung kämpft und solidarische Alternativen zur bestehenden Politik aufzeigt.*



Im Sommer 2020 wurde Griechenland in den deutschsprachigen und internationalen Medien häufig als Vorbild im Umgang mit der COVID-19-Pandemie gepriesen. Die Kommentare überboten sich dabei in ihren Lobeshymnen. »Das kleine Griechenland leistet Großes«, »Das Sorgenkind wird zum Vorbild«, zum »CoV-Musterschüler« oder gar zum »Wunderkind«. Der bekannte israelische Historiker Yuval Noah Harari stellte Griechenland ein hervorragendes Zeugnis aus: »Griechenland hat bei der Eindämmung dieser Epidemie einen fantastischen Job gemacht.« »Wenn ich zwischen Griechenland und den USA wählen müsste, wer von beiden die Welt politisch anführen sollte, würde ich definitiv Griechenland wählen.«<sup>1</sup> Angesichts dieser Worte zeigte sich der aktuelle griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis von der rechts-konservativen *Nea Demokratia* in den sozialen Medien auch sichtlich stolz und geschmeichelt. Bei der öffentlichen Veranstaltung »Europe 2021«, die Anfang Februar von *Handelsblatt*, *ZEIT*, *Tagesspiegel* und *WirtschaftsWoche* veranstaltet wurde, wiederholte Mitsotakis das Lob Hararis als Eigenlob: »All European countries have been significantly affected by Covid and I would like to point out that in terms of the medical aspect of the pandemic, Greece did better than most European countries, something that benefited our brand as a whole.«<sup>2</sup> Abgesehen von der durchaus bemerkenswerten Bezeichnung Griechenlands als Marke, muss man an dieser Stelle fragen: Hat es Griechenland wirklich besser gemacht als die anderen europäischen Länder?

### Gesellschaftliche Folgen der Lockdowns

Anlass für die ausgesprochen positive Bewertung der Krisenpolitik waren die deutlich unter dem europäischen Durchschnitt gebliebenen Infektionszahlen in der sogenannten ersten Welle der Pandemie. Bis Ende Oktober bewegten sich die Fall- und Neuinfektionszahlen auf einem im europäischen Vergleich sehr niedrigen Niveau. Dies wurde vor allem durch einen sehr einschränkenden und polizeilich durchgesetzten Lockdown mit strikten Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 erreicht. Anders als in Deutschland war es tatsächlich kaum möglich die eigenen vier Wände zu verlassen – man musste eine Ausgeherlaubnis per SMS beantragen, die von der Polizei kontrolliert wurde. Und während im Namen von Hygienemaßnahmen mehrfach Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen (zum Beispiel rund um den 17. November und den 6. Dezember) untersagt wurden, war Griechenland in den Sommermonaten weitgehend für den Tourismus geöffnet und auch die orthodoxe Kirche konnte sanktionslos einige Großveranstaltungen durchführen. Zu Recht sorgen diese doppelten Standards für Empörung. Im Oktober stiegen die Zahlen plötzlich – aber nicht unerwartet – stark an, was die Regierung veranlasste, am 7. November einen zweiten Lockdown auszurufen, der bis heute (Stand: 07.02.2021) andauert und kürzlich erst verschärft wurde.

In der positiven Berichterstattung wird in der Regel ausgeklammert, dass die Lockdown-Politik in Griechenland dramatische *psychische, ökonomische*

und sozia/e Folgen hat und die nie ganz überwundene Eurokrise vertieft hat.<sup>3</sup> So wird erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt um mindestens zehn Prozent schrumpft<sup>4</sup> und laut Prognose des Internationalen Währungsfonds wird es einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 22,3 Prozent<sup>5</sup> geben. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist bereits um 314 Euro gesunken, ein Drittel der kleinen Unternehmen wird den zweiten Lockdown vermutlich nicht überstehen. Zudem registrieren Hilfestellen einen Anstieg der häuslichen Gewalt um 230 Prozent und mehrere Femizide.<sup>6</sup>

## Mehr Polizei für die Gesundheit

Im Wesentlichen besteht die griechische Pandemiepolitik neben den Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen aus zwei Elementen:

1. Individualisierung der Verantwortung statt öffentlicher Verantwortlichkeit
2. Repression und Stärkung der Sicherheitsapparate statt der Sozialsysteme

Zum einen werden vor allem die Einzelnen dazu aufgefordert, sich an die Regeln zu halten und verantwortlich zu handeln. Exemplarisch für diese Responsibilisierung der Einzelnen steht die folgende Aussage des aktuellen Gesundheitsministers Vasilis Kikilias: »I believe that if we continue to be careful about our hygiene, with a sense of responsibility and love for our fellow human beings, to follow the public health rules, wear a mask and respect those at risk, then yes, there is hope for a permanent improvement.«<sup>7</sup> Was sich darin ausdrückt ist eine neoliberale Transformation des Sozialen, die seit Jahren vorangetrieben wird: Die Individualisierung der Verantwortung tritt an die Stelle öffentlicher Verantwortlichkeit.<sup>8</sup> Die Einzelnen werden – auch moralisch – alleinverantwortlich für die Pandemiebekämpfung gemacht. Sie haben nicht das Recht auf Schutz (zum Beispiel das Recht, nicht zur Arbeit zu gehen), sondern sie verantworten mit ihrem Verhalten das Gemeinwohl und werden entsprechend mit politischen Maßnahmen angerufen (die deswegen nicht alle falsch sind). Das Recht auf eine öffentliche Gesundheitsversorgung wird sukzessive ersetzt durch die private Pflicht zur Gesundheitsvorsorge.

»Ich glaube, dass es keine Notwendigkeit für staatliche Krankenhäuser gibt. Alles kann privat sein.«, sagte Miranda Xafa, ehemalige IWF-Vertreterin und heutige Beraterin von Mitsotakis, noch im März 2020 in einem Interview.<sup>9</sup> Dieser Logik treu bleibend, blieb die strukturelle Stärkung des Gesundheitswesens weitgehend aus. Dies lässt sich an ein paar relevanten Indikatoren zeigen. Zwar wurde die Zahl der Intensivbetten von knapp 600 auf 1.200 verdoppelt, 579 davon sind für Covid-Fälle vorgesehen. Nach internationalen Standards bräuchte Griechenland allerdings selbst in Nicht-Pandemiezeiten 3.500 Intensivbetten. Zudem wurden kaum neue Betten geschaffen, sondern lediglich andere Bettentypen zu Intensivbetten umgerüstet. Diese fehlen nun für andere Bedarfe. Und es zeigt sich auch das hierzulande bekannte Problem, dass nicht allein die Bettenanzahl ausschlaggebend ist, sondern auch das dafür benötigte Personal vorhanden sein muss. Dies lässt sich durch ein Beispiel verdeutlichen. Ende September wurde im Athener *Sotiria*-Krankenhaus eine neue Covid-Station mit 50 Intensivbetten eingeweiht, die durch eine Spende des Parlaments in Höhe von 8 Millionen Euro aufgebaut wurde. Da das entsprechend ausgebildete Personal aber fehlt, konnten lediglich 12 der 50 Intensivbetten in Betrieb genommen werden.<sup>10</sup> Darüber hinaus wurden Intensivbetten in Privatkliniken angemietet, die täglich doppelt so viel kosten wie Intensivbetten in den öffentlichen Einrichtungen. Insgesamt profitierte der private Sektor ökonomisch sehr stark von der Pandemiebekämpfung. Damit gibt es eine öffentliche Subventionierung des privaten medizinischen Sektors.

Die griechische Regierung spricht zwar von 2.000 Neueinstellungen im Gesundheitswesen. Sie verschweigt jedoch, dass es sich dabei größtenteils um längst im Gesundheitswesen Tätige handelt, die einen neuen Vertrag erhalten haben oder deren Vertrag verlängert wurde – oder um zeitlich befristete Verträge.<sup>11</sup> Gleichzeitig wurden die politischen Forderungen der Gesundheitsbewegung nach einem Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung für alle polizeilich unterdrückt. Bezeichnenderweise betraf die erste Anwendung des neuen Demonstrationsgesetzes den Vorsitzenden der Gewerkschaft in den

öffentlichen Krankenhäusern anlässlich einer Kundgebung letzten September vor dem Gesundheitsministerium.<sup>12</sup>

Ist Griechenland also ein Vorbild, nur weil die Corona-Zahlen vergleichsweise niedrig sind? Wenn man sich die mit der Pandemiebekämpfung in Zusammenhang stehenden zusätzlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf ansieht, liegt Griechenland mit 30 Euro pro Kopf auf dem vorletzten Platz in der EU.<sup>13</sup> Anstatt das Gesundheitssystem zu stärken, werden die Polizeikräfte aufgerüstet und die Militärausgaben erhöht. An Weihnachten waren 5.000 Einsatzkräfte auf den Straßen unterwegs, um Verstöße gegen die Corona-Ausgangsbeschränkungen zu ahnden, eine Woche später, zum Silvesterabend, wurde diese Zahl verdoppelt. Geplant ist die Einstellung von mindestens 5.200 Polizist\*innen und die Anschaffung einer neuen Fahrzeugflotte, eines der größten Aufrüstungsprogramme in der Geschichte der griechischen Polizei wurde im Dezember vorgestellt. Und erst vor ein paar Tagen verkündete die griechische Regierung die Einstellung von 1.000 Polizist\*innen für eine neue Einheit an den Universitäten. Wohlgemerkt: Schon vor dieser erneuten Stärkung der Sicherheitsapparate hatte Griechenland die zweitmeisten Polizist\*innen pro Hunderttausend Einwohner\*innen in der EU, während es gleichzeitig die wenigsten Krankenpfleger\*innen hat.<sup>14</sup> Und mitten in der Pandemie verabschiedet die griechische Regierung den Haushaltsplan für 2021, der eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um etwa 30 Prozent auf 5,4 Milliarden Euro und eine Kürzung der Gesundheitsausgaben um 572 Millionen Euro vorsieht.<sup>15</sup>

Die Abwesenheit des Staates in einigen gesellschaftlichen Bereichen wird also mit seiner Überpräsenz in anderen Bereichen aufgewogen. »Wenn also der Staat sich begrenzen muss, um stärker zu werden, ändert das jedoch nichts daran, [...] dass er diese Amputation nicht vornehmen kann, ohne sich zuvor politisch und polizeilich gestärkt zu haben« schreibt der französische Philosoph Grégoire Chamayou.<sup>16</sup> Genau das meint autoritärer Neoliberalismus: Nicht die völlige Abwesenheit des Staates, sondern seine Schwächung in der Sozialpolitik und seine Stärkung in der Sicherheitspolitik. Aus dem Recht auf freien Zugang zur Gesundheitsversorgung wird der polizeiliche Infektionsschutz.



## Demontage des Gesundheitssystems durch Austeritätspolitik

Die Rede von Griechenland als kleinem Land, was Großes leistet, ist aber noch in anderer Hinsicht interessant: Verdrängt wird nämlich in diesem Urteil, *warum* Griechenland »Großes leisten«, »Vorbild« und »Musterschüler« sein musste. Dafür müssen wir 10 Jahre zurückgehen und die europäische Austeritätspolitik in den Blick nehmen. Dies ist der Hintergrund, vor dem die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung dort, aber auch in anderen südeuropäischen Ländern zu beurteilen sind.

Schon vor der Finanzkrise war das griechische Gesundheitssystem defizitär, die europäische Sparpolitik ab dem Jahr 2010 hat aber vieles zugespitzt. Das »politische Projekt der Austerität« (Ingo Stütze) war dabei im Grunde ein *Projekt der Entrechtung*, nicht nur, aber auch im Bereich der Gesundheitsversorgung. Massenentlassungen im Gesundheitssektor und eine massive Kürzungspolitik legten damals die Grundlagen für die relative Alternativlosigkeit in der Pandemiepolitik. So war eine der Vorgaben der Troika die Reduzierung der öffentlichen Gesundheitsausgaben auf sechs Prozent des griechischen BIP (wohlgemerkt in einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession). Im Zuge der Austeritätsmaßnahmen wurde so das Budget im öffentlichen

Gesundheitshaushalt fast halbiert. Es ging von 15,41 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf 8,81 Milliarden Euro 2017 zurück, was einem Rückgang von 42,8 Prozent entspricht. Die Pro-Kopf-Ausgaben sanken in den Jahren 2008 bis 2013 jährlich durchschnittlich um 7,3 Prozent, während es in der EU insgesamt im gleichen Zeitraum ein jährliches Wachstum von 0,7 Prozent gab.

Der damalige griechische Gesundheitsminister Andreas Loverdos lag sehr nahe an der Wahrheit, als er bemerkte, dass diese Kürzungen nicht nur mit dem Skalpell, sondern falls notwendig auch mit der Spitzhacke ausgeführt würden. 37 Prozent der Krankenhäuser wurden geschlossen, Tausende Betten abgebaut und die Gehälter der Angestellten um 30 Prozent gesenkt. Es wurden hunderte Polikliniken im ambulanten Sektor und zahlreiche Krankenhäuser geschlossen sowie 25.000 Stellen gestrichen.

Zwischenzeitlich war etwa ein Drittel der griechischen Bevölkerung ohne Krankenversicherung und damit de facto vom Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen ausgeschlossen. Bis heute fehlt es an wichtiger Medizintechnik und Medikamenten in den Krankenhäusern. Die deutsche Bundesregierung hatte an diesen »Strukturanpassungsmaßnahmen« der Troika keinen geringen Anteil und war darüber hinaus im Gesundheitssystem federführend: Als sogenannter »Domain Leader« über-

nahm 2012 das damals FDP-geführte Bundesministerium für Gesundheit die Führungsrolle in gesundheitspolitischen Fragen des *Memorandum of Understanding* zwischen griechischer Regierung und europäischen Institutionen.

Die europäische Austeritätspolitik hat auf dem Feld der Gesundheit eine Politik der Entrechtung und des Sparzwangs durchgesetzt, die dann in der Coronapandemie eine Plausibilisierung des autoritären, polizeilichen Infektionsschutzes bewirkt. Gegen beides – die europäische Austeritätspolitik und die gegenwärtige Politik des neoliberalen Autoritarismus – richtet sich die solidarische Gesundheitsbewegung.

## Forderungen der solidarischen Gesundheitsbewegung

In Griechenland haben in der Krise solidarische Kliniken und Apotheken ein landesweites Netz der selbstorganisierten Primärversorgung gebildet. Die erste dieser basisdemokratischen Initiativen wurde bereits 2008 auf Kreta für die Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus gegründet. In den Krisen-jahren ab 2010 waren dann auch bis zu 30 Prozent der griechischen Bevölkerung auf die solidarischen Kliniken angewiesen. Die solidarischen Initiativen haben durch ihre alltägliche Praxis einen Vorschlag für ein anderes Modell der

Gesundheitsversorgung gemacht, das sich nicht an Staatsbürgerschaft und Erwerbstätigkeit orientiert. Sie setzen der Entrechtung von Flüchtlingen und griechischen Staatsbürger\*innen eine Praxis der Solidarität entgegen. Der geteilte Grundsatz ist: Gesundheitsversorgung darf keine Frage der Herkunft oder des Einkommens sein, sie muss davon gelöst als Menschenrecht betrachtet werden. Performativ und praktisch zeigen die Menschen dort eine Alternative zur bestehenden Gesundheitsversorgung auf, wobei sie zugleich für die Versorgung und Ermächtigung von Geflüchteten kämpfen. Damit bringen sie das Recht auf Gesundheitsversorgung für alle Menschen ernsthaft zur Geltung. Genau darin liegt auch ihre gesellschaftliche Bedeutung und ihr Potential, das deutlich über jede humanitäre Nothilfe hinausweist.

Die solidarische Gesundheitsbewegung in Griechenland kämpft nun seit mehr als zehn Jahren für eine öffentliche Gesundheitsversorgung für alle und protestiert auch aktuell gegen die Pandemiepolitik der Regierung. Kurz vor dem Ende des ersten Lockdowns forderte die selbstverwaltete Metropolitan Community Clinic at Helliniko am 20. April: »In dieser Zeit [des Lockdowns; M.B.], in der wir Zeit gewonnen haben, ist die Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems unabdingbar.«<sup>17</sup> Die Solidarische Praxis Thessaloniki veröffentlichte wenige Tage später ein Statement, in dem sie die Privatisierungspolitik anprangerte:

»Die Regierung scheint sich auf die ersten relativ guten Ergebnisse der sozialen Distanzierung zu stützen und weigert sich, das öffentliche Gesundheitssystem zu stärken, da sie der Logik der Public Private Partnership und der Stärkung des Privatsektors treu bleibt. Sie setzt sie nicht nur nicht im Namen des öffentlichen Interesses durch, sondern nutzt die Pandemie aus, um Unternehmer zu belohnen. Ein Verbrechen liegt wieder vor uns.«<sup>18</sup>

Zwei solidarische Initiativen in der Hauptstadt Athen (Helliniko) und in der nordgriechischen Katerini (Volunteers' Action Group of Pieria »O Topos mou«) haben Anfang Dezember gemeinsam eine Kampagne initiiert, welche die Stärkung des Gesundheitswesens als zentrale Strategie gegen die Pandemie zum Ziel hat. Sie fordern darin die Aufwer-

tung und Verbesserung der Struktur der primären Gesundheitsversorgung, die Einstellung von Personal, die Wiedereröffnung der im Zuge der Austeritätspolitik geschlossenen Krankenhäuser, die öffentliche Inanspruchnahme privater Krankenhäuser zur Behandlung von Covid-19-Patient\*innen sowie die Etablierung von zahnärztlichen Versorgungszentren. Sie schließen mit der Aufforderung:

»Now is the time of the citizens to act. It's time to demand our inalienable right to life, health and dignity.«<sup>19</sup>

#### Anmerkungen

- 1) Matthias Koch 2020: Das kleine Griechenland leistet Großes. In: <https://www.rnd.de/politik/das-kleine-griechenland-leistet-grosses-NMDZJL2DPRCIRMJBMCA652C4BU.html> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 2) Greek Reporter 2021: PM Mitsotakis Calls for Vaccine Equity, Green Development in Conference. In: <https://greekreporter.com/2021/02/04/pm-mitsotakis-calls-for-vaccine-equity-green-development-in-conference/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 3) Vgl. den Beitrag von Thomas Sablowski in diesem Heft.
- 4) GTAI 2020: Griechenland rutscht tiefer in die Rezession. In: <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsausblick/griechenland/griechenland-rutscht-tiefer-in-die-rezession-252664#toc-anchor-1> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 5) *Handelsblatt* 2020: In Griechenland droht Massenarbeitslosigkeit. In: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-wirtschaftskrise-in-griechenland-droht-massenarbeitslosigkeit/25879494.html> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 6) The Press Project 2020: Χιλιάδες γυναίκες εγκλωβισμένες με τους οικείους βασανιστές τους. In: <https://thepressproject.gr/chiliades-gynaikes-egklovismenes-metous-oikeious-vasanistes-tous/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 7) Keep Talking Greece 2020: »Countdown to end the pandemic has begun,« says Greek Health Minister. In: <https://www.keeptalkinggreece.com/2020/12/15/countdown-to-end-the-pandemic-started-says-greece-health-minister/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 8) Stephan Lessenich 2020: »Allein solidarisch. Über das Neosoziale an der Pandemie«, in: Michael Volkmer / Karin Werner: *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: 177–183; hier: 180.
- 9) Documento 2020: Ύμνος στους ιδιώτες από την Ξαφά που δεν ήθελε κανένα κρατικό νοσοκομείο. In: <https://www.documentonews.gr/article/yymnos-stoys-idiwtes-apo-thn-xafa-poy-den-hthele-kanena-kratiko-nosokomeio-video> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].

- 10) The National Herald 2020: Iliopoulos: Greek National Health System Has Reached Its Limits. In: [https://www.thenationalherald.com/greece\\_politics/arthro/iliopoulos\\_greek\\_national\\_health\\_system\\_has\\_reached\\_its\\_limits-1128999/](https://www.thenationalherald.com/greece_politics/arthro/iliopoulos_greek_national_health_system_has_reached_its_limits-1128999/) [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 11) Solidarische Praxis Thessaloniki 2020: Να σταματήσουν τα ψέματα και οι υπεκφυγές για την ενίσχυση του ΕΣΥ. In: [http://www.kiathess.gr/gr/yliko/arhra/306-oxi-alla-psemata-gia-enisuxi-esu?fbclid=IwAR09iulPuWgViv0n1pN1NWMMs\\_8\\_qoawo-xjDk1i5mzixNMOTSrgcrGF-g](http://www.kiathess.gr/gr/yliko/arhra/306-oxi-alla-psemata-gia-enisuxi-esu?fbclid=IwAR09iulPuWgViv0n1pN1NWMMs_8_qoawo-xjDk1i5mzixNMOTSrgcrGF-g) [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 12) THETOC 2021: Πρώτη δίκωξη τον νέο νόμο για τις πορείες: Δικογραφία σε βάρος του προέδρου της ΠΟΕΔΗΝ Μ. Γιαννάκου για απειθεία. In: <https://www.thetoc.gr/koinwnia/article/proti-dioxi-meton-neo-nomo-gia-tis-poreies-dikografia-se-baros-tou-tou-proedrou-tis-poedinmixali-giannakou-gia-apeitheia/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 13) OECD 2020: *Health at a Glance: Europe 2020. State of Health in the EU Cycle*: 44.
- 14) EUROSTAT 2020: Statistiken. Polizeikräfte: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Police\\_officers\\_EU-27\\_average\\_2016-2018\\_\(per\\_hundred\\_thousand\\_inhabitants\).png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Police_officers_EU-27_average_2016-2018_(per_hundred_thousand_inhabitants).png); Pflegepersonal: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/5/56/Nurses\\_2018data\\_SE.PNG](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/5/56/Nurses_2018data_SE.PNG).
- 15) Efsyn 2020: Κρατικός Προϋπολογισμός: Μείον 572 εκατ. οι δημόσιες δαπάνες για την υγεία το 2021. In: [https://www.efsyn.gr/ellada/yeia/269748\\_kratikos-proyprologismos-meion-572-ekat-oi-dimosies-dapanes-gia-tin-yeia-2021](https://www.efsyn.gr/ellada/yeia/269748_kratikos-proyprologismos-meion-572-ekat-oi-dimosies-dapanes-gia-tin-yeia-2021) [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 16) Grégoire Chamayou 2019: *Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus*, Berlin: 347.
- 17) Metropolitan Community Clinic at Helliniko 2020: Προτάσεις του Μητροπολιτικού Κοινωνικού Ιατρείου Ελληνικού (ΜΚΙΕ) για την πανδημική κρίση και την ορθολογική λειτουργία της πρωτοβάθμιας υγείας. In: <https://www.mkiellinikou.org/blog/2020/04/30/covid19-public-health-sec-tor/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 18) Solidarische Praxis Thessaloniki 2020: Να σταματήσουν τα ψέματα και οι υπεκφυγές για την ενίσχυση του ΕΣΥ. In: [http://www.kiathess.gr/gr/yliko/arhra/306-oxi-alla-psemata-gia-enisuxi-esu?fbclid=IwAR09iulPuWgViv0n1pN1NWMMs\\_8\\_qoawo-xjDk1i5mzixNMOTSrgcrGF-g](http://www.kiathess.gr/gr/yliko/arhra/306-oxi-alla-psemata-gia-enisuxi-esu?fbclid=IwAR09iulPuWgViv0n1pN1NWMMs_8_qoawo-xjDk1i5mzixNMOTSrgcrGF-g) [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].
- 19) Helliniko/O Topos Mou 2020: Citizens' and collectives' initiative for the immediate reinforcement of the National Health-Care System of Greece. In: <https://www.mkiellinikou.org/en/2020/12/14/health-care-system/> [zuletzt abgerufen am: 08.02.2021].

*Mirko Broll ist Soziologe und arbeitet derzeit am Lehrbereich Politische Soziologie sozialer Ungleichheit an der LMU München. Seine Schwerpunkte sind die europäische Austeritätspolitik und transnationale Praktiken der Solidarität.*

# Fehlende Krisenfestigkeit

## Auswirkungen der Corona-Krise auf wissenschaftliche Beschäftigte

*Die Corona-Pandemie schärft den Blick auf Missstände und Versäumnisse, die bereits vorher in unserer Gesellschaft existierten, aber immer wieder mehr oder weniger erfolgreich verdrängt worden sind. Kristin Eichhorn richtet in ihrem Text den Blick auf die Hochschulen – insbesondere auf die dortigen Arbeitsbedingungen, deren Unhaltbarkeit sich in der aktuellen Krise deutlich zeigt, um daran Forderungen für eine gute Arbeit in der Wissenschaft anzuschließen.*



Corona ist an den deutschen Hochschulen nicht nur ein »Brennglas« in Bezug auf die didaktische Herausforderung der (digitalen) Lehre.<sup>1</sup> Das Grundproblem liegt bereits in der fehlenden Krisenfestigkeit des Systems vor der Pandemie. Schließlich ist der überwiegende Teil des wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professur lediglich befristet angestellt. Dabei summiert sich die Gesamtdauer der Befristung (nicht selten beim selben Arbeitgeber) dank des Sonderbefristungsrechts in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz, WissZeitVG) auf zwölf oder (durch weitere Sonderregelungen) mehr Jahre, die allerdings oft auf mehrere Verträge mit z. T. sehr kurzer Laufzeit verteilt sind.<sup>2</sup> Dem Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs von 2017 zufolge beträgt der Anteil des befristeten Personals unter 45 Jahren an Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen 93 %, bei den unter 35-Jährigen sogar 98 %.<sup>3</sup> Insbesondere die Befristung nach Abschluss der Promotion ist als problematischer deutscher Sonderweg anzusehen, der die Beschäftigten ohne Professur (den wissenschaftlichen »Nachwuchs«) in einer im internationalen Vergleich unnötig langen Hängepartie (offiziell »Bewährungsphase« oder »Qualifikation«) belässt.

### Auslaufende Verträge und Mehrarbeit

Die Corona-Pandemie stellt die wissenschaftlich Beschäftigten nun vor das Problem, dass ihre Stellen zu einem bestimmten Termin auslaufen, während sie Qualifikationsarbeiten, die der formale

Grund für die Befristung sind, aufgrund erschwerter Bedingungen nicht in der vorgesehenen Zeit beenden können: Bibliotheken, Archive und Labore sind nicht oder nur eingeschränkt nutzbar, Erhebungen und Exkursionen müssen verschoben werden, Care-Aufgaben, Homeschooling und die Umstellung auf digitale Lehre lassen weniger Zeit und Ruhe für die Qualifikation. Zwar hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über die sogenannte »Corona-Verlängerung« von zunächst sechs, inzwischen 12 Monaten den Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Arbeitgebern die Möglichkeit eingeräumt, die Verträge ihrer Beschäftigten auch über die im WissZeitVG festgelegte Maximaldauer hinaus zu verlängern.<sup>4</sup> Hierbei aber handelt es sich um eine reine Kann-Bestimmung. Die Beschäftigten haben keinen generellen Anspruch auf einen Anschlussvertrag. Problematischer ist noch, dass die Regelung ohnehin nur für Beschäftigte aus Haushaltsmitteln gilt, während Drittmittel-Beschäftigte auf dieser Basis keine Verlängerungsoption haben, auch wenn ihre Arbeit durch die Corona-Einschränkungen entscheidend behindert worden ist.<sup>5</sup> Angesichts des ohnehin hohen Anteils befristeter Gelder, die den Hochschulen zur Verfügung stehen, ist die Weiterbeschäftigung des befristeten Personals folglich oft alles andere als ein bloß bürokratischer Verwaltungsakt. Somit werden die Wissenschaftler\*innen zusätzlich zu den sonstigen Pandemie-Härten einer unnötigen Unsicherheit ausgesetzt und es bleiben Gruppen befristeter Beschäftigter, die von dieser Verlängerung nicht profitieren können.

Von einem »Normalarbeitsverhältnis«, wie es außerhalb der Wissenschaft übli-



cherweise die unbefristete Vollzeitstelle bezeichnet,<sup>6</sup> kann in der Wissenschaft schon vor Corona nicht die Rede sein. Neben dem Bangen um die berufliche Zukunft durch Befristung als Normalfall sorgt aber noch ein anderer Aspekt für eine deutliche Verschärfung einer ohnehin schon untragbaren Lage: die Omnipräsenz von unfreiwilliger und mit den tatsächlichen Arbeitszeiten nicht übereinstimmender Teilzeitbeschäftigung. Zumindest vor der Promotion sind Verträge von 50 oder 65 % in vielen Fachbereichen die Regel. Gleichzeitig sind die Stellenprofile in der Wissenschaft auf Teilzeit- wie Vollzeitstellen darüber hinaus so angelegt, dass die im Arbeitsvertrag genannten Aufgaben systematisch über die zur Verfügung stehende Arbeitszeit hinausgehen. Einer Befragung von 2019 zufolge leisten wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen in der Woche je nach Stellenprofil oft zwischen 10 und 20 Stunden unbezahlte Mehrarbeit<sup>7</sup> – und kommen so pro Monat schnell auf mehr als eine volle (!) Arbeitswoche an Überstunden. In der Wissenschaft ist es (unter Maßgabe der verbeamteten Professur) unüblich Arbeitsstunden zu erfassen – und dies soll nach dem Willen der entscheidenden Akteure auch so

bleiben. Obwohl der EuGH mit seinem Urteil vom 14.5.2019 (C-55/18) explizit die Mitgliedsstaaten dazu aufruft, Regelungen für die Arbeitszeiterfassung aller Arbeitnehmer\*innen zu treffen, wurde sofort nach Bekanntwerden des Urteils an den deutschen Gesetzgeber die Forderung nach einer »Lex Wissenschaft« laut, die es erlaubt, die wissenschaftlich Beschäftigten von der Erfassungspflicht weiterhin auszunehmen.<sup>8</sup> So sehr hier vorgegeben wird, man wolle die wissenschaftliche Freiheit nicht einschränken, wird auf diese Weise doch vor allem kaschiert, dass die Aufgabenprofile in den wissenschaftlichen Arbeitsverträgen zu einem großen Teil schlicht unrealistisch sind und in der Praxis somit systematisch gegen sonst geltendes Arbeitsrecht verstoßen wird. Diese Lage verschärft sich in den letzten Jahren zusätzlich durch die Schaffung neuer Hochdeputatsstellen, die zwar inzwischen häufig unbefristet sind, aber mit bis zu 24 SWS plus Vorbereitung, Studierendenbetreuung, Prüfungs- und Verwaltungsaufgaben so angelegt sind, dass ihre Inhaber\*innen mit der vorgesehenen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden nicht hinkommen können: Diese ist meist bereits bei 8 bis 9 SWS aufgebraucht. Entsprechend ist es

an den Universitäten ohnehin gängige Praxis, solche Hochdeputatsstellen nicht an eine einzelne Person zu vergeben, sondern zu halbieren – womit in Bezug auf die Arbeitsleistung zwei 100 %-Stellen entstehen, die aber nur 50 % der Kosten verursachen. Eine konsequente Dokumentation der geleisteten Arbeit würde eindeutig Missstände dramatischen Ausmaßes offenbaren und wäre folglich für die Hochschulen mit deutlich höheren Kosten verbunden, was den Widerstand gegen die Arbeitszeiterfassung wesentlich mitbegründen dürfte: Der Status quo lässt sich nur erhalten, wenn unsichtbar bleibt, dass er wesentlich auf unbezahlter Mehrarbeit beruht.

### Zusätzliche Belastungen in der Corona-Krise

Zu diesen bereits bestehenden Problemen, die die Krise offengelegt und verschärft hat, kommen nun pandemiebedingt weitere hinzu, von denen einige nicht weniger brisant sind. Durch den Lockdown im Frühjahr waren die Universitäten und Forschungseinrichtungen gezwungen, ihre Beschäftigten spontan ins Homeoffice zu schicken – eine Rege-



lung, die über den Sommer gelockert, dann wieder verschärft wurde. In vielen Bereichen – insbesondere in der Lehre und in den geisteswissenschaftlichen Fächern – wird die Arbeit vom heimischen Arbeitsplatz durchaus fortgesetzt werden. Indes ergibt sich aus dieser Anordnung eigentlich gesetzlich die Verpflichtung, dass der Arbeitgeber für die Ausstattung seiner Mitarbeiter\*innen mit Geräten und sonstigem Bürobedarf zuständig ist. Eine solche Ausstattung ist flächendeckend bis zum heutigen Tag so gut wie nirgendwo erfolgt. Der Großteil der Beschäftigten arbeitet weiter mit privaten Computern, Druckern, Headsets usw. – von der Bereitstellung von Büroverbrauchsmaterial wie Papier, Stiften etc. einmal ganz abgesehen. Im besten Fall werden die Beschäftigten auf die üblichen Beschaffungswege über ihre Institute, Abteilungen oder Lehrstühle verwiesen. Erkennbar ist die Tendenz, durch die gewählten Formulierungen »Not-Homeoffice« oder »mobiles Arbeiten« eine Differenz zur »Telearbeit« zu markieren, um auf diese Weise die geltende Verpflichtung zur Stellung von Arbeitsmitteln zu umgehen.<sup>9</sup>

Darüber hinaus ist schon die Bereitstellung brauchbarer Videokonferenztools, wie sie nicht nur für die digitale Lehre, sondern auch für die eigenständige Organisation von Tagungen oder arbeitsbezogenen Treffen momentan zen-

tral sind, keine Selbstverständlichkeit. Zum Teil wurden diese zumindest Übergangsweise vorrangig Professor\*innen zur Verfügung gestellt – mit der datenschutzrechtlich problematischen Aufforderung, die personengebundenen Lizenzen mit ihren Mitarbeiter\*innen zu teilen.

Daneben wirken sich auch in der Wissenschaft die neuen Belastungen durch die Kombination aus Homeoffice und Homeschooling aus, die häufig nicht nur ein konzentriertes Arbeiten unmöglich machen, sondern auch nicht selten die am Wohnort zur Verfügung stehende Internetverbindung überfordern. Der eingeschränkte bis unmögliche Zugang zu Bibliotheken, Archiven und Laboren sowie die Absage von Erhebungen erschwert neben der Arbeit an der eigenen Qualifikation und in Drittmittelprojekten nicht zuletzt die universitäre Lehre. Gerade in geisteswissenschaftlichen Fächern ist ein Großteil der nötigen Literatur nicht ohne Weiteres digital zugänglich. Lehrende wie Studierende sind damit einem deutlich höheren Literaturbeschaffungsaufwand ausgesetzt: entweder durch private Anschaffungen oder durch Vernetzung und Tausch untereinander. Überdies erhöht sich mit der Umstellung auf digitale Lehre der Arbeitsaufwand für die Lehrenden. Dies gilt einerseits, weil die schnelle Umstellung im März doppelte Vorbereitungen (erst in

Präsenz, dann digital) nötig gemacht hat – eine Situation, die sich stellenweise durch zu optimistische Planung eines Hybrid- oder Präsenzsemesters im Wintersemester 2020/21 noch einmal wiederholt hat. Andererseits bringt die digitale Lehre darüber hinaus generell ein höheres Mailaufkommen und gestiegenen Gesprächsbedarf der Studierenden mit sich, die in der derzeitigen sozialen Situation auf eine viel engmaschigere Betreuung angewiesen sind, als die Betreuungsquoten an deutschen Universitäten sie hergeben. Die bereits vorhandene Mehrarbeit der Beschäftigten ist somit noch einmal merklich gestiegen.<sup>10</sup> Eine zeitweise Reduktion des Lehrdeputats könnte dies auffangen, wird aber bislang nur punktuell in Erwägung gezogen, zumal diese Maßnahme letztlich zusätzliches Personal erfordern würde, um das Lehrangebot im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können.

## Folgerungen

Vonseiten der verantwortlichen Universitätsleitungen hört man immer wieder, dass die Sondersituation in Forschung und Lehre erstaunlich gut bewältigt worden sei. Dies indes ist im Wesentlichen auf die Vorleistung der einzelnen Mitarbeiter\*innen zurückzuführen, die (schon lange vor Corona) an allen Ecken

und Enden Systemfehler durch individuelles Engagement zu korrigieren suchen, für das sie letztendlich nicht entlohnt werden – weder kurzfristig durch Bezahlung von Überstunden und Arbeitsmaterialien noch langfristig durch eine verlässliche Beschäftigungsperspektive. Der Großteil des Personals, das jetzt den Lehr- und Forschungsbetrieb aufrechterhält, wird nach Ende der Höchstbefristungsdauer nach WissZeitVG – mit oder ohne Corona-Verlängerung – die Wissenschaft verlassen müssen und trotz hoher wissenschaftlicher Qualifikation zur beruflichen Neuorientierung gezwungen sein. Wertschätzung von in einer gesellschaftlichen Krise geleisteten Arbeit sieht anders aus.

Folglich ist dringend ein Rechtsanspruch auf eine faktische (und nicht nur mögliche) Verlängerung aller Stipendien, (Projekt-)Stellen, Fristen für Tenure-Track-Verfahren und Lehraufträge um die Zeit des Shutdowns nötig. Die derzeitige Verlängerungsoption von 12 Monaten (für das Sommersemester 2020 und das Wintersemester 2020/21) muss kurzfristig um weitere sechs Monate erweitert werden, da die Einschränkungen absehbar auch im Sommersemester 2021 bestehen werden, wobei Menschen mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, Vorerkrankte und deren Mitbewohner\*innen die doppelte Verlängerungszeit erhalten sollen. Mehrkosten (bspw. Computer, Bücher, Telefon und Räume inkl. Mieten und Heizung im Homeoffice) müssen vom Arbeitgeber unbürokratisch und vollumfänglich übernommen werden. Mehrarbeit durch Digitalisierung, Reorganisation und Sorgearbeit ist vollständig zu entlohnen.

Die Corona-Krise muss aber langfristig über diese Maßnahmen hinaus unbedingt zum Anlass genommen werden, die bisherige auf Individualismus und Konkurrenz setzende Logik als solche zu überdenken und die längst überfälligen Korrekturen vorzunehmen. Die derzeitige Lage bietet die Chance zum grundsätzlichen »Innehalten und Umdenken«. <sup>11</sup> Denn um die geschilderten Probleme zu lösen, bleibt langfristig nur eine Reform des Gesamtsystems anstelle immer neuen Flickwerks von Ergänzungen und Ausnahmeregelungen für Härtefälle, wie sie auch die Corona-Verlängerung des WissZeitVG darstellt. Ge-

rade gegen das WissZeitVG und die derzeitige Befristungspraxis gibt es eine Reihe stichhaltiger Argumente, die nicht nur die negativen Auswirkungen für die Beteiligten, sondern auch die Konsequenzen für die Qualität von Studium und Forschung umfassen. <sup>12</sup> Dass solche Reformen und eine Erhöhung des Anteils unbefristet Beschäftigter durchaus auch im bisherigen Finanzrahmen bereits möglich wären, ohne den Eintritt in die Wissenschaft für die Folgegeneration zu blockieren, zeigt sehr überzeugend das 2020 vorgelegte Personalmodelle-Papier des Netzwerks für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss). <sup>13</sup> Nicht zuletzt muss das Urteil des EuGH, das die Erfassung der Arbeitszeit in allen Angestelltenverhältnissen vorsieht, ebenfalls für die in der Wissenschaft angestellten Personen gelten, statt dort eine erneute gesetzliche Ausnahmeregelung zu schaffen, die diese de facto der Rechte beraubt, die allen anderen Arbeitnehmer\*innen in Deutschland zustehen.

#### Anmerkungen

- 1) Malte Kleinwort 2020: »Corona als Brennglas«, in: *Undercurrents – Forum Für Linke Literaturwissenschaft* 15; <https://undercurrentsforum.com/index.php/undercurrents/article/view/120> (Zugriff am 22.1.2021).
- 2) Vgl. Konsortium Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2017: Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. <https://www.buwin.de/dateien/buwin-2017.pdf> (Zugriff am 22.1.2021): 131–134.
- 3) Ebd.: 126f.
- 4) Vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung von Wissenschaft und Studierenden aufgrund der COVID-19-Pandemie (Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz) vom 21.4.2020; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/186/1918699.pdf> (Zugriff am 22.1.2021).
- 5) Dies kritisiert inzwischen auch die Hochschulrektorenkonferenz: COVID-19-Krise. Auswirkungen auf Forschung an den Hochschulen. Beschluss des HRK-Präsidiums vom 25.1.2021. (<https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/covid-19-krise-auswirkungen-auf-forschung-an-den-hochschulen/>; Zugriff am 4.2.2021).
- 6) Für alle Arbeitnehmer\*innen ab 25 Jahre gibt das Bundesamt für Statistik für 2019 eine Befristungsquote von lediglich 7,4 % an, was die hohe Befristungsrate in der Wissenschaft umso mehr hervorstechen lässt (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-4/befristet-beschaeftigte.html>; Zugriff am 22.1.2021).
- 7) Vgl. mit den Zahlen im Einzelnen Jens Ambrasat 2019: »Bezahlt oder unbezahlt? Überstunden im akademischen Mittelbau«, in: *Forschung und Lehre* 2: 152–154 ([https://www.forschung-und-lehre.de/fileadmin/user\\_upload/Rubriken/Karriere/2019/2-19/FuL\\_2-19\\_Ambrasat.pdf](https://www.forschung-und-lehre.de/fileadmin/user_upload/Rubriken/Karriere/2019/2-19/FuL_2-19_Ambrasat.pdf)) sowie bereits Konsortium Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2017: Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland: 141 <https://www.buwin.de/dateien/buwin-2017.pdf> (Zugriff am 22.1.2021).
- 8) Jan-Martin Wiarda: Zeiterfassung: HRK-Präsident Alt fordert eine »Lex Wissenschaft«. Blogbeitrag vom 17.5.2019; <https://www.jmwiarda.de/2019/05/17/zeiterfassung-hrk-pr%C3%A4sident-alt-fordert-eine-lex-wissenschaft/> (Zugriff am 22.1.2021).
- 9) Vgl. dazu Peter-Paul Bänziger: Home Work, not »Home Office«. *Academic Labor in and after the State of Emergency*, 28.5.2020 (<https://www.worck.eu/2020/05/28/home-work-not-home-office-academic-labor-in-and-after-the-state-of-emergency/>; Zugriff am 4.2.2021); Sebastian Maiß: Irrtümer und Mythen rund um Home Office und Mobile Work, April 2019 (<https://www.vangard.de/blogbeitrag/irrtuemer-und-mythen-rund-um-home-office-und-mobile-work>; Zugriff am 4.2.2021).
- 10) Vgl. Stefanie Leinfellner 2020: »Arbeitsbedingungen in Forschung und Lehre in Zeiten von COVID-19. Von neuen Höchstbefristungsgrenzen und einer engagierten Mittelbauinitiative«, in: *Journal Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW* 47: 61–65 ([https://www.netzwerk-fgf.nrw.de/fileadmin/media/media-fgf/download/publikationen/netzwerk\\_fgf\\_journal\\_47\\_f\\_web.pdf](https://www.netzwerk-fgf.nrw.de/fileadmin/media/media-fgf/download/publikationen/netzwerk_fgf_journal_47_f_web.pdf); Zugriff am 22.1.2021).
- 11) NGAWiss-Stellungnahme »Solidarisch durch die Krise. Prekäre Wissenschaft in der Pandemie«; 2. April 2020: <https://mittelbau.net/stellungnahme-solidarisch-durch-die-krise-prekaere-wissenschaft-in-der-pandemie/> (Zugriff am 15. Januar 2021).
- 12) Siehe die Argumente im Detail auf <https://95vswisszeitvg.wordpress.com>. Dazu auch Amrei Bahr / Kristin Eichhorn / Sebastian Kubon 2021: »Warum befristete Hochschuljobs der Wissenschaft schaden«, in: *Jacobin Magazin* vom 8. Januar 2021; <https://jacobin.de/artikel/hochschuljobs-befristung-wissenschaftszeitvertragsgesetz-forschung-wisszeitvg/> (Zugriff am 11. Januar 2021).
- 13) Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft 2020: *Personalmodelle für Universitäten in Deutschland. Alternativen zur prekären Beschäftigung*, Berlin: insb. S.21; <https://mittelbau.net/diskussionspapier-personalmodelle/> (Zugriff am 22.1.2021).

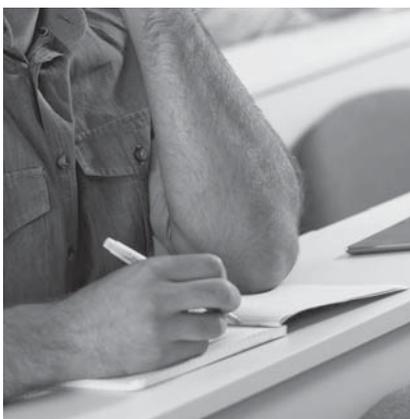
---

PD Dr. Kristin Eichhorn ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Germanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft der Universität Paderborn und Mitglied im Koordinationskreis des Netzwerks Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss).

# Gebt mir meine Bibliothek zurück!

## Studierende in Coronazeiten

*Wissenschaft und Hochschulen bleiben vom Verlauf der Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung nicht unberührt. Der Lebens- und Arbeitsalltag von Beschäftigten und Studierenden hat sich massiv und dauerhaft verändert, die sozialen Folgen eines monatelangen Ausnahmezustandes für prekär Beschäftigte und sozial benachteiligte Studierende sind unübersehbar. Der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) hat schon frühzeitig Forderungen für solidarische Perspektiven eines Lehrbetriebs unter Pandemiebedingungen formuliert. Jonathan Dreusch zeichnet die Entwicklungen nach.*



Wie ist es, während einer Pandemie an einer Hochschule zu studieren? Ich weiß es nicht und viele meiner Kommiliton:innen wissen das vermutlich auch nicht so genau. Denn das Studium der Meisten findet seit März 2020 fast ausschließlich online statt, die Hörsäle haben viele schon lange nicht mehr von innen gesehen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gesellschaftsbereichen ist der Studienbetrieb an Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und anderen Hochschularten seit Beginn der Pandemie beinahe durchgehend im Lockdown. Zoom-Konferenzen statt Seminarraum, Youtube-Videos statt Vorlesungssaal und das eigene Schlafzimmer statt der Bibliothek. Viel bleibt nicht übrig vom Studium. Und auch drum herum wird es knapp mit den sozialen Kontakten: während viele Menschen wenigstens auf der Arbeit noch ein paar Menschen sehen, sind die meisten lohnarbeitenden Studierenden in Branchen beschäftigt, die lange geschlossen waren. Kneipen, Restaurants, Kinos, Messen und Einzelhandel bis auf ein paar Monate im Sommer und Herbst 2020 ist hier tote Hose. Während Bund und Länder sich noch nach einem Jahr um einen harten Shutdown in Industrie und Gewerbe drücken, ist er für Studierende seit einem Jahr Realität.

Die Lehre findet für die meisten vor dem Laptop statt, der seinen dauerhaften Platz in einem häufig viel zu kleinen Zimmer mit schlechter Internetverbindung finden musste. Von ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung wollen wir gar nicht reden. Wer das zweifelhafte Glück hat, nicht digitalisierbare Kurse belegen

zu müssen, darf sich mit Maske, Abstand und einem mulmigen Gefühl ins Labor, den Sportkurs (draußen) oder den Proberaum begeben. Da die meisten Freizeitaktivitäten für uns alle ausfallen, bleibt dann noch genug Zeit, sich den Kopf über die unsichere finanzielle Situation zu zerbrechen. Toll!

### Mitten in der Bildungskrise

Aber der Reihe nach. Lasst uns zunächst einen Blick auf die Lehre in diesen zwei außergewöhnlichen Semestern werfen. Als im März 2020 Online-Lehre unvermeidbar wurde, waren die Hochschulen kaum bis gar nicht darauf vorbereitet. Natürlich nicht, wie sollte man sich auch auf eine Pandemie dieses Ausmaßes vorbereiten, noch dazu als einzelne Hochschule. Nicht vorbereitet war man aber auch, weil Digitalisierung in den Köpfen der meisten Professor:innen immer noch eher was mit einem Sci-Fi-Roman zu tun hatte als mit ihrer Arbeit. *Neuland* eben. An meinem eigenen Institut hatte man beispielsweise 2015 für viel Geld ein paar Smart-Boards angeschafft, die bis heute höchstens mal als Magnettafel dienen. Von vollständiger Online-Lehre war da noch gar keine Rede. Solche desolaten Zustände waren keine Einzelfälle, ganz zu schweigen davon, dass selbst Hochschulen mit innovativeren Ansätzen oft einfach die Mittel fehlten. Besserung ist nicht in Sicht, das BMBF verwehrt sich weiterhin gegen einen Hochschuldigitalpakt. Und nebenbei: wie ernsthaft die Bemühung der Landeswissenschaftsministerien ist, ist ebenfalls fraglich. Solange der Bund sich

nicht bewegt, kostet sie die Forderung nach dem Pakt ja nichts.

Trotzdem konnte man überall hören und lesen, dass die vollständige Umstellung auf Onlinebetrieb ziemlich gut lief. Hatten Bund, Länder und Hochschulleitung am Ende doch mehr richtig als falsch gemacht? Nein, sie hatten erfolgreich auf die Eigeninitiative (lies: Selbstausbeutung) der Lehrenden gesetzt. Mit großem persönlichen Einsatz haben die nämlich in kürzester Zeit umdisponiert. Das muss man anerkennen.

Das Problem bleibt aber, dass die größte Einzelanstrengung nicht ausreicht, um strukturelle Defizite auszugleichen, das didaktische Defizit zum Beispiel. Nicht nur, dass hochschuldidaktische Einrichtungen allerorten nicht genug Kapazität für die Fortbildung aller Lehrenden haben. Viele Lehrende – gerade Professor:innen – nehmen diese Angebote auch selten wahr. Man weiß ja, wie man eine Vorlesung hält. Was in Präsenz vielleicht halbwegs geklappt hat, ist digital plötzlich unbrauchbar. Es reicht eben nicht, eine Kamera vor sich aufzustellen. Digitale Formate müssen den fehlenden persönlichen Kontakt ausgleichen, brauchen mehr Beratungsangebote und eine gute Infrastruktur.

Womit wir beim nächsten Problem wären:

Die Rechenzentren der Hochschulen mussten in kürzester Zeit nicht nur bestehende Angebote ausbauen, sondern vieles völlig neu schaffen. Die fehlende Vorbereitung wollten die Präsidien und Rektorate natürlich sofort behoben sehen, also griff man auf große Anbieter, wie *Zoom* oder *Microsoft Teams* zurück. Datenschutz spielte dabei plötzlich kaum eine Rolle mehr. Mittlerweile wurde zwar stellenweise nachgebessert, von idealen Bedingungen kann aber immer noch keine Rede sein. Gleichzeitig gibt es immer noch eine unüberschaubare Vielfalt von Programmen. Ich selbst habe fünf verschiedene auf dem Laptop. Die Schuld für dieses Durcheinander tragen aber nicht nur die Hochschulen. Ein leistungsfähiges Angebot für Onlinelehre in diesem Maßstab muss von Bund und Ländern gemeinsam entwickelt werden. Sicher, niemand konnte wissen, dass so etwas ausgerechnet im März 2020 nötig wird. Die Grundlagen dafür hätten aber schon lange gelegt sein müssen. Es ist jetzt an der Zeit, gemeinsame, öffentlich betrieb-



bene und sichere Open-Source-Systeme zu entwickeln.

## Finanzielle Sorgen

Seit Beginn der Pandemie beschäftigt uns alle die zentrale Frage: wie gehen wir mit der Wirtschaftskrise um. Auch Studierende sind natürlich betroffen. Über die Ursachen (Jobverlust, geringe BAföG-Quote, ..) wurde in letzter Zeit schon mehr als genug geschrieben. Trotzdem kann nicht oft genug die mangelnde Reaktion von BMBF und Landesministerien aufgezeigt werden. Die Länder, die sonst so gerne auf ihre Bildungshoheit pochen, konnten gar nicht schnell genug betonen, dass der Bund für Studienfinanzierung verantwortlich sei. Ein ziemlich erfolgreicher Schachzug. Plötzlich war der Ball beim BMBF und das unternahm: nichts.

Während überall Hilfsprogramme für Unternehmen aufgelegt wurden, gab es für Studierende das Angebot, einen KfW-Kredit aufzunehmen. Zinsfrei sei der. Diese Kommunikation des BMBF, ja das ganze Angebot, war und ist ein Skandal. Nicht genug damit, dass die einzige Hilfe für Studierende in der Auf-

nahme von Schulden bestand, Zinsfreiheit war überhaupt nicht vorgesehen. Bis April 2021, später bis Jahresende verlängert, übernimmt das BMBF die Zinsen: Ein Tropfen auf den heißen Stein. Der KfW-Studienkredit war aber wieder stärker nachgefragt, nachdem er über Jahre immer mehr zum Ladenhüter geworden war. Eine ministerial geförderte Marketingkampagne für die staatliche Bank.

Der fzs, das Deutsche Studentenwerk (sic!), die Hochschulrektorenkonferenz (sic!), Gewerkschaften und so ziemlich alle bildungspolitischen Akteur:innen forderten deshalb die Öffnung des BAföG. Für das BMBF stand fest, dass das viel zu lange dauern würde. Es legte deshalb eine Überbrückungshilfe auf. Und brauchte dafür vier Monate. Das Ministerium lenkte auch nicht ein, als klar wurde, dass etliche Antragsteller:innen zwar in einer Notlage waren, die aber nicht »pandemiebedingt« war. Denn eine Änderung würde bedeuten, das Scheitern der BAföG-Reform 2019 einzugestehen. Mehr noch, es würde bedeuten einzugestehen, dass die familienzentrierte Ausbildungsförderung unter massivem Realitätsverlust leidet. Denn die ideale konservative Familie, die

ihre Kinder bei einem frei gewählten Bildungsweg unterstützt, existiert in vielen Fällen gar nicht.

Mit der Überbrückungshilfe wurde ohne Frage wenigstens einigen Studierenden in Notlagen geholfen. Trotzdem bleiben große Probleme: Die Ausfälle zwischendurch, etwa als das BMBF im September die Pandemie für beendet erklärte und die Hilfe einstellte – geschenkt. Für die dritte Runde ab April muss das Ministerium aber nachbessern. Verschlankte Richtlinien, einen höheren Maximalfördersatz in BAföG-Höhe und einfachere Folgeanträge könnten die Effektivität des Fonds steigern. Vor allem muss als Nachweis für die Notlage eine Selbsterklärung ausreichen. Das Geld dafür ist da, die BAföG-Töpfe sind schließlich randvoll.

### Trennung von Arbeit und Privatem auf 10 m<sup>2</sup>

Umfragen unter Studierenden haben immer wieder ergeben, dass trotz allem die meisten nicht in unmittelbarer Existenzangst leben. Die sozialen Auswirkungen der Online-Uni gehen aber weiter als das. Wo arbeitet man, wenn die Bibliothek, die Lernräume und das Institut geschlossen sind? Die Antwort ist meistens: im eigenen Schlafzimmer. Arbeitnehmer:innen, die ins Homeoffice geschickt werden stehen vor ähnlichen Problemen. Für Studierende, die regelmäßig in 10–15 m<sup>2</sup>-kleinen Zimmern wohnen, ist die Vermischung von privatem Rückzugsraum und Arbeitsort oft noch schlimmer. Die schlechte Wohnsituation vieler Studierender wird jetzt zu einem noch größeren Problem. Die Antwort darauf sollte sein, Bibliotheken und leerstehende Seminarräume unter Sicherheitsvorkehrungen zu öffnen. Das kostet Geld, keine Frage. Aber was sind Luftfilter, Masken, Schnelltests und intelligente Leitsysteme gegen den Verlust einer angemessenen Lernumgebung?

Hinzu kommt, dass die Corona-Regeln häufig an der Realität in WGs und Wohnheimen vorbei gehen. In einem 15-Personen-Flur mit geteilter Küche kann nicht ernsthaft Abstand gehalten werden. Und wenn in meiner 6er-WG alle nur zwei Kontakte nach außen haben, bin ich indirekt zehn zusätzlichen Kontakten ausgesetzt. Klar, um das zu vermeiden, könnte man sich einschrän-

ken und stattdessen mit der WG Zeit verbringen. Legal war das zeitweise trotzdem nicht, weil maximal fünf Personen im gleichen Raum sein durften. Viele Kommiliton:innen sind aus Platzmangel, finanziellen Gründen oder dem Verlangen nach einer vertrauten Kontaktgruppe zurück zu den Eltern gezogen. Gerade bei jüngeren Studierenden bedeutet das einen Rückfall in Unselbstständigkeit in einer Lebensphase, in der genau diese Selbstständigkeit eigentlich gefunden werden sollte. Die Hochschulen haben ihre soziale Verantwortung als Räume des Austauschs dabei vernachlässigt.

Viele Studierende haben Angst, dass sie durch die Onlinelehre nicht den gleichen Lernerfolg wie sonst mitnehmen. Darunter leidet auch die psychische Gesundheit. Die psycho-sozialen Beratungsstellen der Studierendenwerke waren schon vor der Pandemie unterbesetzt, jetzt zeigt sich mehr denn je, welcher Mangel dort herrscht. Trotzdem wurden nirgendwo zusätzliche Mittel für die Studierendenwerke zur Verfügung gestellt. Das ist nicht nur unverantwortlich den Studierenden gegenüber, sondern könnte auch zu mehr Studienabbrüchen führen. Zusätzliche Stellen, an den Beratungsstellen wie auch in der Lehre, könnten auch jetzt noch die Effekte der Pandemie abmildern.

Die körperliche Gesundheit leidet ebenfalls unter der Pandemie. Die gesamte Gesellschaft ist von der Schließung des Breitensports betroffen. Unter Studierenden hat der Wegfall des Hochschulsports sicher auch negative Folgen. Es sollte aber auch nicht vergessen werden, dass Mensaessen für einen nicht unerheblichen Teil der Studierenden einen wesentlichen Bestandteil ihrer Ernährung ausmacht. Teilweise sicherlich aus Desinteresse am Kochen, oft aber auch, weil es in ihrer Wohnung keine ordentliche Küche gibt oder Wissen darüber fehlt, wie man sich ausgewogen ernährt. Das klingt erstmal lustig. Trotzdem sollten die Studierendenwerke mehr auf To-Go-Angebote setzen (dürfen), um die Leerstelle wieder zu füllen.

### Was muss jetzt passieren?

Bunderegierung, Landesregierungen und Hochschulen müssen aufhören, Normalität vorzuspielen. Was in den ers-

ten Wochen der Pandemie eine verständliche Reaktion war, ist längst zur Farce geworden. Mit einer strikten Begrenzung der Kontakte durch solidarische Maßnahmen, wie sie zum Beispiel die Initiative #ZeroCovid fordert, könnte endlich Besserung in Sicht sein. Wir können uns nicht weiter von einem Lockdown light zum nächsten, von einer Überbrückungshilfe zur nächsten hangeln. Die Auswirkungen der Pandemie können nicht überall aufgehalten werden. Präsenzunterricht, wie ihn manche immer wieder fordern, ist eben keine Option. Aber wir können und müssen dafür sorgen, dass die negativen Konsequenzen dieser Realität begrenzt und ausgeglichen werden. Dafür braucht es für Studierende Investitionen in Schutztechnik, z.B. Luftfilter, mehr Mittel für psycho-soziale Beratung, Digitalisierung und eine ausreichende individuelle finanzielle Absicherung. Dazu gehört auch das Aussetzen aller Studiengebühren, insbesondere für internationale Studierende. Kostensparende Maßnahmen sind beispielsweise Freiversuche für Prüfungen, flächendeckende großzügige Verlängerung der Regelstudienzeiten und Prüfungsfristen und die Ermöglichung alternativer, kompetenzorientierter Prüfungsformate. Für das Sommersemester müssen Konzepte her, um die Bibliotheken wieder zu öffnen – und zwar sicher.

An den Hochschulen muss außerdem neu über Lehre nachgedacht werden. Es muss sichergestellt werden, dass Lehrende auch die nötigen didaktischen und pädagogischen Kompetenzen mitbringen können. Dafür benötigen wir einen Ausbau der Schulungsstrukturen und neue Anforderungen für die Lehrstellen. Es muss außerdem deutlich mehr Geld fließen für studentisches Wohnen, Lernräume und Hochschullehre. Die Lücken in der Finanzierung, auf die Studierendenvertretungen seit Jahren hinweisen, liegen offen. Sie müssen jetzt endlich gefüllt werden.

---

*Jonathan Dreusch (24) ist Mitglied im Vorstand des freien Zusammenschlusses von student\*innenschaften (fzs) e.V., dem Dachverband deutscher Studierendenvertretungen. Er studiert Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.*

# Öffnung der Hochschulen auf neuem Niveau

»Eine unsichtbare Gefahr bedrohte alles, woran wir glaubten. Und das Schicksal dieses Landes lag plötzlich in unseren Händen. Also fassten wir all unseren Mut zusammen und taten, was von uns erwartet wurde. Das einzig Richtige. Wir taten ... nichts. Absolut gar nichts, waren faul wie die Waschbären. Tage und Nächte lang blieben wir auf unserem Arsch zu Hause und kämpften gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Unsere Couch war die Front und unsere Geduld war unsere Waffe. [...] So wurden wir zu Helden. Damals. In diesem Corona-Winter 2020.«

(Video-Kampagne der Bundesregierung #besonderehelden, November 2020)

Seit gut einem Jahr befinden sich die Hochschulen im Bundesgebiet in einem mehr oder weniger strikten Lockdown. Damit sind ihre Mitglieder in den digitalen Wahnsinn und in die zugespitzte Isolation verbannt. Übrig bleibt, was vorher schon ein Problem war, nur jetzt noch weiter verschärft: Leistungs- und Konkurrenzdruck, vorrangiges Bulimie-Pauken und Prüfungsfixierung, Top-Down-Entscheidungen, soziale Nöte und Ängste, Depression und Verzweiflung. Ausschließlich zu Prüfungen dürfen mancherorts noch die Hochschulen betreten werden – schlicht gerichtet auf die Verwertbarkeit. Ein feuchter Traum marktkonformer Neoklassiker, wie der Hamburger VWL-Professor Thomas Straubhaar in einem Gastbeitrag unter der Überschrift »Corona erwirkt das Ende der Massen-Universität« in der *Welt* zum Besten gab.<sup>1</sup>

Das ist weder gesundheitsförderlich, noch eine gesellschaftliche Perspektive!

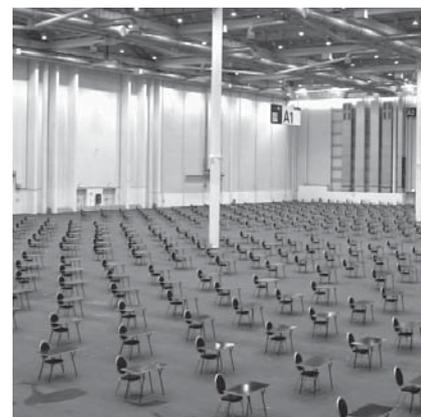
Die Bundesregierung versucht diesen Umstand mit zynischen Mythen über »wahre Helden« zu kaschieren. Doch wir wollen keine besonderen Helden, wir wollen Studierende, Wissenschaftsbetreibende sein. Der gesellschaftliche Bedarf an Wissenschaft, die kritisch zum Allgemeinwohl arbeitet, und an Bildung von mündigen Persönlichkeiten, die eingreifen zur Verbesserung unserer Welt, wächst im Angesicht der tiefgreifenden Krise enorm. Doch solche Wissenschaft und Bildung brauchen entsprechende Grundlagen. Sie brauchen Orte der Begegnung, direkten sozialen Austausch, kritische Nachfragen und Diskussionen, zufällige Begegnungen, und demokratische Interessenvertretung. Sie brauchen Gestik, Mimik, Lachen und spontane Anregungen. Denn der Mensch ist ein soziales Wesen. Er ist gesellschaftlich, und so ist es humane Wissenschaft.

»Ich möchte Student sein, um mir einmal an Hand einer Wissenschaft langsam klarzumachen, wie das so ist im menschlichen Leben. [...] Mit welchem Resultat könnte man studieren, wenn man nicht es mehr müßte! Wenn man es will! Wenn die Lehre durch weitgeöffnete Flügeltüren einzieht, anstatt durch widerwillig eingeklemmte Türchen, wie so oft in der Jugend!«

Peter Panter (Kurt Tucholsky): »Ich möchte Student sein«, in: *Vossische Zeitung*, 27.01.1929

Schon vor Beginn der aktuellen Lockdown-Politik waren kritische Wissen-

*Bei der BdWi-/fzs-Herbstakademie wurde auch der Bereich der Hochschulen unter Corona-Bedingungen in den Blick genommen und kontrovers diskutiert, ob und wie Gesundheitsschutz in Pandemie-Zeiten für Hochschulangehörige mit dem Bedürfnis nach Präsenzbetrieb an Hochschulen als Voraussetzung für die demokratische Erfahrung und Gestaltbarkeit von Hochschule und Wissenschaft in Einklang zu bringen sind. Hamburger Kolleg\*innen berichteten von ihren Aktivitäten mit dem Ziel, einen solidarischen Präsenzbetrieb im Wintersemester zu ermöglichen.*



**ARBEIT BEWEGUNG GESCHICHTE**

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** widmet sich der



Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional-

und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

**ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE** erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14,- Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de)

[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)  
[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)

schaft und emanzipatorische Bildung nach jahrzehntelanger neoliberaler Deformation, Unterfinanzierung und Entdemokratisierung erheblich eingeschränkt. Dagegen wuchsen allorts demokratische, sozialkritische und friedensorientierte Bewegungen, die zaghafte Reformen der Bachelor-Master-Quälerei, Abschaffung von Anwesenheitspflicht, leichte Redemokratisierungen und zahlreiche Zivilklauseln zur Ausrichtung der Wissenschaften auf Friedensentwicklung durchsetzten. Wie knüpfen wir in der aktuellen gesellschaftlichen Zuspitzung und entgegen der Eindämmung erweiternd daran? In Bezug auf die aktuellen Härten sind auf Bundesebene in der letzten Zeit Aktionen unter dem Motto #Solidarsemester begonnen worden, mit denen einige Erleichterungen durchgesetzt werden konnten. Doch die sog. Überbrückungshilfe ist ein schlechter Witz und der Prüfungsdruck bleibt trotz Freichussregelungen hoch. Wir müssen also weiter und grundsätzlicher aktiv werden.

Wir befinden uns neben der Pandemie auch in einer tiefgreifenden Welt(wirtschafts)krise. Eine vernünftige Perspektive kann nur gemeinsam, international solidarisch und aufgeklärt entwickelt werden. Hochschulen haben dafür – er kämpfterweise – gute, weil tendenziell demokratische, Bedingungen. Sie sind gesellschaftlich die Orte der Analyse der Welt in ihrer Gewordenheit und Veränderbarkeit, der Kritik, der Problemlösungen. Sie sind die Orte der Bildung mündiger Persönlichkeiten. Als solche sind sie nicht nur systemrelevant, sondern systemänderungsrelevant.

Hochschulen, Wissenschaft und Bildung werden zur Entwicklung vernünftiger Perspektiven jetzt gebraucht. Die Antwort der Regierenden nach eigener Aussage »auf Sicht zu fahren« führt immer wieder zielsicher gegen die Wand, weil der neoliberal-kapitalistische Status quo verteidigt werden soll. Dafür wird die bisherige Politik von Privatisierung, Sozialstaatskürzungen und Bankenbedienung nicht nur nicht korrigiert, sondern mit erheblichen Einschnitten in die Grundrechte noch weiter zugespitzt: Nach außen wird abgeschottet sowie erheblich aufgerüstet, nach innen eingeschüchtert und eigenverantwortlich ins Private geschickt – nicht zuletzt damit weitreichende Ambitionen auf eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft angesichts des aktuellen Daseisters nicht Grundlage einer kollektiven Praxis werden. Doch diese Politik scheitert. Sie braucht entschiedene Gegnerschaft, selbst für naheliegende Sofortmaßnahmen (Schnelltests, Luftfilter, Ausbau und Rekommunalisierung des Gesundheitswesens, Aufklärungskampagne für Hygiene, Impfen und Immunsystemstärkung, Freigabe der Impfstoff-Patente). Und erst recht für grundlegende Reformschritte zum Ausbau der sozialen und demokratischen Teilhabe aller (wie Streichen der Schuldenbremse, massive Investitionen in öffentliche Daseinsvorsorge und Ausbau des Sozialstaats, Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Bildungs- und Kulturstättenausbau, sozial-ökologischer Umbau von Produktion und Mobilität, Stopp der Rüstungsexporte, ...).

Der Kampf um die Wissenschaft ist gleichzeitig ein Kampf um das Verständnis der aktuellen Krise als systemische

**Wissenschaft und Bildung sind systemänderungsrelevant**

»Das ist eine sehr, sehr schwere Zeit, die von uns keiner voraussehen konnte und die sich auch kein Mensch gewünscht hat. Ich kann Unmut verstehen, muss aber trotzdem für Akzeptanz werben, weil wir keine andere Variante haben. [...] [E]s ist ja nicht ein politischer Beschluss, den wir gefasst haben, sondern es ist so etwas wie ein Naturereignis, eine Naturkatastrophe, mit der wir umgehen.« (Angela Merkel, Bundespressekonferenz, 2.11.2020)

»Wissenschaft hat die Verantwortung, mit Rationalität, Analyse und Transfer durch öffentliche Kommunikation gegen Fake-News und rechte Demagogie für Aufklärung, mündige Teilhabe und angstfreie Demokratie zu wirken. Sie ist ein unverzichtbarer Teil souveräner öffentlicher Meinungsbildung, gerade in schwierigen Zeiten.« (Petition der Kundgebung »Für die Wiederöffnung der Universität« u.a. der Fachschaftsrate Erziehungswissenschaft und Lehramt für allgemeinbildende Schulen der Uni Hamburg am 3.6.2020)

**Z** Zeitschrift  
**Marxistische Erneuerung**  
Vierteljahrszeitschrift 32. Jahrgang  
Nr. 125, März 2021, 248 Seiten

**Gesundheitssystem und Corona-Krise**

Statements – *Kampffeld Gesundheitswesen* / Burkhardt – *Gesundheitssystem in der Pandemiekrise* / Gerlinger – *Gesundheitspolitik zwischen Markt und Staat* / Latza/Weinberg – *Klassenkämpfe in der Krankenpflege* / Michelsen/Holst – *Global Health, COVID-19 und die Folgen*

**Corona-Krise und Kapitalismus IV:**  
Goldberg/Leisewitz/Wiegell/Zander – *Lockdownlight?*

**Marx-Engels-Forschung:** Krátke – *Besondere Partnerschaft* / Kuczynski – *War Engels Marxist?* / Lietz/Schwarz – *Wert, Austausch und Neue Marx-Lektüre (I)* / Krüger – *Produktive und unproduktive Arbeit*

**Und:** Friedmann – *Märzkämpfe 1921* / Kosing – *Lenin und die Theorie des Sozialismus (II)* / Politt – *„Rosa L. lässt ebenfalls grüßen“* / Schadt – *Grundwiderspruch der Digitalisierung* / Bernhold/Stache – *Anatomie der deutschen Fleischindustrie*

**Sowie:** Kommentare; Diskussion – Kritik – Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.)  
Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

Krise des neoliberalen Kapitalismus, die menschengemacht und damit veränderbar ist, und nicht als Naturkatastrophe, vor der wir alle zu erstarren hätten. Die Gründe für die ursprüngliche Übertragung des neuen Corona-Virus auf Menschen liegen in der kommerziell getriebenen Zerstörung von Urwäldern, Ökosystemen und Biodiversität sowie in der von globalen Kapital- und Warenströmen getriebenen industriellen Landwirtschaft, wie es u. a. Rob Wallace zeigt.<sup>2</sup> Die Gründe der rasanten Verbreitung des Virus, der unzureichenden Versorgung infizierter Menschen wie auch der schleppenden Eindämmung des Virus hierzulande liegen im Wesentlichen im aggressiven Verteidigen des zusammengekürzten Gemeinwesens und der Vorrangstellung des Profits. Die verschärfte tiefe soziale Ungleichheit ist es, die die Menschen heute so bedroht. In dem internationalen Aufruf »Arbeit: Demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten«, den im Mai 2020 über 6.000 Wissenschaftler\*innen unterzeichnet haben, wird eine Perspektive formuliert: »Wie lässt sich ein solches Szenario [der existenziellen Ungleichheit] vermeiden? Durch die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Entscheidungen, die ihr Leben und ihre Zukunft am Arbeitsplatz betreffen – durch die Demokratisierung der Unternehmen. Und indem man Arbeit dekommodifiziert – indem eine nützliche Beschäftigung für alle gemeinsam garantiert wird.«<sup>3</sup>

Der Kampf um die Bildung mündiger Persönlichkeiten ist der Kampf um das Begreifen der eigenen kollektiven, geschichtlichen Handlungsfähigkeit entgegen Vereinzelung und Passivierung. »Bildung dagegen begreift sich als entbundene Selbsttätigkeit, als schon vollzogene Emanzipation. Mit ihr begreift sich der Mensch als sein eigener Urheber, versteht er, daß die Ketten, die das Fleisch aufschneiden, von Menschen angelegt sind, daß es eine Aussicht gibt, sie zu zerreißen.«<sup>4</sup>

So unternommen sind Wissenschaft und Bildung Politisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ihre Denaturalisierung. Das ist für die Herrschenden gefährlich. Insofern sind sie konsequent, die Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen so vehement als »Gefährdungsorte« zu schließen. Potentielle »Gefährdungsorte«

te« – bei entsprechenden Hygienekonzepten – für die Ansteckung mit Solidarität, Geschichtsbewusstsein und kollektiver Handlungsfähigkeit. Machen wir sie dazu!

»Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretischer Glaube in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist also absolutes Interesse der herrschenden Klasse, die gedankenlose Konfusion zu verewigen.«

Karl Marx an Louis Kugelmann, 11. Juli 1868

## Hochschulen für kritische Wissenschaft »entdämmen«

»Ich bitte Sie deshalb herzlich um die Einhaltung der Anweisungen in der Hoffnung, diejenigen darin zu unterstützen, die politische Verantwortung dafür tragen, eine Tragödie von unserem Land, unserer Stadt und unserer Universität abzuwenden [...]. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und fortwährende Bereitschaft, unter schwierigen Bedingungen unser aller Pflicht zu tun. Dieses besonders auch eingedenk des Umstandes, dass wir alle uns darüber bewusst sein müssen, dass das Opfer des kommenden Monats nicht das letzte sein wird.«

(Dieter Lenzen, Präsident Uni Hamburg, Begleitbrief zur 9. Dienstanweisung der UHH, 30.10.2020)

»Vertrauet Eurem Magistrat,  
Der fromm und liebend schützt den Staat  
Durch huldreich hochwohlweises Walten;  
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.«

(Heinrich Heine 1854: *Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen*)

Mit und für kritische Wissenschaft müssen wir die Hochschulen »entdämmen«. Wie soll sonst etwa mit kritischen Nachfragen und Diskussionsbeiträgen bei einer aufgenommenen Vorlesung von Bernd Lucke, dem an die Uni Hamburg zurückgekehrten Gründer der AfD, interveniert werden? Wie können vertiefte Gespräche über die gemeinsamen finanziellen Nöte unter Studierenden zur

kollektiven Bearbeitung nach einem Zoom-Seminar stattfinden? Wie sollen gruppenübergreifende Verständigungen in (Zigaretten-)Pausen von Gremiensitzungen für zentrale Reformschritte via MS-Teams gelingen? Es braucht Präsenz – geschützt, solidarisch, aufmerksam!

Im aktuellen Lockdown der Hochschulen und verordneten »Digitalsemester« werden die Grundprobleme offengelegt und drängender – mit verhängter Zwangs-Digitalisierung zur Freude von Bertelsmann, Zoom, Microsoft und Co. KG, einhergehend mit erheblichen Entdemokratisierungen und Exklusionen. In Bayern und Baden-Württemberg wird der Lockdown prompt dafür zu nutzen versucht, Hochschulgesetznovellen mit verstaubten Konzepten von verschärfter Marktorientierung durchzubringen. Bundesweit drohen zudem aktuell massive Kürzungen der öffentlichen Haushalte und in den Hochschulen, während die Protestmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Anstatt auch für die Interessenswahrnehmung Arbeits-, Lern- und Aufenthaltsräume zu schaffen, wurden Studierende beispielsweise an der Uni Hamburg im Sommersemester 2020 zu »Publikum« degradiert, um sie aus den Uni-Gebäuden ausschließen zu können. Unter anderem vor diesem Hintergrund fand am 3.6.2020 eine Kundgebung am Campus der Uni Hamburg unter dem Motto »Zur Wiederöffnung der Universität« statt.<sup>5</sup> Damit war der Anfang gemacht, die Aktivitäten in den Hochschulgremien mit Aktionen im öffentlichen Raum zu ergänzen und unterstützen. Mit der Petition »Für Präsenz und ein Solidarsemester an den Hamburger Hochschulen«<sup>6</sup> wurden über 1.800 Unterschriften auf dem Campus, in Studierendenwohnheimen und online gesammelt, und an Vertreter\*innen der Hamburgischen Wissenschaftsbehörde übergeben. Lehrende der Uni Hamburg schlossen sich mit der Petition »Die geplante Präsenzlehre im Wintersemester ermöglichen«<sup>7</sup> an. Im Rahmen der Demonstration »Solidarische Krisenlösungen BILDEN – für die Öffnung der Hochschulen«<sup>8</sup> im November 2020 wurden Perspektiven dafür aus verschiedenen Fachschaftsräten und von Lehrenden eröffnet.

Eine »Entdämmung« der Hochschule ist Teil des Kampfes um demokratische Hochschulen, die für das Allgemeinwohl

und nicht den Standort arbeiten. Im Grundgesetz ist für diese Arbeit die Freiheit der Wissenschaft, zur Realisierung aller Grundrechte zu arbeiten, verbrieft. Diese werden verwirklicht, wenn wir sie von der Last der Angst befreien und wahrnehmen, wie Prof. Dr. Norman Paech bei einem Treffen von Mitgliedern der LINKEN Hamburg am 9.5.2020 darlegte.<sup>9</sup> Die ersten zwanzig Artikel des Grundgesetzes – von der unantastbaren Menschenwürde bis zum Sozialstaatsgebot – stehen in ihrer Entstehung und in ihrem Gehalt nicht etwa im Konflikt mit Gesundheit, sondern sind geradezu deren Bedingungen.

Wir können und werden nicht darauf warten, bis Söder, Merkel und Co. die Hochschulen wieder öffnen. Der Kampf um den kritischen Inhalt der Wissenschaft geht mit dem Kampf um deren Bedingungen zusammen: es geht um die Wiederöffnung der Hochschulen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat – mit projektbezogenen, exemplarischen Seminargruppen, egalitären Lehr-Lern-Prozessen, solider sozialer Unterlegung durch BAföG als elternunabhängiger Vollzuschuss, demokratischer Kultur, für die Orientierung der Wissenschaft auf die Realisierung der Nachhaltigkeitsziele (SDG) der UN.

Aber entwickeln sich die Hochschulen dann nicht zu Infektionshotspots? Nein! Wie der Virologe Jonas Schmidt-Chanitsch vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg nicht müde wird zu betonen, ist das Wichtigste zum Infektionsschutz die Einhaltung der AHA-A-L Regel (Abstand/Hygiene/Alltagsmaske + App + regelmäßiges Lüften), begleitet von massenhaften Testungen und der Nachverfolgung von Risikokontakten. Im Laufe des letzten Jahres haben Kolleg:innen in den Hochschulverwaltungen (und auch in den Kunst- und Kultureinrichtungen!) sorgfältig durchdachte Hygiene-Konzepte entwickelt, an Formen der Kontaktdatenerhebung gefeilt und Räume »coronagerecht« gezählt. Gleichzeitig werden Technik und Konzepte für Veranstaltungen in hybrider Form entwickelt, die es denjenigen, die nicht vor Ort sein können oder mögen, ermöglichen, sich in die Diskussionen einzuklinken. Diese Konzepte haben sich in der Praxis bewährt, zum Beispiel als wir an der Uni Hamburg die Orientierungseinheiten für die Erstsemester zum Wintersemester

2020/21 in den großen Studiengängen Sozialökonomie, Lehramt, Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften hybrid und in geschützter Präsenz lebendig und hygienisch durchgeführt haben. Es geht um eine Wiederöffnung der Hochschule, die alle Mitglieder gemeinsam gestalten: durch Schnelltests und soziale Unterstützung, Hygienekonzepte und (hybride) Aufmerksamkeit, ohne Raus-Prüfungen und mit kollektiven Lernprozessen. Hochschulen können so beispielgebend sein für die Realisierung sorgsamer sozialer Begegnungen und für den Ausbau gesellschaftlicher Teilhabe Aller.

### Mehr Selbstbewusstsein wagen: Für Präsenz und Solidarsemester

»Wissenschaft ist zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unabdingbar. Forschung, Lehre, Bildung sind ein gemeinsamer Prozess von Menschen, der ganz wesentlich auf dem Austausch der Beteiligten beruht. Somit ist mit der untersagten Begegnung der Beteiligten in Präsenzveranstaltungen auch die Möglichkeit, sich mit der Wissenschaft den Herausforderungen der Zeit und der Krise zu stellen, drastisch eingeschränkt. [...] Präsenzveranstaltungen sind das Herz der Universität.«

(Beschluss des Akademischen Senats der Uni Hamburg, 18.6.2020)<sup>10</sup>

In Frankreich nehmen gegenwärtig tausende Studierende in zahlreichen Städten die Notwendigkeit der solidarischen Veränderung unserer Lage zum Anlass, für massive Investitionen in den Hochschulbereich, Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden und Öffnung der Hochschulen auf die Straße zu gehen – trotz erheblicher Repression. In diesem kollektiven Engagement liegt die Antwort auf die verhängte Frustration und Vereinzelung.<sup>11</sup>

Wenn nun im Lockdown Wissenschafts- und Gesellschaftsvorstellungen der 1950er Jahre wieder hervorgekramt werden, wie etwa die Wiedereinführung des »Kuppeleiparagraphen« in Kölner Studierendenwohnheimen oder die Reduktion der sozialen Kontakte auf die Familie, und wenn in Frankreich darauf kämpferisch geantwortet wird, ist es

dann nicht auch hier in der BRD Zeit für ein neues »68«?!

Also runter vom Sofa, raus aus den ermüdenden Zoom-Seminaren und Online-Vorlesungen, auf die Straße, rein in die Hochschulen! Jean Ziegler's vielfach zitierte Erkenntnis »Ich bin der andere, der andere ist Ich.« ist dabei durchaus leiblich zu verstehen! Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung brauchen uns, wir brauchen sie. Für Präsenz und Solidarsemester!

»Schönster aller Zweifel aber  
Wenn die verzagten Geschwächten  
den Kopf heben und  
An die Stärke ihrer Unterdrücker  
Nicht mehr glauben!«  
Bertolt Brecht 1934: *Lob des Zweifels*

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. Thomas Straubhaar in: *Die Welt*, 20. Juli 2020.
- 2) Rob Wallace, »Wir können einpacken!«, in: *der Freitag*, 2. November 2020.
- 3) Vgl. [www.democratizingwork.org](http://www.democratizingwork.org).
- 4) Heinz-Joachim Heydorn 1979: *Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft*, Frankfurt/Main.
- 5) Die Redebeiträge der Kundgebung sind auf dem Youtube-Kanal des Fachschaftsrats Erziehungswissenschaft an der UHH zu finden.
- 6) Für den Text der Petition vgl. [www.openpetition.de/1hmmmy](http://www.openpetition.de/1hmmmy).
- 7) Für den Text der Petition vgl. [www.openpetition.de/1ctrk](http://www.openpetition.de/1ctrk).
- 8) Die auf der Demonstration gehaltenen Redebeiträge sind auf dem Youtube-Kanal des FSR Sozialökonomie an der UHH nachzuhören.
- 9) Für die Video-Aufzeichnung seines Vortrags »Geschichte und Aktualität der Grundrechte« vgl. [www.youtube.com/watch?v=id-tiC-5sePw](https://www.youtube.com/watch?v=id-tiC-5sePw).
- 10) Für eine Dokumentation der Initiativen unseres linken Bündnisses (BAE!) im Akademischen Senat der Uni Hamburg und der erwirkten Beschlüsse aus 2020 vgl. [www.bae-hamburg.de/artikel\\_403.html](http://www.bae-hamburg.de/artikel_403.html).
- 11) Hier findet ihr exemplarisch die Petition der französischen Studierendengewerkschaft UNEF: <https://risunihamburg.com/2021/01/25/solidaritat-mit-den-studentinnen-in-frankreich-petition-unterschreiben/>.

*Artur Brückmann, Franziska Hildebrandt, Florian Muhl, Sinah Mielich sind aktiv bei DIE LINKE.SDS Uni Hamburg, im Bündnis für Aufklärung und Emanzipation – BAE! sowie der GEW bzw. ver.di.*

# Pandemie und Politik

## Politiken des Lebens in Zeiten der Corona-Krise

Seuchen sind nie rein biologische Phänomene, sie gehen immer einher mit Seuchenpolitiken. Diese verändern politische Ordnungen, rufen neue Machttechniken hervor, verhandeln gesellschaftliche Werte und verstärken gesellschaftliche Ungleichheiten. Seuchenpolitiken legitimieren Machttechniken, zementieren Normalitätsvorstellungen und verhandeln, wer in der Gesellschaft als zugehörig gilt, als schützenswert zählt und wer nicht.<sup>1</sup> Seuchenpolitiken sind daher immer auch Politiken des Lebens.

### Verstärkung von Ungleichheit

Dies wird auch in der Covid-19-Pandemie deutlich: Kontaktbeschränkungen, home-office, Schul- und Kita-Schließungen verändern ganz unmittelbar die Lebensweisen der Menschen. Politiken zur Eindämmung von Covid-19 legen fest, welche Leben (mehr) geschützt werden und welche gesellschaftlichen Tätigkeiten als systemrelevant gelten. Grundrechte werden vorübergehend entzogen und Möglichkeiten politischer Teilhabe und Gestaltung eingeschränkt. Die Kosten der Pandemie werden entlang von Klassen-, Geschlechter-, sexuellen, ability- und neokolonialen Verhältnissen ungleich verteilt und in den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie werden gesellschaftliche Ungleichheiten als Krisenressourcen mobilisiert. Diese Politiken des Lebens führen dazu, dass das Virus zwar alle treffen kann, aber nicht alle Menschen in gleicher Weise gefährdet sind: Wohnungslose, Geflüchtete, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, Arme, Gefängni-

sinsass\*innen und Bewohner\*innen von Nationalstaaten mit geringer öffentlicher Gesundheitsversorgung sind in vielerlei Hinsicht verletzbarer. Ebenso wenig sind von den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie alle gleich betroffen: Sexarbeiter\*innen verlieren ihre Einkommen; alleinerziehende Mütter sind durch Schul- und Kita-Schließungen mit drastischen Zusatzbelastungen konfrontiert; oftmals migrantisierte Kinder aus ärmeren Familien können aufgrund fehlender Laptops dem digitalen Unterricht nicht folgen; für Hartz-IV-Empfänger\*innen ist die Verpflichtung des Tragens von FFP2-Masken eine finanzielle Herausforderung; prekären Arbeiter\*innen wird vielfach home-office verwehrt, weshalb sie einem erhöhten Krankheitsrisiko ausgesetzt sind; und Reinigungskräfte in öffentlichen Gebäuden erfahren aufgrund der notwendigen Hygienemaßnahmen, aber gleichzeitig fehlenden Personalaufstockungen eine immense Arbeitsverdichtung.

Wie kritische Analysen gezeigt haben, werden in der Corona-Krise wie in einem Brennglas gesellschaftliche Widersprüche und Ungleichheiten sichtbar, die schon davor ›Normalität‹ waren. Bereits vor der Corona-Krise zeigte sich regelmäßig, dass der Kapitalismus Krisen hervorbringt, die er von sich aus nicht lösen kann.<sup>2</sup> Schon ohne fehlende Beatmungsbetten war offensichtlich, dass Gesundheitsversorgung nicht nach neoliberalen Parametern organisiert werden kann.<sup>3</sup> Auch vor den nationalen Wettläufen um einen Impfstoff war sichtbar, dass in der gegebenen neokolonialen Weltordnung die Sicherheit aller Leben nicht gleich betrachtet wird.<sup>4</sup> Ebenso

*Die Corona-Pandemie hat an den Hochschulen bereits zu zwei Digitalsemestern geführt. Doch die Folgen der Pandemie beeinflussen nicht nur die Methodik des akademischen Betriebs, sondern können auch selbst zum Thema wissenschaftlicher Auseinandersetzung werden. Die Form digitaler Lehre muss sich dabei nicht auf das Modell der Videokonferenz beschränken, wie ein Beispiel aus Bremen beweist. Dort entstand aus zwei Seminaren heraus eine digitale Ausstellung: »Covid-19: ein Mosaik – Politiken des Lebens in Zeiten der Corona-Krise«. Gundula Ludwig und Philipp Schulz stellen Konzeption und Hintergründe der Ausstellung vor.*



waren auch vor Zeiten des home-schooling und home-office Pflege- und Betreuungsverantwortungen ungleich verteilt und das Zuhause war für viele kein Ort der Sicherheit, sondern von Arbeit und Gewalt.<sup>5</sup> All dies verdichtet sich nun in der Covid-19-Pandemie.

Die Aufgaben kritischer Wissensproduktion in einer derart krisenhaften Gegenwart sind vielfältig: Es gilt, in die Deutungskämpfe über die ›Krise‹ zu intervenieren und deren strukturelle Ursachen und Effekte sichtbar zu machen und aufzuzeigen, inwiefern politische Maßnahmen Ungleichheitsstrukturen und Ausschlüsse verfestigen. Zudem müssen in den aktuellen Krisenbewältigungsmechanismen die Kontinuitäten gesellschaftlicher Ungleichheiten herausgearbeitet werden. Um die Corona-Krise als umfassende gesellschaftliche Krise zu verstehen, braucht es eine breite gesellschaftstheoretische Perspektive, die sich auf postkoloniale, feministische, queere, rassismuskritische und kapitalismuskritische Blickwinkel bezieht. Darüber hinaus ist ein interdisziplinärer Dialog zwischen Politikwissenschaft, Soziologie, Ökonomie, Philosophie, Kulturwissenschaften und Medizingeschichte hilfreich, um die Verbindungen zwischen Körpern und Kapitalismus, Sorge und Geschlechterverhältnissen, Gesundheit und Rassismus, Sicherheit und postkolonialen Grenzregimen, Schutz und Nationalismus, Verletzbarkeit und Demokratie sichtbar zu machen. Darüber hinaus braucht es neben akademischem Wissen aktivistisches Wissen, um die vielfältigen Effekte und Manifestationen der Corona-Krise aufzuzeigen.

### Aus der Not eine Tugend machen

Einen Beitrag zu einer derartigen kritischen Wissensproduktion und -vermittlung bietet die digitale Ausstellung »Covid-19: ein Mosaik – Politiken des Lebens in Zeiten der Corona-Krise«. Diese wurde im Dezember 2020 eröffnet und kann unter [www.covid19-mosaik.de](http://www.covid19-mosaik.de) besucht werden. Entstanden ist die Ausstellung aus einem Lehr-Projekt an der Universität Bremen. Nachfolgend soll die Entstehungsgeschichte des Projekts rekonstruiert werden, ehe daran anschließend zentrale Elemente der Ausstellung vorgestellt werden.

### Vom digitalen Seminar zur Ausstellung

Jetzt, nach nun fast schon einem Jahr digitaler Lehre, haben sich viele von uns an Seminardiskussionen im ›Kachel-Format‹ und Sprechstunden mit holprigen Internetverbindungen gewöhnt. Nichtsdestotrotz stellt ›Distance Academia‹ immer noch eine anhaltende Ausnahmesituation mit vielen Erschwernissen und Herausforderungen dar. Als im März 2020 klar wurde, dass das Sommersemester 2020 ein ›Online-Semester‹ werden würde, evozierte dies freilich viele Fragen: Wie ist Lernen ohne direkten Austausch überhaupt möglich? Wie können Studierende zum Studium ermutigt werden, wenn der gesamte Alltag Kopf steht – durch Job-Verluste, den Wiedereinzug in die elterliche Wohnung oder unsichere Zukunftsperspektiven? Und wie ist es möglich, die universitäre Lehre als Plattform zu nutzen, um auch in einer Ausnahmesituation Orientierung zu bieten? Diese Fragen motivierten uns im Vorfeld des Sommersemesters 2020 dazu, unsere Lehrpläne am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen anzupassen: Das Seminar von Philipp Schulz »Geschlechterperspektiven zu Frieden und Sicherheit in den Internationalen Beziehungen« wurde um Sitzungen zur Covid-19-Pandemie unter Berücksichtigung von feministischen und post-kolonialen Perspektiven erweitert. Gundula Ludwig machte die unmittelbare Gegenwart ganz explizit zum Seminarthema: »Politiken des Lebens. Die aktuelle Corona-Krise aus der Perspektive der Politischen Theorie« wurde Titel und Programm für ein Seminar, das sich aus intersektionalen Perspektiven der Covid-19-Pandemie näherte. Im Seminar wurden durch Auseinandersetzungen mit Konzepten wie Biopolitik, Immunisierung, Ausnahmezustand, Prekarität, Verletzbarkeit, Souveränität, Sorge-Politiken und Solidarität verschiedene Schlaglichter auf die Corona-Krise geworfen. Diese Nutzbarmachung kritischer politischer Theorie als Kompass in der gegenwärtigen Pandemie wurde von den Studierenden durch die Erstellung einer Vielzahl von Podcasts und Präsentationen umgesetzt.<sup>6</sup>

Aus den beiden Lehrveranstaltungen resultierte das gemeinschaftliche Projekt »Politiken des Lebens in Zeiten der Covid-19-Pandemie: Eine Digitale Ausstel-

lung«, welches im Rahmen der Sonderausschreibung »Corona-Krise und die Humanities« der interdisziplinären Verbundforschungsplattform »Worlds of Contradiction« der Universität Bremen gefördert und in enger Zusammenarbeit mit Studierenden ausgestaltet wurde. Eine zugrundeliegende Motivation des Projektes war, die studentischen Beiträge aus den beiden Seminaren einer breiteren Öffentlichkeit über den universitären Kontext hinaus zugänglich zu machen. Neben diesen studentischen Beiträgen erfuhr die Ausstellung wichtige Ergänzungen durch aktivistisches Wissen, um der Vielschichtigkeit der Corona-Krise durch einen Dialog zwischen akademischem und aktivistischem Wissen Rechnung zu tragen. Weitere Podcasts und Videos wurden mit unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Gruppen erstellt: Bund Deutsche Pfadfinder\*innen Bremen, -Black Community Foundation, Ende Gelände, F\*-Streik – feministisches Streik-Bündnis Bremen, FAU Bonn, La Campagne, maiz, Migrantifa Bremen, Mission Lifeline, Nachbarschaftliches Solidaritätsnetzwerk Dresden-West, Nitribitt e. V., Seebrücke Kiel, Stimmrecht gegen Unrecht, TogetherWeAreBremen, Zeit-





schrift der Straße sowie weitere Einzelpersonen. Für die Akquise und Koordination dieser Beiträge waren die Projekt-Mitarbeiter\*innen Gunnar Bantz und Sara Kirch verantwortlich. Die Koordination des Projektes erfolgte durch Renée Gerber.

## Bausteine des Mosaiks

Untergliedert ist die Ausstellung in sieben Räume, die jeweils einem Themenschwerpunkt gewidmet, dennoch wie einzelne Mosaiksteine miteinander verbunden sind. Die verschiedenen Räume beschäftigen sich mit den ineinander verwobenen Politiken der Immunisierung, Freiheit, Ausbeutung, Sorge, Ungleichheit, Verletzbarkeit und Solidarität. Während im ersten Raum zu ›Politiken der Immunisierung‹ durch Hinzuziehung gesellschaftskritischer Perspektiven auf Seuchen die Grundlagen der Ausstellung dargestellt werden, offerieren die darauf aufbauenden Räume spezifische Vertiefungen in unterschiedliche, aber stets miteinander verknüpfte Themenkomplexe. Inhaltlich werden dadurch verschiedene Themenfelder wie Abtreibungspolitik, anti-rassisti-

sche Kämpfe, Ausnahmezustand, Biopolitik, Care-Krise, Geflüchtetenkämpfe, psychisches (Wohl-)Befinden, Seenotrettung, Sexarbeit, Sorge-Arbeit und Wohnungslosigkeit – stets im Kontext der gegenwärtigen Pandemie – behandelt. Gleichzeitig wird der Frage nachgegangen, wie trotz (oder aufgrund) der umfassenden gesellschaftlichen Krise verschiedene Formen und Praxen von Solidarität entstehen.

Beispielhaft für die aufschlussreichen Verknüpfungen von wissenschaftlichen Perspektiven und zivilgesellschaftlichem Wissen ist Raum 4 zu ›Politiken der Sorge‹. Die Ausgangsannahme lässt sich mit der feministischen Feststellung »Krise war immer«<sup>7</sup> auf den Punkt bringen. In einem patriarchal-heteronormativen, neokolonialen Kapitalismus sind Reproduktionsarbeit und Sorge herrschaftlich und folglich immer auch prekär organisiert. Diese Brüchigkeit der Politiken der Sorge zeigt sich aktuell. Die gegenwärtig oft skandalisierten Erschöpfungszustände, die erhöhten Konflikte und Gewalt in Familien sind auch Effekt einer Politik, die gerade in Krisenzeiten gesamtgesellschaftliche Aufgaben über Ungleichheitsverhältnisse organisiert. Die Krisenanfälligkeit von Sorge-Politiken zeigt

sich aber auch darin, dass in der Covid-19-Pandemie die Möglichkeiten von sichereren und selbstbestimmten Schwangerschaftsabbrüchen noch weiter eingeschränkt wurden – wie in den Beiträgen zu reproduktiver und sexueller Gesundheit und Schwangerschaftsabbrüchen deutlich gemacht wird.

Wie die systematische Verunmöglichung von Sorge wiederum auch mit Kapitalismus verwoben ist, zeigt Raum 3, der sich ›Politiken der Ausbeutung‹ widmet. In verschiedenen Beiträgen – zum Beispiel zu den Streiks von Erntehelfer\*innen oder zum Thema Wohnungslosigkeit – wird schnell deutlich, dass Kapitalismus kein nachhaltiges gesellschaftliches System ist, sondern Profit und Wachstum dem menschlichen Leben und Wohlergehen übergeordnet sind und die Sicherung der Bedürfnisbefriedigung Aller im Kapitalismus schlicht unmöglich ist. Wie dies wiederum auch mit Rassismus, Nationalismus und Neokolonialismus verwoben ist, macht Raum 5 zu ›Politiken der Ungleichheit‹ sichtbar. Dass die vorherrschende Biopolitik nicht auf fürsorgende und egalitäre Praxen der Sorge abzielt, zeigt sich auch in der rassistierenden, neokolonialen Hierarchisierung von Menschenleben. Neo-

koloniale Ungleichheiten und Rassismus manifestieren sich darin, dass medizinische und hygienische Versorgung global extrem ungleich verteilt sind. Die Beiträge zu Migrant\*innen in Lagern an den EU-Außengrenzen verdeutlichen ebenso wie Gespräche mit *Migrantifa Bremen* und mit Geflüchteten-Aktivist\*innen von *TogetherWeAreBremen*, dass die nationalstaatlichen Bekämpfungsmaßnahmen gegen das Virus auf neokolonialen Biopolitiken beruhen, die eine »Zäsur« einführen »zwischen dem, was leben, und dem, was sterben muß«.<sup>8</sup>

Um diesen und vielen weiteren Formen von Ausschließung, Marginalisierung, Unterdrückung und ungleicher Verletzbarkeit entgegenwirken zu können, bedarf es radikaler Politiken der (Für-)Sorge und Solidarität. Diese Forderung wird auch in den Beiträgen zu Solidarität und Vernetzung artikuliert – wie zum Beispiel einer Video-Collage mit *Seebrücke Kiel*, dem *feministischen Streik-Bündnis Bremen*, *Ende Gelände* und der *Black Community Foundation Bremen*, oder einem Podcast zu Praxen lokaler Solidarität »von unten« in alltäglicher Nachbarschaftshilfe.

## Wissen, Macht und Politiken des Lebens

Die Ausstellung versteht sich als Intervention in Politiken des Wissens. Sehr schnell wurde im Frühjahr 2020 ein Paradox deutlich: Obwohl mit der Corona-Krise v. a. jene Themen virulent wurden, die seit jeher schon von queer-feministischen, post- und dekolonialen und ability-kritischen Aktivist\*innen und Wissenschaftler\*innen behandelt werden, sind gegenwärtig in medialen und wissenschaftlichen Diskursen v. a. weiße, androzentrische Positionen hörbar.<sup>9</sup> Dass durch die Corona-Krise genuin queer-feministische, post- und dekoloniale, kapitalismus- und ability-kritische Themen in ihrer wissenschaftlichen und politischen Dringlichkeit (erneut) deutlich wurden, führte also nicht dazu, dass jenen Wissensarchiven in wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskursen mehr Relevanz zugesprochen wurde. Darüber hinaus lässt sich ganz generell für die Corona-Krise konstatieren, dass die Rolle wissenschaftlicher Expert\*innen an Bedeutung zunahm. Frei-

lich soll inmitten einer Pandemie nicht die Rolle von Virolog\*innen in Abrede gestellt werden. Dennoch aber braucht es – gerade weil die Corona-Krise eine *biopolitische* Krise ist – auch Wissen kritischer Sozial-, Human- und Geisteswissenschaften und Wissen von Betroffenen und Aktivist\*innen. Die gegenwärtigen Diskurse darüber, was eigentlich dazu geführt hat, dass aus einer Pandemie eine umfassende gesellschaftliche Krise werden konnte, und die Diskussionen darüber, welche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Krise sinnvoll und angebracht sind, sind in vielerlei Hinsicht begrenzt. Obwohl sich in der Corona-Krise gesellschaftliche Ungleichheiten zuspitzen, finden kritisches Wissen über strukturelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse und konkrete Erfahrungen von alleinerziehenden Müttern, Erntehelfer\*innen, Geflüchteten, Sexarbeiter\*innen und Wohnungslosen kaum Eingang in öffentliche, mediale, wissenschaftliche und politische Diskurse. Vor diesem Hintergrund will die Ausstellung auch in hegemoniale Deutungs- und Wahrnehmungsmuster der Corona-Krise intervenieren und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und von verschiedenen Akteur\*innen Erfahrung, Wissen und Instrumentarien zu einem Mosaik zusammenfügen, um kollaborative und partizipatorische Wissensproduktion sowie emanzipatorische Politiken des Wissens und Lebens anzuregen.

## Anmerkungen

- 1) Simuka Chigudu 2020: *The Political Life of an Epidemic. Cholera, Crisis and Citizenship in Zimbabwe*, Cambridge University Press; Michel Foucault 1978/2004: *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Frankfurt/Main; Philipp Sarasin 2005: »Ausdünstungen, Viren, Resistenzen. Die Spuren der Infektion im Werk Michel Foucaults«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, Nr. 3: 88–107; Malte Thießen 2015: »Infizierte Gesellschaften: Sozial- und Kulturgeschichte von Seuchen«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20/21: 11–18.
- 2) Alex Demirovic 2020: In der Krise die Weichen stellen. Die Corona-Pandemie und die Perspektive der Transformation. Unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/in-der-krise-die-weichen-stellen-die-corona-pandemie-und-die-perspektiven-der-transformation/print/>.
- 3) Julia Dück 2020: »Whatever It Takes«. Warum Spahns Hilfspaket nicht die Krankenhäuser, sondern das neoliberale Fallpa-

schalen-System rettet. Unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/whatever-it-takes-warum-spahns-hilfspaket-nicht-die-krankenhaeuser-sondern-das-neoliberale-fallpauschalen-system-rettet/> [Zugriff: 04.02.2021].

- 4) Evelyn Hammonds 2020: How Racism is Shaping the Coronavirus Pandemic. Unter: <https://www.newyorker.com/news/q-and-a/how-racism-is-shaping-the-coronavirus-pandemic> und Kimberlé Crenshaw 2020: The Intersectional Vulnerabilities that Covid Lays Bare. *Intersectionality Matters!* 28. März 2020. <https://soundcloud.com/intersectionality-matters/ep-9-under-the-blacklight-the-intersectional-vulnerabilities-that-covid-lays-bare> [Zugriff: 04.02.2021].
- 5) Catherine Baker 2020: Shelter in Place – The Feminist and Queer Insecurities of Home. *The Disorder of Things*, 30. März 2020. <https://thedisorderofthings.com/2020/03/30/shelter-in-place-the-feminist-and-queer-insecurities-of-home/> [Zugriff: 04.02.2021].
- 6) Siehe auch: Gundula Ludwig und Philipp Schulz 2020: »Politiken des Lebens – ein Lehr- und Ausstellungsprojekt in Zeiten der Covid-19-Pandemie«, in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 2-2020: 149–152. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.29>.
- 7) Cornelia Klinger 2013: »Krise war immer. Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilungen in sozialphilosophischer und kapitalismuskritischer Perspektive«, in: Erna Appelt / Brigitte Aulenbacher / Angelika Wetterer (Hg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*, Münster: 82–104.
- 8) Michel Foucault 2001: *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975–1976*, Frankfurt/Main: 301.
- 9) Siehe: Sektion Politik und Geschlecht der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft 2020: *Die Notwendigkeit einer feministischen Analyse der Corona-Krise. Ausgangspunkte für eine demokratische, solidarische und intersektionale Gesellschaftsvision. Appell der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW zum (wissenschafts-)politischen Umgang mit der COVID 19-Pandemie*. 12.06.2020.

---

Gundula Ludwig ist wissenschaftliche Mitarbeiter\*in am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) an der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte mit Fokus auf Macht-, Staats- und Demokratietheorien; Queer-Feministische Theorien; Körpertheorien und Biopolitik; Wissenschaftstheorie und Medizingeschichte.  
Philipp Schulz ist wissenschaftliche\*r Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) an der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Internationale Beziehungen; Geschlecht und Gewalt; Forschungsethik.

# Alles anders, alles gleich

## Corona und die Folgen für das Gesundheitswesen

Während vielerorts Krankenhäuser über die Belastungsgrenze gebracht und Pflegeeinrichtungen in mal deprimierende, mal dramatische Situationen versetzt wurden, erweisen sich die Hoffnungen, der Schock möge »uns« ins Bewusstsein bringen, wessen Arbeit tatsächlich von höchster gesellschaftlicher Relevanz ist und so politische Strukturveränderungen anstoßen, als illusorisch.

Ein Signal, dass der Diskurs von der »Systemrelevanz« sich in zaghafte materielle Veränderungen übersetzen lässt, setzte der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen im Oktober 2020. Er beinhaltet eine »Pflegezulage«, die dafür sorgt, dass die Löhne in der professionellen Pflege, der Behindertenhilfe, von Hebammen und Operationstechnischer Assistenz überproportional steigen. Die Krux ist freilich: Die Reichweite des Tarifvertrages ist begrenzt. Unter den Krankenhäusern machen jene in öffentlicher Hand nur noch knapp 30 % aus; diese werden größtenteils, aber nicht vollständig kommunal betrieben. Bei den Altenpflegeeinrichtungen sind gerade einmal 5 % in kommunaler Hand.

### Verbindlicher Tarifvertrag?

Am 1. Februar 2021 gaben die Gewerkschaft ver.di und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) einmütig bekannt, dass sie in einem Tarifvertrag die Erhöhung der Mindestlöhne in der Altenpflege vereinbart haben. In vier Schritten sollen diese bis Juni 2023 um 25 % auf 14,40 €/h für

Helfer\*innen, auf 18,75 €/h für examinierte Pflegefachkräfte steigen. Dass auch der Sprecher des beteiligten Arbeitgeberverbandes diese Vereinbarung nicht nur zähneknirschend, sondern aufrichtig gutheißen konnte, erklärt sich über die besondere Rolle der BVAP. Wichtigstes Ziel des erst im Juni 2019 gegründeten Verbandes ist es, mit ver.di einen Tarifvertrag zu vereinbaren, dessen Lohnniveau die Arbeit in der Altenpflege merklich attraktiver machen würde. Dieser Vertrag soll dann nach einer neu geschaffenen Regel im Arbeitnehmerentendegesetz auf die ganze Branche »erstreckt« werden – er würde also nicht nur für die Mitglieder der beiden unterzeichnenden Organisationen gelten, sondern auch für alle anderen Unternehmen in dem Bereich. Selbstverständlich greifen ver.di und BVAP in ihrer Öffentlichkeitsarbeit die pandemiebedingte Aufmerksamkeit für die Pflege auf – ausgetüftelt war dieses Vorgehen aber schon länger. Keine vier Wochen später scheiterte es aber vorerst am Einspruch der Caritas, die der flächendeckenden Einführung hätte zustimmen müssen.<sup>1</sup>

Der konkurrierende Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) hatte dagegen ebenfalls harte Bandagen angelegt. Laut einem Zeitungsbericht beabsichtigte er, ver.di über einen Antrag beim Landesarbeitsgericht Berlin die Tariffähigkeit aberkennen zu lassen. Mangels Durchsetzungsfähigkeit könne die Gewerkschaft in der Branche gar keine Tarifverträge abschließen. Ein Argument der AGVP und anderer Repräsentanten privater Betreiber von Pflegeeinrichtungen über die BVAP ist dabei nicht von

*Die Pandemie lässt Krankenhäuser und Pflegeheime kopfstehen, es bleibt aber alles beim Alten – so ließe sich in Kürze die Frage nach den Corona-Auswirkungen auf das Gesundheitswesen beantworten. Probleme und Konfliktlinien im Gesundheitswesen sind im Großen und Ganzen die gleichen wie Anfang 2020, allerdings hat sich die Spielsituation hier und da geändert und zwingt zu taktischen Korrekturen, erläutert Stefan Schoppengerd.*



der Hand zu weisen: Sie vertritt nur einen sehr kleinen Ausschnitt in einem Umfeld, das von Privaten beherrscht wird.

## Tummelplatz für Private

Anders als im Krankenhaussegment ist es aber nicht so, dass diese Struktur sich vor allem aus einem Privatisierungsschub ergeben hätte. Staatliche Anbieter spielen hier traditionell keine große Rolle, Pflegeleistungen werden meist von Privaten oder Freigemeinnützigen erbracht. Die 1994 eingeführte Pflegeversicherung ließ bewusst Raum für das Wirken der Marktkräfte: In der Teilkaskoversicherung bleiben hohe Eigenanteile, die von Klient\*innen gegenüber Pflegediensten oder Heimen zu entrichten sind. Gesundheitsminister Jens Spahn hat jüngst angekündigt, eine Obergrenze von 700€ für diese Eigenanteile einzuführen.<sup>2</sup>

Soll die angestrebte »Aufwertung« der Pflege nicht zulasten der Pflegebedürftigen (und indirekt der Sozialhilfekassen) gehen, ist notgedrungen ein ambitionierter Systemwechsel fällig. Ver.di etikettiert ihn in einer aktuellen Kampagne, die den Bundestagswahlkampf begleiten soll, als »Solidarische Pflegegarantie«. Gemeint ist damit die alte Idee einer Pflegevollversicherung (alle nötigen Leistungen werden übernommen) als Bürgerversicherung (alle Einkommen werden zur Finanzierung herangezogen). Die Bezeichnung als Pflegegarantie soll vermutlich die Verwechslungsgefahr mit einer Bürgerversicherung im umfassenden, auch die allgemeine Krankenversicherung einschließenden Sinn nehmen. Konzeptionell ist auch dies aber keine Reaktion auf die Pandemie, sondern die Umsetzung älterer Ansätze in eine aktuelle Kampagne. Bereits 2019 veröffentlichte die Hans-Böckler-Stiftung eine Studie, in der die Finanzierbarkeit eines solchen Modells geprüft wurde. Eine volle Absicherung des Pflegebedarfs würde, sofern im Zuge der Zusammenführung auch die Beitragsbemessungsgrenze angehoben wird, gesetzlich Versicherte im Schnitt 5€ pro Monat, also 60€ im Jahr mehr kosten, bei den fünf Prozent Spitzenverdiener\*innen würde sie mit durchschnittlich 250€ pro Jahr zu Buche schlagen.<sup>3</sup>

## Wie rechnet sich die Covid-Behandlung?

Auch in den Krankenhäusern wirkt die Pandemie sich dahingehend aus, dass bekannte Strukturprobleme besonders deutlich sichtbar werden. Das System der Krankenhausfinanzierung über Fallpauschalen ist offensichtlich ungeeignet, die Situation zu bewältigen. Als begrenzender Faktor bei den Versorgungskapazitäten erwies sich das Personal. Pläne zur Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung sind dennoch erst mal wieder in den Schubladen des Gesundheitsministeriums verschwunden.

Krankenhäuser in Deutschland unterliegen der »dualen Finanzierung«: Investitionsmittel kommen aus den Haushalten der Länder, die auch für die Erstellung der Krankenhauspläne zuständig sind. In Zeiten der Schuldenbremse wird auch hier gespart: Die Zuwendungen bleiben deutlich hinter dem Notwendigen zurück. Zwischen 2000 und 2017 sanken die Mittel von den Ländern um 18%. 2017 kamen nur noch 44,3% der Investitionsmittel von den Ländern, der größere Teil musste anderweitig aufgebracht werden.<sup>4</sup> Der zweite, weitaus größere Geldfluss an die Krankenhäuser erfolgt aus den Geldern der Krankenversicherungen, die für die Kosten der einzelnen Behandlungen aufkommen. Diese Kostenübernahme erfolgt seit der Einführung der »Diagnosis Related Groups« (DRG) oder Fallpauschalen nach pauschalierten Sätzen. Je nach Diagnosestellung gibt der DRG-Katalog vor, wie eine Behandlung zu vergüten ist. Über dieses System erwirtschaften Krankenhäuser Gewinne oder Verluste. Unterschiedliche Fachrichtungen und Therapieverfahren sind dabei aber unterschiedlich lukrativ; das System setzt Anreize zur Spezialisierung auf bestimmte Verfahren und bestraft andere. Betriebswirtschaftlich besonders problematisch ist alles, was schlecht planbar ist und hohe Vorhaltekosten unabhängig von der tatsächlichen Auslastung mit sich bringt, zum Beispiel Notaufnahmen, Geburtsstationen oder Pädiatrie (Kinderheilkunde). Es ist darüber hinaus grundsätzlich fragwürdig, die Finanzierung von Gesundheitsinfrastruktur an Leistungserbringung zu koppeln – übertragen auf andere Einrichtungen sozialer Infrastruktur wäre damit zum Beispiel

vergleichbar, »wenn die Feuerwehr nur für jeden gelöschten Brand bezahlt werden würde«<sup>5</sup>.

Zur Bewältigung der Pandemie erwies sich dieses System dann auch als vollkommen untauglich. Während es im Rahmen einer Krankenhausfinanzierung nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung, wie es bis 1985 in Deutschland galt, den Krankenhäusern möglich gewesen wäre, ohne Angst vor wirtschaftlichen Verlusten die nötigen Anpassungen vorzunehmen, mussten viele unter den gegebenen Bedingungen fürchten, dass ihnen die zügige Umstellung auf Covid-19-Behandlung wirtschaftlich das Genick brechen würde. Im Normalbetrieb besteht ein großer Teil von »Fällen« nicht aus akuter Notfallbehandlung, sondern aus sog. Elektiveingriffen, die plan- und terminierbar sind. Zu Beginn der ersten Corona-Welle war schnell klar, dass eine Vorbereitung der Versorgungsstrukturen nur möglich sein würde, wenn die Kliniken ihr Elektivprogramm herunterfahren. Dabei mussten sie aber erhebliche Erlöseinbußen befürchten, Stichwort: hohe Vorhaltekosten bei unabsehbarer Auslastung und Vergütung. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) forderte daher im April ein vorübergehendes Aussetzen des Fallpauschalensystems. Wieder eingefangen wurden die Kritiker\*innen durch die Bundesregierung dadurch, dass im Rahmen des Systems eine »Freihaltepauschale« eingeführt wurde: 560€ für jedes Bett, das für Covid-Patient\*innen vorgehalten wird.

## Ein neues Finanzierungssystem?

Das ging nicht lange gut. Große, meist in öffentlicher Hand befindliche »Maximalversorger«, die voll in die Pandemiebekämpfung eingespannt waren, machten trotzdem Verluste. Kleinere, nicht selten private Häuser, die dabei aufgrund ihrer Ausrichtung und Ausstattung nicht umfangreich beteiligt waren, konnten mitunter ein deutliches Plus verbuchen. Eine im Juni vorgenommene Ausdifferenzierung der Freihaltepauschale löste das Grundproblem dieses Ansatzes nicht: Werden anstelle von Erstattung tatsächlicher Kosten feste Preise definiert, rechnen die kaufmännischen Abteilungen aus, welches Verhal-

ten das »richtige« ist, auch wenn es im Konflikt zu dem steht, was medizinisch bzw. epidemiologisch sinnvoll ist. Die Freihaltepauschale war bis Ende September 2020 befristet. Mitte November wurde sie in neuerlich differenzierter Form wieder in Kraft gesetzt – jetzt hängt die Antwort auf die Frage, ob ein

schaftung, gewinnt zwar ebenfalls an Zuspruch – gleichzeitig gelingt es im politischen Diskurs nach wie vor, das Prinzip der Selbstkostendeckung als großen Selbstbedienungsladen zu verteufern. Dabei ist reichlich Mythenbildung im Spiel: Was soll in einem Gesundheitswesen, das derzeit unter einer enormen

kann diese Feststellung nicht. Mit dem Einzug der Erlösorientierung ins Krankenhaus setzte eine Dynamik von Personalabbau bei gleichzeitiger Fallzahlsteigerung ein, die Zahl von Patient\*innen pro Pflegekraft erhöhte sich zwischen 1995 und 2017 (bei abnehmender Verweildauer) um gut 30%.<sup>10</sup> Diese Ar-



Krankenhaus anspruchsberechtigt ist oder nicht, von weiteren Faktoren ab, unter anderem vom regionalen Ausbruchsgeschehen und der Auslastung der Intensivkapazitäten.<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund mehren sich die Stimmen, die eine Überarbeitung der Krankenhausfinanzierung anmahnen. So sprechen sich auch entschieden wettbewerbsorientierte Gesundheitsökonominnen wie Jonas Schreyögg inzwischen für die Einführung nicht leistungsgebundener Sockelbudgets aus. Auch für die DKG ist die Pandemie Anlass, »neue Wege der Finanzierung« zu verlangen.<sup>7</sup> Hinzu kommen immer mehr Vorschläge, einzelne Versorgungsbereiche aus dem System auszugliedern: Pädiatrie, Diabetologie und Geburtshilfe werden hier am häufigsten genannt. Die Risse im Fallpauschalensystem werden jedenfalls größer. Die konsequenteste Schlussfolgerung, nämlich die vollständige Ab-

Last akribischer Dokumentation ächzt, so schwierig daran sein, durch Wirtschaftlichkeitskontrollen Verschwendung und »Freibiermentalität« zu unterbinden?<sup>8</sup>

Für die Pflegepersonalkosten wurde der Schritt einer Herauslösung aus dem DRG-System bereits unternommen, sie werden seit Inkrafttreten des Pflegepersonalstärkungsgesetzes 2019 nach Selbstkostendeckung refinanziert. Das war zwar ein großer Erfolg entsprechender Kampagnen gegen die Ökonomisierung durch Fallpauschalen und für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die abschließende Lösung für den eklatanten Personalmangel war es nicht. Er bildet in der Pandemie die wesentliche Kapazitätsgrenze. »Nicht die Intensivbetten sind der limitierende Faktor, sondern das entsprechend qualifizierte Personal«, zitiert das *Ärztblatt* den Direktor der Uniklinik Aachen.<sup>9</sup> Überraschen

beitsverdichtung macht den Beruf unattraktiver und die Rekrutierung neuen Personals schwieriger.

## Pflege am Limit

Die subjektiven Belastungsgrenzen derjenigen, die unter diesen Bedingungen dennoch pflegerisch arbeiten, sind nicht unendlich dehnbar. Gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, deren wichtigstes Anliegen schon seit Jahren die Überwindung des Personalnotstandes ist, stellt sich die Pandemie als sehr ausgedehnte Extremsituation dar. Demnach dominierten in der ersten Welle Unsicherheit, teilweise chaotische Situationen und ein eklatanter Mangel an Schutzausrüstung den Arbeitsalltag. Mit dem Abflauen der Infektionen setzte keine Entspannung ein, weil die Kliniken dazu übergangen, ihr Elektivpro-

gramm nachzuarbeiten. In der zweiten Welle trat dann ein, was im Frühjahr 2020 befürchtet worden war: eine dramatische Belastung der Intensivstationen, in der die eigene Angst vor Ansteckung ebenso ständiger Begleiter ist wie der Tod von Patient\*innen und das permanente Gefühl, weder ihnen noch ihren Angehörigen gerecht werden zu können, weil die Lage keine Momente des Innehaltens zulässt.<sup>11</sup> Mitte Januar 2021 bekanntgegebene Ergebnisse einer Befragung von 1.000 Pflegekräften durch die HAW Hamburg bestätigen dieses Bild; demnach hat jede sechste Pflegekraft jede Motivation für die Arbeit verloren.<sup>12</sup>

Die politische Anerkennung, dass Personalmangel zu den Schlüsselproblemen gehört, erfolgte in Form der Außerkraftsetzung der Personaluntergrenzenverordnung – die Flexibilität der Kliniken beim Personaleinsatz sollte durch die Untergrenzen nicht eingeschränkt werden. Dabei ist dieses Instrument mitnichten ein scharfes Schwert gegen den Personalmangel – bei ihrem erstmaligen Inkrafttreten 2019 waren sie eher ein Trostpflaster im Konflikt um Personalbemessung oder, wie die Gewerkschaft ver.di kommentierte, »eine Ohrfeige für die Beschäftigten«<sup>13</sup>. Für ausgewählte Bereiche werden Minimalbesetzungen definiert, die sich aus dem Vergleich der Besetzungszahlen des unteren Viertels der Krankenhäuser mit den nächstbesseren errechnen. Aber: »Das Soll aus dem Ist abzuleiten bedeutet im Zweifelsfall, Verschwendung mit Verschwendung und Mangel mit Mangel zu vergleichen. Bei der Pflege dürfte unbestritten sein, dass es sich um Mangel handelt.«<sup>14</sup> Zum 1. Februar 2021 sind die Untergrenzen wieder eingesetzt worden und gelten nun für insgesamt zwölf Bereiche.<sup>15</sup>

Unterdessen droht ein anderes Instrument, die »PPR 2.0«, im Gesundheitsministerium »schubladiert« zu werden. PPR steht für Pflege-Personal-Regelung, ein detailliertes System aus den 1990er Jahren zur Ermittlung des Personalbedarfs, mit dessen Hilfe der konkrete Pflegebedarf von Patient\*innen auf einer Station in Zeitangaben übersetzt wird.<sup>16</sup> Das Update haben ver.di, DKG und Deutscher Pflegerat (DPR) im Auftrag des Gesundheitsministeriums erarbeitet. Nachdem es bereits in 40 Häusern erfolgreich auf Praxistauglichkeit getestet

wurde, könnte es die Grundlage für eine gesetzlich verbindliche, am Patientenbedarf orientierte Personalbemessung bilden. Gesundheitsminister Spahn, dem sonst der Ruf des »Machers« vorausleitet, ist offenbar nicht gewillt vor der Bundestagswahl Fakten zu schaffen.

Die Umsetzung einer bedarfsorientierten gesetzlichen Personalbemessung wäre auch nicht ohne Tücken. Um mehr Personal zu gewinnen, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Wesentlich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist es, mehr Personal zu gewinnen. So lautet auch das Ergebnis einer aktuellen Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen. Pflegekräfte, die den Beruf verlassen haben oder in Teilzeit arbeiten, wurden befragt, unter welchen Bedingungen sie zur Rückkehr oder zur Aufstockung ihres Stundenumfanges bereit wären. Zwar wird hier eine große personelle Reserve sichtbar, aber sie zu aktivieren würde erfordern: Mehr Wertschätzung durch Vorgesetzte, mehr Zeit für Pflege ohne qualitative Einschränkungen, bessere Bezahlung, verlässliche Arbeitszeiten. Die einzige Variable, die unabhängig von wachsendem Personalbestand anzugehen ist, ist die Bezahlung.<sup>17</sup>

Allerdings waren gewerkschaftliche Initiativen in den letzten Jahren nicht nur für Entlohnungs-, sondern auch für Personalbemessungsfragen wichtig. Als Substitut für die angestrebte gesetzliche Regelung hat ver.di in den letzten Jahren in zahlreichen Universitätskliniken Tarifverträge für die Entlastung des Personals durch verbindliche Besetzungsregeln erstritten. Auch dieser Kampf wird 2021 unter Pandemiebedingungen fortgesetzt. Beschäftigte der Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes bereiten sich bereits darauf vor, die an der Charité auslaufende Vereinbarung durch eine bessere Regelung zu ersetzen – ein kleiner Ausschnitt der Branche mit nicht zu unterschätzendem Symbolwert.

Soll das Klatschen für die Pflegekräfte also nicht ohne Folgen bleiben, steht für 2021 auf der Tagesordnung:

- Die Solidarität mit der Berliner Bewegung für tarifliche Personalbemessung
- Risse im Fallpauschalensystem vertiefen
- Politischer Druck für eine auskömmliche Finanzierung des Pflege- und Gesundheitssystems

## Anmerkungen

- 1) <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/bundesweiter-tarifvertrag-in-der-altenpflege-vorerst-gescheitert-17215835.html>
- 2) <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/118233/BMG-legt-Eckpunkte-zur-Reform-der-Pflegeversicherung-vor>
- 3) [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=8523](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=8523)
- 4) Krankenhaus statt Fabrik 2020: Das Fallpauschalensystem und die Ökonomisierung der Krankenhäuser. Kritik und Alternativen: 43. Online unter [www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53187](http://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53187).
- 5) Kalle Kunkel: »Der Kern der deutschen Krankenhausmisere«, in: *der Freitag*, [www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-kern-der-deutschen-krankhausmisere](http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-kern-der-deutschen-krankhausmisere).
- 6) [www.bundesgesundheitsministerium.de/drittes-bevoelkerungsschutzgesetz.html](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/drittes-bevoelkerungsschutzgesetz.html).
- 7) [www.aerzteblatt.de/treffer?mode=s&wo=1041&typ=1&nid=116571&s=dr](http://www.aerzteblatt.de/treffer?mode=s&wo=1041&typ=1&nid=116571&s=dr).
- 8) Vgl. auch: Krankenhaus statt Fabrik 2020 (siehe Anm. 3): 36–42.
- 9) [www.aerzteblatt.de/nachrichten/119092/Mehr-COVID-19-Patienten-auf-Intensivstation](http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/119092/Mehr-COVID-19-Patienten-auf-Intensivstation).
- 10) Krankenhaus statt Fabrik 2020 (siehe Anm. 3): 82.
- 11) So die Berichte von Pflegekräften bei der Veranstaltung »Ein bisschen Zuckerbrot, viel Peitsche: Wo stehen wir im Kampf um Aufwertung der Pflegearbeit?«, Bundestagsfraktion Die Linke am 21. Januar 2021.
- 12) [www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/pflegekraefte-am-limit/](http://www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/pflegekraefte-am-limit/).
- 13) <https://gesundheit-soziales.verdi.de/themen/entlastung/++co++7360b746-dc30-11e8-85e6-525400423e78>.
- 14) Krankenhaus statt Fabrik 2020 (siehe Anm. 3): 120.
- 15) Die zwölf Bereiche sind: Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie, Unfallchirurgie (ab 2019), Herzchirurgie, Neurologie, Neurologische Frührehabilitation, Neurologische Schlaganfallereinheit (eigentlich ab 2020), Allgemeine Chirurgie, Innere Medizin, Pädiatrie und Pädiatrische Intensivmedizin (ab 1.2.2021), [www.aerzteblatt.de/nachrichten/120733/Neue-Pflegepersonaluntergrenzen-in-den-Krankenhaeusern](http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/120733/Neue-Pflegepersonaluntergrenzen-in-den-Krankenhaeusern).
- 16) Siehe auch Jan Latza, Harald Weinberg 2021: »Pflegenotstand, Ökonomisierung und Widerstand – Klassenkämpfe in der Krankenpflege«, in: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 125: 63–75 (hier: 65f.)
- 17) [www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Politik/Rente\\_Gesundheit\\_Pflege/Bericht\\_zur\\_Studie\\_Ich\\_pflege\\_wieder\\_wenn\\_Langfassung.pdf](http://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Politik/Rente_Gesundheit_Pflege/Bericht_zur_Studie_Ich_pflege_wieder_wenn_Langfassung.pdf).

---

*Stefan Schoppengerd ist Redakteur von express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und aktiv im Kampagnenbündnis »Krankenhaus statt Fabrik«.*

# Corona wirkt wie ein Brennglas

## Teilhabe und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen

Es ist März 2020, das neue Virus war bereits präsent und doch nicht recht fassbar. In den Geschäften wurden Toilettenpapier und Desinfektionsmittel knapp. In den folgenden Wochen gehen fürchterliche Bilder um die Welt. Aus Italien und den USA erhält man den Eindruck, als zöge ein »[...] verlarvter Henker, [...] mit einer unsichtbaren Guillotine ambulante [...]«<sup>1</sup> durchs Land. Berichte aus Kliniken in Italien und den USA zeigen: Ärzt\*innen und Pfleger\*innen waren »[...] zunächst machtlos gegen die unbekannte Krankheit, ja, da sie am meisten damit zu tun hatten, starben sie auch am ehesten selbst [...].«<sup>2</sup> Doch anders als die Choleraepidemie in Paris 1832 oder die athenische Seuche des Jahres 430 v. u. Z., die wir nur noch aus literarischen Texten und historischen Quellen kennen – die hier beiläufig zitiert wurden – hat diese Pandemie ganz konkrete Auswirkungen auf das eigene Leben.

An der Stelle von Büroalltag und Sitzungsterminen stehen nun Telefonate und Videokonferenzen. Dabei fehlen jedoch die direkten zwischenmenschlichen Kontakte und die Möglichkeiten des informellen Austauschs – eine Onlinekonferenz ist nicht der Ort für Smalltalk. Diese Wahrnehmung ist jedoch eine recht privilegierte Sicht und damit zumindest unvollständig. Zur Wirklichkeit gehört auch, dass Menschen in stationären Wohneinrichtungen über Wochen gleichsam eingesperrt waren und keine Gelegenheit hatten, Kontakte zu pflegen, dass Beschäftigten der Werkstätten der ohnehin schon schmale Lohn

gekürzt wurde und dass Schüler\*innen mit Beeinträchtigungen notwendige Assistenzen fehlen.

### Situation von Menschen mit Behinderungen

Der jüngst erschienene Bericht des COVID-19 Disability Rights Monitor verzeichnet eine Vielzahl von Verstößen gegen die Rechte von Menschen mit Behinderungen während der Pandemie. Für Europa verzeichnet der Report vor allem einen Mangel an Kommunikation über die Maßnahmen und hält fest, dass viele Menschen in Einrichtungen gedacht hätten, sie seien verlassen und dem Sterben überlassen worden. Für andere Teile der Welt wird sogar konstatiert, dass die Hälfte der mit Corona in Verbindung stehenden Todesfälle in Wohneinrichtungen gelebt haben und dass in vielen Ländern vor allem Menschen mit Behinderungen in der Pandemie vom Zugang zu medizinischer Versorgung abgeschnitten sind. Angesichts dieser Befunde ist man geneigt, mit Karl Marx festzustellen, dass »die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei [...] unverschleiert vor unseren Augen [liegen], sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablem Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.«<sup>3</sup> Doch selbst für Großbritannien verzeichnet der Report die faktische Durchführung eines eugenischen Programms, da vielen älteren

*Für Menschen mit Behinderung wird in der Corona-Pandemie nicht nur ihr Lebensrecht angesichts aktueller Triage-Kriterien in Frage gestellt, auch der plötzliche Wegfall bestehender Assistenz- und Unterstützungssysteme stellt ihre gesellschaftliche Teilhabe und damit ihre soziale Existenz grundsätzlich in Frage. Florian Grams schildert die Auswirkungen der Corona-Pandemie für Menschen mit Behinderungen und verweist zugleich auf die lange Tradition behindertenfeindlicher und eugenischer Diskurse.*



Menschen mit Lernschwierigkeiten die Reanimation vorenthalten worden sei. Auf den ersten Blick mag man diese Befunde noch als fürchterliche Nebeneffekte der schnellen Reaktionen auf die für alle Beteiligten neue Situation einer globalen Pandemie verstehen. Doch bei genauerer Betrachtung der Diskussionen um den Umgang mit Menschen mit Behinderungen unter Corona zeigt sich, dass sich in diesen Debatten ein Menschenbild widerspiegelt, das von Pragmatismus und Utilitarismus geprägt ist und eine lange Traditionslinie besitzt. Diese Traditionslinie gilt es auszuloten, um einige der aktuellen Einlassungen zur drohenden Triagierung in Krankenhäusern und zur Abwägung der notwendigen Schutzmaßnahmen in der Coronapandemie in ihrer Tiefe ermessen zu können.

### Menschenfeindliche Traditionslinie

Bevor man Krankheiten, Epidemien und Behinderungen als solche erkennen und behandeln konnte, bedurfte es der Einsicht in die Bedingungen ihrer Entstehung und damit auch des Abschieds von der Vorstellung, sie seien Werk oder Strafe Gottes. Insofern beginnt mit der Aufklärung eine neue Form des Blicks auf Krankheit und Behinderung, und es eröffnet sich auch die Möglichkeit, ihre Folgen medizinisch und politisch zu bearbeiten. Auf diese Weise war auch der Weg geöffnet, Krankheiten als Folge von gesellschaftlichen Bedingungen zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Zugleich war damit aber auch die Möglichkeit geschaffen, Maßnahmen zur Bekämpfung von Krankheit und Behinderung mit den Mitteln der Kontrolle und der Repression umzusetzen. Angesichts der Tatsache, dass die sich zeitgleich vollziehende Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse »[...] die buntscheckigen Feudalbande [...] unbarmherzig zerrissen und kein Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen [hat] als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare Zahlung‹«<sup>4</sup>, verwundert es nicht, dass sich sehr bald eine Verbindung zwischen medizinischen Erkenntnissen und wirtschaftlichen Interessen ergeben hat.

Idealtypisch für diesen Zusammenhang stehen die Positionen des Arztes



Wilhelm Schallmeyer. In seiner Schrift *Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker* stellte er die These auf, dass die Forschungsergebnisse Darwins die Gesellschaft insgesamt vor die Aufgabe stellten, die sittlichen Anschauungen auf den Prüfstand zu stellen. Er ging davon aus, dass sich politische Macht vor allem über die Herstellung guter Vererbungsmöglichkeiten in der Bevölkerung sichern ließe. Um dieses Ziel zu erreichen, formulierte er eine Vielzahl von Forderungen an die Wehrverfassung ebenso wie an die Erziehung der Jugend oder an die Ökonomie des Landes. Vor allem aber auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik vertrat Schallmeyer deutliche Positionen. Er konstatierte, beim vermeintlichen Kampf der Völker um das Dasein käme es »[...] nicht bloß auf die Zahl, sondern auch auf die Qualität der Bevölkerung an und deshalb ist auch eine qualitative oder auslesende Bevölkerungspolitik geboten.«<sup>5</sup> Diese Auslese – hielt Schallmeyer fest – »[...] hätte sich beim Menschen selbstverständlich nicht der Vernichtung von Individuen zu bedienen [...], sondern würde in ihrer bloßen Fernhaltung von der Fortpflanzung zu bestehen haben.«<sup>6</sup>

Mit dieser Arbeit gewann Schallmeyer im Jahre 1900 den ersten Preis eines von Alfred Krupp ausgelobten Preisausschreibens zur Fragestellung »Was ler-

nen wir aus den Prinzipien der Deszendenztheorie in Beziehung auf die innenpolitische Entwicklung und Gesetzgebung des Staates?« Es ging darum zu erörtern, welche Konsequenzen aus der Evolutionstheorie für das menschliche Zusammenleben zu ziehen seien. Die von Schallmeyer vorgetragene Positionen waren dabei durchgängig von einem tief verankerten Biologismus getragen und stets der Steigerung des wirtschaftlichen und machtpolitischen Einflusses des Deutschen Reiches verpflichtet. Seine Aussagen entsprachen damit in Gänze dem, was Friedrich Engels – in Bezug auf die Arbeiten von Charles Darwin als »[...] Übertragung der Hobbeschen Lehre vom bellum omnium contra omnes und der bürgerlich-ökonomischen von der Konkurrenz [...] aus der Gesellschaft in die belebte Natur«<sup>7</sup> identifizierte. Mit seiner Interpretation schuf Schallmeyer eine der theoretischen Grundlagen für die Legitimation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und vor allem der Aufrechnung menschlichen Lebens gegen die ökonomische Effizienz. Es kann von daher kaum verwundern, dass seine Ausführungen das besondere Interesse des Industriellen Alfred Krupp fanden. Doch auch unabhängig von der Person Krupps waren und blieben seine Positionen in der Welt und behielten ihre Wirksam-

keit, waren und sind sie doch den herrschenden Produktionsverhältnissen eingeschrieben.

Gut zwei Jahrzehnte später – nach einem Weltkrieg und einer steckengebliebenen Revolution – legten der Psychiater Alfred Hoche und der Jurist Karl Binding ein Werk mit dem unmissverständlichen Titel *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens – Ihr Maß und ihre Form* vor. In dem 1920 erschienenen Buch radikalisierten die Autoren Schallmeyers Ansätze und votierten offen für die Tötung von Menschen, die sie als blödsinnig – mithin »geistig tot« – deklarierten, da ihr Tod »[...] für sie eine Erlösung und zugleich für die Gesellschaft und den Staat insbesondere eine Befreiung von einer Last ist, deren Tragung [...] nicht den kleinsten Nutzen stiftet.«<sup>8</sup> Schon diese Formulierung lässt keinen Zweifel zu, dass es beim Nutzen hier um eine ökonomisch quantifizierbare Größe geht. Noch deutlicher wird dies, wenn ausgeführt wird, dass der Aufwand für »Ballastexistenzen« in einer Krisensituation »[...] bei welcher die größtmögliche Leistungsfähigkeit Aller die unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen der Unternehmung bedeutet, und bei der kein Platz ist für halbe, Viertels- und Achtelkräfte.«<sup>9</sup> Zu Recht gilt dieses Werk als Wegbereiter des faschistischen Behindertenmordes. Die Aussagen von Binding und Hoche folgten jedoch vollständig der Logik der Steigerung der ökonomischen Effizienz. Der deutsche Faschismus hat diese Logik entsprechend der Formel »Behinderung = Arbeitsunfähigkeit = Vernichtung«<sup>10</sup> weiter radikalisiert. Auch in dieser Hinsicht zeigte sich die Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 und 1945 als ein Bündnis zwischen der faschistischen Partei und den Spitzen der kapitalistischen Wirtschaft, die sich nicht nur in diesem menschenfeindlichen Interesse trafen.

## Lebensqualität statt Qualitätskontrolle behinderten Lebens

Mit der Befreiung vom Faschismus endeten die Behindertenmorde. Der Blick, der Menschen trifft und ihnen das Lebensrecht abspricht, blieb jedoch wirksam – nicht zuletzt, weil viele Mediziner, Juristen und politisch Verantwortliche in der Bundesrepublik weiter Karriere ma-

chen konnten. Der Auschwitz-Überlebende Primo Levi beschrieb diesen Blick eindrucksvoll als von einem Verstand geleitet, der das Gegenüber mit der folgenden Feststellung taxieren kann: »Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist.«<sup>11</sup> Nach wie vor wurden Menschen mit Behinderungen nach ihrer Leistungsfähigkeit bewertet, wie sich spätestens mit der Veröffentlichung des Buches *Praktische Ethik* des australischen Bioethikers Peter Singer im Jahre 1979 zeigte. Singer distanzierte sich eindeutig von faschistischen Mordaktionen, bestand jedoch darauf, dass die Auffassung von der Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens überholt und angesichts der aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen durch eine rationale Ethik zu ersetzen sei. Im Rahmen dieser Ethik sei es notwendig, lebenswertes und lebensunwertes Leben zu unterscheiden und das lebensunwerte zu vernichten. In *Praktische Ethik* stellte Singer Überlegungen an, wie die Tötung von Menschen mit Behinderungen auch emotional zu legitimieren sei und argumentierte mit der Summe des Glücks. Zwar gab er zu, dass sich Glück vermindert, wenn ein Leben beendet wird, doch gebe der Tod eines behinderten Menschen einem gesunden Kind die Chance, anstelle des toten Kindes in die Familie geboren zu werden. Da Behinderung immer mit Leid und also Unglück konnotiert sei, sei die Summe des Glücks bei der Geburt des zweiten – gesunden – Babys aber insgesamt größer als hätte das behinderte Kind überlebt.<sup>12</sup> Auf diese Weise werden in dieser Ethik sogar Gefühle zu Zahlen, die gegeneinander aufgerechnet werden können.

Franz Christoph – ein Aktivist der Krüppelbewegung – hielt dem Australier entgegen, sein Leben sei nicht leidvoller als das Leben anderer Menschen, er lebe vielmehr sehr intensiv. Leid entstünde ihm umso mehr bei der Vorstellung, dass Menschen Menschen aufgrund von Behinderungen umbringen wollten, anstatt Barrieren abzubauen und das Leben von Menschen mit Handicap zu erleichtern. In der Diskussion um die so genannte Bioethik Peter Singers formulierte die Krüppelbewegung den Grundsatz »Unser Lebensrecht ist nicht diskutierbar!« und forderte Lebensqualität statt Qualitätskontrolle behinderten Lebens. Die Behindertenbewegung insis-

tierte darauf, dass Behinderungen stets Ausdruck eines sozialen Verhältnisses seien, das Menschen die Entfaltung ihres höchstmöglichen Entwicklungsstandes ermöglicht oder sie an dieser Entwicklung hindert.

Im Kampf der Behindertenbewegung gegen die Infragestellung des Lebensrechts, für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe sind etliche Erfolge errungen worden. So die Aufnahme des Diskriminierungsverbotes aufgrund von Behinderung ins Grundgesetz und die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009. In ihr ist endlich verbrieft, dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte genießen wie alle Menschen – auch ein undisputierbares Recht auf Leben. Zugleich hat das Schlagwort von der Inklusion Eingang in die Leitbilder sämtlicher Behinderteneinrichtungen gefunden – freilich nur als Ideal, von dem man zugibt, dass es zu keiner Zeit und an keinem Ort wirklich sein wird; das in der Zukunft liegt und zugleich im Nirgendwo. Auf diese Weise wird die Idee von der Inklusion umstandslos in das bestehende Aussonderungssystem integriert und ihr so auch die rebellische Spitze genommen.

## Krise des Fürsorgeprinzips

Die aktuelle Corona-Pandemie wirft ein grelles Licht auf die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen. Zwar wird die Notwendigkeit ihres Schutzes allenthalben postuliert, allein es fehlt an Schutzkonzepten, die auch ihre gesellschaftliche Teilhabe sichern würden. Vielmehr erlebten die Betroffenen – neben dem Einschluss in ihre Wohnungen und Wohneinrichtungen, dem Zusammenbruch vieler Assistenzsysteme und mangelnder Kommunikation – auch eine gesellschaftliche Diskussion, in der wieder die Frage nach ihrem Lebensrecht aufgeworfen wurde. Wenn etwa ein ehemaliger Investmentbanker im *Handelsblatt* fragt, ob es gerechtfertigt sei, dass zehn Prozent der Bevölkerung geschont, »[...] 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden [...]«,<sup>13</sup> dann meint man dahinter die Stimmen von Binding und Hoche zu hören, die geschrieben hatten, in Krisensituationen sei die Fürsorge für



**»Friedensmacht« EU?**

**Zwischen Diplomatie und Militarisierung**

W&F 1/21 fragt, wie es mit der selbsterklärten »Friedensmacht EU« steht. Die Autor\*innen analysieren kritisch die voranschreitende Militarisierung der Union seit 2016 (Rüstungshaushalte, Friedensfazilität u.a.) und hinterfragen Effizienz und Friedlichkeit des außenpolitischen Engagements der EU an vier Länderbeispielen. Im Ergebnis bleibt das Bild einer zerrissenen Union.

Weitere Beiträge im Heft behandeln Interventionismus im Sahel, Kritik an der Theorie des »Ressourcenfluchs« und Konflikte im Avocadoanbau in Mexiko. Außerdem: Kritik an der »Arbeitsdefinition Antisemitismus« sowie ein Blick auf die Geschichte der Friedensbewegung in Ostdeutschland.

Dem Heft liegt Dossier 91 »Palästina unter der Besatzung – Alltag, Hintergründe, Auswirkungen« bei. Seit über 50 Jahren besteht die Besatzung der palästinensischen Gebiete durch Israel. Dieses Dossier wirft einen faktenbasierten Blick auf verschiedene Aspekte der Besatzung: von der Frage nach ihrer völkerrechtlichen Legitimität über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen bis hin zu den Rückwirkungen in die israelische Gesellschaft.

Wissenschaft und Frieden 1/2021:

**»Friedensmacht« EU?**

12 € plus 2 € Versandkosten (Bitte um Vorkasse: DE86 3705 0198 0048 0007 72)

**Wissenschaft und Frieden ist Trägerin des Göttinger Friedenspreises 2018**

W&F erscheint vierteljährlich. Jahresabo 45 € (ermäßigt 35 €), Ausland 55 € (ermäßigt 45 €), Soliabo ab 60 €. W&F erscheint auch in digitaler Form – als PDF und ePub. Das Abo kostet für Bezieher\*innen der Druckausgabe zusätzlich 5 € jährlich – als elektronisches Abo ohne Druckausgabe 35 € jährlich.

**Bezug:** W&F c/o BdWi-Service, Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg, E-Mail: [vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de](mailto:vertrieb@wissenschaft-und-frieden.de), [www.wissenschaft-und-frieden.de](http://www.wissenschaft-und-frieden.de)

die Schwachen nicht statthaft. Die Abwägung von Menschenleben gegen ökonomische Kennziffern feierte in der Pandemie fröhliche Urständ.

Versteckter und doch vergleichbar verlief die Diskussion über die Frage, welchen Patient\*innen – im Falle erschöpfter intensivmedizinischer Ressourcen – die Behandlung vorzuenthalten sei. Im Frühjahr legten acht medizinische Fachgesellschaften klinisch-ethische Empfehlungen für die Zuteilung der intensivmedizinischen Ressourcen. Dort hielt man fest, dass ein Behandlungsabbruch nicht aufgrund einer vorliegenden Behinderung oder des kalendarischen Alters vorgenommen werden dürfe.<sup>14</sup> Zugleich wurde jedoch empfohlen, den Allgemeinzustand der Patient\*innen anhand ihrer Gebrechlichkeit zu bewerten. In der klinischen Praxis wird mit diesem Instrument aus der Altenmedizin erhoben, wie viel Unterstützung Patient\*innen im Alltag benötigen. Legt man diesen Maßstab nun für die Entscheidung über die Gewährung lebensrettender Behandlungen an, führt dies dazu, dass Menschen mit Behinderungen, Einschränkungen und Assistenzbedarf automatisch schlechtere Aussichten auf eine Behandlung haben als Menschen ohne Einschränkungen. Über den Umweg einer vermeintlich objektiven Skala brach auch in diese Debatte die Kategorie einer unterschiedlichen Wertigkeit menschlichen Lebens ein und Menschen laufen Gefahr, aussortiert zu werden, weil sie nicht fit genug sind.

Mit Catalina Devandas – der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – ist festzuhalten, dass die Coronapandemie eine Bedrohung für Menschen mit Behinderungen darstellt, die sie hart trifft und sowohl historische als auch strukturelle Diskriminierungen nährt und vertieft.<sup>15</sup> Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben Menschen mit Behinderungen erneut vor Augen geführt, wie dünn der Firnis ihrer Teilhabemöglichkeiten ist und wie schnell auch ihr Lebensrecht wieder in Frage gestellt wird, sobald Ressourcen knapp werden. Es wurde einmal mehr sichtbar, dass Abwertung und Ausgrenzung nach wie vor wirksam sind. Neben und hinter den schönen Worten von Inklusion und Teilhabe stehen noch immer die eiskalten Ideologien und Praxen des Utilitarismus und des Aufrechnens – weil

sie eine Widerspiegelung der vorherrschenden ökonomischen Verhältnisse sind. Auch die hier wirkenden Widersprüche hat die Pandemie wie ein Brennglas gebündelt.

Anmerkungen

- 1) Heinrich Heine 1968: »Französische Zustände«, in: Ders.: *Werke Band 3 – Schriften über Frankreich*, Frankfurt/M.: 135.
- 2) Thukydides 2,48.
- 3) Karl Marx 1972: »Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien«, in: *MEW* Bd. 9. Berlin/DDR: 225.
- 4) Karl Marx, Friedrich Engels 1959: »Manifest der Kommunistischen Partei«, in: *MEW* Bd. 4. Berlin/DDR: 464.
- 5) Wilhelm Schallmeyer 1903: *Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker – Eine staatswissenschaftliche Studie auf Grund der neueren Biologie*, Jena: 336.
- 6) Ebd.: 337.
- 7) Friedrich Engels 1973: »Schreiben an Pjotr Lawrowitsch Lawrow vom 12.–17. November 1875«, in: *MEW* Bd. 34. Berlin/DDR: 170 (Übersetzung des lateinischen Satzes: Krieg Aller gegen Alle).
- 8) Karl Binding, Alfred Hoche <sup>2</sup>1922: *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens – Ihr Maß und ihre Form*. Leipzig: 28.
- 9) Ebd.: 55.
- 10) Wolfgang Jantzen 1982: *Sozialgeschichte des Behindertenbetreuungswesens*, München: 156.
- 11) Primo Levi 1961: *Ist das ein Mensch?* Frankfurt/M.: 111.
- 12) Vgl. Peter Singer <sup>2</sup>1994: *Praktische Ethik*, Stuttgart: 238.
- 13) Thomas Tuma 2020: »Investor Dibelius: »Shutdown der Wirtschaft macht mir mehr Angst als das Virus«, in: *Handelsblatt* vom 23.03.2020 ([https://app.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/interview-investor-dibelius-shutdown-der-wirtschaft-macht-mir-mehr-angst-als-das-virus/v\\_detail\\_tab\\_comments/25671192.html?ticket=ST-1242495-lmffgbjlycelEEgGsid0-ap1](https://app.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/interview-investor-dibelius-shutdown-der-wirtschaft-macht-mir-mehr-angst-als-das-virus/v_detail_tab_comments/25671192.html?ticket=ST-1242495-lmffgbjlycelEEgGsid0-ap1)) (Letzter Zugriff: 29.11.2020).
- 14) Vgl. Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (Hg.) 2020: *Entscheidungen über die Zuteilung intensivmedizinischer Ressourcen im Kontext der COVID-19-Pandemie – Klinisch-ethische Empfehlungen* (2. Fassung vom 17.04.2020), o. O.: 5.
- 15) Vgl. Coordinating Group of the COVID-19 DRM (Hg.) 2020: *Disability rights during the pandemic – A global report on findings of the COVID-19 Disability Rights Monitor*, o. O.: 46.

*Florian Grams ist Historiker. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Geschichte der Arbeiterbewegung, der Pädagogik und die Geschichte eugenischer Diskurse. Er engagiert sich in der selbstbestimmten Behindertenbewegung.*

# Vergessene Dimensionen

## (Linke) Bildungspolitik in der Corona-Gesellschaftskrise

»Daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte, weiß jedes Kind.«  
(Karl Marx)

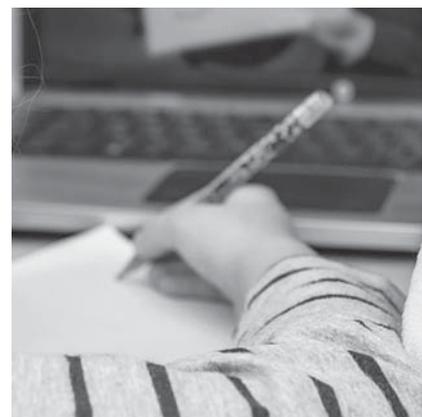
Die von der WHO ausgerufene Pandemie sowie insbesondere die mit dieser Diagnose einhergehenden politischen Verordnungen konfrontieren die Bildungspolitik seit März 2020 mit spezifischen Problemen, die die *pädagogischen Grundfragen*, an denen jene sich orientieren sollte, völlig an den Rand gedrängt haben. Vornehmlich schieben sich infektiologische Fragen, Konzepte hygienischen Gesundheitsschutzes, Organisation und Durchsetzung von Abstandsformationsregeln, Digitalisierungsfragen in das Zentrum von Bildungspolitik. In der Digitalwirtschaft herrscht in Sachen Bildung eine wahre Goldgräberstimmung, liegt doch, so die Bertelsmann Stiftung, in der Corona-Krise eine »ungeahnte Schubkraft« für die Digitalisierung der Bildung.<sup>1</sup> Der gesellschaftliche Lockdown, so heißt es in den Dokumenten des mächtigen Medienkonzerns zynisch, habe eine ungeheuer produktive Wirkung entfaltet. Denn einerseits seien durch ihn die digitalen Schwächen des deutschen Bildungssystems schlagartig verdeutlicht worden, darüber hinaus aber habe das »ungewollte Bildungsexperiment«<sup>2</sup> andererseits kreative Kräfte freigesetzt, die in der Lage seien, die verschlafene »digitale Bildungsrevolution«<sup>3</sup> nun endlich nachzuholen, spült diese doch gigantische Profite in die Kassen der Internet- und Digitalkonzerne.

### Eindimensionales Gesundheitsverständnis

Meine erste These lautet, dass diejenige Bildungspolitik, die sich einer emanzipatorisch-demokratischen Gestaltung des Bildungswesens verpflichtet fühlt, in ihren Forderungen die Tiefendimension und Tragweite der gegenwärtigen politischen Krisenbewältigungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche noch nicht einmal im Ansatz begriffen hat. Diese 2 betrifft die einseitige Orientierung dieser bildungspolitischen Positionen: Sie werden nicht primär von erziehungswissenschaftlich-pädagogischen Erwägungen geleitet, sondern einseitig durch Informationen und Erkenntnisse aus Virologie und Infektiologie bestimmt. Diese sind selbstverständlich unentbehrlich im Hinblick auf den biophysischen Gesundheitsschutz. Es scheint jedoch, als hätten seit März 2020 neben Forderungen nach einer Ausstattung mit digitalen Maschinen und Software medizinische Gesichtspunkte allein die Regie bei der Entwicklung und Durchsetzung bildungspolitischer Zielsetzungen übernommen. Die Ausstattung mit Desinfektionsmitteln und die permanente Weiterentwicklung so genannter Hygienekonzepte, die Durchsetzung von Abstandsregelungen und die Verordnungen zur Maskierung (beschönigend als Mund-Nasen-Schutz bezeichnet) bestimmen die bildungspolitischen Debatten.

Die politischen Krisensteuerungsmaßnahmen treffen auf ein ohnehin schon durch neoliberale Ökonomisierungs- und Privatisierungsstrategien rampo-

*Zu den besonders heftig diskutierten Fragestellungen in der Pandemiepolitik gehört die Organisation des Schulbetriebs: Schließen oder öffnen? Homeschooling, Wechselunterricht oder Ferien verlängern? Oder gar das Schuljahr ganz aussetzen? Wenig Raum finden aber bislang Fragen, die über das akute Krisenmanagement hinausgehen. Dabei ist es längst überfällig, sich über die Bewältigung der – gerade auch psychischen und pädagogischen – Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche Gedanken zu machen. Armin Bernhard bietet Anregungen zur Diskussion über eine emanzipative Bildungspolitik in der Coronakrise.*



niertes Bildungswesen. Mit Recht werden von Bildungsgewerkschaften und Lehrerverbänden die seit langer Zeit bekannten Mängel des bundesrepublikanischen Bildungswesens in den Fokus gerückt, die durch die gegenwärtige gesellschaftliche Krise noch deutlicher geworden sind, allerdings ohne diese Mängel auf ihre gesellschaftsstrukturell bedingten Ursachen rückzubeziehen. Dabei hat sich am neoliberalen Modus der Umverteilung von unten nach oben nichts geändert – im Gegenteil: Während Internetkonzerne, Online-Logistik-Firmen und Pharmaindustrie während der Krise mächtige Profite erwirtschaften, verschärfen sich soziale Ungleichheiten, soziale Verwerfungen und Armut, wird die »strukturelle Kindeswohlgefährdung« ausgeweitet.<sup>4</sup> Unter den Bedingungen des Corona-Krisenmanagements ist das Bildungswesen immer weniger in der Lage, Mindeststandards für Bildung zu gewährleisten, geschweige denn am Abbau der sozialen (Bildungs-)Ungleichheit mitzuwirken.

Eine erhebliche Schiefelage erhält die Beanstandung der systembedingten Unzulänglichkeiten des Bildungssystems durch den Umstand, dass sie die durch die gesellschaftliche Krise aufgeworfenen elementaren pädagogischen Fragen entweder überhaupt nicht oder nur nebenbei einbezieht<sup>5</sup>: Die durch das Corona-Virus verschärfte kapitalistische Gesellschaftskrise wirft jedoch eine Vielzahl pädagogischer Grundfragen auf, deren Wahrnehmung und Bearbeitung für die Gesellschaft existenziell sind. Die Krise und, gewichtiger noch, ihre gesellschaftliche Bearbeitung und politische Gestaltung haben für Kinder und Jugendliche eine äußerst prekäre Situation geschaffen, deren Grundprobleme mit schnellen, pragmatistischen Eingriffen nicht zu lösen sind. Sie verlangt nach übergreifenden, längerfristig gültigen Antworten, die sich nicht auf hygienepädagogische Maßnahmen und schon gar nicht auf Strategien der Digitalisierung des Lernens begrenzen lassen.<sup>6</sup>

Neben der bereits genannten systematischen Verengung ihrer Fragestellungen setzen auch sich als emanzipatorisch verstehende Positionen der Bildungspolitik unkritisch an den Vorgaben der vorherrschenden Krisenbewältigungspolitik an und übernehmen oftmals deren *extrem einseitigen, undifferenzierten Gesundheitsbegriff*. Auf sei-

ner Basis stehen Aspekte im Zentrum, die die virale Ansteckung und Verbreitung betreffen, aber selbst innerhalb der Virologie äußerst kontrovers diskutiert werden – wie die prominente Behauptung etwa, dass Kinder »Virenschleudern« seien. Ein weiterer Diskussionsstrang betrifft Fragen der Ausstattung der Bildungsinstitutionen und der Familien mit digitalen Geräten, Lernsoftware etc.. Die *psychische* und *geistige Gesundheit* von Kindern und Jugendlichen bleibt dagegen Anathema, spielt in den hygienepolitisch und digitalisierungsstrategisch bestimmten Debatten zur Bildung, wenn überhaupt, dann nur eine untergeordnete Rolle.<sup>7</sup> Bildungsgewerkschaften, Lehrerverbände und sich als links verstehende Parteien machen sich auf der Basis dieses extrem verengten Gesundheitsverständnisses zum Teil dieses hektisch-pragmatischen Hamster-rads der beständigen Neuproduktion von Vorschlägen, die helfen sollen, die Krise zu meistern.

## Neue Ausgangsbedingungen von Bildung

Es geht mir im Folgenden jedoch nicht darum, die Positionen von Bildungsgewerkschaften, Lehrerverbänden oder »linker« Bildungspolitik im Einzelnen näher unter die Lupe zu nehmen. Im Zentrum steht die Herausarbeitung der zentralen pädagogischen Fragen, die von diesen nicht gestellt werden, die aber in den gegenwärtigen bildungspolitischen Debatten grundsätzlich diskutiert werden müssten, um eine offensive *Politik für Kinder und Jugendliche und ihre Bildung* konzipieren zu können. Bildungsgewerkschaften und »linke« Bildungspolitik haben zwar die altbekannten Unzulänglichkeiten des Bildungssystems offengelegt sowie bildungspolitische Ideen und Vorschläge zur Überwindung dieser Mängel entwickelt. Doch gelang es nicht, die fundamental veränderten, in die psychischen Strukturen von Kindern und Jugendlichen eindringenden Sozialisationswirkungen der staatlichen Krisensteuerungsstrategien einzubeziehen, die seit dem März 2020 die Ausgangsbedingungen von Bildung diktierten.

Eine Ursache für diese fehlende Gewichtung ist in der weitgehenden Fixierung auf die »klassischen« bildungspoliti-

schen Fragestellungen (Bildungsungleichheit; Bildungsgerechtigkeit; frühkindliche Bildung etc.) und in dem bereits erwähnten reduktionistischen Gesundheitsbegriff begründet. Eine weitere Ursache für die fehlende Einbeziehung der neuen Ausgangsbedingungen von Bildung liegt sicherlich auch in dem Zwang zur Entwicklung schneller, pragmatischer Lösungen in einem von Hysterie geprägten Umfeld. Unter diesem Druck wurde es versäumt, eine umfassende Analyse/Prognose der *neuen* Ausgangsbedingungen und Problemkonstellationen der Entwicklung und Sozialisation von Kindern durchzuführen, die durch Lockdowns und die sie begleitenden bzw. ihnen nachfolgenden restriktiven Anordnungen produziert wurden. Die »klassischen« Aufgaben der Bildungspolitik waren plötzlich um eine neue Herausforderung erweitert, die jene aber bis heute nicht als solche erkannt hat. Selbst im schulpolitischen Ansatz der Linken vom Dezember 2020 (!) wird diesen veränderten Ausgangsbedingungen nicht Rechnung getragen, vielmehr beschränken sich die corona-bezogenen Teile auf die Themen »digitale Ausstattung«, »Präsenzunterricht« und »Homeschooling«.<sup>8</sup>

Dabei hätte eine kritische Auseinandersetzung mit dem vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebenen Lockdown-Begründungsdokument eine Bildungspolitik mit emanzipatorischem Anspruch in einem frühen Stadium bereits hellhörig machen müssen, wurde in diesem Strategiepapier dort doch ein ganzes Arsenal an Schwarzer Pädagogik empfohlen, um die Menschen über eine »Schockwirkung« zur kurz- und mittelfristigen Umstrukturierung ihrer Lebensweise zu zwingen: Beschreibung von Worst case-Szenarien, scharfe soziale Kontaktbeschränkungen, Mobilisierung der Urängste von Menschen, Produktion von Schuldgefühlen bei Kindern.<sup>9</sup> Noch nicht enthalten war in dem Papier die Forderung nach Maskierung, insofern diese zunächst von der WHO abgelehnt, nach einer Kehrtwende aber am 5. Juni 2020 nun ausdrücklich empfohlen wurde. Es hätte keiner ausgeprägten Phantasie bedurft, sich vorzustellen, dass die Gesamtheit dieser die Lebensweise verändernden Strategien sich in der Sozialisation und Subjektwerdung, der Erziehung und Bildung grundlegend niederschlagen würde.



## Pädagogische Grundfragen

Eine Bildungspolitik mit emanzipatorischem Anspruch hätte die Tiefendimension und die Tragweite der seit März eingeleiteten politischen Krisenbewältigungsmaßnahmen im Hinblick auf die Subjektwerdung von Kindern und die pädagogischen Beziehungsverhältnisse zu bearbeiten. Hart formuliert: Die Schäden, die die Krisenpolitik in sozialer und psychischer Hinsicht bei den Heranwachsenden angerichtet hat, definieren den Ausgangspunkt einer emanzipatorischen Bildungspolitik heute. Denn mit den desaströsen Auswirkungen dieser Politik wird jene in den nächsten Jahren permanent konfrontiert sein. Die Reduktion der bildungspolitischen Problematik auf das »Schüler/innen-Dasein« von Kindern, auf die Gewährleistung des Erwerbs erwünschter Qualifikationen, auf die funktionalen Abläufe in Bildungsinstitutionen muss daher überwunden werden durch eine Konzeption, die sämtliche Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen einbezieht.<sup>10</sup> Ohne die Reflexion der in alle Lebensbereiche der Heranwachsenden hineinwirkenden Sozialisierungseffekte der von der Regierungspolitik verbreiteten Angst und der verordneten »neuen Lebens-

weise« inklusive ihrer Verhaltensregeln kann eine emanzipatorische Bildungspolitik gegenwärtig nicht begründet, geschweige denn handlungsfähig werden. Sie muss sich mehr denn je von den pädagogischen Problembereichen und Grundfragen leiten lassen, die in den bildungspolitischen Debatten der letzten Monate sträflich vernachlässigt wurden:

1. Das Problem der verschärften prekarierten Persönlichkeitsentwicklung:

Welche kurz-, mittel- und langfristigen Sozialisierungswirkungen hinsichtlich der Behinderung der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen sind durch die politisch verfügbaren Einschränkungen zu erwarten? Wie werden diese sich auf die psychische und geistige Gesundheit der Heranwachsenden auswirken? Wie werden die Welt- und Selbstverhältnisse von Kindern und Jugendlichen unter den Bedingungen des Lockdowns und der sozialen Distanzierung verändert? Es steht zu vermuten, dass Ausgangsbeschränkungen, die Absenkung sozialer Kontakte, die Einführung sozialer Abstandsformationen, die Verpflichtung zur Maskierung, die Verstärkung digitaler »Kommunikation«, die staatliche Kontrolle informeller sozialer Netzwerke etc. die Identitätsent-

wicklung von Kindern und Jugendlichen erheblich beeinträchtigen wird, da ihnen in dieser restringierten und kontrollierten Corona-Welt eine Vielzahl von Erfahrungen verwehrt wird, die doch für den Aufbau und die Verwirklichung ihrer Persönlichkeit unverzichtbar sind.

2. Das Problem tiefer sozioemotionaler Verunsicherung:

In welcher Weise bestimmen/beeinträchtigen die verschiedenen Dimensionen der gesellschaftlichen Krise und der kulturindustriell geschürten und verbreiteten Angst (Angst vor Ansteckung und Tod; Angst vor der neuen Physiognomie des Sozialen, wie sie durch Maskierung und durch die Einführung sozialer Abstandsformationen in der Öffentlichkeit hervorgerufen wird; Angst vor dem Ausschluss aus der Gemeinschaft bei abweichender Meinungsäußerung und »Verstößen« gegen Verhaltensregeln) die kindlichen und jugendlichen Zukunftsvisionen und Lebensstimmungen? Die Sozialisierungsforschung hat die verheerende Wirkung »makrosozialer Stressoren«<sup>11</sup>, die durch die Wahrnehmung globaler Krisen im psychisch-mentalenen Haushalt von Kindern und Jugendlichen erzeugt wird, überzeugend nachgewiesen.

3. Das Problem zunehmender Desozialisierung:

Wie wirken sich das Prinzip der sozialen Distanzierung im Allgemeinen und die veränderte Physiognomie des Sozialen im Besonderen auf die interpersonellen Beziehungsverhältnisse von Kindern und Jugendlichen aus? Inwieweit erfahren Kinder noch Solidarität unter gesellschaftlichen Bedingungen, die von den Direktiven sozialer Distanzierung, digitalisierter Kommunikation und Kontakteinschränkungen bestimmt werden? Die im Rahmen der Krise in Form eines unerträglichen Sozialkitsches verordnete ›Solidarität‹ (»Wir bleiben zu Hause!«; »Solidarität in der Distanz«; »Werde auch du zum Helden«) konnte nicht ernsthaft als Ersatz für eine fühlbare wirkliche Solidarität gelten. Vielmehr war/ist anzunehmen, dass diese, von den Wettbewerbsprinzipien in einem neoliberalen Kapitalismus angefressene Fähigkeit in der erzwungenen Vereinzelung noch weiter unter Druck geraten wird.

4. Die Frage der Entpersonalisierung des pädagogischen Verhältnisses:

In welcher Weise belastet die »digitale Transformation« von Schule<sup>12</sup> die pädagogischen Beziehungsverhältnisse, die unverzichtbar für die Welt- und Selbsterkenntnisprozesse sind? Spielen die Rechte von Kindern im Allgemeinen in den Krisenbewältigungsstrategien kaum eine Rolle<sup>13</sup>, so entspricht dieser Tendenz im bildungspolitischen Feld die Preisgabe des pädagogischen Anwaltsgedankens, der für eine emanzipatorische Bildungspolitik grundlegenden Vorstellung, dass die pädagogische Profession in den Institutionen der Erziehung und Bildung Anwältin der Kinder im Rahmen ihres äußerst prekären Weges zur Mündigkeit sein muss.

5. Das Problem autoritärer Tendenzen in der Sozialisation:

Wie können die für eine demokratische Gesellschaft ebenso wie für eine emanzipative Subjektwerdung unerlässlichen, während der Krise erkennbar unter Druck geratenen Subjekteigenschaften (wie z. B. Reaktanz, geistiges Widerstandsvermögen, Kritikfähigkeit) restrukturiert und stabilisiert werden? Auf

welche Weise können wir angesichts der autoritär verfügbaren, in Topdown-Strategien durchgesetzten politischen Maßnahmen und einer einseitigen Berichterstattung und Informationspolitik einen demokratischen Diskurs mit Kindern und Jugendlichen organisieren, der die Gesellschaft insgesamt in ihrem kritischen Urteilsvermögen konsequent stärkt? Diese Grundfrage gehört mit zu den am meisten gemiedenen Themen bildungspolitischer Positionen bis hin zur Linkspartei.<sup>14</sup>

Angesichts der skizzierten Sozialisationswirkungen der massiven Restriktionen der Corona-Krisenpolitik wird offensichtlich, dass die als Gesundheitsschutzmaßnahmen verkauften Strategien die »Probleme der psychischen Gesundheit« nicht »nur« einfach »verstärkt« haben, wie es in dem im Rahmen des World Economic Forum entwickelten Plans eines »großen Neustarts« beschönigend formuliert wird<sup>15</sup>: Sie haben vielmehr *neuartige* psychische und geistige Belastungen erzeugt, die sich langfristig auf die Lebensstimmung und die Zukunfts-

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



**Sven Gringmuth**  
**Was war die Proletarische Wende?**  
Ein Beitrag zur  
Mentalitätsgeschichte  
der bundesrepublikanischen  
Linken

2021 – 442 Seiten – 44,00 €  
ISBN 978-3-89691-049-3

Die Proletarische Wende nach 1968 umfasste die Hinwendung der intellektuellen Linken zur Geschichte und Kultur der Arbeiterschaft, für die radikale Linke den Versuch der Etablierung von Kommunikationsstrukturen mit der Arbeiterschaft, die Konstituierung hermetischer Organisationsformen und kulturelle Transformationen. Der Autor nimmt historische und gesellschaftliche Bedingungen wie auch den Wandel von Begrifflichkeiten, Codes und Räume der Protestbewegung in den Blick, um eine neue Geschichte der Linken im langen 'Roten Jahrzehnt' zu schreiben.



**Thomas Sablowski**  
**Judith Dellheim**  
**Alex Demirović**  
**Katharina Pühl**  
**Ingar Solty (Hrsg.)**  
**Auf den Schultern von Karl Marx**

2021 – 552 Seiten – 40,00 €  
ISBN 978-3-89691-259-6

Der Band will die fruchtbaren Impulse der Marx'schen Theorie im Lichte späterer gesellschaftlicher Entwicklungen diskutieren. Neben Fragen der Kritik der politischen Ökonomie werden u.a. Fragen der gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse, von Politik, Kultur und Kunst behandelt. Mit Beiträgen von Michel Brie, Helmut Dahmer, Alex Demirović, Susanne Heeg, Nicole Mayer-Ahuja, Stefan Schmalz, Frieder Otto Wolf u.a.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE


hoffnungen der heranwachsenden Generation niederschlagen und die Gesellschaftspolitik im Allgemeinen wie die Bildungspolitik im Besonderen über einen langen Zeitraum beschäftigen werden. Ohne die Einbeziehung und Bearbeitung dieser Problembereiche können die »klassischen« Aufgaben einer emanzipatorischen Bildungspolitik – die Anbahnung von Bedingungen einer Bildung zur Selbstbestimmung und Mündigkeit, der ansatzweise Abbau sozialer (Bildungs-) Ungleichheit, die Entwicklung von Strategien zur Aufhebung der Bildungsbenachteiligung von Kindern aus unterprivilegierten und/oder verarmten Gesellschaftsklassen, die Bekämpfung von Ausschlussmechanismen in der Bildung etc. – nicht mehr bewältigt werden.

## Notwendige Umorientierung

Die Bildungspolitik, die sich von ihrem Anspruch her als emanzipatorische Alternative zur staatlichen Bildungspolitik versteht, ist ihrerseits stark verengt und kurzschlüssiger Natur. Weitgehend reaktiv lässt sie sich von der »Logik« des politischen Corona-Krisenmanagements treiben. Dabei müsste der Bildungspolitik der Schutz *psychischer und geistiger Unversehrtheit* und die damit verbundene Perspektive der Mündigkeit doch eigentlich mindestens ebenso wichtig sein wie der Schutz vor Infektionen<sup>16</sup> – konstituiert jene doch den klassischen Bildungsauftrag unserer gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen. Ohne diesen pädagogischen Maßstab droht Bildungspolitik in autoritäres Fahrwasser zu geraten, läuft sie Gefahr, sich von wirtschaftlichen und politischen Partikularinteressen bestimmen zu lassen, denen die wirklichen, nicht marktconformen Lebensbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen völlig gleichgültig sind. Einer emanzipatorisch eingestellten Bildungspolitik muss es gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituation darum gehen, die in Kindheit und Jugend immer enthaltenen rebellischen Potenziale auch gegen illegitime Zugriffe zu erhalten und freizusetzen. Den Emanzipations- und Autonomiebedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ist gerade angesichts der gesellschaftlichen Krisensituation zum Ausdruck zu verhelfen. Räume für die Artikulation und Realisierung von Lebens-

lust und Zukunftszuversicht müssen erkämpft werden, ohne der Ideologie einer neoliberalen Spaßgesellschaft zu erliegen. Für Kinder ist es sicherlich nicht »gesund«, wenn sie getrennt werden, sie sich nicht treffen und austauschen können, Schlafstörungen und Schuldgefühle entwickeln, an elementaren Erfahrungen gehindert und in die Mediensucht getrieben werden, ganz zu schweigen von den Folgen verweigerter körperlicher Betätigung. Erziehungsberatungsstellen und kinder- und jugendpsychologische Einrichtungen können derzeit ein Lied von den negativen gesundheitlichen Folgen der Corona-Krisenpolitik singen. Eine Einkapselung von Kindern und Jugendlichen in der Zwangsjacke der staatlich verordneten Corona-Maßnahmen darf eine Bildungspolitik, die den pädagogischen Anwaltsgedanken ernst nimmt, daher nicht zulassen, auch darf sie die zweifelsohne dem Instrumentarium der Schwarzen Pädagogik entlehnten Methoden der Erzeugung von Angst und Schuldgefühlen bei Kindern nicht weiter hinnehmen.

## Anmerkungen

- 1) Naemi Härle 2020: »Vorwort«, in: Dieter Euler / Eckart Severing: *Nach der Pandemie: für eine gestaltungsorientierte Berufsbildung in der digitalen Arbeitswelt. Eine Denkschrift* (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh: 6–7; hier: 6 ([https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/2020\\_Digitalisierung\\_Denkschrift.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/2020_Digitalisierung_Denkschrift.pdf); Zugriff: 15. 1. 2020).
- 2) Jens Poggenpohl / Enno Kapitza 2020: »Sehnsucht nach Schule«, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Change*. Heft 2/2020: 22–27, hier: 22f.
- 3) Jörg Dräger 2020: »Weckruf für guten Unterricht«, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): *Change*. Heft 2/2020: 30.
- 4) Michael Klundt 2020: *Krisengerechte Kinder statt kindergerechtem Krisenmanagement? Auswirkungen der Corona-Krise auf die Lebensbedingungen junger Menschen*, Berlin: 9.
- 5) Verstreut finden sich diese Fragen in Briefen von Leserinnen und Lesern in den Zeitungen der Bildungsgewerkschaften, nicht aber in ihren Leitartikeln.
- 6) Weder wird die Nützlichkeit digitaler Instrumente noch die digitale Unterstützungsfunktion von Bildung in Frage gestellt. Doch ist das Digitale eindeutig dem Pädagogischen unterzuordnen.
- 7) Vgl. etwa für die GEW: Jürgen Amendt 2020: »Bildung im Zeichen der Pandemie«, in: *Erziehung und Wissenschaft*, H. 12, 2020: 30–31; für die Linkspartei: Rosi Hein 2020: *Bildung und Corona – ein Diskussionsangebot* (<https://bildungspolitik.blog.rosalux.de/files/2020/10/BAG-Vortrag-1-ergaenzt.pdf>; Zugriff: 14. 1. 2021); interessant ist, dass der Chefredakteur der Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, Jürgen Amendt, sich wesentlich auf den so genannten Gesundheitsexperten der SPD und damit auf die »schrillste Geige im Corona-Panikorchester« (Karl Wurzbacher 2021: *Tod auf Rezept. Mitten in der Corona-Krise und politisch gewollt machen reihenweise Krankenhäuser dicht*, *NachDenkseiten*, 15. 1. 2021 (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=68858>, Zugriff 16. 1. 2021)) stützt; Rosi Hein orientiert sich in ihren Ausführungen irritierenderweise ausgerechnet an Andreas Schleicher, dem Konzernbeauftragten für die Koordination der PISA-Studien und Unterstützer eines der größten Bildungskonzerne und Profiteure der PISA-Studien (Pearson Education) sowie auf Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung.
- 8) Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung/ Parteivorstand Die Linke 2020: *Die Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle*, Berlin
- 9) Vgl. Bundesinnenministerium 2020: *VS – Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen: 13ff.* ([www.fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/](http://www.fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/); Zugriff: 15. 4. 2020).
- 10) Vgl. Michael Klundt 2020 (siehe Anm. 4): 9.
- 11) Jürgen Mansel (Hg.) 1992: *Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung. Untersuchungen zu ökologischen Krisen, internationalen Konflikten und politischen Umbrüchen als Stressoren*, Weinheim/München.
- 12) Jochen Krautz 2020: *Digitalisierung als Gegenstand und Medium von Unterricht. Gegen eine digitale Transformation von Schule*, Köln.
- 13) Vgl. Michael Klundt 2020 (siehe Anm. 4).
- 14) Ein aktuelles Grundsatzpapier betont zwar immerhin noch die Zielperspektiven der Mündigkeit und Kritikfähigkeit (Die Linke. Bildungspolitik\*innen 2020: *Bildung ist Lebensmittel – auch in Pandemiezeiten* ([https://www.die-linke.de/fileadmin/download/themen/Bildung/Bildung\\_ist\\_Lebensmittel.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/themen/Bildung/Bildung_ist_Lebensmittel.pdf); Zugriff: 14. 1. 2021)), doch schlagen sich diese kaum in den von der Linken geforderten bildungspolitischen Maßnahmen nieder.
- 15) Klaus Schwab / Thierry Malleret 2020: *Covid-19: Der große Umbruch*, Cologny/Genf (Weltwirtschaftsforum): 276. Im Rahmen dieser Studie werden allerdings nicht die Regierungsmaßnahmen, sondern das zum »geschichtlichen Subjekt« mutierte Coronavirus für die Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit verantwortlich gemacht: »So gesehen hat das Coronavirus [sic!] die Probleme der psychischen Gesundheit verstärkt, nicht neu ausgerichtet.«
- 16) Wobei selbst die Frage umstritten ist, ob Maßnahmen wie Maskentragen, Kontaktbeschränkungen, soziale Isolierung tatsächlich die körperliche Widerstandsfähigkeit stärken oder sie nicht eher schwächen.

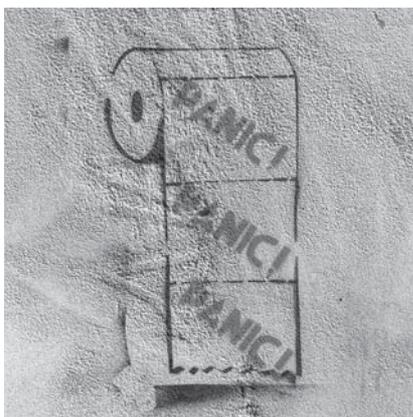
---

Armin Bernhard: Dr. phil. habil. – Dipl. Pädagoge; Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Duisburg-Essen; Arbeitsschwerpunkte: Praxisphilosophische Pädagogik, Kritische Erziehungs- und Bildungstheorie, Kritische Friedenspädagogik.

# »Gesetze« des Profits brechen

## Pandemie und Stoffwechsel mit der Natur

*Die SARS-CoV-2 Pandemie dauert bereits über ein Jahr. Viele kritische Sozialwissenschaftler:innen haben große Mühe, die Pandemie zu verstehen und auf dieser Grundlage eine klare Position für ihre entschlossene solidarische Bekämpfung zu entwickeln. Im Hinblick auf künftige Pandemien und weitere Auseinandersetzungen, die Ausdruck des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses sind, wirft das grundsätzliche Fragen auf, findet Christian Zeller.*



Die Wissenschaftsgemeinde, die sich mit dem Studium von Viren und ihrer Ausbreitung befasst, ist in ihrer überwiegenden Mehrheit zur Erkenntnis gelangt, dass das SARS-CoV-2 Virus gefährlich ist. Demzufolge ist seine Ausbreitung durch sogenannte nicht-pharmazeutische, also gesellschaftliche, Maßnahmen radikal einzudämmen. Die Forscher:innen weisen die Vorstellungen einer natürlichen Herdenimmunität und eines selektiven Schutzes von »Risikogruppen« hart zurück<sup>1</sup>. Darum verlangen über 1.000 Wissenschaftler:innen in einem in der Zeitschrift *The Lancet* am 18. Dezember 2020 veröffentlichten Aufruf europaweit koordinierte Maßnahmen, um die Ansteckungen rasch unter den Schwellenwert von zehn Ansteckungen pro Tag und eine Million Einwohner:innen zu drücken.<sup>2</sup> Zugleich fordern Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegewesen aus ihrer alltäglichen Erfahrung der Pflege der erkrankten Menschen und der leidvollen Sterbebegleitung ebenfalls entschlossene Maßnahmen zur radikalen Eindämmung der Pandemie.

Mit den verheerenden Wirkungen der zweiten Pandemiewelle und den weiterhin unangemessenen Regierungsstrategien drängte es sich immer stärker auf, aus einer emanzipatorischen und solidarischen Perspektive ein klares gesellschaftliches Zeichen für die radikale Bekämpfung der Pandemie zu setzen. Dieses Anliegen verdichtet sich seit dem 14. Januar in dem *ZeroCovid-Aufruf für einen solidarischen europäischen Shutdown*<sup>3</sup>. Bis Mitte Februar unterzeichneten 100.000 Menschen diesen Aufruf. Sie verlangen eine solidarische europaweite Strategie gegen die Pandemie.

Das ist auch erforderlich, um der globalen Verantwortung gerecht zu werden und zu verhindern, dass die reichen europäischen Länder das Virus immer wieder in andere Gebiete der Welt exportieren und die Impfstoffe für sich behalten.

Nur wenige kritische Sozialwissenschaftler:innen haben die Debatten unter Naturwissenschaftler:innen wahrgenommen und sich ihren Empfehlungen angeschlossen. Klaus Dörre ordnet seine Charakterisierung der »medizinischen Katastrophe« durchaus in den breiteren Zusammenhang des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses und der umfassenden ökonomisch-ökologischen Zangenkrise. Er interpretiert die Pandemie als teilweise »äußeren Stoß«. Sie treibe die Ungleichheit und Entsolidarisierung voran. Doch er äußert sich nicht dazu, wie die gesellschaftliche Bekämpfung der Pandemie und der kapitalistischen Krisenbearbeitung miteinander verbunden sind.<sup>4</sup> Schließlich sind Verlauf der Pandemie und der Krise auch Ausdruck davon, wie gesellschaftliche Kräfte eingreifen und auf das Kräfteverhältnis einwirken. Im breit gefächerten Sammelband *Die Welt nach Corona* befindet sich erstaunlicherweise weder ein Beitrag, der über naturwissenschaftliche Erkenntnisse zur Dynamik der Pandemie informiert, noch einer, der für eine umfassende und radikale Eindämmungsstrategie der Pandemie argumentiert.<sup>5</sup> Darum wird keine Perspektive sichtbar, wie die Reduktion der Infektionen ohne autoritäre Maßnahmen möglich sein kann und sich zugleich mit einer solidarischen Perspektive gegen die Kapitalherrschaft verknüpfen lässt.

Mit dem zwar durchaus richtigen Argument eine umfassende Sichtweise sei

nötig, tendieren viele Sozialwissenschaftler:innen dazu, die Gefährlichkeit des SARS-Cov-2 Virus und die Dynamik der Pandemie zu relativieren. Noch immer ist die illusionäre Vorstellung weitverbreitet, der Pandemie sei mit einem spezifischen Schutz der sogenannten Risikogruppen zu begegnen, womit auf entschlossene gesamtgesellschaftliche Maßnahmen gegen die Virusausbreitung verzichtet werden könne.

Ich vertrete die These, dass ein wesentlicher Grund für dieses Unverständnis in der mangelnden Anerkennung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und damit auch von Prozessen der Natur liegt. Ich argumentiere, dass die Pandemie durch ein Wechselspiel zwischen naturwissenschaftlich zu erfassenden Prozessen der Natur und gesellschaftlichem Verhalten zu verstehen ist.

## Gesellschaftlicher Stoffwechsel mit der Natur

Eine emanzipatorische Pandemiebekämpfung orientiert sich darauf, die Ansteckungen schnell so massiv zu reduzieren, dass jede einzelne rasch nachvollziehbar ist. Auf diese Weise und in Kombination mit einer solidarischen globalen Impfkampagne können die Infektionen auf ein niedriges, gegen Null tendierendes Niveau gedrückt und die Pandemie beendet werden. Das ist die Grundlage, um die Anzahl der Erkrankungen und Sterbefälle minimal zu halten. Ich zeige im Folgenden, dass ein dialektisches Verständnis der miteinander verwobenen Wirkungen von Naturgesetzen und gesellschaftlichen Prozessen hilft, Phänomenen wie einer Pandemie durch entschlossenes gesellschaftliches Handeln entgegenzutreten. Ich stütze mich dabei auf das von Marx entworfene Verständnis eines gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur.<sup>6</sup>

Das SARS-CoV-2 Virus ist Teil der Natur und folgt den Gesetzen der Evolution und Ökologie. Das Virus ist auf Wirtszellen angewiesen, um sich zu vermehren. Es muss rasch auf den nächsten Menschen überspringen und zwar bevor das Immunsystem des infizierten Menschen es unschädlich macht. Das Virus verbreitet sich in Lebewesen. Die Pandemie ist hingegen gesellschaftlich produziert. Sie ist Ergebnis und Ausdruck des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur.

Zahlreiche biologische Studien zeigen, dass die Häufigkeit von Zoonosen zugenommen hat. In funktionierenden Ökosystemen regulieren sich die Tiere, die als Wirte von Viren dienen können, in einem komplexen System gegenseitig, beispielsweise über Nahrungsketten, und halten sich somit gegenseitig in Schach. Das Vordringen der menschlichen Gesellschaft in entlegene Ökosysteme führt zu vermehrten Kontakten mit bislang wenig berührten Tierarten. Die durch die kapitalistische Expansion getriebene Erschließung neuer Gebiete, die Entwaldung, großflächige Landnutzungsänderungen und die Zerstörung von Ökosystemen begünstigt, dass Viren von Tieren auf Menschen überspringen. Auch die industrielle Landwirtschaft fördert die Ausbreitung von Viren unter den massenhaft gehaltenen Tieren, was ebenfalls Zoonosen begünstigt.<sup>7</sup> Die Erderhitzung und die durch sie bewirkten Veränderungen der Landschaften können zudem Ökosysteme derart verändern, dass Tiere in andere, dichtbesiedelte Lebensräume ausweichen.

Mit der Zoonose springt das Virus auf den Menschen und verbreitet sich über die Menschen, die sich mit globalen Logistikketten und Verkehrsströmen bewegen, über den ganzen Globus.<sup>8</sup> Das zur rastlosen und endlosen Zirkulation gezwungene Kapital saugt nicht nur die menschliche Arbeitskraft in den Produktionsprozess ein, sondern zwingt die Gesellschaft auch zu einem irrationalen Stoffwechsel mit der Natur. Zoonosen und die Ausbreitungsdynamiken von Viren sind Teil dieses gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur.

Der Zeitfaktor ist besonders zu beachten. Er weist zwei Dimensionen auf: Erstens ist die Infektiosität des Virus ein wesentlicher Faktor für seine Ausbreitungsgeschwindigkeit. Zweitens ist der Zeitpunkt des Eingreifens mit Maßnahmen gegen die Ausbreitung entscheidend. Aufgrund der Inkubationszeit, der verzögerten Testtätigkeit und des exponentiellen Wachstums vollzieht sich die wirkliche Entwicklung gewissermaßen im Verborgenen. Was wir heute erfassen, war die Realität vor 14 Tagen. Das heißt die Gegenwart kann bereits massiv anders aussehen, als die publizierten Zahlen vermitteln. Je früher eine exponentielle Wachstumskurve gekappt wird, desto weniger einschneidend muss gehandelt werden.

Die Berücksichtigung dieses Zeitfaktors wird durch die zunehmende Entstehung von Mutationen noch dringender. Je umfassender sich das Virus verbreitet hat, desto häufiger treten Mutationen auf. Sie sind das Ergebnis von »Kopierfehlern« bei der Vermehrung. Die Mutationen können die Eigenschaften und Wirkungen des Virus verändern.

Durch den Selektionsdruck setzten sich jene Mutationen durch, die in der Selektionsumgebung Vorteile gegenüber den anderen Varianten aufweisen. Darum gewinnt beispielsweise der zunächst in England entdeckte Typ B.1.1.7 gegenwärtig die Oberhand. Die Variante B.1.1.7 hat eine höhere Transmissionsrate, ist also deshalb ansteckender. Die exponentielle Ausbreitungskurve des Virus ist steiler. Das macht jede Eindämmungsstrategie noch schwieriger. Mutationen können auch bedeuten, dass Impfstoffe ihre Wirkung teilweise oder vollständig verlieren und sogar bereits früh infizierte Menschen sich erneut anstecken können. Das trifft für die in Südafrika zunächst entdeckte, mittlerweile auch in Europa aufgetretene Variante B.1.351 zu. Mutationen unterstreichen, wie wichtig es ist, schnell zu reagieren.

Die Interessensvertreter:innen des Kapitals, die Regierungen sowie jene Teile der Bevölkerung, die eben die oben genannten Prozesse der Natur ignorieren, Maßnahmen gegen die Virustransmission aus finanziellen oder prinzipiellen Gründen verweigern, bereiten der Pandemie günstige Ausbreitungsbedingungen. Allerdings können die Gesellschaften mit ihrem Verhalten und mit ihren Strategien den Naturgesetzen auch Rechnung tragen und damit die Dynamik einer Pandemie brechen. So sind Schutzmaßnahmen und die zeitweilige physische Distanz zwischen Menschen zwingend, um die Transmission des Virus zu stoppen und damit die Ausbreitungsdynamik zu brechen. Je weniger einzelne Ansteckungen nachvollziehbar sind, desto umfassender und unspezifischer müssen diese Maßnahmen zur Einschränkung der physischen Kontakte sein. Genau weil die Regierungen infolge des Drucks durch Vertreter:innen der Wirtschaftsinteressen und der eigenen Unterschätzung der Herausforderung es wiederholt verpasst haben, die Infektionen so niedrig zu halten, dass sie einzeln nachvollziehbar sind, greifen sie zum

unspezifischen Mittel der Lockdowns. Und je eher sie befürchteten, die Situation nicht in den Griff zu kriegen, desto stärker flüchten sie sich in autoritäre Maßnahmen.

Da wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, nimmt der Staat die Rolle ein derartige Maßnahmen zu erlassen und durchzusetzen. Werden die Gesundheitsschutzmaßnahmen in den Betrieben verbessert oder werden Menschen in ihren kleinen Wohnungen eingesperrt? Das ist eine Klassenfrage. Welche Maßnahmen und auf welche Weise beschlossen und durchgesetzt werden, ist abhängig vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis. Aber durch solche Beschlüsse alleine wird die staatliche Politik nicht autoritärer, als sie sonst bereits war. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Staaten mit einer erfolgreichen Pandemiepolitik autoritärer wurden. Umso wichtiger ist es, dass emanzipatorische Kräfte sich mit einer eigenständigen Position zur radikalen Pandemiebekämpfung in die politischen Auseinandersetzungen einmischen und das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verschieben. Selbst unter Bedingungen physischer Distanz sind politische Bewegungen und kollektive Solidarität möglich. Das hat beispielsweise die Black Lives Matter-Bewegung im Sommer 2020 gezeigt. Es gibt keine Hinweise darauf, dass diese das Infektionsgeschehen angekurbelt hat.<sup>9</sup> Die ZeroCovid-Kampagne unterstreicht das ebenfalls mit ihren Straßenaktionen.

## Dialektisches Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur

Eine Pandemie ist Ausdruck eines dialektischen Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur. Die Eigenschaften des Virus, seine Wirkungen – also auch seine Letalität – müssen mit naturwissenschaftlicher Forschung entdeckt und verstanden werden. Zugleich verbreitet sich und mutiert das Virus durch spezifische gesellschaftliche Bedingungen, die sozialwissenschaftlich zu erfassen sind. Die Menschen infizieren sich und erkranken jedoch stark unterschiedlich, auch abhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen: demographische Zusammensetzung, Gesundheit der Menschen, Qualität des Gesundheits-

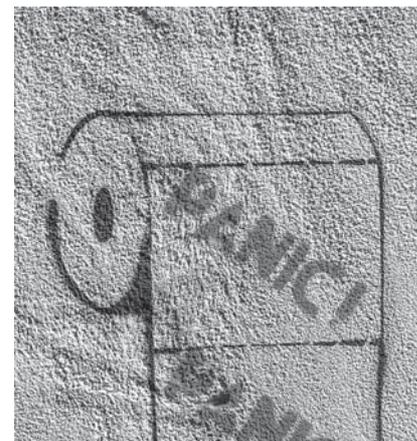
wesens, Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Ernährung und Stress beeinflussen, ob sich ein Mensch ansteckt und wie stark er erkrankt oder gar stirbt. Die Covid-19-Pandemie fordert unter Angehörigen von Unterklassen und diskriminierten Bevölkerungsgruppen weit überdurchschnittlich viele Opfer.<sup>10</sup> Die Mortalität (Anzahl der Sterbefälle bezogen auf die gesamte Bevölkerung) und Letalität (Anzahl der Sterbefälle bezogen auf die Erkrankten) von Covid-19 sind also auch Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Berücksichtigen wir die naturwissenschaftlich zu entdeckenden und verstehenden Prozesse der Natur wie die Selektion und Mutation bei der Evolution sowie die Zoonosen und Kennzeichen von Viren, so lässt sich eine Pandemie verhindern oder zumindest eindämmen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Gesellschaften bewusst dazu entschließen müssen, sich – unter Entbehrungen und Einschränkungen – entsprechend zu verhalten und angemessen zu handeln.

Leider gibt es gerade in den kritischen Sozialwissenschaften eine weit verbreitete Ignoranz sich mit den Arbeiten von Virolog:innen, Epidemiolog:innen und Physiker:innen auseinanderzusetzen, um die Gefährlichkeit und die Ausbreitungsdynamik des SARS-CoV-2-Virus zu verstehen. Gerade das ist aber zwingende Voraussetzung, um eine angemessene und solidarische gesellschaftliche Reaktion auf die Pandemie zu entwickeln und schließlich politisch durchzusetzen. Wer mit dem Hinweis beispielsweise auf psychosoziale Folgen der einschränkenden Maßnahmen die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse ignoriert oder relativiert, gelangt zu einem unangemessenen Verständnis der Pandemie. Erforderlich ist vielmehr, die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse anzunehmen und die gesellschaftspolitischen Strategien gegen die Pandemie entsprechend zu konzipieren.

Die Analogien zur Erderhitzung sind offensichtlich. Das Erdsystem weist planetare Schranken auf, deren Überschreiten uns über die Kippunkte hinausführt, die sich selbst verstärkende Wirkungskaskaden auslösen.<sup>11</sup> Die Klimabewegung verfolgt das Ziel, die Erderhitzung auf 1,5°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Diese Grenze von 1,5°C mutet willkürlich an, doch sie entspringt der wissenschaftli-

chen Erkenntnis, dass eine stärkere Erhitzung die Wahrscheinlichkeit abrupt steigern wird solche Kipppunkte auszulösen. Um das 1,5°C-Ziel zu erreichen, ist mit den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulationsdynamik zu brechen. Es gilt also die Gesetze des Erdsystems zu akzeptieren und unsere Gesellschaften entsprechend zu verändern. Wir können nicht verhandeln, ob vielleicht eine Erwärmung von 2,5°C auch noch akzeptabel wäre.



Genauso wenig ist das SARS-CoV-2-Virus ein Verhandlungspartner. Ohne einschränkende Maßnahmen verbreitete sich das SARS-CoV-2 Virus exponentiell, mutiert und kann zu einer neuen Qualität der Pandemie führen, deren sich selbst verstärkende Dynamik nicht absehbar ist. Je weiter das SARS-CoV-2-Virus verbreitet ist, desto zahlreicher werden die Mutationen und desto stärker nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass gefährlichere Varianten auftreten und gewissermaßen einen Kipppunkt in eine neue Situation hinein darstellen. Solange wir durch unser Verhalten zulassen, dass es sich vermehrt, wird es das tun. Und je mehr es sich verbreitet hat, desto schwieriger wird unser gesellschaftliches Handeln. Darum ist es richtig, die Pandemie durch gesellschaftliches Handeln aktiv zu stoppen. Allerdings müssen wir auch den Stoffwechsel mit der Natur so organisieren, dass die Wahrscheinlichkeit von Zoonosen, also das Überspringen von Viren über die Artgrenzen, also auch auf den Menschen und wieder vom Menschen auf Tiere, abnimmt.

Wir können die Naturgesetze nur dann akzeptieren und respektieren, wenn wir uns zugleich den Gesetzen des Profits widersetzen. Weil das Kapital rastlos Lohnarbeit einsaugt, kann es kei-

ne Pause machen, obwohl genau das aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen erforderlich ist. In den Zeiten der Pandemie und der Epoche der Erderhitzung heißt das konkret, dass gesellschaftliches Handeln erforderlich ist, das sich diesem Zwang zur Rastlosigkeit und Expansion frontal entgegenstellt.

## Gesellschaftliche Gestaltung der technologischen Entwicklung

In der einseitigen Hoffnung auf wirksame Impfkampagnen kommt ein oberflächliches Gesellschaft-Technik-Verständnis zum Ausdruck. Die Regierungen setzen mit ihrer »flatten the curve«-Orientierung primär auf Impfungen. Auch viele kritische Sozialwissenschaftler:innen erblicken in der massenhaften Impfung die (Er-)Lösung aus der Zwangsjacke der Pandemie. Ähnlich den Regierungen setzen sie ihre Hoffnung in »technologische Lösungen« gesellschaftlicher Herausforderungen.

Es ist eine besondere Ironie dieser Pandemie, dass Virolog:innen, Epidemiolog:innen und Physiker:innen die Bedeutung nicht-pharmazeutischer, also gesellschaftlicher, Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung betonen, kritische Sozialwissenschaftler:innen, die eine No-Covid- oder ZeroCovid-Strategie für unrealistisch halten, hingegen auf die Technik der Impfstoffe vertrauen. Verkehrte Welt? Diese unkritische Hoffnung auf eine technologische Lösung offenbart das mangelnde Vertrauen in die Wirksamkeit bewussten gesellschaftlichen und politischen Handelns zur Eindämmung der Pandemie.

Selbstverständlich ist eine möglichst breite Durchimpfung der Bevölkerung sinnvoll. Wenn aber zu wenig Impfstoffe vorhanden sind oder diese nur ungenügend wirken, reicht das nicht. Zudem ist zu beachten, dass die Impfkampagnen bis zum Spätsommer keine relevante Auswirkung auf die Pandemie haben werden. Warum? In den kommenden Monaten werden aus ethischen Gründen die alten und erkrankten Menschen zuerst geimpft werden. Doch für die Dynamik der Pandemie sind die jungen und berufstätigen Menschen relevant, die in ihrem Alltag viele Sozialkontakte pflegen. Da diese jedoch viel später geimpft werden, würden sich diese ohne ein-

schränkende Maßnahmen rasch anstecken. Die Infektionen würden stark ansteigen, so dass auch viele jüngere Menschen schwer erkranken würden, langzeitliche Leiden davontrügen oder sogar stürben.

Die Impfstoffproduktion vermag den globalen Bedarf nicht annähernd zu decken. Sogar bei einer sofortigen Freigabe der Lizenzen würde der Aufbau der erforderlichen Produktionsinfrastruktur einschließlich der hygienischen Validierung der Produktionsstätten mehrere Monate beanspruchen. Das dauert zu lang, um die Pandemie zu brechen. Das heißt, wer unter den gegebenen Umständen auf eine rasche Durchimpfung in den reichen Ländern setzt, stellt zugleich die Impfung der Armen anderswo auf der Welt in Frage. Die Nationalstaaten und die EU betreiben dazu einen menschenfeindlichen Impfstoffnationalismus und erschweren damit die Versorgung zusätzlich.<sup>12</sup>

Darum sind *erstens* die Patente mit Gratislizenzen zu öffnen. *Zweitens* müssen die Staaten selber Impfstoffe produzieren. Wenn das aufgrund der Ressourcen nicht möglich ist, müssen sie die Pharmaunternehmen dazu zwingen, die Produktion unter öffentlicher Kontrolle aufzunehmen. Entscheidend für diese Erwägungen ist der Weltbedarf. Diese Gesamtproblematik wirft schließlich die Frage auf, wie die Produktion von Medikamenten und Impfstoffen unter demokratische gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden kann. Die Eigentumsmonopole in der pharmazeutischen Industrie sind in Frage und die demokratische gesellschaftliche Aneignung der Pharmakonzerne auf die Tagesordnung zu stellen.

Kurzfristig und unmittelbar kommen wir nicht darum herum, durch gesellschaftlichen und solidarischen Druck von unten den Naturgesetzen der Pandemie Rechnung zu tragen und die »Gesetze der Solidarität« gegen die Gesetze des Profits durchzusetzen. Welche Maßnahmen durchgesetzt werden können und wie sie aussehen, ist vom gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnis abhängig. Die Bekämpfung der Pandemie hängt also auch davon ab, wie Kampagnen wie ZeroCovid im Verbund mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften die Menschen mobilisieren und eine radikale Eindämmungsstrategie durchsetzen.

## Anmerkungen

- 1) Nisreen A. Alwan et al. 2020: »Scientific consensus on the COVID-19 pandemic: we need to act now«, in: *The Lancet* 396 (10260): e71-e72. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)32153-X](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)32153-X).
- 2) Viola Priesemann et al.: »Calling for pan-European commitment for rapid and sustained reduction in SARS-CoV-2 infections«, in: *The Lancet*. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)32625-8](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)32625-8).
- 3) ZeroCovid 2021: #ZeroCovid. Das Ziel heißt Null Infektionen! Für einen solidarischen europäischen Shutdown. 14.01.2021, <https://zero-covid.org>.
- 4) Klaus Dörre 2020: »Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30 (2) 2020/06/01: 165–190. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00416-4>.
- 5) D.F.Bertz (Hg.) 2021: *Die Welt nach Corona. Von den Risiken des Kapitalismus, den Nebenwirkungen des Ausnahmezustands und der kommenden Gesellschaft*, Berlin.
- 6) Karl Marx 1988 [1867]: *Das Kapital, Erster Band. Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW) Band 23*, Berlin: 192; vgl. Christian Zeller 2020: *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*, München, Kap. 3.
- 7) Rob Wallace 2020: *Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat*, Köln.
- 8) Verena Kreiling, Winfried Wolf und Christian Zeller 2020: *Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in Zeiten der Pandemie*, Köln: 137ff.
- 9) Dhaval M. Dave, Andrew I. Friedson, Kyutaro Matsuzawa und Samuel Safford 2020: *Black Lives Matter Protests, Social Distancing, and COVID-19*, NBER Working Paper (27408), National Bureau of Economic Research.
- 10) Kreiling et al. 2020 (siehe Anm. 8): 141ff.
- 11) Will Steffen et al. 2018: »Trajectories of the Earth System in the Anthropocene«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115 (33): 8252–8259; Ian Angus 2020: *Im Angesicht des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise*, Münster.
- 12) Kai Kupferschmidt 2021: »Unprotected African health workers die as rich countries buy up COVID-19 vaccines«, in: *Science*, February 17. <https://www.sciencemag.org/news/2021/02/unprotected-african-health-workers-die-rich-countries-buy-covid-19-vaccines>.

---

*Christian Zeller, Professor für Wirtschaftsgeographie an der Universität Salzburg. Christian Zeller ist zusammen mit Verena Kreiling und Winfried Wolf Koautor des Buches: Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in Zeiten der Pandemie. Köln: Papyrossa, 2020 und Autor von Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: Oekom Verlag, 2020.*



INLAY  
1|21

## Nach der Krise – Vor der Krise?

Tagungsbericht zur Herbstakademie 2020

Unter dem Titel *Nach der Krise – Vor der Krise? Die Coronapandemie und ihre Folgen für Gesellschaft und Hochschule* fand vom 27. bis 29. November 2020 die jährliche Herbstakademie des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), der Forschungs- und Informationsstelle beim BdWi (FIB), dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) und der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) als Videokonferenz statt.

Angestrebt waren die Analyse aktueller Entwicklungen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Verteidigung und Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Dazu trugen neun Inputs bei, die aus verschiedenen Perspektiven Verlauf und Folgen der Coronakrise nachzeichneten und zur Diskussion anregten. Insgesamt nahmen 40 Kolleg\*innen an der Herbstakademie teil (bei relativ hoher Fluktuation).

Einleitend erörterte *Thomas Sablowski* mit seinem Vortrag »**Corona und die Vertiefung der Europa-Krise**«, dass der Corona-bedingte Wirtschaftseinbruch auf das Nord-Süd-Gefälle in der EU trifft, das auch aus spezifischen Widersprüchen der Integration im europäischen Binnenmarkt resultiert. Die fortwirkenden Spuren der Eurokrise werden überlagert durch eine Pande-

mie-bedingte Finanzkrise, die diejenigen EU-Staaten besonders hart trifft, welche bereits durch die Eurokrise schwer belastet wurden. Kontrovers wurde dann diskutiert, ob mit der Krisenregulation ein Ende des Neoliberalismus verbunden sei oder nicht.

*Katharina Schramm* fragte in ihrem Input »**Ende der Austerität? Corona und die »Schwarze Null«**«, ob die gegenwärtige Finanzpolitik in Deutschland zur Abmilderung der Corona-Folgen ein Ende der Austeritätspolitik markiere. Die Auflage kreditfinanzierter Corona-Hilfspakete durch die Bundesregierung bedeuten ihrer Ansicht nach aber keine Abkehr von der Politik der »schwarzen Null«, sondern sind über eine entsprechende Ausnahmeregelung abgedeckt. Schramm resümierte mit Verweis auf die Wirtschaftskrise 2007ff., dass massive Staatseingriffe zur konjunkturellen Stabilisierung keine Neuheit und daher auch keinen Bruch mit neoliberaler Wirtschaftspolitik darstellen.

Mit seinem Vortrag »**Die Dynamisierung der Vielfachkrise durch Corona**« erläuterte *Alex Demirovic* anhand seines Konzepts der Vielfachkrise, wie sich die bereits bestehenden teils reziproken, teils unabhängig zueinander stehenden Krisendynamiken weiter vertiefen. Diese Verstärkungskreisläufe gelte es zu

durchbrechen. Mit Blick auf die Wissenschaften plädierte Demirovic für den Erhalt einer wissenschaftlichen Infrastruktur, die kritische wissenschaftliche Kontroversen und Suchbewegungen zulässt, und forderte eine gesellschaftliche Debatte zur Frage der »Systemrelevanz«.

*Andreas Fisahn* beleuchtete in seinem Beitrag »**Bedrohung von Grundrechten und Demokratie?**«, in welchem Ausmaß und auf welcher juristischen Grundlage Grundrechte im Zuge der Pandemie-Bekämpfung eingeschränkt wurden. Die Gefahr eines Abrutschens in ein autoritäres Regime sah Fisahn dabei nicht. Aber er monierte die mangelnde Einbindung der Parlamente beim Beschluss von Corona-Maßnahmen und warnte vor einem Gewöhnungseffekt an ein entparlamentarisiertes »Regieren im Ausnahmezustand« mit einem Machtzuwachs für die Exekutive über Sonderregelungen und kurzfristige Rechtsanpassungen.

*Paula-Irene Villa Braslavsky* referierte über »**Gender und Politik: Krisenpolitik der starken Männer?**« mit einem gendertheoretischen Zugang. Die gegenwärtige Politik sei keine »Politik der starken Männer«, sondern geprägt durch einen vergeschlechtlichten Dezinismus und ein Prekär-Werden der Trennung von Natur und Gesellschaft. Villa plädierte zudem für einen sehr weit gefassten Care-Begriff, der nicht begrenzt ist auf den Menschen, sondern alles Lebendige in seiner Vernetztheit und seinen nicht autonom zu befriedigenden Bedürfnissen umfasse.

*Gudrun Hentges* und *Gerd Wiegel* zeichneten in ihrem Vortrag »**Geländegewinne in der Krise? Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch die extreme Rechte**« den wechselhaften Umgang der AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten mit der Corona-Pandemie nach. Sie arbeiteten den Positionswechsel der Partei heraus, die zu Beginn der Pandemie deutlich restriktivere Maßnahmen von der Bundesregierung forderte und sich dabei als »Kümmererpartei« und als Teil einer »Allparteienkoalition« zu inszenieren versuchte, während die AfD mit fortschreitendem Pandemiegeschehen zunehmend den verschwörungsideologischen Argumentationsmustern der Querdenken-Bewegung folgt.

*Gerhard Hanloser* skizzierte unter dem Titel »**Coronaleugner? Verschwörungstheoretiker\*innen? Querfront? Wer demonstriert gegen die Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung?**« die Entstehung und die Hintergründe der Querdenken-Bewegung. Hanloser zufolge greife es zu kurz, die Bewegung ausschließlich als Tummelplatz der politischen Rechten und von Verschwörungs-

ideolog\*innen zu begreifen. Vielmehr bestehe derzeit eine Leerstelle linker, gesellschaftskritischer Stimmen in der Debatte um den politischen Umgang mit der Pandemie, welche die (extreme) Rechte für ihre Mobilisation nutzen könne. Umstritten blieb seine These, dass von einer »Querfront« keine Rede sein könne.

*Francis Seeck* stellte mit dem Referat »**Auswirkungen der Coronapandemie auf trans, nicht-binäre und queere Personen und Räume**« die Ergebnisse einer ethnografischen Studie zur Sorgearbeit queerer Personen vor. Während die Debatten um die Folgen der Corona-Krise auf Care-Arbeit häufig cis- und heteronormativ geprägt sind, ist queere Infrastruktur infolge der Krise stark gefährdet. Für trans, nicht-binäre und queere Personen, die bereits in prekären Verhältnissen lebten, verschärfen sich Isolation und Prekarität durch die Krise noch weiter. Seeck thematisierte zudem, dass es zum Teil auch innerhalb linker und schwul-lesbischer (Care-) Strukturen zu ableistischen, klassistischen und transfeindlichen Ausschlüssen kommt.

Abschließend erläuterte *Mirko Broll* unter dem Titel »...**das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce – Solidarität in Europa**« die Auswirkungen der europäischen Finanzpolitik auf das griechische Gesundheitswesen. Broll kritisierte die diskursive Verknüpfung von Austeritätspolitik mit (vermeintlicher) Solidarität. Infolge der Corona-Pandemie profitiert der private Gesundheitssektor in Griechenland, wohingegen das öffentliche Gesundheitswesen massiv unterfinanziert und überlastet ist, sodass ein Teil der Gesundheitsversorgung nur noch über ehrenamtlich organisierte Solidarische Apotheken und Praxen abgedeckt werden kann.

In der Abschluss-Debatte wurde diskutiert, wie die Vielfachkrisen-Dynamiken durchbrochen werden könnten. Außerdem wurde mit Blick auf die Hochschulen kontrovers diskutiert, ob und wie Gesundheitsschutz in Pandemie-Zeiten für Hochschulangehörige mit dem Bedürfnis nach Präsenzbetrieb an Hochschulen als Voraussetzung für die demokratische Erfahrungs- und Gestaltbarkeit von Hochschule und Wissenschaft in Einklang zu bringen ist.

## Studienfinanzierung in der Krise

### 52. Mitgliederversammlung des BdWi

Termin: Samstag, 17. April 2021, 11.00–17.00 Uhr

Ort: Hybridveranstaltung (digital/Präsenz):

– Onlineversammlungsraum bei GoTo-Meeting /

– Osthafenforum, Lindleystraße 15, 60314 Frankfurt am Main

Als Tagesordnung der Mitgliederversammlung ist vorgesehen:

1. Eröffnung
2. Konstituierung: Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollant\*innen
3. Festlegung der weiteren Tagesordnung
4. Beschlussfassung des Protokolls der MV vom 21. November 2020
5. **Inhaltlicher Schwerpunkt:** Studienfinanzierung in der Krise: Kritik und Perspektiven für das BAföG  
Input: *Jonathan Dreusch* (freier zu-

sammenschluss von student\*innenschaften / fzs)

6. Bericht des Vorstands
7. Jahresabschluss 2020, Kassenprüfbericht
8. Entlastung des Vorstands
9. Politische Planung / Projekte 2021
10. Verabschiedung des Haushaltsplans 2021
11. Wahlen zu Vorstand, Beirat und Politischer Geschäftsführung  
Aufgrund der – komplett oder teilweise – digitalen Austragung der MV soll der Wahlvorgang im Anschluss an die MV per Briefwahl erfolgen. Unter diesem TOP stellen sich die Bewerber\*innen vor.
12. Wahl Kassenprüfer\*innen
13. Weitere Anträge und Entschließungen
14. Verschiedenes

Gemäß Beschluss der 51. BdWi-MV vom 21.11.2020 soll die 52. MV nach Möglichkeit als Hybridveranstaltung – also als Verbindung von Präsenztagung und Videokonferenz – durchgeführt werden. Sollte der Verlauf der Pandemie eine Präsenzveranstaltung nicht ermöglichen, findet die 52. MV ausschließlich im Videokonferenzformat statt. Für die Präsenzveranstaltung gilt eine Mindestanmeldezahl, daher bitten wir dafür um vorherige Anmeldung. Aus organisatorischen Gründen kann der Präsenzpart nur stattfinden, wenn **bis zum 25.3.2021** mindestens 10 BdWi-Mitglieder angemeldet sind. Davon abgesehen ist pandemiebedingt auch eine kurzfristige Absage der Präsenz-MV möglich.

In jedem Fall soll die Durchführung vorzunehmender Wahlen in Form einer Briefwahl stattfinden. Daran können alle BdWi-Mitglieder teilnehmen, wenn sie die Zusendung der Briefwahlunterlagen **bis zum 16.4.2021 (Posteingang)** beantragen. *Die Briefwahlunterlagen werden nicht automatisch allen Teilnehmenden zugesandt, bitte explizit anfordern.*

Interessierte Mitglieder sind zur Mitarbeit in den Wahlgremien des BdWi herzlich eingeladen. Kandidaturen können bis zum Beginn von TOP 11 der MV eingereicht werden. Wird die Kandidatur der Geschäftsstelle bis zum 25.3.2021 mitgeteilt, kann auch eine

kurze Vorstellung mit den Sitzungsunterlagen verschickt werden.

Wir bitten um frühzeitige Anmeldung unter Tel.: 06421-21395 oder per Mail an [bdwi@bdwi.de](mailto:bdwi@bdwi.de), damit wir die Verpflegung planen und die Sitzungsunterlagen zusenden können. Antragsvorla-

gen und Vorschläge zur Ergänzung der Tagesordnung bitte ebenfalls an diese Adresse.

Eine Anreisebeschreibung sowie die Einwahldaten werden mit den Sitzungsunterlagen verschickt und auf der Webseite [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de) veröffentlicht.

# Neuerscheinungen im BdWi-Verlag

## Klassismus und Wissenschaft

**Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien, 2. überarbeitete Auflage, herausgegeben von Bernd Hüttner und Riccardo Altieri, ISBN: 978-3-939864-29-5, 217 Seiten, 14,00 €**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bezeichnet »Klassismus« als »die vergessene Benachteiligung« und schlägt vor, dass »Klassismus ein eigenständiges Diskriminierungsmerkmal sein sollte«. Mit diesem Buch möchten die Autor\*innen und Herausgeber einen Beitrag dazu leisten, die strukturelle Dis-

kriminierung aufgrund der sozialen Herkunft stärker sichtbar zu machen. Das geschieht vor der Kulisse wissenschaftlicher und hochschulischer Wirkungsstätten als Orten mit Bildungsauftrag bei gleichzeitig beschränktem Zugang. 16 Beiträge zeigen individuelle Erfahrungshorizonte, Bewältigungsstrategien und Lösungsansätze zum Umgang mit klassistischer Diskriminierung und Unterdrückung.

Die Lektüre der Texte soll dazu beitragen, dass viele sich ihrer Situation be-

wusst und dann aktiv werden, damit Klassismus in Zukunft umso mehr bekämpft und schließlich überwunden werden kann.

### Mit Beiträgen von:

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, Corinna Widhalm, Anna Scharmin Shakoora, Mustafa Saeed, Sara, Markus Tumelshammer, Andreas Stahl, Barbara Juch, Laura Nitsch, Sahra Rausch, Rosa Cattani, Dagmar Fink, Elisabeth Anna Guenther, Roswitha Hofmann, Zuzana Kobesova, Elisabeth Malleier, Charlotte Wardin, Lena Marie Staab, Jan Niggemann, Frank Jacob.

Nähere Infos und Bestellmöglichkeit unter <https://www.bdwi.de/verlag/gesamtkatalog/10869360.html>.

# BdWi-Infos und -Termine

## BdWi-Mittwoch

**Monatliche Videoveranstaltungen immer am ersten Mittwoch im Monat**

### Lecturer vs. Tenure-Track?

Diskussion unterschiedlicher Personalmodelle

Termin: *Mittwoch, 7.4.2021, 18.00 Uhr*  
Im Zuge der Diskussionen um hohe Be-

fristungsquoten in der Wissenschaft und mangelnde Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler\*innen wird der Ruf nach alternativen Personalmodellen an Hochschulen immer lauter. Insbesondere das Tenure Track- und das Lecturer-Modell scheinen Auswege aus dem akademischen Befristungsunwesen zu bie-

ten. In einem Streitgespräch möchte der BdWi die beiden Modelle gegenüberstellen und kritisch diskutieren.

### Klassismus und Wissenschaft

Buchvorstellung anlässlich des Erscheinens der 2. Auflage

Termin: *Mittwoch, 5.5.2021, 18.00 Uhr*

Weitere Infos und der Zugangslink für die Teilnahme an den Veranstaltungen werden zeitnah mitgeteilt. Für Infos bitte auch die Webseite [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de) beachten.

# gender.macht.wissenschaft

## BdWi unterstützt Erklärung gegen Sexismus in der Wissenschaft

Seit ein paar Wochen ist auf der Seite <https://gender-macht-wissenschaft.de/> eine gemeinsame Erläuterung von Wissenschaftler\*innen zu Sexismus in der Wissenschaft online.

»Sexistische Grenzüberschreitungen sind im Arbeitsalltag von Wissenschaftler\*innen keine Ausnahme. Sexismus und sexualisierte Diskriminierung und Gewalt sind an deutschen Hochschulen

alltäglich. Davon betroffen sind alle Status- und Beschäftigtengruppen.

Wir werden diese sexistischen und diskriminierenden Verhältnisse nicht länger hinnehmen. Wir wollen Reflexionsprozesse in Gang setzen und Veränderungen anstoßen.«

Der BdWi unterstützt das Anliegen der Kampagne und empfiehlt die Unterzeichnung der Erklärung:

<https://gender-macht-wissenschaft.de/>

# Forum Wissenschaft

## Call for Papers

### Forum Wissenschaft 4/21, Klassismus und Wissenschaft

Die Redaktion von Forum Wissenschaft möchte in Heft 4/21 nochmal die Debatte um Klassismus aufgreifen und in einem Themenschwerpunkt vertiefen. Dazu laden wir zur Einreichung von Beiträgen ein und bitten um Einsendung eines Artikel-exposés mit circa 2.000 Zeichen bis 31. Mai an [bdwi@bdwi.de](mailto:bdwi@bdwi.de).

Die Annahmestellung für Beiträge erfolgt unsererseits bis spätestens 1. Juli 2021.

Die Abgabe der angenommenen Artikeltexte mit der verabredeten Zeichenzahl sollte dann bis spätestens 15. Oktober 2021 erfolgen. Als Textlimit gelten

18.000 Zeichen. Honorarzählungen sind leider nicht möglich.

Erscheinungsdatum der Ausgabe wird zum 15.12.2021 sein.

Den kompletten Call gibt es unter: [https://www.bdwi.de/forum/naechste\\_ausgaben/index.html](https://www.bdwi.de/forum/naechste_ausgaben/index.html)

## Neue Themenpakete

In jedem Heft widmet sich Forum Wissenschaft relevanten (gesellschafts)wissenschaftlichen Themen. Dabei werden oft bestimmte Diskussionsstränge nach wenigen Ausgaben wieder aufgenommen und unter ähnlichen – oder ganz anderen – Gesichtspunkten weitergeführt. Um unseren Leser\*innen die Möglichkeit zu erleichtern, die Entwicklung

dieser Debatten nachzuvollziehen, hat Forum Wissenschaft neuere und ältere Ausgaben zu Themenpaketen von je vier Ausgaben zusammengefasst und bietet sie preisreduziert für je 15 EUR an.

Am Jahresanfang haben wir die Themenpakete neu zusammengestellt. <https://www.bdwi.de/forum/themenpakete/index.html>

## Mitarbeit in der Redaktion

Die Redaktion Forum Wissenschaft möchte ihre personelle Basis etwas verbreitern. Wer Interesse hat, sich ehrenamtlich an der Erstellung eines vierteljährlich erscheinenden wissenschaftspolitischen Magazins zu beteiligen, ist herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Rückmeldungen nehmen wir gern entgegen: [forum@bdwi.de](mailto:forum@bdwi.de) oder telefonisch: 06421-21395

# Solidarität mit Bogazici!

## BdWi unterstützt Proteste an der Bogazici-Universität Istanbul

Am 1. Januar 2021 hat der türkische Staatspräsident ohne jegliche Konsultation einen neuen Rektor für die Bogazici-Universität in Istanbul, eine der renommiertesten Universitäten der Türkei, ernannt. In den letzten vier Jahren sind bereits mindestens ein Dutzend Universitäten mit den gleichen strukturellen Vorgaben der autoritären Herrschaft konfrontiert worden. Normalerweise werden die Rektoren an den türkischen Universitäten von der Fakultät gewählt und bestimmt, aber dieses Verfahren

wurde durch eine Intervention des Präsidenten im Jahr 2016 außer Kraft gesetzt.

Gegen diese undemokratische und wissenschaftsfeindliche Entscheidung protestieren seit Jahresbeginn Tausende von Student\*innen und Dozent\*innen in Istanbul sowie in anderen Teilen der Türkei.

Auch türkische Diaspora-Akademiker\*innen in Europa zeigen sich sehr besorgt über diese jüngsten Entwicklungen und haben verschiedene öffentliche Ini-

tiativen initiiert, auf die wir gern mit Bitte um Unterstützung hinweisen.

Der BdWi beobachtet die Entwicklungen in der Türkei mit großer Sorge. Die jüngsten autoritären Maßnahmen reißen sich ein in einen seit Jahren unverändert repressiven Umgang der türkischen Regierung mit kritischen Wissenschaftler\*innen.

Wir solidarisieren uns deshalb mit den Protesten von Studierenden und Lehrenden gegen die autoritäre Amtseinstellung eines Rektors und unterstützen die Forderung des Senats der Bogazici-Universität, die 2012 beschlossenen Grundsätze zur Schaffung einer unabhängigen, demokratischen und autonomen Universität umzusetzen.

Mehr Infos: <https://www.bdwi.de/show/10909940.html>

# Einsparungen schwächen die kommende Generation!

## Offener Brief der LAK Niedersachsen

Trotz der durch die Covid-19-Pandemie verschärften Unterfinanzierung in nahezu allen Bereichen der Hochschulen plant die niedersächsische Landesregierung regelmäßige Kürzungen im Hochschulbereich von rund 24 Millionen Euro

pro Jahr. Dagegen richten sich Appelle aus Politik, Gesellschaft und Hochschulwesen. Die Landesastenkonzferenz (LAK) Niedersachsen hat einen offenen Brief an die Landesregierung formuliert. Zahlreiche Organisationen, darunter der

BdWi, unterstützen die Forderungen dieses offenen Briefes:

1. Zurücknahme der Sparauflagen
  2. Bedarfsorientierte und wettbewerbsunabhängige Grundfinanzierung
  3. In der Höhe ausreichende und zweckgebundene Mittel für Studium und Lehre
  4. Keine Einsparungen zu Lasten des Studienangebotes
  5. Keine Einsparungen zu Lasten der Antidiskriminierungsarbeit an Hochschulen.
- Der komplette Offene Brief kann nachgelesen werden: [www.bdwi.de](http://www.bdwi.de).

---

---

# Nachrichten

## aus der Wissenschafts- und Hochschulpolitik

### **Geschlechter(un)gerechtigkeit an Hochschulen**

Nur jede vierte Professur ist in Deutschland mit einer Frau besetzt. Frauen haben aber nicht nur schlechtere Chancen beim Aufstieg im Wissenschaftssystem, sondern sie verdienen im Fall einer erfolgreichen Berufung im Durchschnitt auch weniger als ihre männlichen Kollegen. Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Analyse des Deutschen Hochschulverbands hervorgeht, fiel das Bruttoeinkommen von W3-Professorinnen 2019 im Schnitt um 720 Euro geringer aus als bei Professoren derselben Besoldungsgruppe, bei W2-Professorinnen betrug die durchschnittliche Differenz 320 Euro. Fehlende Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen schlägt sich aber nicht nur auf dem Gehaltszettel nieder, sondern äußert sich auch im Unialltag. Wissenschaftler\*innen der Uni Passau haben die Geschlechterverhältnisse auf dem 61. Deutschen Geograf\*innen-Kongress untersucht. Franziska Meixner, Koautorin der Studie, kommt zu folgendem Schluss: »Männer beanspruchen für ihre Ausführungen und ihre akademischen Selbstinszenierungen im Schnitt deutlich mehr Raum«. Noch deutlicher wird das Ausmaß patriarchaler Strukturen an Unis in der Ende 2020 veröffentlichten Gemeinsamen Erklärung von Wissenschaftler\*innen gegen sexistische Grenzüberschreitungen im Arbeitsalltag von Wissenschaftler\*innen. Auf der Homepage [www.gendermacht-wissenschaft.de](http://www.gendermacht-wissenschaft.de) kann die Erklärung unterzeichnet werden. Dort befindet sich außerdem eine umfangreiche Sammlung von Vignetten, in denen anonymisiert Erfahrungen von Sexismus im Hochschulalltag dokumentiert werden.

### **Bildung brennt? Proteste gegen die österreichische UG-Novelle**

An Österreichs Unis gärt es. Trotz Pandemie-bedingter Einschränkungen im Versammlungsrecht gingen Anfang des Jahres mehrere hunderte Studierende auf die Straße, um gegen die Novelle des Universitätsgesetzes (UG) zu demonstrieren. Dazu aufgerufen hatte das Protestbündnis »Bildung brennt«, das in seiner Namensgebung an die Uni Brennt-Proteste 2009/10 anknüpft. Unterstützt werden sie in ihren Protesten auch vonseiten der Lehrenden, die sich in einem Offenen Brief an Wissenschaftsminister Heinz Faßmann (ÖVP) mit rund 500 Erstunterzeichner\*innen und mittlerweile über 25.000 Unterzeichner\*innen vehement gegen die Stoßrichtung der Novelle aussprechen. In der Kritik steht unter anderem die Einführung von Mindeststudienleistungen für die ersten beiden Studienjahre. Insbesondere für die zwei Drittel der österreichischen Studierenden, die neben ihrem Vollzeitstudium jobben müssen, erhöht das den Leistungsdruck. Widerstand gibt es aber auch gegen die geplante Kompetenzbeschneidung der akademischen Senate. So sollen anstelle des Senats künftig die Rek-

torate mit einer Richtlinienkompetenz zur Ausgestaltung der Studienpläne ausgestattet werden. Zudem erhalten die Universitätsräte stärkeres Gewicht bei der Bestellung von Rektor\*innen. Gewerkschafter\*innen befürchten außerdem eine weitere Zunahme prekärer Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft. Bisher ermöglicht eine Sonderregelung im UG Kettenbefristungen, die sich zum Teil über Jahrzehnte erstrecken können. Die Unis machen davon rege Gebrauch. Mit der Gesetzesnovelle sollen Befristungen künftig auf eine Höchstdauer von acht Jahren beschränkt werden. Kritiker\*innen der Neuregelung befürchten, dass vielen befristet beschäftigten Wissenschaftler\*innen damit künftig nach acht Jahren das Karriereende droht, weil ihnen die Unis keine unbefristeten Verträge anbieten werden. Die Sorge ist nicht unbegründet, wenn man die Entwicklung im Nachbarland Deutschland betrachtet. Seit Einführung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) 2007 als Sonderbefristungsrecht für die Wissenschaft ist nicht nur die Befristungsquote an Hochschulen so hoch wie noch nie. Weil es an vakanten Professuren und Dauerstellen im Mittelbau mangelt, bedeutet die Höchstbefristungsdauer im WissZeitVG von zwölf (in der Medizin 16) Jahren für eine Vielzahl hochqualifizierter »Nachwuchswissenschaftler\*innen« letztendlich den dauerhaften Ausstieg aus der Wissenschaft.

### **Vorgelagerte Studiengebühren in Hamburg**

Die Hamburger Bürgerschaft hat Mitte Dezember vergangenen Jahres die Einführung von Gebühren für Aufnahmetests in den Studienfächern Kunst und Medizin beschlossen. Für die Hamburger Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) ist das aber kein Bruch mit dem rot-grünen Koalitionsvertrag, in dem die beiden Regierungsparteien einen kostenfreien Zugang zu Bildung garantieren. Studierendenverbände und das Deutsche Studentenwerk kritisieren die Testgebühren dagegen als Studiengebühren über die Hintertür, die insbesondere für Studieninteressierte aus einkommensschwachen Familien eine zusätzliche Hürde darstellen. Auch von einzelnen Abgeordneten der grünen Bürgerschaftsfraktion gab es Kritik. Für die wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, Miriam Block, stehen die Testgebühren im Widerspruch zu Bildungsgerechtigkeit.

### **Großbritannien steigt aus dem Erasmus-Programm aus**

Mit dem Jahreswechsel ist auch die Übergangsfrist nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU ausgelaufen. Auch wenn Großbritannien weiterhin am EU-Forschungsprogramm *Horizon* partizipieren will, zieht das jetzt geschlossene Austrittsabkommen für Studierende und Wissenschaftler\*innen aus der

EU wenig erfreuliche Folgen nach sich. So gelten künftig beispielsweise für Studien- und Forschungsaufhalte von EU-Bürger\*innen strengere Einreiseregulungen als bisher. Der größte Wermutstropfen dürfte aber der britische Ausstieg aus dem Erasmus-Programm sein. Laut Premier Johnson sei das Austauschprogramm zu teuer; stattdessen solle es für britische Studierende künftig ein eigenes Austauschprogramm geben. EU-Studierende, die bislang bei Studienaufhalten im Vereinigten Königreich denselben Gebührensatz wie inländische Studierende zahlen mussten, müssen demnach deutlich tiefer in die Tasche greifen. Für sie fallen künftig die deutlich höheren Studiengebühren an, die bisher für internationale Studierende aus dem EU-Ausland galten. Die HRK kritisierte Großbritanniens Entscheidung als herben Rückschlag für den internationalen wissenschaftlichen Austausch.

### Proteste an der Istanbuler Bogazici-Universität

An der renommierten Istanbuler Bogazici-Universität finden seit Jahresbeginn Proteste von Studierenden und Wissenschaftler\*innen statt. Hintergrund ist die Ernennung des AKP-nahen Melih Bulu zum Direktor der Universität durch Präsident Erdogan. Seit 2018 das Präsidialsystem in der Türkei in Kraft getreten ist, kann Erdogan im Alleingang Universitätsdirektor\*innen einsetzen. Zuvor lag die Wahl von Direktor\*innen in den Händen der Universitäten. Die Erdogan-Regierung reagierte mit massiver Polizeigewalt auf die friedlichen Proteste. Der BdWi solidarisiert sich mit den Protestierenden und kritisiert das gewaltsame Vorgehen gegen die Demonstrierenden.

### Historische Altlasten

Die Uni Hannover hat eine Studie veröffentlicht, welche die NS-Vergangenheit des akademischen Personals ihrer Vorgänger-Institution, der Technischen Hochschule Hannover, systematisch untersucht – mit einem erschreckenden Ergebnis: mehr als die Hälfte der Professoren, die zwischen 1945 und 1957 in Hannover tätig waren, werden als »substantiell belastet«, rund 20 Prozent immerhin als »formal belastet« eingeschätzt. Unter den 20 Hochschulrektoren, die der Hochschule

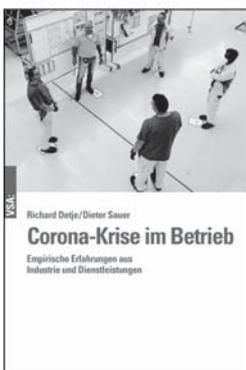
zwischen 1945 und 1978 vorstanden, befanden sich lediglich zwei, denen keine Verbindungen zu NS-Organisationen nachgewiesen wurden. Inwiefern der hohe Anteil an NS-belastetem Personal an der TH Hannover repräsentativ für die deutschen Universitäten nach 1945 ist, lässt sich schwer abschätzen. Die hannoverische Studie ist die erste, die systematisch NS-Kontinuitäten im akademischen Personal einer gesamten Hochschule untersucht hat.

Eine kritische Auseinandersetzung mit historisch belasteten Personen fand auch an der Berliner Beuth-Hochschule statt. In einem dreijährigen Diskussionsprozess beschäftigte sich die Hochschule kritisch mit ihrem Namensgeber Christian Peter Wilhelm Beuth (1781–1853) und stimmte schließlich für eine Umbenennung der Hochschule. Beuth gilt als Antisemit, der sich als Beamter aktiv dafür einsetzte, die Judenemanzipation in Preußen rückgängig zu machen. Ab Oktober heißt die Hochschule nun Berliner Hochschule für Technik.

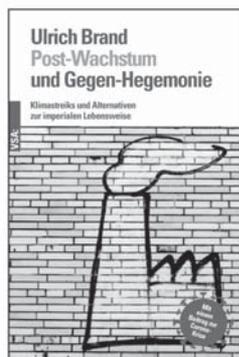
### »Leuchtturmprojekt« TU Nürnberg

Zum 1. Januar ist die TU Nürnberg (TUN) offiziell an den Start gegangen – bislang allerdings noch ohne Studierende. Bei der Landtagsopposition traf die Neugründung im Vorfeld auf Skepsis: Statt für 1,25 Milliarden Euro die Uni von Grund auf neu aufzubauen, hätte das Projekt deutlich günstiger auch unter dem Dach der FAU Nürnberg-Erlangen realisiert werden können. Die Grünen im Landtag äußerten zudem verfassungsrechtliche Bedenken mit Blick auf das Gründungsgesetz, das nur unzureichende Mitbestimmungsbefugnisse für Lehrende und Studierende in den Selbstverwaltungsgremien der TUN vorsehe. Kritik an Markus Söders »Leuchtturmprojekt« gibt es auch von Bayerns Oberstem Rechnungshof. Nach zweijähriger Prüfung kam der ORH im Frühjahr dieses Jahrs zu dem Schluss, dass der Freistaat für das TUN-Grundstück mit einem Kaufpreis von 90 Millionen Euro doppelt so viel, wie das Areal wert war, gezahlt und damit gegen die bayerische Haushaltsverordnung verstoßen habe. Verfassungsrechtler\*innen kritisierten schon 2019 den fehlenden Einbezug des Landtags beim Erwerb des Grundstücks als unrechtmäßig.

## VSA: Aus der Pandemie lernen



Richard Detje / Dieter Sauer  
**Corona-Krise im Betrieb**  
Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen  
144 Seiten | EUR 12,80  
ISBN 978-3-96488-097-0



Ulrich Brand: **Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie**  
Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Mit einem Beitrag zur Corona-Krise  
256 Seiten | EUR 16,80  
ISBN 978-3-96488-027-7



Alex Demirović u.a.  
**Das Chaos verstehen**  
Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona?  
Zeitdiagnosen  
240 Seiten | EUR 16,80  
ISBN 978-3-96488-100-7



Gine Elsner  
**Vom Abseits in die Mitte: die Gesundheitsämter**  
Geschichte und Aktualität einer Institution.  
200 Seiten | EUR 14,80  
ISBN 978-3-96488-106-9

Im Buchhandel oder direkt bei  
**VSA-Verlag**  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10,  
Fax 040/28 09 52 77-50  
info@vsa-verlag.de

Gesamtprogramm, Leseproben/  
Inhaltsverzeichnisse, Newsletter-  
Bestellmöglichkeit, Links,  
Lesungen/Termine u.v.m.

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# Mehr Kollegialität und Kooperation in der Schule

## Ein Plädoyer

*Nicht nur durch die Folgen der Coronakrise zeigt sich der wachsende Reformbedarf des Schulwesens. Ansätze zu einer Demokratisierung im Schulbereich gab es in den vergangenen Jahrzehnten häufig – eine konsequente Umsetzung blieb aus vielerlei Gründen aus. Doch – so führt Jos Schnurer im Folgenden aus – die Schule braucht einen Paradigmenwechsel für veränderte Leitungsstrukturen, die von Kooperation und demokratischer Mitbestimmung geprägt sind.*



Als in den 1960er Jahren auch die Fragen nach der Neubestimmung und Neubestimmung des öffentlich-rechtlichen Schulwesens dringlicher und fordernder gestellt wurden, fokussierten sich die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen auf die Herausforderungen, die sich durch die Veränderungs- und Wandlungsprozesse in lokalen und globalen Zusammenhängen ergaben. Es waren die Forderungen nach dem Paradigmen- und Perspektivenwechsel, wie sie bereits in der »globalen Ethik«, der von den Vereinten Nationen 1948 proklamierten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck kamen: »Die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte bildet die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt«. Daraus entwickelten sich die Ansprüche, in den menschlichen Gemeinschaften für eine gleichwertige »Bildung für Alle« und für »Gleichberechtigung« zu sorgen: »Es entspricht dem Geiste unserer Zeit, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durch Erweiterung der Selbstverwaltung bisher gebundene Kräfte zu befreien, das Interesse an der gemeinsamen Arbeit zu erhöhen, das Gefühl der Mitverantwortlichkeit und den Gemeinsinn zu wecken, und die Erfahrungen des Einzelnen der Gesamtheit mehr als bisher nutzbar zu machen«. Diese Forderung stammt nicht aus dem heutigen Diskurs über die vielfältigen politischen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge<sup>1</sup>; sie ist mehr als einhundert Jahre alt. Sie steht in der schulamtlichen Verordnung

»Die kollegiale Schulleitung« von 1919.<sup>2</sup> Sie beruht auf den Grundlagen, wie sie in der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 zum Ausdruck kamen, dass nämlich »die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre frei sind« (Art. 142), dass für die Bildung der Jugend öffentliche Anstalten zu sorgen hätten (143), dass das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates stünde (144), dass allgemeine Schulpflicht bestehe (145), dass sich das öffentliche Schulwesen organisch ausgestalten solle und für den Besuch einer Schule die Anlagen und Neigungen der Kinder und nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis maßgeblich seien (146).<sup>3</sup> Zahlreiche demokratische Grundsätze aus der so genannten »Weimarer Verfassung« wurden in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 und in die Schulgesetze der Bundesländer übernommen; z. B., dass in allen Schulen »sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung« gelehrt und vermittelt werden solle (148); wie auch, dass die in der Schule tätigen Lehrerinnen und Lehrer in der Lehrerkonferenz über die organisatorischen und didaktischen Grundsätze des Lehrens und Lernens mitentscheiden sollten. Dass auch Schülerinnen, Schülern und Eltern eigenständige, selbständige Vertretungen in der Schule zugestanden werden, ist ein Mitbestimmungsstatut, das sich erst in den weiteren Jahren der demokratischen Ordnung entwickelt hat.



## Kollegiale Schulleitung

Die Schulreformbewegung der End-1960er-Jahre in der Bundesrepublik, die zur (vorsichtigen und vorläufigen) Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen (IGS) führte und z. B. in Niedersachsen mit dem Status »Pilot-Schulen« ausgestattet wurden, hat sich ja zum Ziel gesetzt, die eine, gemeinsame Schule für alle Kinder einzurichten und damit das dreigliedrige Schulsystem überflüssig zu machen und abzulösen. In dieser »Front«-Stellung haben die Gesamtschulbefürworter und -arbeiter ihre Messlatten und Meißel an das traditionelle Schul-»Gebirge« angelegt und Reformen entwickelt und erprobt, wie z. B.: Änderungen des (Schul-)Leistungsgedankens durch die Ablösung des Notensystems durch Lernentwicklungsberichte; der didaktisch-methodischen, fächerbezogenen Unterrichtsstrukturen durch die Curriculum-Revision, die Zusammenfassung als fächerübergreifendes Lernen, etwa in den künstlerisch-musisch-kreativen, sozial- und naturwissenschaftlichen Fächern und bei der ethischen und interreligiösen Bildung. Institutionell und organisatorisch stand die Einführung der Kollegialen Schullei-

tung ganz oben. Die anfangs positiv, integrativ und motivativ wirkenden Erfahrungen mit diesem neuen Organisations- und Führungssystem, das verbunden war mit einer zeitlich befristeten, vierjährigen Wahl der Schulleitungsfunktionen, wurde wegen (angeblicher) »beamtenrechtlicher« Gesetzgebung jedoch bald revidiert, z. B. auf neun Jahre verlängert und in einigen Schulgesetzen auch weitgehend durch die Stärkung der Position des/r alleinigen Schulleiters/in wirkungslos gemacht. Damit wurde die Chance vertan, auch in der Schule das Selbst- und Mitbestimmungsrecht einzuführen.

## Schulen in Bewegung

Als 2006 die Robert-Bosch-Stiftung und die Heidehof-Stiftung, in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift *stern* und der *ARD*, den Deutschen Schulpreis ausgeschrieben, da reagierten die Initiatoren auch auf die Ergebnisse der verschiedenen internationalen Vergleichsuntersuchungen, vor allem die des »Programme for International Student Assessment« (PISA), in denen deutschen Schulen und Schülerinnen und Schülern insgesamt

erhebliche Defizite bei Lernleistung, den Kompetenzen zur gesellschaftlichen Teilhabe, dem Zusammenhang mit der ethnischen und gesellschaftlichen Herkunft und der Unterrichtsqualität und Schulentwicklung bescheinigt wurden. Dem im öffentlichen Diskurs daraufhin angehefteten Etikett: »Alle Schulen in Deutschland sind schlecht«, wollten die Initiatoren des Deutschen Schulpreises ein Contra entgegensetzen: »Es geht auch anders«. Die Stifter des Preises wollen »herausragende Schulen mit richtungsweisenden pädagogischen Leistungen herausheben, damit ihre beispielhaften Innovationen anderen Schulen zugutekommen können«. Mit dem schönen Slogan »Dem Lernen Flügel verleihen!«, werden Schulen eingeladen, sich beim jährlich einmal ausgeschriebenem Deutschen Schulpreis zu bewerben. Es werden jeweils ein Hauptpreisträger (mit einem Preisgeld von 100.000 Euro) und fünf weitere Schulen (mit jeweils 25.000 Euro) ausgezeichnet. Eine Jury aus 14 ErziehungswissenschaftlerInnen, PädagogInnen und gesellschaftlichen ExpertInnen, ergänzt durch ein Gremium von Fachleuten, wählen eine Anzahl von Bewerbern aus, besuchen die jeweiligen Schulen und

nominieren schließlich 15 Schulen, aus denen dann der Hauptpreisträger und die fünf weiteren Preisträger bestimmt werden. Die ausgezeichneten Schulen arbeiten weiterhin in einem Netzwerk zusammen, der »Akademie des Deutschen Schulpreises«, tauschen ihre Erfahrungen aus, diskutieren ihre geplanten Innovationen, bilden Hospitationszirkel und Gesprächskreise und öffnen sich vor allem für interessierte Schulen. Mehr als 1.000 Schulen haben sich bisher um den Deutschen Schulpreis beworben. Die Kriterien für die Auswahl von Schulen werden in sechs Inhaltsbereichen benannt: Leistung – Umgang mit Vielfalt – Unterrichtsqualität – Verantwortung – Schulklima, Schulleben und außerschulische Partner – Schule als lernende Institution. Interessant ist dabei, dass bei den bisher ausgezeichneten Bildungseinrichtungen die im Vergleich mit den traditionellen dreigliedrigen Schulen zahlenmäßig geringeren Gesamtschulen an der Spitze liegen.<sup>4</sup>

## Sozioprudenz

In einer humanen, friedlichen, gerechten, demokratischen Gemeinschaft kommt es darauf an, sozial klug zu handeln. Die Kompetenz gründet auf dem kantischen Rat: »Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen«, und auf dem Kategorischen Imperativ, der sich im Sprichwort so ausdrückt: »Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinen andern zu!«. Es kommt darauf an, das soziale Feld, in dem man sich individuell und kollektiv befindet, scharfsinnig zu beobachten und kommunikativ zu erschließen. Mit dem Begriff »Sozioprudenz« wird im soziologischen, sozialwissenschaftlichen Diskurs die Fähigkeit zum sozialen klugen Handeln bezeichnet. Wir sind bei der vornehmsten bildungspolitischen Aufgabe und Herausforderung, uns und den Mitmenschen zu ermöglichen, »soziale Wirklichkeiten kommunizierend und handelnd [zu] erschließen«. Der Kultursoziologe von der Universität Bonn, Clemens Albrecht, zeigt auf, wie sozial kluges Denken und Handeln wirksam werden kann, nämlich als Erkenntnis, dass soziale Klugheit mehr ist als rationales Denken: »Sie schließt die Überlegung ein, wann es klug ist, auf Rationalität zu verzichten« – oder sie zu relati-

vieren. Diese Einsicht lässt sich auch bei Fragen nach Autoritäten, Leitungs- und Führungsqualitäten einsetzen.<sup>5</sup>

## Autorität – eine Pädagogik des Vertrauens

Im pädagogischen Diskurs haben die aus der römischen Staatslehre stammenden Begriffe »auctoritas« und »potestas«, übersetzt als »Autorität« und »Macht« immer schon eine herausragende und für die Theorie und Praxis von Bildung und Erziehung prägende Bedeutung. Sie stellt sich dar in der Entwicklung und Darstellung von Erziehungsstilen und -maßnahmen, in Begründungen und Rechtfertigungen von Macht und Einfluss. Mit dem vom israelischen Psychologen Haim Omer entwickelten Konzept einer »neuen Autorität« stehen nicht mehr die Einstellungen und Wertvorstellungen im Vordergrund – Distanz, Kontrolle, Strafe – sondern Selbstkontrolle, Transparenz, Beharrlichkeit und Standhaftigkeit. In der »Systemischen Pädagogik« erhalten diese Maßstäbe einen ganzheitlichen Charakter. Damit ergibt sich auch ein Perspektivenwechsel bei den schulischen Ordnungs- und Führungsfragen. Mit der Aufforderung »In Führung gehen!« werden die für ein systemisches Bewusstsein wichtigen Autoritätsaspekte diskutiert, die sich als empathische, dialogische, internale, interpersonale, moralische, deeskalierende, unterstützende und pragmatische Präsenz darstellen und wirksam werden. Wo Konzepte, Haltungen und Einstellungen erfolgreich im Sinne eines humanen, gerechten und gleichberechtigten Erziehungsverhaltens sind, braucht es deren reflektierte, erfahrungsbedingte Weiterentwicklung und Vervollständigung. Die neuen Autoritätskonzepte werden dabei als prozess- und embodiment-fokussierte psychologische Theorien und Praxen verstanden, die sich ausdrücken in den Zielvorstellungen und Interventionen: »Verantwortung übernehmen!« – »Blockaden aufbrechen!« – »Hoffnung vermitteln!«.<sup>6</sup>

## Fazit

Wenn die Schule als Anstalt und gesellschaftliche Autorität ihre Aufgaben erfüllen will, braucht es die Fähigkeit und

Bereitschaft zum Umdenken. Der Paradigmenwechsel ist auch angesagt und fällig, wie sich die Macht- und Führungsstrukturen verändern, weg vom autoritären, distanzierten und obrigkeitsbestimmten Denken und Handeln, hin zu einem zeitgemäßen demokratischen, kooperativen und mitbestimmten Bewusstsein.<sup>7</sup>

## Anmerkungen

- 1) Wolf Lotter 2020: *Zusammenhänge. Wie wir lernen, die Welt wieder zu verstehen*, Hamburg, [www.socialnet.de/rezensionen/27036.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/27036.php); Jeremy Rifkin 2019: *Der globale Green Deal. Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann*, Frankfurt/Main, New York [www.socialnet.de/rezensionen/26178.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/26178.php); Manfred Folkers / Niko Paech 2020: *All you need is less*, München 2020, [www.socialnet.de/...php](http://www.socialnet.de/...php).
- 2) M.-E. vom 20. September 1919, U III B 2271.
- 3) Oskar Löber (Hg.) 1927: *Schulrecht für das Preußischen Regierungen unterstellte Schulwesen*, Wiesbaden, 1112 S. (Teil I) und 98 S. (Teil II: Verfügungen der Regierung in Hildesheim).
- 4) Manfred Prenzel, u. a. (Hg.) 2011: *Was für Schulen! Schule der Zukunft in gesellschaftlicher Verantwortung*, Bern, Stuttgart, Wien, [www.socialnet.de/rezensionen/12587.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/12587.php).
- 5) Clemens Albrecht 2020: *Sozioprudenz. Sozial klug handeln*, Frankfurt/Main, New York, [www.socialnet.de/rezensionen/27512.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/27512.php).
- 6) Martin Lemme / Bruno Kröner 2018: *Neue Autoritäten und Haltung und Handlung. Ein Leitfadens für Pädagogik und Beratung*, Heidelberg, [www.socialnet.de/rezensionen/23891.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/23891.php).
- 7) Werner Nienhüser u. a. 2018: *Was Menschen über Mitbestimmung denken*, Baden-Baden, [www.socialnet.de/rezensionen/25253.php](http://www.socialnet.de/rezensionen/25253.php).
- 8) Siehe dazu auch: »Sisyphos werden«, in: *Pädagogische Rundschau* 4/2018: 536ff; sowie: *Mensch Lehrer!*, 6/2019: 653ff.

---

Dr. Jos Schnurer (\*1934), ehemaliger Lehrer, Lehrerfortbildner und Lehrbeauftragter an der Universität Hildesheim. Der Hinweis darauf, welche Motive, Anlässe und Erwartungshaltungen hinter diesem »Zwischenruf« stecken könnten, die einer intensiveren, erziehungswissenschaftlichen Beachtung bedürften, sei mit der folgenden Erläuterung gestattet: Der Autor übte in den 1970er Jahren die vierjährige Zeitfunktion als Didaktischer Leiter der Robert-Bosch-Gesamtschule (RBG) aus. Er war dadurch Mitglied der Kollegialen Schulleitung.<sup>8</sup>

# Klassismus und Wissenschaft

## Es geht um Diskriminierung

2020 kann in der Rückschau als »Klassismus-Jahr« bezeichnet werden, weil erstmals der Begriff »Klassismus« eine größere, öffentliche Wahrnehmung und Verbreitung fand. Doch was hat es damit überhaupt auf sich? Zunächst ganz kurz: Klassismus bezeichnet die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft<sup>1</sup> – und da durch die Corona-Pandemie augenfällig wie lange nicht mehr die altbekannten Klassenunterschiede hervorgetreten sind, die Schere zwischen Arm und Reich noch deutlicher auseinander ging, ist diese Bezeichnung also durchaus zutreffend.<sup>2</sup> Aber um diese These näher diskutieren zu können, bedarf es zunächst einiger einleitender Bemerkungen über das Klassismus-Theorem.

Schon vor acht Jahren hat es Jana Günther in *Forum Wissenschaft* auf den Punkt gebracht: »Klassismus [beschreibt die] Stigmatisierung bestimmter Lebensumstände durch Angehörige der Mittel- und Oberschicht«,<sup>3</sup> das heißt der Mittel- und der Reichtumsklasse. Opfer der Diskriminierung sind Angehörige der arbeitenden und der Armutsklasse. Zwar gibt es mit William Ming Liu et al. auch Klassismus-Forschende, die klassistische Elemente nicht nur »downwards« wahrnehmen, sondern eben auch einen »upward classism« definieren,<sup>4</sup> doch für unsere Begriffe geht es hierbei um die Gegenüberstellung des Gegensatzpaares *Privileg versus Diskriminierung* – und zwar nicht als Momentaufnahme oder ähnliches, sondern als andauerndes Problem der gesamten Gesellschaftsstruktur: Reiche besitzen ihre Privilegien ständig, Arme werden deshalb ebenfalls kontinuierlich unterdrückt.<sup>5</sup> Wenn An-

gehörige der Reichtumsklasse als »Bonzen« oder Ähnliches bezeichnet werden, mag das durchaus klassistisch sein, jedoch entsteht ihnen dadurch weder physisch noch psychisch oder irgendwie sonst ein Nachteil. Umgekehrt, wenn Menschen aus der Armutsklasse »Sozialschmarotzer« und Vergleichbares genannt werden, besteht durchaus die Gefahr, psychische Schäden davonzutragen, weil sie sich ihres Platzes in der Gesellschaftshierarchie womöglich erst durch derartige Zuweisungen bewusst werden. Physische Schäden sind zumeist schon deshalb existent, weil in einer »Zweiklassengesellschaft« – das nun ausschließlich bezogen auf das Gesundheitssystem – arme Menschen strukturell benachteiligt werden.<sup>6</sup>

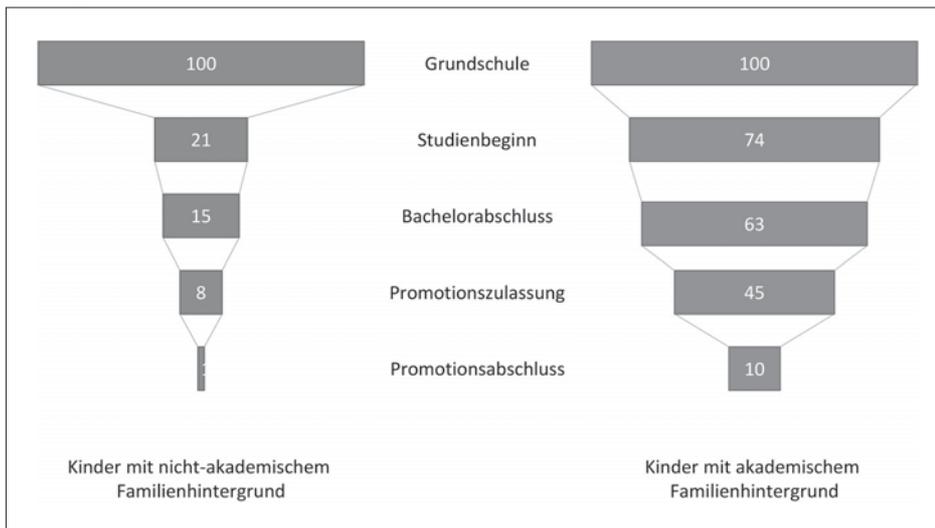
### Tendenz der sozialen Schließung

In der Wissenschaft vollzieht sich seit Beginn der Regierung Helmut Kohls eine sukzessive soziale Schließung der Hochschulen.<sup>7</sup> Das lässt sich anhand verschiedener Statistiken nachweisen: Zu Beginn seiner ersten Legislaturperiode, also 1982, hatten gemäß der 19. Sozialerhebung des *Deutschen Studentenwerks* 17 Prozent aller Studierenden einen »hohen« sozialen Herkunftsstatus, das bedeutet, dass beide Eltern einen Hochschulabschluss vorweisen konnten. Bis 2016 war diese Zahl auf 24 Prozent angestiegen. Während aber 1982 noch 23 Prozent aller Studierenden aus Elternhäusern kamen, in denen gar kein akademischer Abschluss vorhanden war, sank diese Zahl bis 2016 auf gerade ein-

*Seit einigen Monaten hat die öffentliche Debatte über »Klassismus« an Breite und Dynamik gewonnen. Das liegt nicht zuletzt an verschiedenen Buchpublikationen, die zu diesem Themenfeld im Herbst 2020 erschienen sind. Auch der BdWi-Verlag trug mit dem Sammelband »Klassismus und Wissenschaft« (dessen zweite Auflage gerade im Erscheinen ist) dazu bei. Die Herausgeber dieses Bandes, Riccardo Altieri und Bernd Hüttner, resümieren die Hintergründe.*



## Bildungstrichter: Von der Grundschule zum Promotionsabschluss



© Riccardo Altieri 2020. Quelle: Hochschulbildungsreport 2020, eigene Darstellung.

mal 12 Prozent.<sup>8</sup> Und dieser Trend setzt sich kontinuierlich fort, wie die 22. Sozialerhebung 2021 zeigen wird. Durch diese Entwicklung haben sich bestimmte Praktiken verfestigt. Angehörige aus Familien der arbeitenden oder der Armutsklasse erlangen signifikant seltener ›höhere‹ Bildungsabschlüsse oder gar Professuren. Als Beispiel mag diese Trichtergrafik gelten, die den Zugang zum Promotionsabschluss veranschaulicht:

Während also jedes Zehnte aller Kinder mit akademischem Familienhintergrund einen Dokortitel erwirbt, gelingt dies bei sogenannten Erstakademikerkindern nur einem von 100. Diese Umstände zu benennen und als Missstände anzuprangern, ist Aufgabe all jener, die sich für Antiklassismus, also die Bekämpfung klassistischer Machtverhältnisse in der Gesamtgesellschaft einsetzen. Allzu oft sind Klassismus-Betroffene aber nicht nur Ziel derartiger Ausgrenzungsmechanismen, sondern auch anderer Diskriminierungsformen: In der Intersektionalitätsforschung sprechen wir von der *Triple Oppression*, also der dreifachen Unterdrückung, wenn Klassismus, (Hetero-)Sexismus und Rassismus/Antisemitismus gemeinsam auftreten. Pionierinnen auf dem Gebiet der Mehrfachunterdrückungsthese waren die lesbischen, schwarzen, radikalen Feministinnen des *Combahee River Collective*.<sup>9</sup> Mit Klaus Viehmann et al. bilden alle Arten von Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen ein Netz, dessen einzelne Elemente bisweilen in den Vordergrund treten können, doch die in der Regel zusammen auftreten und ineinander

verschränkt sind,<sup>10</sup> und sich womöglich gar (gegenseitig) verstärken, wie die Sozialwissenschaftlerin Bettina Roß konstatierte.<sup>11</sup>

## Antiklassismus als Perspektive

Der Antiklassismus als Perspektive und damit Analyseinstrument hat es bisweilen schwer, von allen anerkannt zu werden. In der orthodoxen Linken gibt es gewisse Vorbehalte gegen den Begriff Klassismus, aber auch das dahinterstehende Theorem. Warum ist das so? Kurz gesagt: Weil er nicht von Karl Marx stammt. Doch das kann als Antwort nicht genügen – weder bei Kritik noch in der Analyse. Was hat es also überhaupt damit auf sich? Woher stammt der Begriff dann, wenn nicht von Klassendefinitionen eines Karl Marx, eines Max Weber oder eines Pierre Bourdieu?

Politische Breitenwirkung erhielt er, der es bis Dezember 2020 nicht in den Duden geschafft hat und von üblichen Textverarbeitungsprogrammen als typographischer ›Fehler‹ identifiziert wird, erstmals in der Frauenrechtsbewegung der USA während der 1970er Jahre.<sup>12</sup> So wird inzwischen seit fast 50 Jahren mit dem Begriff operiert, auch wenn er in Deutschland erst 1988 durch Anja Meulenbelt erstmals auf einem Buchtitel<sup>13</sup> gelandet ist und schließlich 2009 durch Andreas Kemper und Heike Weinbach größere Verbreitung fand.<sup>14</sup> Im Klassismus-Jahr 2020 erschienen schließlich zahlreiche Publikationen, die sich mit diesem Themengebiet näher auseinan-

dersetzten.<sup>15</sup> Aktivistische und Bildungsarbeit gibt es seit mehr als einem Jahrzehnt und beide nehmen mehr und mehr Fahrt auf, indem etwa etablierte Weiterbildungseinrichtungen das Thema aufgreifen.

Die Erkenntnis, von Klassismus betroffen zu sein, erfordert eine Sichtbarmachung des Missstandes selbst. Bisher gelang dies meist, indem Parallelen zwischen Rassismus, Sexismus und Klassismus gezogen wurden, da in allen drei Unterdrückungssystemen eine ähnliche Vorgehensweise verfolgt wird. Auf Basis eines Merkmals (Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft etc.) wird die bezeichnete Person darauf reduziert und diskriminiert – das heißt, gesellschaftlich sowohl individuell als auch strukturell unterdrückt. Die Gemeinsamkeiten oppressiver Ismen überwiegen dabei die Unterschiede zwischen ihnen.

Anders als bei Rassismus und Sexismus liegen für das Klassismus-Theorem allerdings noch keine allgemeingültigen Definitionen vor, Studien sind sogar deutlich seltener vorhanden. Insofern lässt sich der Klassismus auf der Ebene der politischen Unterdrückung durchaus als »klassischer Ismus« (*Neues Deutschland*, 19.09.2020) bezeichnen, hinsichtlich des Umgangs mit seinem Vorhandensein existiert jedoch erheblicher Nachholbedarf. Auf den Klassismus in der Wissenschaft gingen zunächst Julia Reuter et al. in ihrem Sammelband *Vom Arbeiterkind zur Professur* ein.<sup>16</sup> Allerdings wird der Begriff selbst auch nur von Julia Reuter in ihrem eigenen Beitrag verwendet.<sup>17</sup> Bereits kurz darauf erschien im Verlag des BdWi der Sammelband *Klassismus und Wissenschaft*. Als drittes Buch, das den Terminus im Titel führte, erschien zuletzt von Francis Seeck und Brigitte Theißl *Solidarisch gegen Klassismus* – und zwar gleich in zwei Auflagen noch vor Jahresende 2020. Der kritische Widerhall auf all diese Publikationen, nicht zuletzt aufgrund ihres Charakters als Sammlung von autobiographischen Berichten,<sup>18</sup> ließ nicht lange auf sich warten. Die Kritik resultiert hierbei mutmaßlich vor allem aus einer Abwehrreaktion, weil autobiographisches Schreiben und Argumentieren gegen die Vorstellung des subjektlosen Denkens und Argumentierens verstoßen. An den Hochschulen und in der Linken (zumindest in der Theorielinken) wird ja wenig von sich selbst, der eigenen Geschichte,



Niederlagen, Verletzungen geredet oder geschrieben. Antiklassismus tut aber genau das – verstößt also unter Umständen gegen Tabus. Und bekommt auch deswegen so viel Gegenwind.

## Sprache und Partizipation

Wenn jedoch in der orthodoxen Linken künftig weiterhin darauf gepocht wird, dass sich der Antiklassismus »einreihen« müsse, wenn überhaupt lediglich ein bunter, kleiner Splitter des »Klassenkampfes« sei, so wird dadurch womöglich die Erosion durch Separation erheblich stärker vorangetrieben als durch die Akzeptanz neuer Termini der Politikwissenschaft – wenn sie auch bisweilen aus den USA stammen. Gegenüber einer europatypischen, hochtheoretisierten Wissenschaftssprache Pierre Bourdieus oder Michael Vesters hat der Klassismus-Begriff internationale Anschlussfähigkeit und ist imstande, durch eine einzige Bezeichnung ein Theorem zu erklären, das vielen bereits bekannt ist, für das sich jedoch noch kein Name etabliert hat. Durch eine klar verständliche Sprache Partizipationsmöglichkeit zu schaffen, ist bereits Bestandteil antiklassistischer Praxis. Das beinhaltet auch, Begriffe wie »Klasse« nicht einfach durch neoliberale

Termini wie »Milieu« zu ersetzen, weil damit schlicht nicht dasselbe gemeint ist. Kemper und Weinbach argumentieren dafür, dass der Sozialvertikalismus, der in hierarchiereproduzierenden Begriffen wie »Unterschicht« oder »Sozialaufstieg« erkennbar ist, überwunden wird. Während die Klassen sich nur in der Ebene bewegen – durch »Klassenschranken« getrennt sind – fungiert der Milieubegriff nicht nur horizontal, sondern eben auch vertikal. Gänzlich ungeeignet ist der »Schichtbegriff«, der aus der Geologie übernommen wurde.<sup>19</sup> Menschen sind aber keine Gesteinsablagerungen.

Und wie werden Menschen besser sichtbar als durch eigene Erzählungen? Klassismus lässt sich überhaupt am besten über derartige Egodokumente fassbar machen, findet auch der in Wien lebende Autor und politische Bildner Jan Niggemann.<sup>20</sup> Bei der Aufarbeitung individueller Erlebnisse in autobiographischen Texten ist gewiss darauf zu achten, dass die vermeintliche Einseitigkeit der subjektiven Erfahrung nicht die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung überschattet. Doch derartige Zeugnisse eröffnen auch die Chance, allgemeine Tendenzen festzustellen und zu definieren. In den bisher erschienen Bänden zu Klassismus und Wissenschaft ist bereits

erkennbar, dass viele zunächst außergewöhnlich anmutende »Einzelfälle« vielmehr Abbild eines Phänomens sind, das sich von der politischen Ökonomie herleitet und systematisiert werden kann. Im Sinne eines aktiven Anti-Klassismus können derartige Zeugnisse dazu dienen, Bewältigungsstrategien in Handlungsempfehlungen umzuwandeln.

Abschließend möchten wir deshalb zu mehr antiklassistischem Empowerment aufrufen. Das geht in erster Linie, indem Privilegien anerkannt werden und Diskriminierung bekämpft wird. Wem noch nicht ganz klar ist, wie das geht, dem empfiehlt Jan Niggemann folgende Frage an uns selbst – und die Antworten liefert er gleich mit: »Was von dem, was ich als normal und selbstverständlich kenne, wurde mir mitgegeben, vererbt oder früh beigebracht? Niemand ist schuld an der eigenen Herkunft. Doch die geteilte Sorge um eine solidarische Zukunft ist eine Wahl, die zu treffen ist.«<sup>21</sup> Oder mit den Worten von Frieda und Caro, Aktiven der Antiklassistischen Assoziation: »Das Ziel der Erschaffung von Klassenbewusstsein ist eine kollektive Organisation, die die kapitalistische Klassengesellschaft abschafft. Die Scheidelinie ist klar: Seite an Seite, Arbeit gegen Kapital!« (*Junge Welt*, 23.01.2021)

Anmerkungen

- 1) Vgl. hierzu bspw. Francis Seeck, Brigitte Theißl 2020: »Einleitung«, in: Francis Seeck, Brigitte Theißl (Hg.): *Solidarisch gegen Klassismus – organisieren, intervenieren, umverteilen*, 2. Aufl., Münster: 9–14; hier: 11.
- 2) Vgl. Oxfam.org 2021: »How the coronavirus pandemic exploits the worst aspects of extreme inequality«, <https://www.oxfam.org/en/how-coronavirus-pandemic-exploits-worst-aspects-extreme-inequality> (25.01.2021).
- 3) Jana Günther 2013: »Wer hat Angst vorm armen Proll?« Reifizierung und Inszenierung von Armut und »Unterschicht« in: *Forum Wissenschaft*, H. 1: 22–24; hier 22.
- 4) Vgl. William Ming Liu et al. 2004: »A new framework to understand social class in counseling: the social class worldview model and modern classism«, in: *Journal of Multicultural Counseling and Development*, Jg. 32, H. 4: 95–122; hier: 108.
- 5) Vgl. hierzu auch Andreas Kemper, Heike Weinbach 2020: *Klassismus. Eine Einführung*, 3. Aufl., Münster: 30.
- 6) Vgl. Eva Münster et al. 2010: »Überschuldung und Zuzahlung im deutschen Gesundheitssystem – Benachteiligung bei Ausgabenarmut«, in: *Das Gesundheitssystem*, H. 72: 67–76; hier: 73.
- 7) Vgl. allg. Kai Maaz 2006: *Soziale Herkunft und Hochschulzugang. Effekte institutioneller Öffnung im Bildungssystem*, Wiesbaden.
- 8) Vgl. Elke Middendorff et al. 2017: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*, Berlin: 28.
- 9) Vgl. hierzu Combahee River Collective 1982: »A Black Feminist Statement«, in: Gloria T. Hall et al. (Hg.): *All the women are White, all the Blacks are men, but some of us are brave. Black Women's Studies*, Old Westbury: 13–22.
- 10) Vgl. Klaus Viehmann et al. 1990: Drei zu Eins: Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus: <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/DreiZuEins/Drei->

ZuEinsViehmann.html (22.01.2021). Gedruckt dann in Projektgruppe 1993 (Hg.): *Metropolen(Gedanken) und Revolution? Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Berlin.

- 11) Vgl. Bettina Roß 2004: »Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft«. Einleitung«, in: Bettina Roß (Hg.): *Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Weiterdenken für antirassistische, feministische Politik und Politikwissenschaft*, Wiesbaden: 9–25; hier: 12. Vgl. ferner die Beiträge in: Gunda Werner-Institut in der Heinrich Böll-Stiftung, 2019 (Hg.): »Reach Everyone on the Planet...« – *Kimberlé Crenshaw und die Intersektionalität. Texte von und für Kimberlé Crenshaw*, Berlin (open access auf boell.de). Eine kritische Perspektive auf Intersektionalität bietet z. B. Michael Zander 2017: »Was ist problematisch an der Intersektionalität«, in: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, Jg. 41, H. 2: 47–65.
- 12) Vgl. hierzu Charlotte Bunch, Nancy Myron (Hg.) 1974: *Class and Feminism. A Collection of Essays from the Furies*, Baltimore, MD. Vgl. ferner Julia Roßhart 2016: *Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag. Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD*, Berlin.
- 13) Vgl. Anja Meulenbelt 1993: *Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus*, aus dem Niederländischen übers. von Silke Lange, Reinbek bei Hamburg, 3. Aufl.
- 14) Vgl. Andreas Kemper, Heike Weinbach 2020 (siehe Anm. 5).
- 15) Zu den bisher bereits genannten vgl. ferner Riccardo Altieri, Bernd Hüttner (Hg.) 2020: *Klassismus und Wissenschaft. Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien*, Marburg. Ein Klassiker der Klassismus-Debatte erschien nach 20 Jahren im Jahr 2020 erstmals in deutscher Übersetzung: bell hooks 2020: *Die Bedeutung von Klasse*, aus dem Amerikanischen übers. von Jessica Yawa Agoku, Münster.
- 16) Vgl. Julia Reuter et al. (Hg.) 2020: *Vom Arbeiterkind zur Professor. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft. Autobiographische Notizen und soziobiographische Analysen*, Bielefeld. Jana Groth hat jetzt in *Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung in Deutsch-*

land. *Marginalisierte Stimmen im feministischen Diskurs der 70er, 80er und 90er Jahre*, Weinheim 2021 auch die Debatte um Klassismus in der feministischen Bewegung vor dem Jahre 2000 nachgezeichnet.

- 17) Vgl. Julia Reuter, 2020: »Literarische Zeugnisse von Bildungsaufsteiger\*innen zwischen Autobiographie und Sozialanalyse«, in: Julia Reuter et al. 2020 (siehe Anm. 16): 103–128, hier: 119, 123:
- 18) Vgl. hierzu Elisabeth Malleier 2020: »Die Freiheit, die Wissenschaft und die Miete. Oder: wessen Wissen ist wie viel wert?«, in: Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, 2020: 139–156; hier: 142 (siehe Anm. 15). Eine gute Mischung von autobiographischen und gesellschaftskritischen Perspektiven bietet der Band Betina Aumair, Brigitte Theißl (Hg.) 2020: *Klassenreisen. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt*, Wien.
- 19) Vgl. Andreas Kemper, Heike Weinbach, 2020: 29 (siehe Anm. 5).
- 20) Vgl. Jan Niggemann 2020: »Zuhause im dazwischen: Theorie als Dialog von Erfahrung«, in: Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, 2020: 181–197; hier: 192 (siehe Anm. 15).
- 21) Jan Niggemann 2020: »Keine Klasse für sich. Perspektiven einer sorgenden Theoriearbeit«, in: Francis Seeck, Brigitte Theißl (Hg.) 2020: 45–54; hier: 54 (siehe Anm. 18).

Riccardo Altieri, geb. 1987, Arbeiterkind, Historiker. Hat in Potsdam promoviert. Mitglied der Redaktion von *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*.

Bernd Hüttner, geb. 1966, Bauernkind, Politikwissenschaftler. Lebt seit 1992 in Bremen. Mitglied des Vorstandes der »German Labour History Association« (GLHA).

Gemeinsam haben sie »Klassismus und Wissenschaft« herausgegeben, das soeben in zweiter, korrigierter Auflage im Verlag des BdWi erschienen ist.



Gen-ethischer Informationsdienst Nr. 256 – Februar 2021  
Zeitschrift für Informationen und Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie

# Schwangerschaft & Geschlecht

## Reproduktion jenseits normativer Vorstellungen

Die gesellschaftliche Betrachtung von Kinderwünschen, Schwangerschaftserleben und Familiengründung ist nach wie vor heteronormativ und verhaftet in einem binären Verständnis von Geschlecht. In diesem Schwerpunkt geht es um Lebensrealitäten jenseits von „Junge oder Mädchen“ und „Vater, Mutter, Kind“ und um die Rolle der Reproduktionsmedizin dabei.

**\*\*\* Jetzt bestellen! \*\***  
Einzelausgabe 8,50 Euro  
\*\* Jahresabo (4 Ausgaben/Jahr) 35,- Euro \*\*\*



Gen-ethisches Netzwerk e.V.  
Stephanstr. 13 • 10559 Berlin

Tel: 030 – 685 70 73  
Fax: 030 – 684 11 83

gen@gen-ethisches-netzwerk.de  
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Spendenkonto  
IBAN: DE15 4306 0967 1111 9023 33

# Aufstand in Sobibor

## Widerstand in nationalsozialistischen Vernichtungslagern

»Es ist zu wenig bekannt, daß einem unvorstellbar brutalen und total wirkenden Terrorsystem zum Trotz in den Konzentrationslagern Widerstand gegen die Tötung der Menschen und die Abtötung alles Menschlichen geleistet wurde, und zwar nicht nur individueller, sondern auch organisierter.«<sup>1</sup>

So Hermann Langbein, der die Konzentrationslager Dachau, Auschwitz und Neuengamme überlebte und 1954 zu den Mitbegründern des Internationalen Auschwitz-Komitees gehörte.

Ferner gilt es noch einen zweiten Mythos zu beseitigen, nämlich, wonach es keinen jüdischen Widerstand gegeben habe. So ist auf den europaweiten Widerstand jüdischer Menschen zu verweisen, u. a. auch in Polen.<sup>2</sup>

### Die »Aktion Reinhardt« und die Vernichtungslager<sup>3</sup>

Ohne den Zweiten Weltkrieg hätte es keine Vernichtung des europäischen Judentums gegeben. Im Rahmen der Eroberung und Besetzung Osteuropas durch die Wehrmacht kam es zur Errichtung von Konzentrations- und Vernichtungslagern, die einen wichtigen Teil der NS-Herrschaft darstellten. Am 4. Juni 1942 erlag Reinhard Heydrich einem Attentat, das der tschechische Widerstand wenige Tage zuvor auf ihn ausgeübt hatte. Heydrich war ein enger Vertrauter des SS-Reichsführers Heinrich Himmler und leitete maßgeblich die Wannsee-Konferenz am 20. Januar des gleichen Jahres. Zusammen mit Adolf Eichmann plante und organisierte Heydrich die sogenannte »Endlösung«.

Der NS-Staat reagierte auf dieses erfolgreiche Attentat mit der »Aktion Reinhardt« (Heydrichs Vorname wurde oft und fälschlicherweise mit »dt« geschrieben.). Zu den führenden Köpfen dieses Vernichtungsprogramms zählten die fanatischen Antisemiten Himmler und Odilo Globocnik, der seit November 1939 als SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin tätig war. Im Rahmen der »Aktion Reinhardt« erfolgte die Errichtung von drei Vernichtungslagern: Belzec, Treblinka und Sobibor. Hier ermordeten die deutschen Besatzer mindestens 1,8 Millionen Menschen. In Belzec begann die Vernichtung durch Kohlenmonoxidvergiftungen im März und endete im Dezember 1942. Die SS beseitigte viele Spuren ihres mörderischen Tuns. Danach begann die Errichtung der größeren Lager Treblinka und Sobibor.

Die Männer der »Aktion T4« (benannt nach einer Villa in der Berliner Tiergartenstr. 4) organisierten die Vernichtung – zunächst in Deutschland im Rahmen der »Euthanasie« an Kranken und Behinderten in den Tötungsanstalten Bernburg, Brandenburg, Grafeneck, Hadamar, Hartheim und Sonnenneck. Nach diesen Erfahrungen mit einem Massenmord verlagerten die Männer ihr tödliches Wissen ins besetzte Polen. Nun wurden Juden und Jüdinnen ihre neuen Opfer.

In den drei Lagern der »Aktion Reinhardt« wirkten jeweils 20 bis 30 SS-Leute<sup>4</sup> sowie ca. 100 »Trawniki«-Männer.<sup>5</sup> Letztere, meistens sowjetische Kriegsgefangene, erfuhren ihre Ausbildung im Lager Trawniki (bei Lublin) und dienten als Wachpersonal. Die Befehle gingen nur von der deutschen Seite aus. Die Lagerinsassen wussten oft nicht, auf welcher Seite die »Trawniki« standen. Der vermutlich bekannteste »Trawniki« ist

*Am 14. Oktober 1943 erhoben sich etwa 600 Häftlinge des Konzentrationslagers Sobibor gegen ihre SS-Bewacher und flüchteten aus dem Lager. Der Aufstand war der Höhepunkt eines schon länger organisierten Widerstandes gegen die NS-Vernichtungspolitik. Bis heute ist über jüdischen Widerstand viel zu wenig bekannt. Karlheinz Lipp möchte dazu beitragen, den Mythos zu beseitigen, dass es keinen jüdischen Widerstand gegeben habe.*



*Leon Feldhendler, Mitorganisator des Aufstands in Sobibor*

John (Iwan) Demjanjuk, der in München 2011 zu fünf Jahren Gefängnis wegen Beihilfe an der Ermordung von ca. 28.000 Menschen verurteilt wurde. Er starb im März 2012.

## Das Vernichtungslager Sobibor<sup>6</sup>

Dieses Vernichtungslager ganz im Osten Polens bauten Globocniks Männer unter der Leitung von SS-Hauptsturmführer Richard Thomalla ab März 1942 versteckt in einem Waldgebiet mit Bahnanschluss. Im Mai begannen die ersten Ermordungen. Die Häftlinge waren stets dem Sadismus der SS-Wachmannschaften ausgeliefert. Dies zeigte sich u. a. in dem permanenten und brutalen Gebrauch der Peitsche. Ca. 150 Jüdinnen mussten Munition sortieren. Ferner wurde ein Bordell errichtet.

Eine sehr aufschlussreiche Quelle über die Alltagssituation und den Aufstand in Sobibor stellt der Bericht des sowjetischen Juden und Rotarmisten Aleksandr Petscherski dar. Noch im Vernichtungslager, in dem er ca. drei Wochen von Ende September bis Mitte Oktober 1942 interniert war, begann er sich Notizen zu machen. Erstmals erschienen seine Aufzeichnungen in der Sowjetunion im Jahre 1945. Anfang der 1970er Jahre nahm Petscherski eine Überarbeitung vor – nun mit einer Darstellung der Vorgeschichte seiner Kriegsgefangenschaft, seiner Zeit im Lager Minsk und der Beziehungen zum Widerstand.

Über die Ankunft von Gefangenen in das Vernichtungslager berichtet Petscherski:

»Es war ein planmäßiger Zug angekommen. Als die Leute sich schon ausgezogen hatten, beschlich sie eine Ahnung, wohin man sie führte, und nackt und voller Angst fingen sie an wegzulaufen. Aber wohin? Sie waren doch schon im Lager, gefangen und ohne Chance zu entkommen. Sie stürzten zu den Stacheldrahtzäunen, die Wachposten eröffneten das Feuer. Die meisten kamen durch die Kugeln um, die Übrigen wurden in die Gaskammern gejagt. Dieses Mal brannten die Scheiterhaufen bis spät in die Nacht. Turmhohe Flammen beleuchteten mit ihrem gruseligen Licht den

schwarzen Abendhimmel und das ganze Lager samt seiner Umgebung. Sprachlos vor Entsetzen blickten wir ins Feuer, in dem die Körper unserer gequälten Brüder und Schwestern verbrannt waren.«<sup>7</sup>

## Vor dem Aufstand: Selbstbehauptung und Flucht

Bereits vor dem spektakulären Aufstand gab es verschiedene Versuche, sich dem Vernichtungslager zu entziehen.

Nachdem langsam bekannt wurde, dass die Lager der »Aktion Reinhardt« vor allem dem Massenmord dienten, sprangen Jüdinnen und Juden unter großer Gefahr aus den fahrenden und gut bewachten Deportationszügen. Manchen gelang dadurch die Flucht, manchen nicht. Dies gilt auch für spontane oder geplante Fluchten aus den Todeszügen in Richtung Sobibor.<sup>8</sup>

Mit 16 Jahren kam Thomas »Toivi« Blatt nach Sobibor. Er schildert Formen der Selbstbehauptung und des Nonkonformismus im Vernichtungslager.

»Widerstand nahm in Sobibór vielerlei Gestalt an. Die jüdische Identität zu bewahren, war beispielsweise eine machtvolle, subversive Art des Widerstands. Juden beteten für die Toten und begingen trotz der Gefahr die traditionellen jüdischen Feiertage.

Für einige war Selbstmord eine Form des Protestes. Die Deutschen wollten den exakten Ort und Zeitpunkt des Todes eines Juden bestimmen. Selbstmord entzog ihnen diese Kontrolle. Diejenigen, die mit ihren Selbstmordversuchen nicht erfolgreich waren, wurden während des Appells geschlagen und dann zur Hinrichtung weggeschafft. [...]

Bevor die Deutschen die Sicherheitsmaßnahmen in Sobibór perfektionierten, wurden Häftlinge von Kameraden manchmal in verschlossenen Güterwaggons zwischen Kleidungsladungen versteckt, die abtransportiert wurden. Die wiederholten Zählungen der Häftlinge machten diese Fluchtmethode später unmöglich. Die Deutschen waren bei der Ankunft eines neuen Transports immer sehr nervös und aufmerksam. Trotz dieser scheinbar ausbruchssicheren Falle gab es acht Fluchtversuche aus Sobibór, die

bekannt sind. Einige waren erfolgreich. [...]

Im Juni 1943 flüchteten Josel Pelc, ein Tischler aus Tyszowice, und Yasha, ein Maurer aus der Stadt Chelm, dessen Nachname nicht bekannt ist, mitten in der Nacht, indem sie die Stacheldrahtzäune durchtrennten und den Wachmännern und Minen erfolgreich auswichen. Am nächsten Morgen wurden 20 Häftlinge zur Vergeltung hingerichtet.«<sup>9</sup>

Im April 1943 unternahmen niederländische Gefangene einen Fluchtversuch, indem sie einen Tunnel gruben, um damit unter dem Stacheldrahtzaun zu entkommen. Ein »Trawniki«-Mann verriet die Flüchtenden jedoch. Die SS liquidierte daraufhin die Gefangenen dieses Teils des Lagers. Den Inhaftierten wurde spätestens jetzt bewusst, dass nur ein gewalttätiger Aufstand ihre Situation vielleicht verändern könne.

## Der Aufstand am 14. Oktober 1943

Bei den Aufständischen handelte es sich ausschließlich um Jüdinnen und Juden. Neben dem führenden Kopf Petscherski zählten Leon Feldhändler und Schlomo Lejtman zum sehr engen Kreis derjenigen, die den Aufstand minutiös organisierten. Die entscheidende Phase der Flucht, so Petscherski, begann in der Nacht vom 13. auf den 14. Oktober 1943.

»In der Nacht wurden die Messer ausgegeben und auch einige Dutzend kleine Äxte, die man bequem unter dem Fußboden verstecken konnte. Auf unsere Bestellung hin waren sie von den Schmieden angefertigt worden. Wer warme Kleidung brauchte, bekam sie. Wann und wie der Aufstand beginnen sollte, wussten nur die Anführer. Zusammen mit sieben weiteren Männern arbeitete ich in einem Nebenraum der Tischlerei. Aus dem Fenster war das Gelände des ersten Lagers gut zu überblicken. In der Nachbarbaracke arbeitete Schlomo Lejtman mit 20 ausgewählten Rotarmisten an der Herstellung von Pritschen. Sie waren mit Messern ausgerüstet, die sie unter den Hemden versteckten.«<sup>10</sup>



Denkmal im Vernichtungslager Sobibór

Ichhak Lichtman berichtete im Oktober 1963 in Tel Aviv rückblickend über den Aufstand:

»Anfangs lief noch alles planmäßig. In jeder Werkstatt gelang es nach Plan einen Deutschen zu erledigen und der kleine [Leibl] Dreszer lief ständig herbei, um zu berichten, was im Lager vor sich ging. Es war jedoch schwierig, alle möglichen Schwierigkeiten vorherzusehen. Um so mehr, da die meisten Gefangenen nicht in die Pläne eingeweiht waren und auch nicht hatten eingeweiht werden können, da die Pläne für sie nicht fassbar gewesen wären.

Daher war das Durcheinander unvermeidbar, das entstand, als die Deutschen bemerkten, dass sie in der Falle saßen. Ab da kam es zu einer unorganisierten Flucht, bei der viele ihr Leben verloren, durch die Kugeln der Deutschen oder der Wachleute, oder wenn Gefangene auf Minen traten oder in den Zäunen hängen blieben.«<sup>11</sup>

Die Flucht in den naheliegenden und schützenden Wald verlief problematisch, wie auch Petscherski schildert:

»Ich blieb stehen, um Atem zu holen. Als ich mich umsah, bemerkte ich, dass die Frauen und Männer, die zurückgeblieben waren, weiter auf die Waldlichtung zuliefen. Die Kugeln piffen nur so an ihnen vorbei. Viele wurden getroffen. Hier ging einer zu Boden. Dort wurde ein anderer von einer Mine zerrissen. Eine Frau, die schon ganz nahe bei mir war, wurde von einem Kugelhagel niedergemäht. Dem größten Teil der Häftlinge war es gelungen, aus dem Lager zu flüchten. Aber viele kamen auf der Lichtung zwischen Lager und Wald um.«<sup>12</sup>

Die weiteren Fluchtwege verliefen sehr unterschiedlich:

»Nichts durfte uns aufhalten, wir mussten weiterlaufen, und zwar in verschiedene Richtungen und in kleinen Gruppen. Die polnischen Juden gingen nach Westen, in Richtung Chelm. Sie sprachen die Sprache und waren mit den Örtlichkeiten vertraut, und es zog sie verständlicherweise dorthin. Wir aber, die sowjetischen Juden, wandten uns nach Osten. Für die Juden aus Holland, Frankreich und Deutschland war die Situation schwierig – sie

befanden sich auf einem riesigen Gebiet, ohne die Sprache zu verstehen und ohne Hilfe erwarten zu können.«<sup>13</sup>

Die Aufständischen töteten insgesamt zwölf Männer der SS und zehn »Trawniki«. SS, Wehrmacht und die kooperierende polnische Blaue Polizei begannen eine Hetzjagd auf die Flüchtenden bis zum Sommer 1944. Die Zahl der Aufständischen, die das Ende des Zweiten Weltkrieges überlebten, schwankt zwischen 47 und 62. Die Rettung gestaltete sich oft als Einzelschicksal.

Die weitere Entwicklung nach der Flucht aus dem Vernichtungslager sieht Petscherski so:

»Davon, was sich in Sobibor nach unserer Flucht ereignete, erfuhr ich erst viel später.

Noch am Abend, als wir aus dem Lager geflohen waren, also am 14. Oktober, schickten die Deutschen über das Eisenbahn-Telegrafentamt Chelm ein Eil-Telegramm an das Hauptquartier: »Unverzüglich Truppen schicken und auf die aus dem Lager Geflohenen ansetzen.« Aus Berlin kam der Befehl, dass die Aufständischen um jeden Preis zu vernichten seien.

Die junge Frau, die im Chelmer Bahnhof als Telegrafistin arbeitete, riskierte ihr Leben, als sie das Telegramm vier Stunden zurückhielt. Dutzende wurden gefasst, aber vielen gelang es, sich zu den Partisanen durchzuschlagen. Andere fanden Unterschlupf bei polnischen Bauern.

Das Todeslager Sobibor, in dem während seines Bestehens Hunderttausende von Juden vernichtet worden waren, hörte am 14. Oktober 1943 auf zu bestehen. Schon am 16. Oktober kam auf Befehl Himmlers eine spezielle Pioniereinheit im Lager an. Mit Dynamit wurden praktisch alle Lagerbaracken und die Wachtürme gesprengt. Die Pfähle für den Stacheldrahtzaun wurden aus dem Boden entfernt. Die Bulldozer und Bagger für das Ausheben der Gruben zum Verscharrten der Getöteten wurden verladen und aus dem Lager geschafft, ebenso die Loren und die Anlagen, die das Gas ins »Bad« geleitet hatten. Sogar die Gänse und Kaninchen wurden geschlachtet. Und wie erging es denen, die sich zum Sturm auf die Stacheldrahtzäune des Lagers Sobibor entschlossen hatten? Jahre später stieß ich gelegentlich in der Presse auf Namen von Lagergenossen, denen es gelungen war, sich zu retten. Besonders schmerzhaft war es, wenn sie nach der geglückten Flucht umkamen, wie Aleksandar Schubajew, der im Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer fiel.«<sup>14</sup>

Mit der »Aktion Erntefest« beendete Himmler aus Angst vor weiteren Aufständen die »Aktion Reinhardt«. Am 3. November 1943 gab er den Befehl, dass jüdische Menschen in den Lagern Trawniki, Poniatowa und Majdanek zu erschießen seien. Die Zahl der Opfer dieser Aktion betrug ca. 43.000. Die SS beseitigte, wie schon in Belzec, viele Spuren. Dies war relativ einfach, da die Baracken aus Holz gebaut waren. Lediglich die gemauerten Gaskammern mussten gesprengt werden. Majdanek wurde als erstes Konzentrationslager am 23. Juli 1944 durch die Rote Armee befreit.

## Glänzende Geschäfte

Bei der Vernichtung jüdischer Menschen wurden glänzende Geschäfte gemacht.<sup>15</sup> Am 5. Januar 1944 veröffent-

lichte Globocnik, inzwischen in Triest am Mittelmeer aktiv, eine ökonomische Zusammenstellung der »Aktion Reinhardt« für Himmler. Demnach betrug der Gewinn im Rahmen dieses Massenmordes mindestens ca. 178 Millionen Reichsmark. Für sein bekanntes, nebulöses Finanzgebaren tadelte das Berliner SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt Globocnik.

Im Alltag der Lager stellte die Ausbeutung der ermordeten jüdischen Menschen eine wichtige Befriedigung der materiellen Gier dar. SS-Wachmannschaften und »Trawniki« begingen viele Diebstähle. Dieser Raub von Dingen des täglichen Bedarfs wurde gewinnbringend verkauft oder an Angehörige in der Heimat verschenkt. Polnische Plünderungen der Massengräber begannen nach der Befreiung der Lager schon ab Februar 1945. Ebenfalls zu den Profiteuren zählte, oft vergessen, die Deutsche Reichsbahn, die für die Züge in die Vernichtung pro Erwachsenen pro Streckenkilometer vier Reichspfennig in Rechnung stellte.

## Erinnerungskultur<sup>16</sup>

Seit langem standen und stehen die Vernichtungslager der »Aktion Reinhardt« hinsichtlich des Gedenkens im Schatten von Auschwitz. Dies gilt auch für Sobibor. Seit den 1960er Jahren gibt es eine Gedenkstätte und am 14. Oktober 2020, also zum 77. Jahrestag des Aufstandes wurde in Sobibor ein Museum errichtet. Polen steuerte einige Millionen Euro zu diesem Bau bei. Deutschland hat eine Million Euro für die Ausstellung bereitgestellt – allerdings erst nach einem äußerst zähen, fünfjährigen Procedere.

Die Dauerausstellung zeigt auf 330 Quadratmetern private Gegenstände (Kämme, Trinkbecher, Kinderspielzeug) der Opfer der Todesfabriken und erläutert die Struktur des Lagers sowie die Organisation der Vernichtung. Die Gedenkallee, die an die jüdischen und Roma-Opfer erinnert, ist auf Initiative des privaten Bildungswerkes »Stanislaw Hantz« (Kassel) errichtet worden. Dort arbeiten Polen und Deutsche gemeinsam.

Im alten Bahnhof von Sobibor ist eine Begegnungsstätte für die historisch-politische Bildungsarbeit geplant. Ein weiterer Plan betrifft die Rekonstruktion des

»Schlauches«. Durch diesen Waldpfad wurden die Opfer von ihrer Ankunft im Lager in die Gaskammern getrieben. Die Fundamente der Gaskammern sollen nach dem Abschluss der Grabungen durch ein Panzerglas von oben einsehbar sein.

## Anmerkungen

- 1) Hermann Langbein 1980: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938-1945, Frankfurt am Main: 8.
- 2) Vgl.: Arno Lustiger 1997: Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden 1933-1945, München: 77-257; Julius H. Schoeps, Dieter Bingen, Gideon Botsch (Hg.) 2018: Jüdischer Widerstand in Europa (1933-1945). Formen und Facetten, Berlin, Boston: 35-86. Speziell zum Widerstand von Jüdinnen vgl. Ingrid Strobl <sup>2</sup>2005: Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand 1933-1945, Frankfurt am Main.
- 3) Vgl. Sara Berger <sup>2</sup>2014: Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg, Münster: 24-90.
- 4) Zu 121 Kurzbiografien der deutschen Täter vgl. Berger 2014 (siehe Anm. 3): 401-415.
- 5) Vgl. Angelika Beer 2015: Handlanger der SS. Die Rolle der Trawniki-Männer im Holocaust, Berlin.
- 6) Vgl. Jules Schelvis 2003: Vernichtungslager Sobibor, Hamburg, Münster: 33-129.
- 7) Aleksandr Petscherski 2018: Bericht über den Aufstand in Sobibor. Hg. und übersetzt von Ingrid Damerow. Mit einem Beitrag von Stephan Lehnstaedt, Bonn [Russische Originalausgabe: Moskau 2013]: 85.
- 8) Vgl. Franziska Bruder 2019: Das eigene Schicksal selbst bestimmen. Fluchten aus den Deportationszügen der »Aktion Reinhardt« in Polen, Hamburg, Münster: 185-205.
- 9) Thomas »Toivi« Blatt 2004: Sobibór – der vergessene Aufstand, Hamburg, Münster: 83, 86 und 89.
- 10) Aleksandr Petscherski 2018 (siehe Anm. 7): 89f.
- 11) Zitiert nach Franziska Bruder 2013: Hunderte solcher Helden. Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibór, Münster: 78.
- 12) Aleksandr Petscherski 2018 (siehe Anm. 7): 101.
- 13) Ebd.: 101f.
- 14) Ebd.: 109.
- 15) Vgl. Stephan Lehnstaedt 2017: Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibor und die Aktion Reinhardt, München: 145-155.
- 16) Deutschlandfunk Kultur vom 14. Oktober 2020.

Dr. Karlheinz Lipp ist Historiker.

# »Unterwegs zu Gegenhegemonie«

Wolfgang Jantzen (04.05.1941 – 22.11.2020)

**W**olfgang Jantzen ist gestorben. Durch sein Leben und Werk zieht sich wie ein ›roter Faden‹ das Unterwegssein zu Gegenhegemonie. Im Sinne von Antonio Gramsci war Wolfgang Jantzen kein ›traditioneller‹, sondern ein ›organischer‹ Intellektueller.

Das Geschäft der *organischen* Intellektuellen ist das Geschäft der ›Philosophie der Praxis‹. Und das Geschäft der Philosophie der Praxis, das auch Wolfgang Jantzen als organischer Intellektueller ausübte, zielt mit Gramsci nicht darauf ab,

»die in der Geschichte und in der Gesellschaft bestehenden Widersprüche friedlich zu lösen, sondern ist im Gegenteil die Theorie dieser Widersprüche selbst; sie ist nicht das Regierungsinstrument herrschender Gruppen, um den Konsens zu haben und die Hegemonie über subalterne Klassen auszuüben; sie ist der Ausdruck dieser subalternen Klassen, die sich selbst zur Kunst des Regierens erziehen wollen und die daran interessiert sind, alle Wahrheiten zu kennen, auch die unerfreulichen, und die (unmöglichen) Betrügereien der Oberklasse und erst recht ihrer selbst zu vermeiden«<sup>1</sup>.

Das, was das Leben und Wirken von Wolfgang Jantzen kennzeichnete, war und ist die Umwälzung der Praxis mit dem von Gramsci formulierten Ziel, Regierte von Regierenden intellektuell unabhängig zu machen, bestehende Hegemonie zu verneinen und in andere aufzuheben, und zwar als hegellisch ge-

dachte Aufhebung, als Negation und Bewahrung.

Gegenhegemonie, so wie Wolfgang sie lehrte und praktizierte, setzt das Nichteinverständnis der Regierten mit den Regierenden voraus und impliziert ein nicht affirmatives Verhältnis zur politisch-kulturellen Führungsmacht, die sich als Nichtzustimmung und als Verneinung der Folgebereitschaft zeigt, d.h. als Verweigerung des Gehorsams der Gehorchenden.

## Soziale Entwicklungssituation

Mitbestimmend für sein wissenschaftliches und politisches Handeln war eine ›soziale Entwicklungssituation‹, in die er 1941 hineingeboren wurde, d.h. eine gesetzte sowie durch vergangenes Handeln gegebene historische Problemstellung, die mit Marx wie folgt erklärt werden kann:

»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen«<sup>2</sup>.

Es waren die ›unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände‹ der Nachkriegszeit um 1945 herum, die maßgeblich dafür verantwortlich waren, warum der Weg zu Gegenhegemonie von Wolfgang Jantzen beschritten wurde bzw. beschritten werden musste. In diesem Kontext hat er in seiner Lehre an der Bremer Uni stets an den faschistischen Terror erinnert, und

*Am 22. November 2020 ist Wolfgang Jantzen verstorben. Fast sein gesamtes Berufsleben hat er als Behindertenpädagoge gegen jede Form der Ausgrenzung gekämpft und stritt für die Auflösung der Großenrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Über viele Jahre brachte er dabei seine Expertise und sein Engagement in die Tätigkeit des BdWi, u. a. als Autor von Forum Wissenschaft, mit ein. Willehad Lanwer würdigt in seinem Nachruf das wissenschaftliche Werk unseres Kollegen, aber auch sein damit verbundenes aktives Eintreten gegen jede Form von Ausgrenzung und Aussonderung.*



aus Primo Levis Buch *Ist das ein Mensch?* zitiert:

»Mensch ist, wer tötet, Mensch ist, wer Unrecht zufügt oder erleidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit dem Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wengleich ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als der roheste Pygmäe und der grausamste Sadist«<sup>3</sup>.

Den von Levi skizzierten ›Horror in seiner nackten Monstrosität‹ verdeutlichte Wolfgang Jantzen mit Hannah Arendt, die es als das beschreibt, »das niemals hätte geschehen dürfen; denn die Menschen werden unfähig sein, es zu bestrafen oder zu vergeben. Hiermit uns zu versöhnen und es zu begreifen, werden wir nicht in der Lage sein, was wir aber bei allem Vergangenen tun sollten«<sup>4</sup>.

Wolfgang Jantzens Streben nach Gegenhegemonie begründet sich vor diesem Hintergrund. Während der Zeit des faschistischen Terrors wurden nicht nur Bürger\*innen aus politischen und rassistischen Gründen ermordet. Ebenso wurden diejenigen industriell vernichtet, die den hegemonialen Vorstellungen aus dem Grunde nicht entsprachen, weil sie physisch und psychisch beeinträchtigt waren, und als behindert bzw. psychisch krank klassifiziert wurden.

Immer wieder machte Wolfgang Jantzen das perfide Zusammenwirken von Ideologie, Bürokratie, Wissenschaft und Medizin zum Gegenstand, das ab 1939 in eine Maschinerie des Tötens mündete, die, teils vor aller Augen, teils verschwiegen, in wahnwitzig anmutender Weise als ›Erlösung‹, ›Gnadentod‹ oder ›Sterbehilfe‹ legitimiert wurde, so dass bis 1945 ca. 200.000 Menschen der ›Euthanasie‹ zum Opfer fielen.

Ausgangspunkt der Gegenhegemonie war das sprachlose Entsetzen über das, was eigentlich nie hätte geschehen dürfen, und die damit nach 1945 einhergehende überwiegend festzustellende Weigerung, ›das Udenkbare zu denken‹, blockierte den Umgang mit dem ›Horror‹ und spiegelte sich in der Unfähigkeit wider, es in Begriffen zu fassen.

Konsequent folgte Wolfgang Jantzen Adornos Forderung:

»Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«<sup>5</sup>.

Denn der deutsche Faschismus an der Macht hatte auf furchtbare Weise die Kräfte offenbart, die Menschen entfesseln konnten. Hans Heinz Holz betont in diesem Zusammenhang, dass die unaus-

die in die Forderung mündete, für Verhältnisse einzutreten,

»worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«<sup>8</sup>.

Damit ist grob der Hintergrund skizziert, von dem ausgehend das wissenschaftliche und politische Leben und Wirken von Wolfgang Jantzen abzubilden ist. Orientierungsgebend war für Wolfgang



schöpflische Dimension des Chorliedes aus der *Antigone* des Sophokles vielleicht keiner Generation so zugänglich war, wie der damaligen, zu der Wolfgang Jantzen zugehörig war:

»Vieles ist schrecklich, doch nichts ist schrecklicher als der Mensch«<sup>6</sup>.

Angesichts dessen implizierte Gegenhegemonie für Wolfgang Jantzen kein Einverständnis mit dem historisch Bestehendem, sondern den Willen zu etwas Besserem. Als Handlungsmaxime bzw. als innerem Kompass orientierte er sich an Marx, d. h. an

»der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«<sup>7</sup>,

Jantzen, dass das, was von Menschen gemacht ist, nicht so sein muss, wie es ist, weil es von Menschen verändert werden kann. Wegweisend für ihn war das begreifend eingreifende Erkennen, dass Wirtschaft und Gesellschaft, soziokulturelle und politische Dimensionen des sozialen Gefüges miteinander auf eine Art und Weise verknüpft sind, in der sich Mögliches im Wirklichen widerspiegelt.

## Zu verändernde Wirklichkeit

Es kam Wolfgang Jantzen mit Marx nicht nur darauf an, Wirklichkeiten zu interpretieren, sondern sie zu verändern, und dass

»es überall nicht mehr darauf ankommt, Zusammenhänge im Kopf auszudenken, sondern sie in den Tatsachen zu entdecken«<sup>9</sup>.

Und wenn es darauf ankommt, Wirklichkeiten buchstäblich *eingreifend* zu verändern, dann erfordert und setzt dieser gegenhegemoniale Anspruch eine zusammenfassende Idee über Wirklichkeiten als Ganzes voraus, an der Wolfgang Jantzen zeitlebens gearbeitet hat.

Im Zentrum seines wissenschaftlichen Wirkens stand die Entwicklung einer zusammenfassenden Idee über Wirklichkeiten. Er verfolgte damit den Zweck, Möglichkeits- sowie Notwendigkeits-Bedingungen für eine praktisch zu verändernde Wirklichkeit einsichtig zu machen. Dies setzt ein dialektisch-synthetisches Wissen voraus, das den Stand der Wissenschaft integrierend verbindet. Exemplarisch spiegeln sich diese gegenhegemonialen Bemühungen in der von Wolfgang Jantzen 2019 veröffentlichten Monographie *Behindertenpädagogik als synthetische Humanwissenschaft*<sup>10</sup> wider.

Im Kern bearbeitete Wolfgang Jantzen nicht nur Benachteiligung und Unterdrückung in gesellschaftlichen Wirklichkeiten, sondern von essentieller Bedeutung war für ihn zeitlebens die Überwindung des Ausschlusses ›aus‹ diesen, und der damit einhergehenden ›strukturellen Funktionslosigkeit‹: gesellschaftlicher Akteur\*innen aufgrund ihres Andersseins. Das spiegelt sich in der von ihm entwickelten *Allgemeinen Behindertenpädagogik*<sup>11</sup> wider, die von ihm auf der methodologischen Basis des dialektisch historischen Materialismus als Gegenentwurf zur traditionellen Heil- und Sonderpädagogik konzipiert wurde.

Die sozialwissenschaftliche Fundierung der strukturellen Funktionslosigkeit machte er in der 1974 veröffentlichten Publikation *Sozialisation und Behinderung*<sup>12</sup> zum Gegenstand. Daran anschließend konzentrierte er sich 1976 auf die Aufhebung des ›Unsichtbar-Machens‹, des ›Überflüssig-Machens‹ und ›Nutzlos-Machens‹ im Diskurs um das begriffliche Verständnis des Phänomens ›Behinderung‹, indem er den Begriff ›Isolation‹ als eine die Lebenslage der als behindert klassifizierten gesellschaftlichen Akteur\*innen und/oder Gruppen erklärende Kategorie einführte.<sup>13</sup> Darüber hinaus analysierte er bezogen auf physisch und/oder psychisch beeinträchtigte Akteur\*innen in einer warenproduzierenden Gesellschaft die ausschließende Bedeutung der Begrifflichkeit ›Arbeitskraft minderer Güte‹.

Mithin verdeutlichte Wolfgang Jantzen in seinen Arbeiten, dass behindert wird, wer aufgrund gesellschaftlicher Verhältnisse ohnehin wenige Chancen hat und ebenso von gesellschaftlichen Verhältnissen daran gehindert wird, Chancen zu haben. Die wegweisende Fragestellung im Hinblick auf die Überwindung der strukturellen Funktionslosigkeit, die sich in allen Arbeiten von Wolfgang Jantzen ausdrückt, ist die, die Ongaro Basaglia wie folgt stellt:

»Nach welchen Kriterien können sich Ausschluss und Integration in einer Gesellschaft vollziehen, welche die Gleichheit aller proklamiert hat und in der man gleichzeitig von der naturgegebenen Ungleichheit aller ausgeht?«<sup>14</sup>

## Verantwortung der Intellektuellen

Vor dem Hintergrund der skizzierten Fragmente des Unterwegssein zu Gegenhegemonie, verfolgte Wolfgang Jantzen mit der kritisch-materialistischen Behindertenpädagogik das Ziel, Ausgrenzungen aus den essentiellen sozialräumlichen Feldern in ihrer Theorie wie auch Praxis zu bekämpfen. Er setzte da an, wo Akteur\*innen aufgrund ihres ›Andersseins‹ in den essentiellen Bereichen gesellschaftlichen Lebens be- und ausgesondert werden. Er bekämpfte die historischen Prozesse der ›Entwirklichung‹ gesellschaftlicher Akteur\*innen und damit einhergehend ihre soziale Verdinglichung sowie ihre gesellschaftlich verursachten Einschränkungen der Subjektwerdung.

Grundsätzlich ist die von Wolfgang Jantzen entwickelte materialistische Behindertenpädagogik als dialektisch-synthetische Humanwissenschaft nicht nur ein theoriegeschichtlich markierter Fixpunkt, sondern selbst eingebettet in historische Situationen. Sie ist ein weiterlebendes Moment der Geschichte im Widerspruch zwischen Hegemonie und Gegenhegemonie und damit Herausforderung bezüglich der Verantwortung der Intellektuellen.

›Unterwegs zu Gegenhegemonie‹ zu sein beschreibt einerseits eine Herkunftslinie, in der auch wir gegenwärtig stehen, aber andererseits in der Entfaltung von Gegenhegemonie längst noch

nicht angekommen sind. Wolfgang Jantzens Werk ist aber der Kompass, den wir nutzen, um uns orientieren zu können, und das ist sein Verdienst.

Wolfgang Jantzen hat mit seinem Wirken Wissenschaft, Politik und Gesellschaft nachhaltig geprägt und damit Maßstäbe gesetzt.

## Anmerkungen

- 1) Antonio Gramsci 1994: *Gefängnishefte*. Band 6. Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug u. a., Hamburg: 1325.
- 2) Karl Marx, Friedrich Engels 1972: *Werke*, Band 8, Berlin: 115.
- 3) Primo Levi 1988: *Ist das ein Mensch?*, Frankfurt/M./Wien: 246.
- 4) Hannah Arendt 2003: *Über das Böse. Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik*, München/Zürich: 17.
- 5) Theodor W. Adorno 1975: *Negative Dialektik*, Frankfurt/M.: 358.
- 6) Hans Heinz Holz 2015: *Freiheit und Vernunft. Mein philosophischer Weg nach 1945*, Bielefeld: 53.
- 7) Karl Marx 1972: »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung«, in: Karl Marx; Friedrich Engels: *Werke*, Band 1, Berlin: 385.
- 8) Karl Marx, Friedrich Engels 1972: »Manifest der kommunistischen Partei«, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Band 4, Berlin: 482.
- 9) Friedrich Engels 1972: »Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie«, in: Karl Marx; Friedrich Engels: *Werke*, Band 21, Berlin: 306.
- 10) Wolfgang Jantzen 2019: *Behindertenpädagogik als synthetische Humanwissenschaft*, Gießen.
- 11) Wolfgang Jantzen 1987: *Allgemeine Behindertenpädagogik. Bd. 1. Sozialwissenschaftliche und psychologische Grundlagen*, Weinheim, 2. Auflage 1992, erneut Berlin 2007. *Allgemeine Behindertenpädagogik. Bd. 2. Neurowissenschaftliche Grundlagen, Diagnostik, Pädagogik, Therapie*, Weinheim 1990, erneut Berlin 2007.
- 12) Wolfgang Jantzen 1974: *Sozialisation und Behinderung*, Gießen, mehrere Auflagen, erneut Gießen 2018.
- 13) Wolfgang Jantzen 1976: »Zur begrifflichen Fassung von Behinderung aus der Sicht des historischen und dialektischen Materialismus«, in: *Zeitschrift für Heilpädagogik* 27 (1976) 7: 428–436.
- 14) Franca Ongaro Basaglia 1985: *Gesundheit, Krankheit. Das Elend der Medizin*, Frankfurt/M.: 84.

*Willehad Lanwer ist Behindertenpädagoge, Vorsitzender der Luria-Gesellschaft, Schriftleiter der Zeitschrift Behindertenpädagogik und Präsident der Evangelischen Hochschule Darmstadt.*

## Wie »1968« auf dem Land wirkte

**Lu Seegers: 1968: Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande**, Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 341 S., 22,00 €, ISBN 978-3-8353-3457-1

Die Wirkung des »kurzen 68« in den langen 1960er Jahren kann wohl erst mit einem Blick in die Fläche, hinein in die ländlichen Räume und die Kleinstädte, wirklich abgeschätzt werden. Ein neuer Sammelband liefert einige neue Aspekte zum Verhältnis von Bewegung, Aufbruch und Beharrung. Insgesamt sind in ihm vierzehn Beiträge versammelt.

Nach der Einleitung geht es in zwei grundlegenden Aufsätzen um die Modernisierung der ländlichen Räume, vor allem durch gestiegene Mobilität, mehr Bildung und höhere Einkommen. Im Rückblick betrachtet, schafft die Moderne – mit Freizeit und Geld, Medien und Bildung – als Ergebnis erst die Voraussetzungen für die (fundamentale) Kritik an ihr. Die neuen sozialen Bewegungen deuten, so eine Entwicklung, die Provinz von einem rückständigen Gebiet zu etwas Positivem um, zu »Heimat« (Detlef Siegfried).

Mit dem zweiten Kapitel beginnen dann die Teilstudien. Zwei Beiträgen zur evangelischen Kirche (Claudia Lepp) und deren Jugend- und Bildungsarbeit folgt ein Beitrag zur Reaktion der Heimatvereine bzw. der Heimatbewegung auf »1968« (Dietmar von Reeken). Sind die Kirchen, ähnlich wie die Schulen mit ihren Lehrer\*innen, von den gerade für die Provinz wichtigen jungen Pfarrer\*innen geprägt, so konnte bei den Heimatvereinen bisher keine große Veränderung festgestellt werden. Diese lösen sich zwar von ihrer symbiotischen Bindung an die Landespolitik und stellen sich auch sehr zögerlich der lokalen NS-Geschichte. Im Grunde werden sie nun zu Instrumenten der Tourismusförderung.

### Autorität wird in Frage gestellt

Der dritte Abschnitt widmet sich dann »klassischen« neuen sozialen Bewegungen. Hier werden nach einem Beitrag zur neuen Frauenbewegung, der vor allem deren Verschränkungen zur Transformation der Erwachsenenbildung nachspürt (Julia Paulus), zwei lokale Beispiele aus Niedersachsen näher vorgestellt: Die SchülerInnenbewegung von 1967 bis 1970 am damals mit größten Gymnasium Niedersachsens in Stadthagen. Hier wurde, wie anderswo, mit Forderungen nach Demokratie die Autorität der Lehrkräfte in Frage gestellt. Ländliche Räume waren stets Schauplatz umwelt- und energiepolitischer Auseinandersetzungen, die sich meist an Bauten festmachten. Birgit Metzger beschreibt die Proteste gegen eine Giftmülldeponie Anfang der 1980er Jahre.

Im vierten Kapitel geht es in drei Aufsätzen um Gewerkschaftsjugend (Knud Andresen), Jugendzentren (David Templin) und die Be-

deutung des Anfang der 1970er Jahre in Mode kommenden, freilich geschlechtlich eindeutig konnotierten »Heimwerkens« (Jonathan Voges). Die damit verbundenen Praktiken des distinktionsgeprägten Wohnens und Lebens wurden auch von den Post-68er\*innen geteilt, wenn auch auf etwas andere Art. Im letzten Abschnitt taucht dann unvermittelt die DDR auf. Auch wenn es dort »eine mit der Bundesrepublik vergleichbare, alternative ökonomische oder subkulturelle Infrastruktur und Vernetzung nur schwerlich« geben konnte, gab es selbstverständlich auch in der DDR Provinz und dort Nischen und Dissidenz, etwa auf Hiddensee oder in abgelegenen kirchlichen Einrichtungen. Der letzte Aufsatz, verfasst von der Herausgeberin Seegers, beschreibt mit Interviews als Materialbasis sehr plastisch zwei Mitte der 1970er gegründete Landkommunen im Schaumburger Land bei Hannover.

Der für die Ausstattung äußerst preiswerte Band liefert bekanntes, an anderer Stelle bereits ausgeführtes Wissen, etwa über die immanente Bedeutung von Jugendzentren oder von Pop und Underground-Musik. Durchgängig wird »1968« vor allem als Transformation der Alltagskultur und der Lebensstile beschrieben, und nicht etwa als »linker« oder gar »sozialistischer Aufbruch«, der »1968« ja

auch, wenn nicht vorrangig, war. So wird die »Jugendrevolte« (Detlef Siegfried) dann doch etwas entpolitisiert.

### Was ist mit der Landwirtschaft?

Neue Erkenntnisse bieten die zwei Beiträge zu den evangelischen Kirchen bzw. deren Jugendarbeit und der Beitrag zum Heimwerken. Sie sind deswegen besonders lesenswert. Wer sich noch nicht viel mit dem Thema beschäftigt hat, bekommt einen guten Eindruck vom Stand der Debatte und der Forschung. Der Band zeigt aber auch die weißen, noch unerforschten Flecken auf. Was ist zum Beispiel mit der Landwirtschaft, den landwirtschaftlichen Verbänden? Weit wichtiger ist etwas anderes: Im Buch wird die Bedeutung von auf dem Land geborenen Rückkehrer\*innen aus den größeren Städten dorthin nur kurz erwähnt, und ebenso, dass viele (spätere) Linke ja aus der Provinz in die Uni-Städte strömten und dort die Revolte prägten. Welche mentalen Prägungen brachten diese jeweils mit, welche Ideentransfers wurden damit ermöglicht und gelebt? Bestand die außerparlamentarische Opposition nicht zu einem Großteil aus Akteur\*innen, die dank der Bildungsexpansion den ländlichen Zwängen entfliehen konnten und wollten?

In Westdeutschland bilden viele der Linken und späteren Alternativen vom Land dann die erste Generation der grünen Partei und werden womöglich, wenn sie sich auch kommunal engagieren und exponieren, so etwas wie »alternative Honoratioren«.

Ein kleines Radiofeature zum Buch ist beim Deutschlandfunk anzuhören: <https://tinyurl.com/y35p8nfp>

Bernd Hüttner, Bremen

## Von den Voraussetzungen her denken

**Werner Schmidt: Karl Marx. Ein humanistischer Denker für unsere Zeit**, Argument/InkriT, Berlin 2020, 164 S., 18,00 €, ISBN: 978-3-86754-110-7.

Als italienische Sozialisten im Jahre 1894 eine Zeitschrift gründeten, suchten sie nach einem Motto, das den Geist der kommenden Gesellschaft fasst, wie Dante Aligheri es für seine Zeit getan habe. Dabei wandten sie sich mit der Bitte um einen Vorschlag an Friedrich Engels. Dieser antwortete, dass es fast unmöglich sei, den »[...] Geist des künftigen neuen Zeitalters in wenigen Worten zusammenzufassen [...], ohne in Utopismus oder leere Phrasen zu verfallen.« (MEW 39: 194). Trotzdem schlug er vor, die Formulierung aus dem Kommunistischen Manifest als Motto zu benutzen, nach dem »[...] die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller [...]« (MEW 4: 482) sein wird. Mit diesem Hinweis richtete Engels das Augenmerk auf die Dialektik von Individuum und Gesellschaft im Denken von Karl Marx und damit zugleich auf den häufig umstrittenen marxistischen Humanismus.

Im hier zu besprechenden Buch referiert der emeritierte Professor Werner Schmidt die

Debatten um den Humanismus im Werk von Karl Marx. Dabei erinnert er an die Positionen von Louis Althusser und Lucien Sève, skizziert die Auseinandersetzungen um die Frage, ob es einen Unterschied in den Haltungen des jungen und des alten Marx gegeben habe und wendet die Ergebnisse seiner Darstellung an, um die Umriss eines heutigen Humanismus im Marxschen Sinne aufzuzeigen. Zu diesem Zwecke geht er der Entstehung der Standpunkte von Marx nach und weist auf eine gleichsam kopernikanische Wende im Denken von Marx hin, die er auf die Jahre 1845 und 1846 datiert. In dieser Zeit habe Marx »[...] gewisse Elemente [seines; F.G.] Denkens überwunden oder negiert, während andere in entwickelterer Form und in neuen Zusammenhängen weitergeführt wurden.« (40) Auf diese Weise verweist Werner Schmidt in erster Linie auf die Kontinuität in den Ansichten von Karl Marx und macht deutlich, dass er zwar in seinen späteren Werken das Augenmerk vor allem auf gesellschaftliche Entwicklungen gelegt, dabei aber das Individuum zu keinem Zeitpunkt aus dem Auge verloren habe. Vielmehr sei es ihm darum gegangen, das Verhältnis von Individu-

um und Gesellschaft zu beleuchten, um auf diese Weise die Möglichkeiten der Veränderung auszuloten. Zusammenfassend hält Schmidt fest, dass das grundlegende Thema für Marx zeitlebens »[...] nicht die Kollektivierung und noch weniger die Verstaatlichung der Produktionsmittel war, sondern die Selbstemanzipation des Menschen.« (110) Marx habe jedoch nach 1846 Abschied genommen von jeder Form der Teleologie und fortan Veränderung nicht mehr auf ihre Ziele hin gedacht, sondern »[...] energetisch von ihren Voraussetzungen her.« (68)

Diese Perspektive sei jedoch – so argumentiert Werner Schmidt – sowohl in der Sozialdemokratie als auch in den kommunistischen Parteien verloren gegangen, da sie Sozialismus stets als staatlich organisierten und konzentrierten Produktionsprozess begriffen und so die Schaffung von Bedingungen für die freie Entwicklung eines jeden blockiert hätten. Als Zeuginnen und Zeugen gegen ein solches Sozialismusverständnis werden Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci aufgerufen. Beide haben auf das selbstbewusste

Handeln der selbstbewussten Produzierenden als Grundvoraussetzung ihrer eigenen Befreiung insistiert und darauf bestanden, dass zur Befreiung der Arbeitenden auch ihre Befreiung aus entfremdeten und entfremdenden Arbeitsverhältnissen gehört.

In der Anwendung dieser Überlegungen auf die Gegenwart werden die Debatten um die imperiale Lebensweise des globalen Nordens angerissen, um schließlich die Gestaltung eines solidarischen und gleichberechtigten Zusammenlebens auf unserem Planeten als kategorischen Imperativ eines heutigen Humanismus im Marxschen Sinne zu formulieren. Auf diesem Wege hat Werner Schmidt eine leicht lesbare Darstellung des Marxschen Humanismus vorgelegt, die über weite Strecken Diskussionen der Vergangenheit zusammenfasst und daher wenig neue Befunde liefert. Zugleich aber macht er diese Debatten für Leser\*innen nutzbar, die sich zum Marxschen Humanismus belesen möchten, und wendet Erkenntnisse auf aktuelle Auseinandersetzungen an.

*Florian Grams, Hannover*

ven Lebens, darunter große Bereiche der Arbeitswelt, blieben hingegen weitgehend eine Terra incognita. Allenfalls in spektakulären Fällen wie in der Fleischindustrie konnten gesundheitsgefährdende und inhumane Arbeitsverhältnisse nicht mehr ignoriert werden.

## Impressum

Forum Wissenschaft  
Gisselberger Str. 7 · 35037 Marburg  
Tel.: +49 (0) 6421 2 13 95  
E-Mail (Redaktion und Anzeigen): [forum@bdwi.de](mailto:forum@bdwi.de)  
<http://www.bdwi.de/forum/>

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi)  
Gisselberger Str. 7 · 35037 Marburg  
Tel.: +49 (0) 6421 2 13 95  
E-Mail: [bdwi@bdwi.de](mailto:bdwi@bdwi.de); <http://www.bdwi.de>

Vertrieb, Abo- und Rechnungsverwaltung:  
[service@bdwi.de](mailto:service@bdwi.de) oder per BdWi-Homepage unter [www.bdwi.de/forum/bestellung\\_fowi/index.html](http://www.bdwi.de/forum/bestellung_fowi/index.html)  
Bitte teilen Sie uns Adress- und Konto-Änderungen frühzeitig mit. Zeitschriften, die im Pressepostverfahren versandt werden, werden von der Deutschen Post AG leider nicht nachgeschickt.

Redaktion dieser Ausgabe:  
Steffen Käthner (V.i.S.d.P.), Jonathan Dreusch, Christiane Fuchs, Florian Grams • Bild- und Schlussredaktion: Werner Zentner

FORUM WISSENSCHAFT ist Mitglied von linksnet ([www.linksnet.de](http://www.linksnet.de)), einem Verbund gesellschafts- und wissenschaftskritischer Zeitschriften.

FORUM WISSENSCHAFT erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8 €, Jahresabonnement 28 €. Kündigung: 6 Wochen zum Ende des Bezugszeitraums. Verkaufspreis für BdWi-Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Bankverbindung:  
BdWi, Konto: 16 408 808, BLZ 513 900 00  
Volksbank Mittelhessen eG  
IBAN DE69 5139 0000 0016 4088 08  
BIC: VBMHDE55XXX

Satz und Layout: EP Knaab, Marburg

Druck: msi, Marburg

ISSN 0178-6563

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche, auch teilweise, Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Nutzungsformen der in ihr enthaltenen Texte sind ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion unzulässig.

## Bildnachweis

Titelbild: Alberto Giuliani, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons; S. 5: photoheuristic.info from Frankfurt a. M., Germany, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons; S. 7: philippgehrke.de / shutterstock.com; S. 9: Tony\_Traveler85 / shutterstock.com; S. 11: reise-graf.ch / shutterstock.com; S. 14/15: Martin Helgemeir / shutterstock.com; S. 19: D Busquets / shutterstock.com; S. 23: Hadrian / shutterstock.com; S. 24: JessicaGirvan / shutterstock.com; S. 28: Alexandros Michailidis / shutterstock.com; S. 31: Dietmar Rabich, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons; S. 32: ORION PRODUCTION / shutterstock.com; S. 35: BGStock72 / shutterstock.com; S. 37: Universität Hamburg (Screenshot von <https://www.youtube.com/watch?v=p2LFZOQNZu0>); S. 42/43: Miriam Doerr Martin Frommherz / shutterstock.com; S. 47: theskaman306 / shutterstock.com; S. 50: Denis Kuvaev / shutterstock.com; S. 55: Maria Szymchych / shutterstock.com; S. 60: Von Dietmar Rabich, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons; S. 69: wavebreakmedia / shutterstock.com; S. 73: Drazen Zigic / shutterstock.com; S. 75: Unknown, taken in Poland in 1933 and donated to USHMM in 2003 by Nicholas Kittrie, via Wikimedia Commons; S. 77: Azymut (Rafa³ M. Socha), CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons; S. 80: Photographeeu / shutterstock.com

# Annotationen

**Gero Bauer / Maria Kechaja / Sebastian Engelmann / Lean Haug (Hg.): Diskriminierung und Antidiskriminierung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis**, transcript, 282 S., 35,00 €

Was liegt (Anti-)Diskriminierung zu Grunde, in welchen Räumen findet sie statt und welche Dimensionen nimmt sie an? Die Beiträger\*innen des Bandes widmen sich diesen und den Fragen nach Definition, Ursachen und Wirkungen von verschiedenen Formen der Diskriminierung und nähern sich gleichzeitig einem theoretischen und praktischen Verständnis von Antidiskriminierung. Durch die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis in verschiedenen Textsorten leisten sie nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Schärfung gesellschaftlich wirksamer Begrifflichkeiten, sondern sprechen auch explizit sowohl eine wissenschaftliche als auch eine an der praktischen Antidiskriminierungsarbeit interessierte Leser\*innenschaft an.

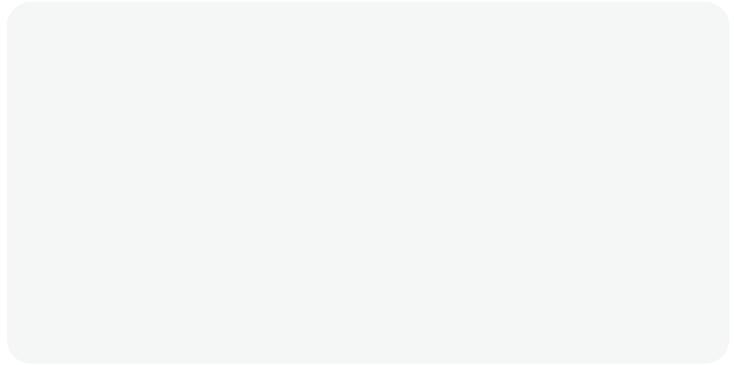
**Heinz-J. Bontrup / Jürgen Daub (Hg.): Digitalisierung und Technik – Fortschritt oder Fluch? Perspektiven der Produktivkraftentwicklung im modernen Kapitalismus**, PapyRossa Verlag, 321 S., 22,00 €

Alle reden von Digitalisierung. Zu deren Auswirkungen existieren die gegensätzlichsten Spekulationen. Viele Menschen haben Angst. Im Fokus stehen Arbeitsplätze, aber auch Datenkontrolle, zukünftiger Rohstoffverbrauch sowie der Energiezuwachs für die digitale Nutzung. Namhafte Soziologen, Ökonomen, Informatiker, Ingenieure und Naturwissenschaftler entwickeln spezifische Perspektiven einer in jedem Fall auf uns zukommenden Technikentwicklung. Im Zentrum des Buches steht deshalb die Fragestel-

lung, was an der Digitalisierung von Produktions- und Konsumprozessen neuartig ist im Vergleich zur klassischen Produktivkraftentwicklung, die mit der Dampfmaschine ihren Anfang nahm. Sprengt die Digitalisierung womöglich den Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen? Würde das bedeuten, dass der Kapitalismus, analog zu Karl Marx, an seine Grenze stößt? Oder ist Digitalisierung nur eine weitere Etappe zur Stärkung der widersprüchlichen Ordnung, die im Wesentlichen den Kapitaleignern dient?

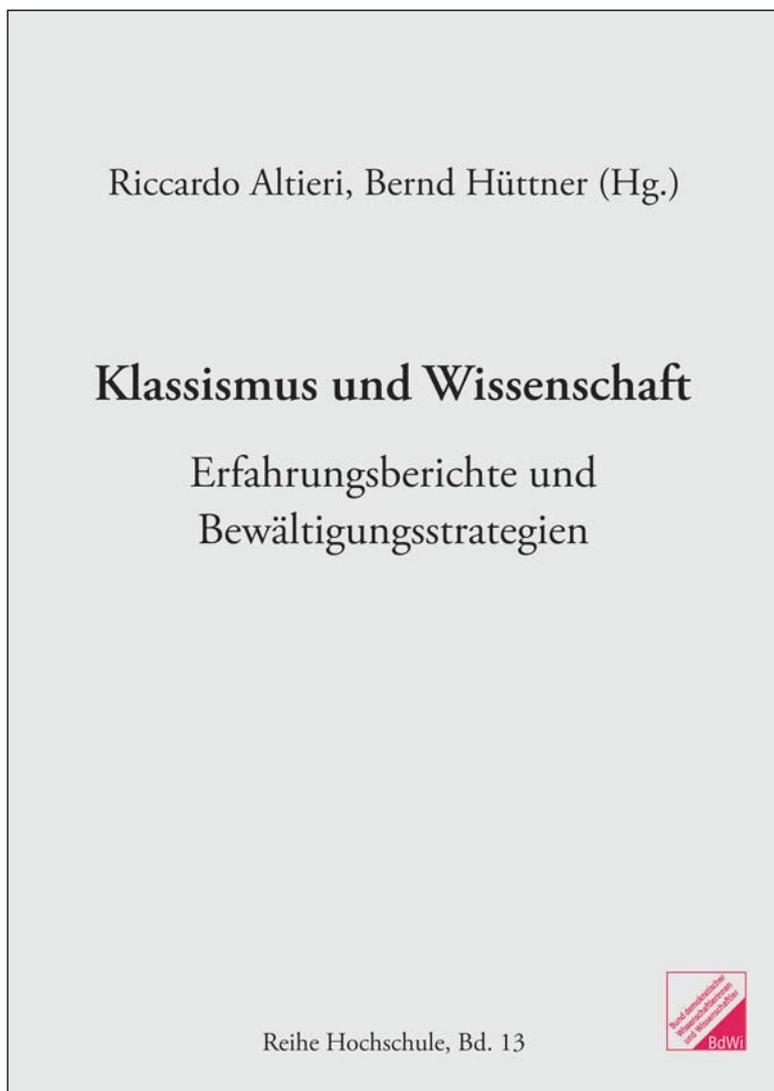
**Richard Detje / Dieter Sauer: Corona-Krise im Betrieb. Empirische Erfahrungen aus Industrie und Dienstleistungen**, VSA, 144 S., 12,80 €

Im Januar 2020 wurden beim Automobilzulieferer Webasto bei München die Tore geschlossen. Das Virus SARS-CoV-2 war auch in Deutschland angekommen. Ein Mitarbeiter hatte sich während eines Arbeitsmeetings bei einer Kollegin aus China infiziert. Was danach folgte, stellt alle bis dahin bekannten Krisenentwicklungen in den Schatten. Das schließlich als »Pandemie« eingestufte Infektionsgeschehen legte Teile der globalen Wirtschaft lahm. Der starke Sozial- und Steuerstaat wurde zum »Game changer«. Mit öffentlichen Ausgabenprogrammen, die sich weltweit auf Billionen summieren, wird seitdem versucht, die Weltmärkte flott zu machen und soziale Reproduktionskreisläufe zu stabilisieren. Im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit stehen die Einschränkungen des privaten und gesellschaftlichen Lebens. Nicht zu Unrecht: Die privaten Haushalte haben sich als Infektionsherde par excellence erwiesen. Andere Orte kollekti-



Ricardo Altieri, Bernd Hüttner (Hg.):

**Klassismus und Wissenschaft**  
**Erfahrungsberichte und Bewältigungsstrategien**



Ricardo Altieri, Bernd Hüttner (Hg.)

**Klassismus und Wissenschaft**

Erfahrungsberichte und  
Bewältigungsstrategien

Reihe Hochschule, Bd. 13



»[...] Besonders interessant ist zu lesen, wo subtile klassistische Ausgrenzungsmechanismen und Abwertungen erkannt und benannt werden und durch welche Erfahrungen sich für die Autor\_innen die Perspektive ändert, vielleicht doch am richtigen Ort zu sein. [...] Die Verbindung von persönlicher Erfahrung mit theoretischer Analyse macht das Buch zu einer lebendigen Lektüre mit dem Potential, notwendige Diskussionen über die elitäre Universität und ihre Ausschlüsse anzustoßen.«  
(brr in: MALMOE 93)

»[...] Das Buch ist Ermutigung und Appell, Bewusstsein für klassenbeding[t]e Benachteiligung zu schaffen und sie zu bekämpfen.«  
(Jenny Legenstein in: AUGUSTIN 517 – [augustin.or.at/von-ueberforderung-zu-ermutigung](http://augustin.or.at/von-ueberforderung-zu-ermutigung))

»Auf Pierre Bourdieu, Didier Eribon, Christian Baron und bell hooks beziehen sich die meisten Autor\*innen dieses Bandes. Alle Autor\*innen eint die Erfahrung von Bildungsbenachteiligung aufgrund der Herkunft aus Elternhäusern ohne bildungs- und besitzbürgerliche Tradition. [...] Ein gerade wegen seiner subjektiv-biografischen Zugänge anregendes Buch.«  
(Florian Weis in ak 665 – [www.akweb.de/gesellschaft/die-erfahrung-der-bildungsbenachteiligung](http://www.akweb.de/gesellschaft/die-erfahrung-der-bildungsbenachteiligung))

Reihe Hochschule Band 13  
ISBN: 978-3-939864-29-5 · 2. März 2021  
216 Seiten · 14,00 €